Peer Pasternack (Hrsg.)

Das andere Bauhaus-Erbe

Leben in den Plattenbausiedlungen heute



Das andere Bauhaus-Erbe

Peer Pasternack (Hrsg.)

Das andere Bauhaus-Erbe

Leben in den Plattenbausiedlungen heute



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind im Internet über https://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8305-3983-4

© Institut für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg (HoF) Collegienstraße 62, 06886 Lutherstadt-Wittenberg, institut@hof.uni-halle.de, https://www.hof.uni-halle.de im Auftrag der Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt https://expertenplattform-dw.de/

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtes ist unzulässig und strafbar.

Hinweis: Sämtliche Angaben in diesem Fachbuch/wissenschaftlichen Werk erfolgen trotz sorgfältiger Bearbeitung und Kontrolle ohne Gewähr. Eine Haftung der Autoren oder des Verlags aus dem Inhalt dieses Werkes ist ausgeschlossen.

Druck: docupoint, Magdeburg Gedruckt auf holzfreiem, chlor- und säurefreiem, alterungsbeständigem Papier. Printed in Germany.

Umschlagfotografie: Pjotr Bronikowski

2019 BWV | BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG GmbH, Markgrafenstraße 12–14, 10969 Berlin E-Mail: bwv@bwv-verlag.de, Internet: https://www.bwv-verlag.de

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis 8
Zentrale Ergebnisse
Bauhaus – Plattenbau – DDR (9). Segregation (10). Sozialraum (12). Handlungserfordernisse und -optionen (14)
Peer Pasternack
Lebendiger als manche Design-Innovation – und umstrittener. Die Plattenbausiedlungen als verstecktes Erbe im Jubiläum "100 Jahre Bauhaus"
Bauhaus und "Die Platte"? (19) DDR (23). Ostdeutschland (26). Sachsen-Anhalt (27). Fazit (34)
A Einordnungen
Nico Grunze
Ostdeutsche Großwohnsiedlungen. Vielfältige Entwicklungen und parallele Trends39
Einwohnerverluste und deren Wirkung (41). Typologie ostdeutscher Großwohnsiedlungen (41). Ausblick (46)
Marcel Helbig, Stefanie Jähnen
Pfadabhängigkeiten in den ostdeutschen Städten. Der Zusammenhang zwischen Bombenkrieg, sozialistischem Wohnungsbau, Kohls "blühenden Landschaften", Schröders 'Agenda 2010' und heutiger sozialer Segregation
Das empirische Puzzle (50). Der historische und institutionelle Kontext (52). Empirische Untersuchung (58). Fazit (67)
Angelika Mettke
Alte Platte – Neues Design. Bauen im und mit dem Plattenbaubestand 69
Ausgangssituation: Dramatik und Chance (69). Förderung und Begleit- forschung (70). Strategien der Leerstandsbekämpfung von industriell errichteten Gebäuden (71). Transformation Plattenbauten (72). Möglich- keiten zur Nachnutzung von Betonelementen (76). Fazit und Ausblick (80)

B Lokale Fallbeispiele

Sigrun Kabisch
Leipzig-Grünau: Dynamiken und Persistenzen einer Großwohnsiedlung85
Zur Historie (85). Leipzig-Grünau aus Bewohnerperspektive (89). Zuzüge und deren Motive (94). Fazit und Ausblick (96)
Sonya Schönberger
Wohnen mit Vollkomfort 2017. Neu-Hohenschönhausen99
Eine Annäherung (100). Einblicke in eine Platte (103). Der Blick von innen (105)
Stefan Köder
Mapping Olvenstedt. Geschichte, Kunst und Stadtteilarbeit im Magdeburger Experimentalwohnkomplex109
12.000 Menschen, aber nur eine Eisdiele – kann das gut gehen? (109). Zum Verstehen: Geschichte und heutige Situation (109). Stadtumbau- und Aufwertungsinitiativen (117). Ein Ausblick: Visionen für das Leben in unseren Großwohnsiedlungen? (127)
Uwe Gellert
MySpace im Plattenbau. Einrichtungs- und Wohnraumkonzept für junges Wohnen in Dessau129
Projektanbahnung (129). Projekteinstieg (130). Recherchen (131). Projektlösungen (132). " da muss man als Student einmal gewohnt haben" (137)
Katrin Reimer-Gordinskaya
Stendal-Stadtsee. Lackmustest der Demokratie in einer heterogenen Gesellschaft139
Unsere Gesprächspartner*innen – eine typische Mischung (140). Wie der Stadtsee zu dem Ort wurde, der er heute ist (141). Individuelle und kollektive Erfahrungen und Alltagsprobleme (142). Artikulation von Interessen und politische Resonanz (146). Nebeneinander, Gegeneinander und Miteinander im Alltag (148). Solidarität und Allianzen gegen Ungleichheit

und Spaltung (150). Fazit (151)

Peer Pasternack, Steffen Zierold	
Halle-Neustadt: Fünf Jahre nach dem 50-Jahres-Jubiläum	153
Halle-Neustadt 1964–1989: Das Betriebssystem einer sozialistischen Stadt (153). Das soziale und politische Profil Halle-Neustadts seit den 90er Jahren und heute (159). Stimmungslage und Hintergründe (164). Zukunftsstadt "halle.neu.stadt 2050" (168). Resümee und Ausblick (174)	
Oliver Sukrow	
"Eher Aperitifs als Kunstwerke". Josep Renaus Wandbilder in den Plattenbausiedlungen von Halle-Neustadt und Erfurt-Nord: zur Kunst im postsozialistischen öffentlichen Raum	177
Plattenbausiedlungen, Bauhaus, Moderne – und "Malerei"? (177). Josep Renau: Leben zwischen Spanien, Mexiko und der DDR (180). Die Wand- bilder in Halle-Neustadt (182). Das Wandbild in Erfurt (185). Von der Zerstörung zur Wiederherstellung (187)	
Verzeichnis der Tafeln	191
Literaturverzeichnis	195
Autorinnen und Autoren	203
Rildnachweise	205

Die Expertenplattform "Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt"......207

Abkürzungsverzeichnis

AfD	Partei Alternative für Deutschland	Hartz IV	umgangssprachlich für ALG II
AG	Arbeitsgemeinschaft	KdU	Kosten der Unterkunft
ALG	Arbeitslosengeld	KWV	Kommunale Wohnungsverwaltung
BBR	Bundesamt für Bauwesen und	LAP	Lokaler Aktions-Plan
	Raumordnung	LSA	Land Sachsen-Anhalt
BBSR	Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung	MLU	Martin-Luther-Universität Halle- Wittenberg
BMBF	Bundesministerium für Bildung und	MMM	Messe der Meister von morgen
	Forschung	ÖPNV	Öffentlicher Personennachverkehr
BMRBS	Bundesministerium für Raum- ordnung, Bauwesen und Städtebau	PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
BRD	Bundesrepublik Deutschland	POIs	Points of Interest
BTU	Brandenburgisch-Technische	P2	Plattenbautyp 2 (Wohnungsbau-
	Universität Cottbus–Senftenberg	12	reihe mit offenen Grundrissen,
CDU	Christlich-Demokratische Union		1962)
DBU	Deutsche Bundesstiftung Umwelt	RE-Bloc	k REviving high-rise Blocks
DDR	Deutsche Demokratische Republik		for cohesive and green neighbor-
DLF	Deutschlandfunk		hoods (Wiederbelebung von Hoch-
DWG	Dessauer Wohnungsbaugesellschaft		hausblöcken für zusammenhängen-
DIY	Do It Yourself		de und grüne Stadtteile, Teil des EU-
e.G.	eingetragene Genossenschaft		URBACT-II-Programm)
EPF	Expertenplattform "Demogra-	SED	Sozialistische Einheitspartei
	phischer Wandel in Sachsen-Anhalt"		Deutschlands
EU	Europäische Union	SGB	Sozialgesetzbuch
e.V.	eingetragener Verein	SPD	Sozialdemokratische Partei
FDJ	Freie Deutsche Jugend	STEK	Deutschlands Stadtteilentwicklungskonzent
FDP	Freie Demokratische Partei	UBA	Stadtteilentwicklungskonzept Umweltbundesamt, Dessau
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter	Udssr	Union der Sozialistischen
	Haftung	UUSSK	Sowjetrepubliken
GWG	Gemeinnützige Wohnungs-	LIRBACT	Urban Action/städtische Aktion (EU-
	genossenschaft; Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien	ONDACI	Programm zur Förderung des Wis-
HoF	Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg		sens- und Erfahrungsaustauschs zur integrierten und nachhaltigen
IB	Internationaler Bund		Stadtentwicklung)
IBA	Internationale Bauausstellung	VFC	Vogtländischer Fußball-Club Plauen
IFH	Institut für Handelsforschung Köln		Wohnungsbauserie 1970
IMWS	Fraunhofer-Institut für Mikro-	WHH	Wohnhochhaus
	struktur von Werkstoffen und	WHH G	T 84/85 Wohnhochhaus Groß-
	Systemen Halle		tafelbauweise 1984/85 (Ernst-
IRB	Innerstädtische Raumbeobachtung	ZfZK	Thämann-Park Berlin)
ISS	Internationale Sommerschule Halle	ZSH	Zentrum für Zeitgenössische Kunst Zentrum für Sozialforschung Halle
IWH	Leibniz-Institut für	4317	Zendum für Sozianorschung Hälle
	Wirtschaftsforschung		

Zentrale Ergebnisse

Bauhaus - Plattenbau - DDR

Das Jubiläum "100 Jahre Bauhaus" feiert 2019 die Prägungen des Designs und der Architektur, die heute noch als schick gelten. Die Radikalisierung des Neuen Bauens in Gestalt industriell errichteter Plattenbausiedlungen als das andere Bauhaus-Erbe indes ist abwesend.

Zwar bleibt das Neue Bauen .an sich' nicht völlig unberücksichtigt in der Jubiläumsgestaltung. Doch sind es allein Solitäre und Mustersiedlungen, denen Aufmerksamkeit geschenkt wird. Diese indes hatten technologisch und gestalterisch den Grund auch für die Serienfertigung gelegt: die Priorität des rechten Winkels, die Fensterbänder, die Serialität auch in der Detailgestaltung, Funktionstrennung und radikale Funktionalität. Zudem wurde der industrialisierte Wohnungsbau (auch) am Bauhaus vorgedacht, etwa von Ludwig Hilberseimer. Und als sich in der DDR ab den 50er Jahren das industrialisierte Bauen durchsetzte, waren es vor allem ehemalige Bauhäusler und Bauhaus-inspirierte Städteplaner gewesen, die an der Spitze dieser Bewegung standen.

Die neuen Siedlungen galten als Einlösung eines Versprechens, das nicht nur im Städtebau sozialistischer Länder formuliert wurde: modern, funktional, komfortabel. Dies folgte allgemeinen Stadtvorstellungen des 20. Jahrhunderts, in Ost wie West. Typisierung, Weite, Licht und grüne Stadt, Nachbarschaft und Planbarkeit urbanen Lebens waren die zentralen Ideen, vor allem aber: Funktionalität und Rationalität. Beide standen für Modernität. Städtebaulich folgten die Projekte der generellen Vorliebe der Moderne für Reißbrettstädte. Dass sich derart soziale Prozesse durch Architektur und Städtebau steuern ließen, war international weithin geteilte Auffassung in der modernen Stadtplanung.

Den Ausgangspunkt in der DDR bildeten zwei Probleme, die gleichfalls nicht allein DDR-typisch waren: Wohnungsmangel und unzulängliche Wohnqualität, Sowohl ökonomische Gründe als auch das Gleichheitsversprechen des Sozialismus führten dazu, dass es genormte Lösungen waren, die den Wohnungsmangel beheben und die Wohnqualität erzeugen sollten. Dies wurde seinerzeit weniger als defizitär empfunden, sondern als gerecht. Plausibilität gewinnt das, wenn man sich die Wohnsituation der Bevölkerungsmehrheit zwanzig Jahre nach dem Kriegsende vergegenwärtigt. Die Wohnqualität, die dann mit den Neubauten realisiert wurde, war seinerzeit nicht selbstverständlich (und ist es in weiten Teilen der Welt auch heute nicht).

Die sozialistischen Neubaustädte galten aber auch als Ausdruck der Überlegenheit des Sozialismus im Systemwettbewerb. Sie sollten die Gewissheit des "unaufhaltsamen Sieges" des Sozialismus symbolisieren. Dort sollte der "neue Mensch" entstehen und dieser die neue Gesellschaft gestalten. Ein "sozialistisches Wohnkonzept" und eine "sozialistische Lebensweise" wurden angestrebt. Für die meisten Bewohner.innen hingegen handelte es sich in erster Linie schlicht um eine zufriedenstellende Lösung ihres Wohnungsproblems

Lebte zum Ende der DDR ein Drittel aller Einwohner in einer Plattenbausiedlung (und ein Viertel in Großwohnsiedlungen), so ist es heute im Osten Deutschlands jede.r Fünfte. Dort ist diese Wohnform nach wie vor prägendes Element der Stadtlandschaften, in den westlichen Bundesländern deren gelegentliche Ergänzung.

Funktional und sozial waren die ostdeutschen Siedlungen in den letzten drei Jahrzehnten den westdeutschen sehr ähnlich geworden: Die verbliebenen Einwohner der Erstbezugsgenerationen einschließlich ihrer ersten Nachwuchskohorte haben eine hohe Identifikation mit ihrer jeweiligen Siedlung; später Hingezogene sind überwiegend einkommensschwach. Daneben sind die ostdeutschen Siedlungen davon geprägt, dass sie bis 1989 Orte der geplanten Expansion und seit 1990 Orte der ungeplanten Schrumpfung waren.

Anfang der 90er Jahre kam es zu einer Diskriminierungswelle der ostdeutschen Neubaugebiete. Es setzten sich Einschätzungen durch, die sich zwischen Distanziertheit und Abscheu bewegen. Die Plattenbausiedlungen wurden ietzt vor allem als architektonische Zumutung und periphere Orte stigmatisiert. Auch die Wissenschaft hatte, wohl unbeabsichtigt, Anteil an den Abwertungsprozessen nach 1989. Es genügte ein Begriff, den sie aufnahm und dadurch nobilitiert in die mediale Öffentlichkeit zurückspiegelte: Die Stadtforschung bedient sich seit den 90er Jahren des Begriffes "Platte", um etwas zu verhandeln, für das in der DDR zwei weit neutralere Vokabeln gebräuchlich waren: "Neubau" und "Plattenbau". "Platte" bezeichnet insoweit keine DDR-Wohnform. sondern verweist auf die Karriere eines postsozialistischen Begriffs.

Die Plattenbausiedlungen sind gewesene städtebauliche Leistungen und gewordene soziale Problemzonen. Hier ist die Frage, ob und wie beides miteinander zusammenhängt. Zur Antwort gehört, dass es neben gleichlaufenden Entwicklungen zum Teil auch deutliche Differenzen zwischen den einzelnen Siedlungen gibt.

Segregation

Im Mittelpunkt der Betrachtungen stehen meist die Großwohnsiedlungen, d.h. Plattenbaugebiete mit 2.500 oder mehr Wohnungen. Von diesen gibt es im Osten Deutschlands 171. Daneben finden sich aber auch hunderte kleinerer Plattenbausiedlungen bis hin zu Kleinstquartieren von vier bis zehn Blöcken in Dörfern. In

den Großwohnsiedlungen bündeln sich die Problemlagen allerdings besonders. Doch sind sie nicht die Verursacher, sondern die Austragungsorte sozialer Probleme. Auch heißt arm zu sein nicht immer, sozial auffällig zu sein.

Ostdeutschlandweit haben sich in den vergangenen drei Jahrzehnten sechs verschiedene Typen der Großwohnsiedlungen herausgebildet, die sich zwei Gruppen zuordnen lassen:

- In der Gruppe der stabilen Siedlungen finden sich stabile, stabil großstädtische und stabil überalterte.
- In der Gruppe der schrumpfenden Siedlungen können schrumpfende, stark schrumpfende und aufgelöste unterschieden werden.

Gründe für die Differenzen sind

- die Abhängigkeit von der Arbeitsmarktsituation.
- das Alter der Siedlungen oder deren Lage,
- die dadurch unterschiedlich starke Abwanderung und
- der infolgedessen ungleich verteilte Wohnungsleerstand, sodass in zahlreichen Siedlungen kein Abriss stattfand, während es in anderen zu punktuellen oder gar flächenhaften Rückbaumaßnahmen kam.

Die baulich älteren Plattenbaugebiete (errichtet von 1965 bis 1976) sind auch heute noch sozial günstiger zusammengesetzt als die jüngeren (ab 1977):

- Städtebaulich ist dies darauf zurückzuführen, dass die Bausubstanz der jüngeren Plattenbaugebiete schlechter war als die der älteren und die älteren nach der Wende häufiger saniert wurden.
- Sozialstrukturell waren die Bewohner in den älteren Plattenbaugebieten zur Wende Ende 30 bis Anfang 50, wenn sie mit rund 25 Jahren eingezogen sind. Die Bewohner der jüngeren Plattenbaugebiete waren zur Wende-Zeit zwischen Ende 20 und Anfang 30. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich vor allem die jüngeren Bewohner

mit entsprechend jüngeren Kindern für einen Umzug, etwa ins Umland, entschieden, war höher als bei den älteren Bewohnern in den älteren Plattenbaugebieten. Dementsprechend befinden sich in den älteren Plattenbaugebieten immer noch mehr Bewohner, die bereits während der DDR-Zeit dort lebten.

Hinsichtlich der Lage deuten Unterschiede zwischen den ostdeutschen Städten darauf hin, dass stadtmorphologische Gegebenheiten und damit einhergehende Pfadabhängigkeiten die soziale Segregation langfristig bestimmen. Im Falle von Dresden, Magdeburg und Chemnitz hatte der Bombenkrieg vor über 70 Jahren die Städte auf einen Pfad geführt, der heute in relativ niedrigen Werten der Armutssegregation resultiert: Große innerstädtische Brachflächen wurden für die Errichtung von Plattenbausiedlungen genutzt. In diesen Städten sind daher die Attraktivitätsunterschiede zwischen den Quartieren wesentlich kleiner als andernorts: Es befinden sich mehr Plattenbauten in den Innenstädten; es gibt auch weniger Plattenbauten und weniger Wohnraum in attraktiven Altbauten, der ab den 90er Jahren saniert werden konnte. In den anderen Städten hingegen waren vor allem ausgedehnte Trabantensiedlungen gebaut worden - z.B. Halle-Neustadt, Erfurt-Nord oder Rostock-Lichtenhagen -, in denen sich nun die Problemlagen konzentrieren.

Insofern bestimmt der Umfang der Wohnungszerstörung während des Zweiten Weltkriegs in den ostdeutschen Städten noch heute das Ausmaß sozialer Segregation. Wollte man die bestehende Segregation z.B. in der Stadt Halle (Saale) insgesamt auflösen, dann müssten 40 Prozent aller SGB-II-Empfänger im Stadtgebiet umziehen.

Zu der hohen Konzentration Einkommensschwacher in den Plattenbauten hat beigetragen, dass es nicht nur selektive Abwanderung, sondern auch selektiven Zuzug in die Trabantensiedlungen gab (und gibt). Die seit den 90er Jahren Hingezogenen sind vor allem dadurch gekennzeichnet, aufgrund ihrer Lebenssituation wenig Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Wohnlage zu haben. Bei der Betrachtung der SGB-II-Quoten von Kindern z.B. fällt eines auf: Besonders in den jüngeren Plattenbaugebieten ist es zu einem enormen Anstieg von Kinderarmut direkt nach der Hartz-IV-Reform gekommen, der außerhalb der Plattenbaugebiete nicht zu beobachten war. Das dürfte ein Indiz dafür sein, dass besonders SGB-II-Empfängern mit Kindern nahegelegt wurde, sich eine bezahlbare Wohnung im Stadtgebiet zu suchen. Diese war dann vornehmlich in den Plattenbaugebieten zu finden. Die Folgen:

- In den Plattenbausieldungen wohnen überproportional viele SGB-II-Bezieher, für die es weniger wahrscheinlich ist, den SGB-II-Status zu verlassen: Langzeitarbeitslose, Familien mit Kindern und insbesondere Alleinerziehende, die es im allgemeinen schwerer haben, aus der Abhängigkeit von Transferleistungen herauszukommen.
- Durch die Ballung von SGB-II-Beziehern in diesen Gebieten kommt es zu Nachbarschaftseffekten, die gleichfalls dazu führen, dass der SGB-II-Status schwieriger zu verlassen ist: Der Status stellt dort ein geringeres soziales Stigma als in anderen Quartieren dar, weil viele Personen Leistungen nach SGB II erhalten. Dementsprechend kann das Bemühen, den SGB-II-Status zu verlassen, durch das nachbarschaftliche Umfeld geschmälert werden. Ebenso fehlen positive Rollenvorbilder, die den Bewohnern vor Augen führen, dass man den SGB-II-Status langfristig verlassen kann.

Der selektive Zuzug verstärkte und verstärkt die Wirkungen der Selektivität der Abwanderung bzw. des Verbleibs: Die Generation derjenigen, die in den 70er und 80er Jahren in den Siedlungen aufgewachsen waren, war und ist seit den 90er Jahren besonders durch Arbeitslosigkeit und Transferleistungsbezug betroffen. Diejenigen aus dieser Generation, bei denen es sich anders verhielt, sind abgewandert.

Insgesamt haben so die Plattenbaugebiete auch kaum am wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre teilhaben können. Zudem ergeben sich selbst dort, wo die Arbeitslosigkeit abnimmt, nicht umstandslos auskömmliche Familieneinkommen. Während in einer Reihe ostdeutscher Städte die SGB-II-Quoten in innerstädtischen Gebieten oder den Vororten seit der Hartz-IV-Einführung um 40 Prozent zurückgegangen sind, fiel der Rückgang in den Plattenbaugebieten wesentlich geringer aus – in manchen Städten ist die SGB-II-Quote dort auch angestiegen. Folglich konzentrieren sich in den Siedlungen nun zunehmend soziale, kulturelle und politische Probleme.

Sozialraum

In der Bundesrepublik gibt es zirka vier Millionen Wohnungen in Großwohnsiedlungen. Das sind 20 Prozent des Mietwohnungsmarktes mit etwa acht Millionen Bewohnern. Bezahlbares Wohnen ist keine Selbstverständlichkeit, aber in den Plattenbausiedlungen gesichert.

Das sehen auch die meisten Bewohner.innen so. Gleichfalls haben sie überwiegend differenzierte Binnenwahrnehmungen zu ihren Quartieren. Als Stärken finden sich neben den bezahlbaren Mieten regelmäßig die umfangreichen Grünanlagen und Versorgungseinrichtungen genannt. Als Schwächen werden das sich verändernde soziale Umfeld, Sicherheits- und Sauberkeitsdefizite angegeben. Man ist misstrauisch geworden, öffnet keine Türen, wenn man nichts erwartet, kennt nur sehr wenige Menschen im Haus, sieht den Zuzug von augenscheinlich Nicht-Deutschen sehr negativ. Aussagen hinsichtlich des sich verstärkenden Ausländeranteils werden häufig mit der Artikulation befürchteter sozialer Spannungen verbunden.

Die Erwartungen an die Politik sind überwiegend gering. In Halle-Neustadt z.B. erreichten 2014–2019 die Parteien, die als wesentliche Träger des 1990 übernommenen politischen Systems wahrgenommen

werden – CDU, SPD und FDP –, bei Wahlen nur noch Zustimmungswerte zwischen 30 und 46 Prozent. Soweit das konkurrierende populistische Wahlangebot angenommen wird, verbirgt sich dahinter wesentlich Institutionen- und Verfahrensskepsis – die auf eine regressive Weise zum Ausdruck gebracht wird. Eine verbreitete Komplexitätsabwehr, die in Demokratiemisstrauen mündet, resultiert aus einem Lebensgefühl, das zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen ist: Man habe auf den Zusammenhang, in den das eigene Leben eingeordnet ist, keinen Einfluss.

Lange bevor sich die AfD ab 2013 als Partei konsolidierte, um dann besonders in den Plattenbausiedlungen zu reüssieren, hatten sich Prekarisierung, Erosion sozialer Beziehungen, Krise der Sorgearbeit, Bildungsarmut sowie mangelnde politische Repräsentation und Teilhabe der Betroffenen mitsamt den Deutungs- und Umgangsweisen auf individueller und kollektiver Ebene bereits verfestigt. Die AfD wurde dann zu der Partei, mit der sich in der Wahrnehmung vieler der etablierte politische Betrieb am intensivsten ärgern lässt. Das ist nicht zuletzt an der beträchtlichen Zahl von Wähler.innen erkennbar. die sich zuvor qua Wahlverweigerung bereits aus dem politischen Prozess verabschiedet hatte.

Nimmt man die politische Aufmerksamkeit für die Großwohnsiedlungen in den Blick, so ist z.B. der Vergleich von Leipzig-Grünau und Halle-Neustadt überraschend: Der Bevölkerungsanteil an der Gesamtstadt beträgt in Grünau 7 Prozent und in Halle-Neustadt 20 Prozent. Das heißt etwa: Gegen die Neustadt lassen sich in Halle keine Wahlen, etwa zum Oberbürgermeister, gewinnen, gegen Grünau in Leipzig aber durchaus. Vor diesem Hintergrund kann dann ein Doppelbeobachtung durchaus erstaunen: Grünau erfreute sich einer durchgehenden Aufmerksamkeit der Leipziger Stadtpolitik; die Segregationsgefahren wurden nicht nur gesehen, sondern bereits in den 90er Jahren aktiv bearbeitet. Die im gleichen Jahrzehnt gegebene Minderbeachtung Halle-Neustadts hingegen erweckte den Eindruck, als habeman dort über ein Jahrzehnt benötigt, um zu realisieren, dass der Stadtteil seit 1990 nicht mehr administrativ selbstständig ist, sondern zur Stadt Halle gehört. Angesichts der quantitativen Bedeutung beider Stadtteile für ihre jeweiligen Städte hätte man das eher umgekehrt erwarten können.

Ein anderer Vergleich von Großwohnsiedlungen zeigt ebenfalls Differenzierungen auf. Er knüpft daran an, dass Hochschulen als Belebungsfaktor per se gelten und man die Frage stellen kann, warum in den 90er Jahren keine Hochschulen in ostdeutschen Plattenbausiedlungen angesiedelt wurden. Immerhin wurde damals die Hochschulstruktur völlig neu definiert, und es handelt sich bei den diesbezüglichen Standortentscheidungen um eine staatlich durchsetzbare Intervention in Stadträume. Hochschulen bringen junge Leute in einen Stadtteil, zumal solche, die - da bildungsorientiert und eher mobil – sonst aus den Plattenbausiedlungen vorzugsweise abwandern. Es bildet sich eine milieuspezifische Infrastruktur: die Konsum- und Mietnachfrage steigt; kulturelle Aktivitäten entstehen. Das funktioniert nicht umstandslos, aber es können sich entsprechende Tendenzen ausprägen. Anhand von Beispielen lässt sich zeigen, welche unterschiedlichen Pfade Plattenbausiedlungen in dieser Hinsicht einschlagen können:

- Leipzig-Grünau liegt so weit außerhalb der Stadt, dass es gänzlich frei ist von Berührungen mit den in der weiteren Innenstadt angesiedelten Leipziger Hochschulen. Insbesondere die studentische Wohnraumnachfrage geht an Grünau nahezu vollständig vorbei.
- Gleiches gilt für Magdeburg-Neu Olvenstedt und Erfurt-Nord.
- Stendal-Stadtsee liegt zwar in der Nähe des Stendaler Standorts der Hochschule Magdeburg-Stendal. Doch die Studierenden dort sind überwiegend Fahrstudenten aus dem Umland. Die es nicht sind, nutzen die reichlich vorhandenen

Angebote in den Altbauten der Stadt (und seit kurzem auch ein Studentenwohnheim auf dem Campus).

- Aus Halle-Neustadt hatte sich die Martin-Luther-Universität bereits seit den 90er Jahren schrittweise zurückgezogen. und das letzte große Wohnheim des Studentenwerks wurde 2019 aufgegeben. Zugleich entstand unmittelbar an die nördliche Neustadt angrenzend der Wissenschafts- und Universitätsstandort Weinberg Campus/Heide-Süd. Doch der dazwischen liegende große Parkstreifen, eine Konversionsfläche, wirkt zwischen beiden nicht verbindend, sondern trennend. Die Studierenden wohnen ganz überwiegend in der deutlich weiter entfernten Altstadt. Immerhin aber ergab es hier im Rahmen der Bewerbung für den Bundeswettbewerb "Zukunftsstadt" eine Auffälligkeit: Neben Verwaltungs- und Planungsinstanzen, Bürgerschaft und Vereinen war auch die Wissenschaft mit gleich mehreren Einrichtungen aktiv engagiert, um eine Anbindung an Halles Charakter als Kulturund Wissenschaftsstadt, von dem die Neustadt bislang nahezu völlig unberührt ist, zu organisieren.
- Die einzige ostdeutsche Plattenbausiedlung, in der eine komplette Hochschule angesiedelt ist, ist Berlin-Hellersdorf. Dorthin war die Alice-Salomon-Hochschule. zuvor in Berlin-Schöneberg ansässig. 1998 gegen ihren Willen verlagert worden. Lokale Wirkungen und milieubedingte Differenzen werden hier gut sichtbar. Seit 2008 gibt es ein "Kooperationsforum Alice Salomon Hochschule - Bezirk Marzahn-Hellersdorf", in dem zahlreiche Projekte realisiert werden, vor allem solche, die sich auf bezirkliche Probleme beziehen: Jugendliche in Marzahn-Hellersdorf oder sozialräumliche Demokratieentwicklung im Bezirk sind z.B. zwei der zahlreichen Themen. Der Bezirk profitiert damit von der Expertise der sozialarbeiterisch orientierten Hochschule. Zugleich wird auch deutlich, dass der Brückenschlag zwischen den Welten von Bezirk und Hochschule nicht immer gelingt. So strahlte etwa seit 2011 mit dem Eugen-Gomringer-

Gedicht "avenidas", auf eine Giebelwand aufgetragen, ein spanischsprachiger Text in eine Umgebung aus, deren Mehrheitsbevölkerung des Spanischen nicht mächtig ist (ein Aspekt, der auch in der Debatte über das sexistisch interpretierbare und schließlich überschriebene Gedicht keine Rolle spielte). Als Einladung wird die ansässige Einwohnerschaft diese Giebelwandgestaltung kaum wahrgenommen haben können.

Die Siedlungen leben bis heute auch aus der Erinnerung. Bei den gebliebenen Teilen der ursprünglichen Einwohnerschaften findet sich der Versuch, seinerzeit akute Probleme durch industrialisierten Wohnungsbau zu lösen, im wesentlichen positiv bewertet. Das ist erinnerungsgeleitet und autobiografisch verankert. Der bisherige Integrationsmodus eines Großteils der Einwohner wird durch die gemeinsame biografische Erfahrung bestimmt. Diese schaltet die Siedlungsentstehung mit den lebensprägenden Jahren von Familiengründung, Kindererziehung und beruflichem Aufstieg parallel. Ebenso wirkt sich in den Quartieren noch stabilisierend aus, dass die Generation der inzwischen hochbetagten Senioren aus dem Erstbezug großteils Vorruhestandsregelungen in Anspruch hatte nehmen können oder aufgrund ungebrochener Erwerbsbiografien über eine auskömmliche Rente verfügt. Sowohl der Integrationsmodus als auch relative Einkommensstärke mit ihren auch zivilisierenden Alltagswirkungen entschwinden mortalitätsbedingt zunehmend.

Handlungserfordernisse und -optionen

Im Osten Deutschland gibt es nur wenige Probleme hinsichtlich bezahlbaren Wohnraums, aber viele Probleme mit sozialer Segregation. Während im Westen die Segregationstendenz eher gleichbleibend ist, nimmt sie im Osten zu. Die räumliche Konzentration einkommensschwacher Haushalte hat benennbare Ursachen:

 selektive Fort- und Zuzüge mit der Folge einer sukzessiven sozialen Entmischung,

- die politisch kalkulierten Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU), für die sich Wohnungen zum größten Teil nur in den Plattenbausiedlungen finden lassen, sowie
- rein renditeorientierten Strategien einiger privater Eigentümer, insbesondere Investmentfonds, die auf Sanierungen gänzlich verzichten oder nur Schlichtsanierungen realisieren und so die Segregation zusätzlich fördern.

Die beiden letztgenannten Ursachen stehen politischer Bearbeitung durchaus offen. So greifen die Städte über die KdU-Regelungen in die Wohnungsmärkte ein und sind damit wichtige Akteure bei der Erzeugung sozialer Segregation.

Indem den Plattenbausiedlungen nicht nur mangelnde bauliche Attraktivität zugeschrieben wird, sondern sie auch zu sozialen Brennpunkten geworden sind, sinkt ihre soziale Attraktivität zusätzlich. Ein wesentlicher Grund dafür: Sozialwohnungen sind bisher vor allem in Gebieten zu finden, in denen ohnehin die Einkommensschwachen wohnen. Wird dort Neubau weiterer Sozialwohnungen realisiert, verstärkt das eher die Segregation. Hier besteht die Option, Neubauten in besseren Wohnlagen mit strikten Auflagen für einen Anteil von Sozialwohnungen zu versehen. Sozialer Wohnungsbau sollte eher in den Innenstädten als in Großwohnsiedlungen stattfinden.

Neben dem Wohnungsneubau ist auch der Umbau der Bestände eine Möglichkeit, sich den gegenwärtigen und perspektivischen Wohnpräferenzen der Bewohner zu stellen. Der Plattenbau ist, was seine Anpassungsfähigkeit an veränderte Nutzungsbedürfnisse betrifft, durch die modulare serielle Bauweise sehr gut für Rückund Umbau geeignet. Obgleich die Gebäude ursprünglich nicht demontabel geplant bzw. errichtet worden waren, bestehen günstige Voraussetzungen für Teilrückbau, Grundrissveränderungen sowie die Fassaden- und Dachgestaltung. Der industrielle Baubestand lässt insofern einen hohen architektonischen Gestaltungsspielraum zu.

Zugleich sind intakte Städte, gute Wohnstandards und Zufriedenheit für die Lebensqualität von ausschlaggebender Bedeutung. Mit Abbruch – sprachlich sublimiert zu "Rückbau" – allein kann kein Stadtquartier aufgewertet werden. Ein architektonisch ansprechender, den Mieterwünschen weitgehend angepasster und bezahlbarer Umbau durch Teilrückbau und Modernisierung und/oder Sanierung, gekoppelt mit Wohnumfeldverbesserungen und infrastrukturellen Anpassungen, muss daher immer parallel oder zumindest zeitnah zum Abbruch geplant und zu realisiert werden.

Die Erfahrungen der letzten 20 Jahre zeigen, dass bauliche Lösungen mit ausreichend politischem Willen durchaus umzusetzen sind. Dies dokumentieren ebenso der Stadtumbau Ost mit etwa 320.000 abgerissenen Wohnungen wie die Förderungen von Wohnparks in den 1990er Jahren oder derzeitiger Neubauprojekte. Umgesetzte Baumaßnahmen zeigen z.T. völlig neue, ansprechende Gebäudetypologien im Bestand.

Darüber hinaus können die beim Teilrückbau zurückgewonnenen Betonelemente in Gänze sekundär nachgenutzt werden. Damit wird den schon einmal in Nutzung gewesenen Betonelementen ein zweites Leben gegeben. Der Teilrückbau unter Verwendung des dadurch gewonnenen Materials vereint mehrere Vorteile:

- Der Erhalt des verbleibenden Bestandes zusammen mit Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen führt zur deutlichen Aufwertung von Plattenbauten und der Auflösung der ehemals monotonen Struktur ganzer Wohnquartiere. Der verbleibende Gebäudebestand kann bedarfsorientiert umgestaltet werden.
- Vorhandene technische Infrastruktur lässt sich weiternutzen.
- Die beim Rückbau anfallenden Betonelemente lassen sich auf vielfältige Art und Weise nachnutzen, so z.B. im Wohn- und Nicht-Wohnbau, inform von Ergänzungsbauten zur Aufwertung des

Wohnumfeldes und/oder landschaftsgestaltenden Elementen.

 Die Substitution von Primärrohstoffen bewirkt reduzierten Energieaufwand, der bei Beton-Neuproduktion anfallen würde, um 95 Prozent inklusive der gravierenden Verminderung klimabedingter Koppelprodukte. So werden anstelle von 394 Kilogramm CO₂-Emissionen, die bei der Produktion von einer Tonne Fertigteilbeton freigesetzt werden, bei der Bereitstellung einer Tonne gebrauchtem Betonbauteil nur 12 Kilogramm CO₂ emittiert.

Vor dem Hintergrund, Ressourceneffizienz mit Energieeffizienz zu vernetzen, ist die Wiederverwendung von Betonelementen eine echte Alternative und ergänzende Lösung zum konventionellen Bauen.

Mit neuem Wohnungsbau kann sich die Chance ergeben, das Wohnungsangebot zu erweitern, um ein breiteres Spektrum potenziell interessierter Mieter anzusprechen. Dies ist zwar noch ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Bisher sind at-Wohnprojekte überwiegend traktive durch Umzug innerhalb der jeweiligen Siedlung belegt worden: Wer eine dieser Wohnungen bezog, verließ also zugleich eine andere. Sofern der Zuzug von neuen Mietern ausbleibt, werden sich erneute Wohnungsleerstände ergeben. Immerhin aber gibt es inzwischen auch in Ostdeutschland Städte mit Wohnraummangel. Hier können die Plattenbausiedlungen interessant werden. So können im Verbund mit benachbarten Wohnbauten, die am Rande der Plattenbausiedlungen entstehen, Wohnquartiere mit eigener Quartiersidentität entstehen. Auf diese Weise ließen sich aus einer Großwohnsiedlung mehrere überschaubare Siedlungen mit unterschiedlichem Charakter gestalten.

Zumindest in den Großwohnsiedlungen – nicht immer in den kleineren Plattenbauquartieren – gibt es infrastrukturell das meiste, was im allgemeinen gewünscht wird: Nahversorgung, Schulen, Krankenhaus, Sehenswürdigkeiten und Grün. Was fehlt, sind wirkliche Begegnungsorte und

gelebte Nachbarschaft. Kultur wird überwiegend von freien Trägern angeboten. Partizipation wird über Projektförderungen organisiert. Selbst Quartiersmanagement muss immer wieder über Fördermittel neu ausfinanziert werden.

Häufig fehlen hingegen Orte urbanen Lebens, also der Begegnung im öffentlichen Raum, die über eine hohe Aufenthaltsqualität verfügen. Nötig sind solche zentralen Treffpunkte aber, um die Siedlungen als beheimatend erfahren zu können. Sie sollten öffentlichen Raum, (Sozio-)Kultur, Kunst, Nahversorgung, Nachbarschaftszentrum und freies WLAN verbinden. Generell muss (weiter) in die Gestaltung der Lebensqualität investiert werden. Hier braucht es

- soziale, kulturelle und Bildungs-Angebote, vor allem für finanziell schwache oder ausgegrenzte Kinder sowie Alleinerziehende, Geflüchtete und Ältere
- die Förderung von Selbstorganisation, Empowerment und Partizipation, z.B. durch Unterstützung von Initiativen der Stadtteilbewohner.innen
- eine ausgewogene Mischung günstigen

 z.B. noch nicht vollsanierten und höherwertigen Mietwohnraums
- Erhalt bzw. Schaffung von Gewerberaum und multifunktionellen Räumlichkeiten, u.a. für Firmen, Kinder- und Jugendarbeit, Veranstaltungen sowie Aktivierungen im zweiten und dritten Beschäftigungssektor
- Erhalt und bei Bedarf Neuerstellung von Wegebeziehungen, Grün- und Freizeitflächen, städtischen Plätzen, barrierefreien Fuß- und Radwegen, sicheren Querungen und Zugängen zum ÖPNV

Besonders heikel sind die hohen Anteile unter den Kindern, die in Bedarfsgemeinschaften leben. Im Durchschnitt lag die Kinderarmutsquote zwischen 2005 und 2014 in den jüngeren Plattenbausiedlungen bei 49 Prozent, in den älteren Siedlungen bei 38 Prozent. Die Betreuungsund Schulinfrastruktur ist in zahlreichen Siedlungen sanierungs- und erweiterungs

-bedürftig. Für angemessene Bildung ist diese jedoch eine zentrale Voraussetzung, und Bildung wiederum entscheidet über das künftig individuell realisierbare Ausmaß an gesellschaftlicher Teilhabe. Dazu muss die Generation der heutigen Kinder und Jugendlichen für ein Leben jenseits der Prekarität ertüchtigt werden.

Das diesbezügliche Ziel lässt sich schlicht formulieren: Es soll dereinst kein biografischer Nachteil gewesen sein, seine Kindheit und Schullaufbahn in einer Plattenbausiedlung verbracht bzw. absolviert zu haben. Das muss dann ins Konkrete übersetzt werden, z.B. so:

- schrittweise Absenkung der Schulabbrecherquote pro Jahr um ein Prozent;
- schrittweise Herstellung der Ausbildungsfähigkeit aller, indem diese Quote jährlich um ein Prozent gesteigert wird;
- schrittweise Angleichung der Übergangsquote von der Grundschule zum Gymnasium an den Landesdurchschnitt, auch hier pro Jahr ein Prozent Steigerung als Zielmarke.

Sind die Ziele definiert, müssen die dafür nötigen (Personal-)Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.

Für die Generation am anderen Ende der Lebensspanne sind intensivierte Anstrengungen nötig, Wohnraum und -umfeld barrierefrei zu gestalten. Zahlreiche Wohnungsgesellschaften investieren bereits entsprechend, um Menschen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen, sie also nicht als Mieter zu verlieren.

Zugleich erreicht inzwischen eine Generation das Rentenalter, die deutlich öfter von Arbeitslosigkeit und Transferleistungsbezug betroffen war und ist. Deren Rentenbezüge fallen sehr viel geringer aus als die der vorangehenden Generation. Die Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiografien werden genau die preiswerten Wohnungen benötigen, die in den Plattenbausiedlungen heute zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Altersarmut müssen daher Sanie-

rungsmaßnahmen und Investitionen mit den entsprechenden Teuerungseffekten genau abgewogen werden.

Die notwendigen Instrumente zur Umsetzung der Problembearbeitungen müssen alle Ebenen betreffen, da der regionale Arbeitsmarkt genauso entscheidend ist wie zeitgemäße Regelungen bei den Kosten der Unterkunft oder informelle Wohnraumkonzepte. Die Akteure der Wohnungswirtschaft und kommunalen Verwaltung brauchen ausreichend finanzielle und juristische Spielräume, sodass kontinuier-

liche Möglichkeiten bestehen, auf die vielfältigen und sich wandelnden Anforderungen zu reagieren.

Denn aufgeben lässt sich die Mehrzahl der Siedlungen weder als Baubestand noch als Sozialraum. Die Plattenbauquartiere werden überwiegend gebraucht, da ihre vielen Bewohner.innen anderweitig nicht menschenwürdig unterzubringen wären. Und indem dort Menschen ihr Leben leben, handelt sich um einen der lebendigsten Teile des Bauhaus-Erbes bzw. seiner Wirkungsgeschichte.

Lebendiger als manche Design-Innovation – und umstrittener

Die Plattenbausiedlungen als verstecktes Erbe im Jubiläum "100 Jahre Bauhaus"

Peer Pasternack

Bauhaus und "Die Platte"?

2019 wird das Jubiläum "100 Jahre Bauhaus" gefeiert. Dabei gibt es einige bemerkenswerte Lücken,¹ eine ist hier von Interesse. Das Jubiläum feiert die Prägungen des Designs und der Architektur, die heute noch als schick gelten. Die Radikalisierung des Neuen Bauens in Gestalt industriell errichteter Plattenbausiedlungen als das andere Erbe indes ist abwesend. Zwar bleibt das Neue Bauen "an sich' nicht völlig unberücksichtigt in der Jubiläumsgestaltung. Doch sind es allein Solitäre und Mustersiedlungen, denen Aufmerksamkeit geschenkt wird (Tafel 1). Diese indes hatten technologisch und gestalterisch den Grund für die Serienfertigung gelegt: die Priorität des rechten Winkels, die Fensterbänder, die Serialität auch in der Detailgestaltung, Funktionstrennung und radikale Funktionalität. In Dessau-Törten oder der Stuttgarter Weißenhof-Siedlung wurde dies

Tafel 1: 100-Jahre-Bauhaus-Website "Grandtour der Moderne"



Quelle: https://www.grandtourdermoderne.de (12.5.2019)

 $^{^1}$ für einen schnellen Überblick vgl. die Themenhefte von Henselmann – Beiträge zur Stadtpolitik 1/2018 und 1/2019

realisiert, war dort aber noch mit dem Gedanken des menschengemäßen Maßstabs verbunden.

Dann aber, in der Mitte des Jahrhunderts, kamen die Zwänge des Lebens und nötigten auch die Bauhaus-Architekten dazu, in Ketten zu tanzen: Der Massenbedarf an Wohnraum ließ sich nur entweder unter fortdauernder Inkaufnahme der sozialhygienisch katastrophalen Mietskasernen bedienen – oder aber durch industrialisiertes Bauen, also: praktisch, preiswert, auf wenige Typen reduziert. Dies galt international (Tafel 2).



Tafel 2: Los Christianos, Teneriffa, Spanien, Bauzeit 70er Jahre

Im weiteren regte die brutalistische Betonarchitektur auch zu mannigfachen Experimenten an. Die Pole lassen sich ziehen bspw. vom Ihme-Zentrum in Hannover (Tafel 3) mit starker Typendifferenzierung bei gleichzeitiger Hochverdichtung einschließlich Komplettversiegelung des Bodens, so dass es Pflanzen und Bäume nur in Betonkübeln gibt, bis hin zum Plattenbauhistorismus des Ost-Berliner Nikolai-Viertels. An ihr Ende gelangt sind die Formen des industrialisierten Siedlungsbaus, die ihren Betoncharakter nicht verbergen, bis heute keineswegs. Man muss dazu nur nach China, Russland, Lateinamerika oder in den arabischen Raum schauen.

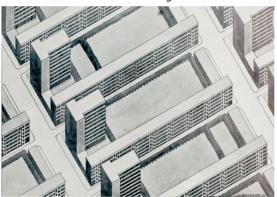
Gleichwohl: Die Plattenbausiedlungen wurden in der Vorbereitung von "100 Jahre Bauhaus" entweder vergessen oder stillschweigend nach der Maxime "nicht mal ignorieren" behandelt. Man mag hier vielleicht einwenden, dass in den Bauhaus-Jahren 1919 bis 1933 kein solcher Großsiedlungsbau stattgefunden habe. Doch stünde diesem Einwand mindestens entgegen, dass der indust-



Tafel 3: Ihme-Zentrum Hannover, erbaut in den 70er Jahren

rialisierte Wohnungsbau (auch) am Bauhaus vorgedacht wurde, so von Ludwig Hilberseimer, der dort seit 1929 Bauen und Planen lehrte (Tafel 4 und 5).

Tafel 4: Ludwig Hilberseimer, 1929: Ideen für einen industrialisierten Wohnungsbau





Quelle: Hilberseimer (1929)

"principiell sind zu unterscheiden wohnungen für einzelpersonen und kinderlose ehepaare, die hotelartig nach art der amerikanischen appartement houses gebaut werden können, und wohnungen für familien mit kindern, die in mietshäusern untergebracht werden, wo im gegensatz zu der hotelartigen anordnung der einzelwohnungen an korridoren höchstens 3 wohnungen an einer treppe liegen. Diese häuser müssen wohnungen enthalten, in denen 3, 4, 5, 6 usw. personen untergebracht werden können [...]

für einen alleinstehenden ist notwendig: ein wohnraum, der durch ein in einem lüftbaren schrank unterzubringendes klappbett als schlafraum benutzt werden kann, sowie eine kochgelegenheit und ein bad. für kinderlose ehepaare liegen im grunde dieselben bedürfnisse vor, nur daß zu dem einen zimmer ein zweites hinzukommen muß ...

für häuser mit derartigen wohnungen ermöglichen sich gemeinschaftseinrichtungen mit allen freiheiten eines hotels, die im zuge der entwicklung wohl bald allgemeinerer natur werden dürften (gemeinsame bedienung, restaurant usw).

während bei wohnungen für 1 und 2 personen die zweck-bestimmung des raumes variabel ist, müssen bei wohnungen für familien mit kindern die räume streng nach zwecken unterschieden werden. nur so kann die unsitte des gemeinsamen schlafzimmers von eltern und kindern oder von bruder und schwester radikal beseitigt werden. die grundrisse dieser familienwohnungen sehen daher ein gemeinsames Wohnzimmer und je nach der familienzusammensetzung 2-4 schlafräume, küche, bad und loggia vor. aus ökonomischen gründen sind alle wohnungen aufs knappste bemessen. [...] die küche dient nur zum kochen. ihre fläche ist daher auf ein minimum reduziert, denn die den heute üblichen vorschriften entsprechenden küchen sind zum kochen zu groß und zum wohnen zu klein. der sich ergebende überschuß an küchenraum kann den anderen räumen zugute kommen.

die art der möblierung der schlafzimmer geht aus den grundrissen hervor. im elternschlafzimmer stehen die betten nebeneinander, können aber auch getrennt aufgestellt werden. in den kinderschlafzimmern können je nach den bedürfnissen 1-2 betten untergebracht werden, die selbstverständlich von einander getrennt stehen. die für die kinderzimmer notwendigen kleiderschränke sind so eingerichtet, daß die tür mit einer tischplatte versehen ist, die heruntergeklappt werden kann.

die fenster wurden so groß wie möglich angenommen, denn besonders bei kleinen räumen ermöglichen große fenster eine relative optische unbegrenztheit, welche die kleinheit des raumes vergessen lässt. als selbstverständlich darf vorausgesetzt werden, daß derartig aufgeteilte wohnungen zentrale beheizung und warmwasserversorgung haben.

neben der grundrißgestaltung ist vor allem auch die städtebauliche anordnung dieser zu blocks zusammengefaßten wohnungen wichtig, die straßen sind unterschieden in wohn- und verkehrsstraßen. die blocks sind so angeordnet, daß sie bei beiderseitiger belegung mit wohnräumen die relativ größte sonnenbelichtung haben, um die übliche enge der umbauten wohnblocks aufzuheben wurden geschlossene höfe principiell vermieden. damit die abstände zwischen den einzelnen blocks möglichst groß sind, wurde für die familienwohnungen eine 5-geschossige bebauung, für die apartement-houseartigen gebäude eine 10-geschossige bebauung vorgesehen. Die dichtigkeit dieser bebauung entspricht der bauklasse 3 bei der eindrittel der grundfläche dreigeschossig bebaut werden darf, sodaß die gesamte nutzfläche, wie bei der hier angenommenen bebauung, der gesamtgrundfläche entspricht. durch diese relativ hohe bebauung ermöglichen sich die für großstadtwohnungen unbedingt erforderlichen großen abstände zwischen den einzelnen blocks. denn es ist angenehmer, in großem abstand von seinen nachbarn und hoch, als flach bei geringeren abständen zu wohnen. die sich so ergebenden wohnhöfe können gartenartig angelegt werden. diese differenzierung in 5 und 10-geschossige gebäudeteile ist auch städtebaulich von vorteil, da sie die gleichförmigkeit der blocks aufhebt, ihre wirkung durch kontraste steigert."

Quelle: hilberseimer (1929)

Man kann auch auf die Jubiläumsgestaltung selbst verweisen: In staubsaugerartiger Manier ist alles, was die Moderne in Design und Architektur ausmachte. unter das Label "Bauhaus" subsumiert worden. Faktisch wurde so ein großes Festival der damaligen Zeitstimmungen, an denen das Bauhaus wohl teilhatte, aber keineswegs allein war, inszeniert. Internationale Verbindungen spielten dabei naturgemäß eine Rolle. Doch der industrielle Siedlungsbau - exemplarische Stichworte: Le Corbusier, Charta von Athen - blieb sorgsam ausgespart.

Immerhin drei Bundesländer haben aber auch entsprechende Ort in die zum Jubiläum erstellte "Grand Tour der Moderne" geschmuggelt: Berlin die Großsiedlung Siemensstadt und seine anderen 1914 bis 1934 errichteten Siedlungen des Neuen Bauens sowie das Hansaviertel, Bremen die Neue Vahr und Brandenburg die Wohnkomplexe I-III in Eisenhüttenstadt.² Die Sitzländer Weimars und Dessaus, Thüringen und Sachsen-Anhalt, sahen für entsprechende Meldungen keine Anlässe. Eine Thüringer Kandidatin wäre etwa die sozialistische Modellstadt Leinefelde gewesen - mit etwa 90 Prozent Plattenbauten, die seit den 90er Jahren durch Teilrückbau und kreativen Umbau einzelner Wohnblöcke eine gänzlich neue Identität erhielt und so wiederum Modellstadt, nun für den Plattenbaustadtumbau, wurde (vgl. Richter 2006; Kil 2008). Auf Sachsen-Anhalt wird unten zurückgekommen.

Schließlich: Als sich in der DDR ab den 50er Jahren das industrialisierte Bauen durchsetzte, waren es vor allem ehemalige Bauhäusler und Bauhaus-inspirierte Städteplaner gewesen, die an der Spitze dieser Bewegung standen. Der sachsen-anhaltische Hauptort des Bauhaus-Jubiläums hätte hier auch ganz eigene Gründe gehabt, sich dieser Form des Wohnsiedlungsbaus zu widmen: Zum einen integriert die Stadt Dessau, seit sie zu Dessau-Roßlau zusammengefasst ist, mit Roßlau den Geburtsort eines Bauhaus-Architekten, der im industriellen Großsiedlungsbau der DDR sehr wirkungsmächtig werden sollte. Richard Paulick war einst Assistent bei Gropius, dann in Hoyerswerda und Schwedt für die Planungen verantwortlich und in Halle-Neustadt der erste Chefarchitekt (vgl. zu Paulick Thöner/Müller 2006). Zum anderen hat die Radikalisierung des Neuen Bauens in Gestalt industriell errichteter Plattenbausiedlungen in der DDR, wie in anderen osteuropäischen Ländern, ihren deutlichsten Ausdruck gefunden, und Dessau vor allem steht für die (widersprüchliche) DDR-Rezeption des Bauhaus.

DDR

Am Anfang hatten im östlichen Deutschland zwei Probleme gestanden, die nicht allein DDR-typisch waren: Wohnungsmangel und unzulängliche Wohnqualität. Auf dem V. SED-Parteitag 1958 war ein Wohnungsdefizit von 730.000 Einheiten konstatiert worden. Angesichts dessen wurde die Lösung der Wohnungs-

² Orte des Bauhauses und der Moderne in Deutschland, "zwischen 1900 und 2000 erbaut": https://www.grandtourdermoderne.de/orte/ (12.6.2019)

frage zu einem Kernpunkt des ökonomischen Wettbewerbs mit der Bundesrepublik erhoben. Walter Ulbricht:

"Die Erfüllung unseres Wohnungsbauprogrammes bis 1965 ist zu einem Grundproblem im friedlichen Wettbewerb für die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung gegenüber dem kapitalistischen System in Westdeutschland geworden [...]. Mit diesem Wohnungsbauprogramm wird erstmalig in einem Teil Deutschlands – in der Deutschen Demokratischen Republik – durch die Arbeiter- und Bauernmacht die seit Jahrhunderten bestehende Wohnungsnot der werktätigen Massen in historisch kürzester Frist beseitigt:" (Ulbricht 1959: 14)

Sowohl ökonomische Gründe als auch das Gleichheitsversprechen des Sozialismus führten dazu, dass es genormte Lösungen waren, die den Wohnungsmangel beheben und die Wohnqualität erzeugen sollten (vgl. Kuhlmann 2004). Dies wurde seinerzeit weniger als defizitär empfunden, sondern als gerecht. Plausibilität gewinnt das, wenn man sich die Wohnsituation der Bevölkerungsmehrheit zwanzig Jahre nach dem Kriegsende vergegenwärtigt.

Die neuen Siedlungen sollten aber auch Zukunftsoptimismus verbürgen. Sie galten als Einlösung eines Versprechens, das nicht nur im Städtebau sozialistischer Länder formuliert wurde: modern, funktional, komfortabel. Dies folgte allgemeinen Stadtvorstellungen des 20. Jahrhunderts, in Ost wie West. Typisierung, Weite, Licht und grüne Stadt, Nachbarschaft und Planbarkeit urbanen Lebens waren die zentralen Ideen, vor allem aber: Funktionalität und Rationalität.

Beide standen für Modernität. Statt der Zufälligkeiten und Idiosynkrasien, wie sie eine in Jahrhunderten gewachsene Stadt erkennen lässt, ist am Grundriss der Plansiedlungen der zugrundeliegende Plan erkennbar. Die Orientierung an der Funktionalität kann dabei nicht verwundern: Überraschender wäre es, hätte man die neu zu errichtenden Siedlungen explizit dysfunktional entworfen. Wie tragfähig aber waren die funktionalistischen Ideen? Dabei ist in Rechnung zu stellen, welche Funktionen bedient werden sollten. Dies wiederum kann nicht davon absehen, dass keineswegs allein der profane Alltag funktionieren sollte. Vielmehr wurden den Neubausiedlungen weit darüber hinausgehende Funktionen zugewiesen.

Die sozialistischen Neubaustädte galten auch als Ausdruck der Überlegenheit des Sozialismus im Systemwettbewerb. Sie sollten die Gewissheit des "unaufhaltsamen Sieges" des Sozialismus symbolisieren. Dort sollte der "neue Mensch" entstehen und dieser die neue Gesellschaft gestalten. Ein "sozialistisches Wohnkonzept" und eine "sozialistische Lebensweise" wurden angestrebt. Städtebaulich folgten die Projekte dabei der generellen Vorliebe der Moderne für Reißbrettstädte. Das entsprang einem technokratischen Glauben an die (fast) totale Planbarkeit urbanen Lebens. Diese planungseuphorische Systemoptimierung war allerdings nicht allein DDR- oder ostblocktypisch, sondern bis in die 70er Jahre internationaler Mainstream. Dass sich soziale Prozesse durch Architektur und Städtebau steuern ließen, war weithin geteilte Auffassung in der modernen Stadtplanung.

Dem Konzept der funktionellen Stadt entstammte die Funktionstrennung in Zonen für Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Verkehr. Die sozialen Rollen der Einzel-

nen sollten "funktional aufgeteilt und in Raumordnungen übersetzt werden" (von Saldern 2009: 302). Die verschiedenen Formen und Inhalte der sozialistischen Lebensweise würden sich in den Gemeinschaftsformen der Familie und den Kollektivformen der Hausgemeinschaft, der "Nationalen Front", der Elternversammlung, Arbeiter-Wohnungsbaugenossenschaft, Konsumgenossenschaft, Sportgemeinschaft, Volkskunstzirkel usw. entwickeln (Hannemann 1996: 95).

Das urbanistische Paradigma der Funktionalität wurde gestützt durch den zeitgenössischen Mainstream der Wissenschaft. Die Wissenschaft verbürgte zukunftsweisende Rationalität. Die wissenschaftliche Rationalität begründete Vorstellungen eindeutiger Kausalitätsbestimmungen, welche erneut die optimistischen Planbarkeits- und Steuerungsannahmen befeuerten. Die Stadtmorphologien – Stadtgrundrisse, Mobilitätsnetze und Stadtzentren – wurden als Quelle einer gesamtsystemisch gesteuerten und subsystemisch selbstregulierenden Entfaltung des städtischen Soziallebens betrachtet. Im Laufe der Jahre wechselten zwar die städtebaulichen Leitbilder in der DDR, von der aufgelockerten Stadt über die kompakte Stadt bis zum Wohnungsbauprogramm unter Honecker. Doch durchgehend zielte das Ganze auf ein planmäßig zu erzeugendes sozialistisches Leben.

Ähnlich wie etwa die neoklassische Wirtschaftswissenschaft davon ausgeht, dass der homo oeconomicus stets die rational beste Option wähle, um seinen individuellen Nutzen zu steigern, ging die sozialistische Gesellschaftstheorie davon aus, der sozialistische Mensch wähle stets die rational beste Option, um den kollektiven Nutzen zu steigern. Realitätsfern waren bzw. sind beide, da idealtypische Annahmen über die Eindeutigkeiten menschlichen Handelns immer lebensfremd sind. Für die meisten Bewohner.innen handelte es sich in erster Linie um eine zufriedenstellende Lösung ihres Wohnungsproblems. Vor diesem Hintergrund vermochten sie es auch, sich "der durchorganisierten Gliederung des Alltags in einer vollbeschäftigten Gesellschaft in Arbeit, Wohnen, Freizeit … und Kultur" einzupassen und mit der funktionsgegliederten Stadt zu arrangieren (Liebmann 2004: 55).

Neubausiedlungen waren in der DDR allerorten gebaut worden. 1989 machten Plattenbauwohnungen ein Drittel des ostdeutschen Wohnungsbestandes aus, und fast ein Drittel seiner Einwohner – 4,9 Millionen Menschen – lebte in Plattenbau-Siedlungen mit mindestens 500 Wohnungen. Insgesamt waren in der DDR über zwei Millionen Plattenbauwohnungen gebaut worden, davon 1,14 Millionen in 146 Großsiedlungen mit jeweils mindestens 2.500 Wohnungen und weitere 560.000 in Siedlungen mit 500 bis unter 2.500 Wohnungen. Von in den 90er Jahren insgesamt 1,6 Millionen Wohnungen in west- und ostdeutschen Plattenbau-Großsiedlungen (mehr als 2.500 Wohnungen) lagen 1,1 Millionen in Ostdeutschland. (Liebmann 2004: 45f.; BMRBS 1994: 27ff.)

Die Neubauwohnungen verfügten zu moderatem Preis über fließend warmes Wasser, Zentralheizungsanschluss, Innentoilette, lichtdurchflutete, wenngleich enge Räume, und sie waren von städtischer Infrastruktur umgeben. Das war seinerzeit nicht selbstverständlich (und ist es in weiten Teilen der Welt auch heute nicht).

Ostdeutschland

Im Osten Deutschlands lebt heute jede.r Fünfte in einer Plattenbausiedlung. Dort ist diese Wohnform ein prägendes Element der Stadtlandschaften, in den westlichen Bundesländern deren gelegentliche Ergänzung. Funktional und sozial waren die ostdeutschen Siedlungen in den letzten drei Jahrzehnten den westdeutschen sehr ähnlich geworden: Die verbliebenen Einwohner der Erstbezugsgenerationen einschließlich ihrer ersten Nachwuchskohorte haben eine hohe Identifikation mit ihrer jeweiligen Siedlung; später Hingezogene sind vor allem dadurch gekennzeichnet, aufgrund ihrer Lebenssituation wenig Wahlmöglichkeiten hinsichtlich der Wohnlage zu haben. Daneben sind die ostdeutschen Siedlungen davon geprägt, dass sie bis 1989 Orte der geplanten Expansion und seit 1990 Orte der ungeplanten Schrumpfung waren.

Anfang der 90er Jahre kam es zu einer Diskriminierungswelle der Neubaugebiete. Sie fungierten gleichsam "als Inkarnation der DDR, so daß die massive Entwertung der ostdeutschen Lebensweise beispielhaft auf sie übertragen werden konnte" (Schmidt/Schäfer/Schindhelm 1993: 45). Die Plattenbausiedlungen wurden jetzt vor allem als architektonische Zumutung und periphere Orte stigmatisiert. "Da hilft nur noch Dynamit", brachte es "Der Spiegel" am 9.10.2000 auf einen Punkt, der einer breiteren Öffentlichkeit außerhalb der Plattenbaustädte zunehmend plausibel erschien.

Auch sonst werden die ostdeutschen Großsiedlungen in überregionalen Zeitungen im allgemeinen "als marginale, periphere und überflüssige Orte der Gesellschaft abgebildet" – während die Altbauviertel "demgegenüber eher als Kulisse für Erzählungen über die wirtschaftlichen und kulturellen Potenziale und Chancen der neuen Bundesländer" dienen (Wiest 2006: 35, 39).

Selbst der Wille, eine Stadt ohne verschmutzende Schornsteine errichten zu wollen, wurde im nachhinein zum Gegenstand der Abwehr von außen. Dass damit einen Trennung von Arbeits- und Wohnort einhergehen musste, fand sich nun in einer modernisierungskritischen Perspektive problematisiert: Der Journalist Jens Bisky nannte z.B. Halle-Neustadt "gebaut, um die werktätigen Massen zwischen Produktionsstätte und Schlafplatz zu verschieben" (Bisky 2002) – also nicht: um die Arbeitenden jenseits des Drecks der Fabriken schlafen zu lassen. Die Künstler Hoefner & Sachs beschrieben es mit ähnlich kritischem Unterton: "Im Sinne eines vollkommen funktionalisierten Arbeitslebens pendelten ... die in Halle-Neustadt angesiedelten Menschen täglich zwischen ihrer Wohneinheit und den Chemischen Werken Buna und Leuna." (Hoefner & Sachs 2009: 3)

Die Erbauer der Stadt hatten das anders gesehen: Als "Spezifik der Problemlösung" nannten sie, die Stadt "vor allem als Wohnstadt für die Werktätigen der chemischen Industrie zu bauen, um ihnen und ihren Familien günstige Lebensbedingungen zu schaffen und optimale Kommunikationsbeziehungen zwischen Wohn- und den außerhalb liegenden Arbeitsstättengebieten herzustellen" (Schlesier 1972: 127).

Auch die Wissenschaft hatte, wohl unbeabsichtigt, Anteil an den Abwertungsprozessen nach 1989. Es genügte ein Begriff, den sie aufnahm und dadurch nobilitiert in die mediale Öffentlichkeit zurückspiegelte: Die Stadtforschung bedient sich seit den 90er Jahren des Begriffes "Platte", um etwas zu verhandeln, für das in der DDR zwei weit neutralere Vokabeln gebräuchlich waren: "Neubau" und "Plattenbau".

"Platte" hingegen war eine in der westdeutschen Öffentlichkeit eingeführte Bezeichnung mit sehr strikt negativer Konnotation – für westdeutsche Plattenbaugebiete. In der DDR jedoch konnte es eine "systemimmanente Kritik an der "Platte", wie sie z.B. Heike Liebmann (2004: 41) referiert, gar nicht gegeben haben, da es tatsächlich eine Kritik am Plattenbau war, oder noch korrekter: am realisierten Modus des industrialisierten Plattenbaus. Auch der Titel von Christine Hannemanns im übrigen instruktiver Studie "Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR" (2005) überhilft ihrem Gegenstand diese historisch inkorrekte Bezeichnung.

Mit dem "Platte"-Begriff wird aber nicht nur ein Begriff unhistorisch verwendet. Bedeutsamer ist, dass damit eine negative Konnotation nachträglich unterstellt wird, die es in der DDR so nicht gegeben hatte. "Platte" bezeichnet insoweit keine DDR-Wohnform, sondern verweist auf die Karriere eines postsozialistischen Begriffs: "Die Platte ist in ihrer ganzen Wirkung proletarisch und billig – beides Wörter, die in der Bundesrepublik verächtlich ausgesprochen werden" (Luce 2003: 99). So wurde von außen eine Erinnerung an die Siedlungen in ihren DDR-Jahren konstruiert und gepflegt, die sich zwischen Abscheu und Distanziertheit bewegt: "Im Sozialismus steht der Mensch im Mittelpunkt – der Tristesse" (Sack 1999: 53).

Von innen dagegen, seitens ihrer Alt-Einwohner.innen, werden die Siedlungen als ein Versuch gesehen, seinerzeit akute Probleme zu lösen. Bei den gebliebenen Teilen der ursprünglichen Einwohnerschaften findet sich dieser Versuch – erinnerungsgeleitet und autobiografisch verankert – im wesentlichen positiv bewertet. Die konkurrierenden Beschreibungen von außen werden als erfahrungsfreie und daher vom "wahren" Leben in den Siedlungen kenntnislose Meinungen wahrgenommen. Im kleinen zeigt sich hier, dass die DDR keineswegs ein Unterkapitel der deutschen Geschichte ist, "das die Bürger in Ostdeutschland 1989 entnervt zugeklappt haben", wie der Historiker Klaus-Dietmar Henke (2009) einmal meinte.

Sachsen-Anhalt

Das vorliegende Buch entstand aus Anlass eines Workshops, zu dem die Expertenplattform "Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt" am 1.7.2019 in Halle (Saale) eingeladen hatte. Dessen Thema: "Das andere Bauhaus-Erbe: Leben in den Plattenbausiedlungen Sachsen-Anhalts heute".³ Dieser Entstehungskontext

 $^{^3}$ vgl. die Dokumentation der Präsentationen unter https://expertenplattform-dw.de/praesen tationen-workshop-2019/ (2.9.2019)

begründet auch die prominente Vertretung sachsen-anhaltischer Fallbeispiele unter den hier versammelten Texten. Die veranstaltende Expertenplattform setzt sich aus 85 Vertreter.innen der Sozial- und Geisteswissenschaften, Naturund Ingenieurwissenschaften sowie Medizin zusammen, die an Hochschulen und Forschungsinstituten in Sachsen-Anhalt zum demografischen Wandel und der Bearbeitung seiner Folgen arbeiten. Ihr Hauptziel ist, den Austausch zwischen den Expert.innen selbst sowie zwischen diesen und Wissensnachfragern aus der Praxis zu unterstützen.

Das Bauhaus-Sitzland Sachsen-Anhalt ist mit Plattenbausiedlungen überreich versorgt: Dort gibt es nicht nur fünf der insgesamt 171 ostdeutschen Großwohnsiedlungen (jeweils mehr als 2.500 Wohnungen),⁴ sondern auch zahlreiche weitere Plattenbausiedlungen. Insgesamt sind es 84 – in einem Bundesland mit heute 2,2 Millionen Einwohnern, d.h. 2,5 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung. Um sich das angemessen zu vergegenwärtigen, bedarf es der ein wenig ausufernden Tafel 6.

Der Workshop im Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (IWH) versammelte 51Teilnehmer.innen aus Quartiersmanagement, Kommunalverwaltungen, Wohnungswirtschaft und Wissenschaft. Im Programm wechselten Analysen und Erfahrungsberichte ab. Es ging um übergreifende Einordnungen und zwei konkrete Fallbeispiele: Magdeburg-Neu Olvenstedt und Halle-Neustadt. Die Präsentationen und Diskussionen bewegten sich zwischen beunruhigenden Bestandsaufnahmen, Hinweisen auf fehlerhafte Wirkungsannahmen und der Vorstellung von Initiativen, um den Entwicklungen eine andere Richtung zu geben.

IWH-Vizepräsident Prof. *Oliver Holtemöller* begrüßte die Versammlung mit einigen problematisierenden Einschätzungen aus sozioökonomischer Sicht: Für die demografische Entwicklung sei zunächst die natürliche Bevölkerungsentwicklung ausschlaggebend. Hier schreite in Ostdeutschland die Alterung schneller voran als im Westen. Daher könne sich das BiP je Einwohner zwischen Ost und West kaum noch weiter annähern – es sei denn, es ließe sich Zuwanderung bewerkstelligen. Dafür erweise sich das Vorhandensein von attraktivem Wohnraum als ein Standortvorteil.

Die Plattenbauten indes zählten nicht zum attraktiven Wohnraum und seien folglich kein stärkendes Motiv für qualifizierte Zuwanderung. So gehe etwa die Blue-Card-Zuwanderung vor allem nach Baden-Württemberg, Bayern und in die Metropolen, kaum jedoch in die ostdeutschen Flächenländer. Die Städtebauförderung der vergangenen Jahrzehnte habe Segregationstendenzen nicht aufhalten können, obwohl nach Sachsen-Anhalt zwischen 2002 und 2016 600 Mio Euro für Städtebauprojekte seien. Daher müsse man auch die Frage stellen, ob deren Ziel "Stabilität mit Wachstumspotenzial" erreicht werden könne. In Halle-Neustadt z.B. wäre erst einmal die Herstellung von Stabilität gut.

_

 $^{^4}$ siehe Nico Grunze: Ostdeutsche Großwohnsiedlungen. Vielfältige Entwicklungen und parallele Trends, in diesem Band, S. 44

Tafel 6: Plattenbausiedlungen in Sachsen-Anhalt

		Anzahl Wohnungen*		
Stadt	Siedlungsname	1991	nach 2000 Rückbau auf	
Großwohnsiedlun	gen (mehr als 2.500 Wohnungen)			
Bitterfeld-Wolfen	Wolfen-Nord	11.100	8.282 (2008)	
Hallo (Saalo)	Halle-Neustadt	32.700		
Halle (Saale)	Silberhöhe			
Magdeburg	Neu-Olvenstedt	12.700	6.700	
Stendal	Stadtsee	10.200		
Sonstige Plattenb	ausiedlungen			
Aken	Dessauer Chaussee/Landstraße			
Aschersleben	Hecklinger Straße	1.100		
Ascilersiebeii	Kosmonautenviertel	1.600		
Bad Dürrenberg	Lutherstraße/Gradierwerk	1.200		
	Großsiedlung Süd/West	1.500	913 (2008)	
Bernburg	Talstadt		2.009 (2008)	
	Zepziger Weg		1.435 (2008)	
Bitterfeld-Wolfen	Krondorf			
Blankenburg	Regensteinsiedlung	1.400		
Burg	Burg Süd	1.400	1.178 (2016)	
Calbe	Große Mühlenbreite			
Carbe	Kleine Mühlenbreite			
	Friederikenplatz		1.640 (2007)	
Dessau-Roßlau	Kleine Schaftrift		1.000 (2007)	
	Zoberberg	3.100	2.400 (2007)	
Eisleben	Raismeser Straße/Am Sonnenweg	700		
Lisicocii	Helbraer Str./Gerbstedter Str.	1.800		
Gardelegen	Schlüsselkorb	1.100		
	SG Baumschulenweg			
Genthin	S7 Uhlandstraße	1.446		
	S8 Einsteinstraße			
	S9 Heinigtenweg			
Gräfenhainichen	Gartenstraße/Poetenweg	2.653	1.963 (2005)	
	Bahnhofsvorstadt/RWagner-Str.			
	Nordring-Innenstadt			
Halberstadt	Ernst-Thälmann-Ring	1.000	204 (2014)	
	Karl-Marx-Ring		1.200 (2014)	
	Wilhelm-Pieck-Ring		2.100 (2014)	
	Hemann-Matern-Ring	600		
Haldensleben	Süpliner Berg	1.900	1.490 (2010)	
Halle (Saale)	Südstadt		9.700	
	Heide-Nord		3.877	
11 15	Wohnstadt Nord/Trotha	2.200	4.070 (2242)	
Havelberg	Neubaugebiet	1.128	1.078 (2013)	
Hettstedt	Wohngebiet II, III, IV	4.484	3.583 (2009)	
Hohenmölsen	Hohenmölsen-Nord			
Jessen	Holzdorf-Ost	4 220		
W 24	Nord	1.228		
Klötze	An der Wasserfahrt/Am Hegelfeld	2 (00		
Köthen	Rüsternbreite	3.600		

		Anzahl Wohnungen*		
Stadt	Siedlungsname	1991	nach 2000 Rückbau auf	
Magdeburg	Alte Neustadt	1.600		
	Jakobstraße	2.400		
	Neue Neustadt	2.000		
	Neustädter Feld	5.100		
	Neustädter See	11.000		
	Nord	10.600		
	Schilfbreite	3.200		
	Reform	5.000		
	Innenstadt		2.400 (2008)	
Merseburg	West	2.000	` '	
Nebra	Nebra-Ost			
Oschersleben	Wasserrenne	1.200		
Osterburg	Wohngebiet Golle			
_	Kleers	900		
Quedlinburg	Süderstadt		1.313 (2012)	
Querfurt	Querfurt-Süd		, ,	
	Arendseer Str.	1.400		
Salzwedel	Ernst-Thälmann-Str./Friedensring	1.134		
	Uelzener Straße	k.A.		
	Othaler Weg	2.100		
Sangerhausen	Süd	1.000		
	West	3.000		
	Am Malzmühlenfeld	2.300		
Schönebeck	Moskauer Straße		1.401 (2001)	
Schollebeck	Straße der Jugend		1.659 (2002)	
	Nord			
Staßfurt	Löderburger Straße	2.400		
	Am Tierpark		1.191 (2012)	
Stendal	Stendal-Süd	4.400		
Thale	Blankenburger Str.			
Wanzleben	Südöstliche Stadterweiterung			
	Kugelberg	1.100		
	Nord	1.000		
Weißenfels	West	3.105		
	Süd	1.400		
Wernigerode	Burgbreite	2.100		
	Harzblick	1.500		
	Stadtfeld	2.100		
	Apollensdorf			
Wittenberg	Lerchenberg/Trajuhnscher Bach	3.200	1.600 (2007)	
Wolmirstedt	Zentrum			
	Völkerfreundschaft	1.000		
Zeitz	Ost	4.621	3.186 (2010)	
Zerbst	Zentrum-Nord	1.200		
	(1001, 30f) Name (2018) Lange Falder, hei			

^{*} Quellen: Rietdorf (1991: 26f.), Nagel (2018). Leere Felder: keine Angaben

Der Ministerpräsident Sachsen-Anhalts Dr. Reiner Haseloff ordnete in seinem Vortrag die Situation gleichfalls in einen größeren Rahmen ein, akzentuierte aber etwas anders: Plattenbausiedlungen müssten keine unattraktiven Wohngebiete sein, wenn sie mit anderen Angeboten kombiniert werden, etwa Digitalisierung oder flankierenden Offerten, um in fortgeschrittenen Lebensphasen ein selbstbestimmtes Leben realisieren zu können. Vergleiche man zudem die Plattenbausiedlungen mit ländlichen Gebieten, schärfe das den Blick für die vorhandenen Qualitäten.

Mit diesen beiden Vorträgen waren auch die Hauptpunkte gesetzt, welche die weiteren Beiträge und Diskussionen dominierten: Im Mittelpunkt stand der Zusammenhang von Segregation und Wohnqualität.

Prof. Marcel Helbig vom Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin präsentierte eine "Wohnungswetterkarte". Sie zeigte überhitzte Wohnungsmärkte, wobei eine klare Ost/West-Trennung ablesbar ist. Im Osten gebe es kein Problem mit bezahlbarem Wohnraum, sondern mit sozialer Segregation, also der Unterscheidung von Wohngebieten nach dominanten sozialen (Teil-)Gruppen. Während im Westen die Segregationstendenz eher gleichbleibend sei, nehme sie im Osten zu. Hier sei in Sachsen-Anhalt insbesondere Halle-Neustadt auffällig: Eine so hohe SGB-II-Quote wie dort gebe es bundesweit nur in vier weiteren Städten. Um die bestehende Segregation in Halle insgesamt aufzulösen, müssten 40 Prozent aller SGB-II-Empfänger im Stadtgebiet umziehen.⁵

Peer Pasternack und Steffen Zierold vom Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg rückten am Beispiel Halle-Neustadts die politischen Folgen der Segregationstendenzen in den Vordergrund. 2014–2019 erreichten die Parteien, die als wesentliche Träger des 1990 übernommenen politischen Systems wahrgenommen werden – CDU, SPD und FDP –, bei Wahlen in Halle-Neustadt Zustimmungswerte zwischen nur noch 30 und 46 Prozent. Soweit das konkurrierende populistische Wahlangebot angenommen werde, verberge sich dahinter wesentlich Institutionen- und Verfahrensskepsis – die auf eine regressive Weise zum Ausdruck gebracht werde. Eine verbreitete Komplexitätsabwehr, die in Demokratiemisstrauen münde, resultiere aus einem Lebensgefühl, das zunächst einmal zur Kenntnis zu nehmen sei: Man habe auf den Zusammenhang, in den das eigene Leben eingeordnet ist, keinen Einfluss.⁶

Matthias Horn (Stadtentwicklung Rostock) verwies darauf, dass individueller wirtschaftlicher Erfolg ein Motor der Segregation sei: Diejenigen, die vorher im Plattenbau wohnten, können sich nun ein Häuschen leisten. Auch spielten Faktoren, die in den Plattenbausiedlungen meist ausreichend vorhanden sind, wie

 6 siehe ausführlicher Peer Pasternack/Steffen Zierold: Halle-Neustadt: Fünf Jahre nach dem 50-Jahres-Jubiläum, in diesem Band

⁵ siehe ausführlicher Marcel Helbig/Stefanie Jähnen: Pfadabhängigkeiten in den ostdeutschen Städten. Der Zusammenhang zwischen Bombenkrieg, sozialistischem Wohnungsbau, Kohls "blühenden Landschaften", Schröders 'Agenda 2010' und heutiger sozialer Segregation, in diesem Band

Tafel 7: EPF-Workshop im IWH Halle, Juli 2019









Oben: Prof. Klaus Friedrich (bis 2015 EPF-Sprecher), Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff, Prof. Peer Pasternack (seit 2015 EPF-Sprecher). Mitte: Prof. Marcel Helbig, Dr. Dagmar Schmidt

Grünflächen oder Parkplätze, bei der Wohnortentscheidung kaum eine Rolle. Denn der größte Wohnungsmarktdruck bestehe meist da, wo es sie nicht gibt, z.B. in den Innenstädten. *Ralf Protz* vom Kompetenzzentrum Großsiedlungen Berlin stellte heraus, dass die Großwohnsiedlungen nicht die Verursacher, sondern die Austragungsorte sozialer Probleme seien. Auch wurde in der Diskussion darauf verwiesen, dass die jetzt kommenden Generationen mit ihren gebrochenen Erwerbsbiografien nach 1990 genau diese preiswerten Wohnungen brauchen werden.

Ralf Protz verwies auch darauf, dass es in der Bundesrepublik zirka vier Millionen Wohnungen in Großwohnsiedlungen gebe. Das seien 20 Prozent des Mietwohnungsmarktes mit etwa acht Millionen Bewohnern. Bezahlbares Wohnen sei keine Selbstverständlichkeit, aber in den Plattebausiedlungen gesichert. Im übrigen seien die innere Wahrnehmung, die die Bewohner der Quartiere haben, und die Wahrnehmung von außen ganz oft sehr verschieden. Auch heiße, arm zu sein, nicht immer, sozial auffällig zu sein. (Vgl. genauer Kompetenzzentrum Großsiedlungen 2015) Zudem regte er den internationalen Vergleich an. Dieser könne durchaus ein wenig Mut machen. Man merke dann, dass "wir gar nicht so schlecht sind. Wir diskutieren auf sehr hohem Niveau". In fast keinem anderen Land werde derart problembehaftet über Großsiedlungen gesprochen wie in Deutschland.

Um die gleichwohl gegebenen Problemlagen abzuschwächen, plädierte er für sozialen Wohnungsbau in den Innenstädten statt in Großwohnsiedlungen. In diese Richtung argumentierte auch *Marcel Helbig*: Bisher verstärke der Bau von Sozialwohnungen eher die Segregation, da Sozialwohnungen vor allem in Gebieten zu finden seien, in denen ohnehin die Armen wohnen. Als langfristigen Ausweg für die Kommunen lassen sich daher empfehlen, Neubauten in besseren Wohnlagen mit strikten Auflagen für einen Anteil von Sozialwohnungen zu versehen.

Dr. Dagmar Schmidt vom Quartiersmanagement Magdeburg Neu-Olvenstedt berichtete, dass es dort im Grundsatz alles gebe, was man sich wünschen könne: Nahversorgung, Schulen, Krankenhaus, Sehenswürdigkeiten und Grün. Was in dem Stadtteil – einst für über 40.000 Bewohner konzipiert, heute 10.500 dort lebend – aber fehle, sei etwas Entscheidendes: wirkliche Begegnungsorte und gelebte Nachbarschaft. Diese entwickelten sich nur langsam (wieder).

Quartiersmanagement und Vor-Ort-Initiativen versuchten, gegenzusteuern und knüpften dabei unter anderem an das integrierte Kunstkonzept an, das seit Baubeginn verfolgt worden war. So seien Blöcke mit "Hauszeichen" versehen worden, um Erkennbarkeiten herzustellen und damit zugleich eine Alt-Magdeburger Tradition aufnehmend. Einige dieser Hauszeichen hätten vor dem Abriss von Plattenbauten gesichert und an anderen Häusern wieder angebracht werden können. Es würden Kunstspaziergänge durchgeführt, die den Blick der Einwohner für ihre unmittelbare Umgebung schärften und Begegnungsanlässe

schüfen. Durch Aktionen wie eigene Wandbemalungen erführen Jugendliche, dass man die eigene Umwelt selbst mitgestalten könne.⁷

Philipp Kienast vom Kreativkollektiv Freiraumgalerie in Halle konnte vergleichbares aus Halle-Neustadt berichten: In dem Stadtteil sei ein sehr hoher Anteil an Kunst im öffentlichen Raum aus der DDR-Zeit überkommen. Daran knüpfe die Freiraumgalerie an. Nachdem es ihr gelungen war, im Halleschen Osten dem heruntergekommenen Altstadtquartier Freiimfelder Straße durch radikale künstlerische Aufwertung des öffentlichen Raums eine Richtungswende zu verschaffen (vgl. Halle 2015), war sie von der Stadtverwaltung nach Halle-Neustadt eingeladen worden. Seither wurden mehrere großformatige Giebelbilder realisiert, dies immer begleitet durch Beteiligungswerkstätten mit den Anwohnern. Die Beteiligung heiße auch: Man könne die Bilder mit Geschichten aufladen. Eines der Bilder zeigt Frida Kahlo, und inzwischen sei "Komm, wir treffen uns am Frida Kahlo-Haus" allgemeiner Sprachgebrauch.

All dies seien kleine Schritte, so *Dagmar Schmidt*. Nach dem Verhältnis von Aufwand und Nutzen dürfe man dabei nicht fragen. Die Kunst biete Gesprächsanlässe für Menschen, die sonst nicht miteinander reden würden. Eigene Gestaltungen seien gleichfalls Gesprächsanlässe, die zudem dazu betrügen, Stigmatisierung und Segregation zu brechen.

Peer Pasternack und Steffen Zierold lieferten ein anderes Beispiel: Als sich Halle unlängst am bundesweiten Zukunftsstadt-Wettbewerb beteiligte, rückte es auf Betreiben hallescher Wissenschaftsakteure die Neustadt in den Mittelpunkt der Bewerbung. Denn von Halles Charakter als Kultur- und Wissenschaftsstadt ist die Neustadt bislang nahezu völlig unberührt, obgleich der der zweitgrößte Wissenschaftscampus Ostdeutschlands unmittelbar an die nördliche Neustadt grenzt. Eine ganze Reihe von Hochschul- und Forschungsinstituten engagierte sich drei Jahre lang, um unter dem Titel "neu.stadt.campus" Konzepte für eine "Bildungshochburg" Neustadt zu entwickeln und räumliche wie funktionale Verbindungen zwischen dem Wissenschaftsquartier Weinberg-Campus/Heide-Süd und Neustadt zu entwerfen. Hier habe eine bemerkenswerte Aufbruchstimmung erzeugt werden können.⁸

Es müssten aber, so hieß es in der Diskussion, nicht immer nur ganz unkonventionelle Ideen sein: "Konventionelle Ideen sind auch ok, immerhin sind 95 Prozent der Menschen konventionell."

Fazit

Das Thema ist kein allein, aber ein in besonderer Weise ostdeutsches. In Ost wie West stellen die Plattenbausiedlungen nicht nur architektonisch einen spezifischen urbanen Siedlungstyp dar, sondern auch sozial. Im Osten waren sie bis

 $^{^7}$ siehe ausführlicher Stefan Köder: Mapping Olvenstedt. Geschichte, Kunst und Stadtteilarbeit im Magdeburger Experimentalwohnkomplex, in diesem Band

 $^{^8}$ siehe ausführlicher Peer Pasternack/Steffen Zierold: Halle-Neustadt: Fünf Jahre nach dem 50-Jahres-Jubiläum, in diesem Band

1989 Orte der geplanten Expansion und seit 1990 Orte der ungeplanten Schrumpfung. Zugleich handelt sich um einen der lebendigsten Teile des Bauhaus-Erbes bzw. seiner Wirkungsgeschichte, denn dort leben Menschen ihr Leben. Dabei aber konzentrieren sich in ihnen soziale, kulturelle und politische Probleme. Aufgeben lässt sich jedoch die Mehrzahl der Siedlungen weder als Baubestand noch als Sozialraum. Die Siedlungen werden überwiegend gebraucht, da ihre vielen Bewohner.innen anderweitig nicht menschenwürdig unterzubringen wären.

Noch werden die Siedlungen sozial zu einem großen Teil von der Identifikation ihrer Alteinwohner getragen. In nicht mehr allzu langer Zeit indes werden sie ganz überwiegend eine Bewohnerschaft haben, die mit deren Entstehungsgeschichte nichts mehr verbindet. Wieweit kann bei der Zukunftsgestaltung die Geschichte der jeweiligen Siedlung noch eine Rolle spielen? Sofern diese eine Rolle spielt, wäre das aber zugleich auch eine Normalisierung, denn die Mehrheit der (älteren) Städte ist ebenso voller historischer Zeugnisse, zu denen die aktuelle Einwohnerschaft keine biografischen Bezüge besitzt.

Vor allem jedoch: Wie organisiert man eine Zukunft für diese Siedlungen (auf die, wie gesagt, wegen des Wohnraumbedarfs schlicht nicht verzichtet werden kann), wenn zugleich der bisherige Integrationsmodus eines Großteils ihrer Einwohner – die gemeinsame biografische Erfahrung, in der die Siedlungsentstehung mit den lebensprägenden Jahren von Familiengründung, Kindererziehung, beruflichem Aufstieg parallelgeschaltet war – mit seinen auch zivilisierenden Alltagswirkungen moralitätsbedingt entschwindet?

Diese und davon abzuleitende Fragen sind die Themen der Beiträge des vorliegenden Buches.

A Einordnungen

Ostdeutsche Großwohnsiedlungen

Vielfältige Entwicklungen und parallele Trends

Nico Grunze

Nach dem Zweiten Weltkrieg und der Teilung Deutschlands musste in der DDR eine Industrie-, Verwaltungs- sowie Verteidigungsstruktur geschaffen werden mit deren Aufbau ein hoher Arbeitskräfte- und Wohnraumbedarf einherging. Die Planung neuer Betriebe mit den entsprechenden Wohngebieten lief parallel und prägt bis heute Teile der Städte. Unter wirtschaftlichem und zeitlichem Druck wurde versucht, mit industriellen Verfahren möglichst schnell eine hohe Anzahl von Wohnungen und Versorgungseinrichtungen zu bauen. Der Aufbau und die Belegungspolitik waren durch zentralstaatliche Vorgaben geregelt.

Die Grundstruktur des DDR-Wohnungsbaus basiert auf dem sozialistischen Wohnkomplex. Diese städtebauliche Einheit umfasste etwa 5.000 Wohnungen mit der dazugehörigen Versorgungsstruktur wie einer Kaufhalle, Kinderkombination, Schule, Dienstleistungseinrichtungen und Gastronomie (Kress/Rietdorf 1973: 38). In der Komplexrichtlinie zum Wohnungsbau wurden detaillierte Vorgaben zur Ausstattung und Gestaltung der Wohngebiete festgelegt, die bis auf geringe Variationen für sämtliche Bezirke gleichermaßen verbindlich waren. Die Bauproduktion zeichnete sich durch einen hohen Grad an Vorfertigung und rationalisierten Verfahren aus. Die Standardisierung im Wohnungsbau verdeutlicht sich zum Beispiel an einer geringen Variation von Stockwerken der Wohnblöcke mit fünf bis sechs Geschossen (ohne Aufzug), zehn bis elf Geschossen (mit Aufzug) und Punkthochhäusern bis 25 Geschossen (mit Aufzug). Von dieser Anzahl der Etagen wurde nur in innerstädtischen Lagen oder an zentralen Plätzen abgewichen.

Die Wohnungsvergabe orientierte sich am Leitbild der sozialen Gleichheit. Grundsätzlich konnte jeder Bürger eine Wohnung bei der Kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV) beantragen. Gute Aussichten auf einen positiven Bescheid hatten junge Familien mit Kindern, Arbeiter aus der Produktion oder Menschen mit Verdiensten für die Partei (Häußermann/Siebel 2000: 172). Als Folge der Vergabepolitik dominierten in den Neubaugebieten aus demographischer Perspektive einerseits junge Eltern und andererseits deren Kinder. Im gesamtstädtischen Vergleich galten die neuen Wohngebiete vielerorts als die Quartiere, in denen die jüngsten Menschen lebten. In vielen Wohngebieten lag das Durchschnittsalter beim Bezug unter 25 Jahre. Das Leitbild der sozialen Gleichheit verfolgte eine sozialstrukturelle Bewohnermischung, also unabhängig vom Bildungsabschluss oder beruflicher Tätigkeit sollten die Menschen zusammenleben. Das zentrale Ziel war die Vermeidung einer Segregation. Die soziale Mischung ließ sich in vielen Neubaugebieten realisieren, hochqualifizierte Leute wie Ärzte lebten neben Facharbeitern aus der Produktion Tür an Tür.

Tafel 8: Neustrelitz-Kiefernheide



Tafel 9: Bergen (Rügen) Rotensen: Teilrückbau und Gebäude im Orginalzustand



Bis zur politischen Wende ähnelten sich die Neubaugebiete in baulichen, sozialen und demographischen Merkmalen. Anfang der 1990er Jahre kam es dann zu einer Zäsur, denn die einst beliebten Wohngebiete wurden als graue und triste Plattenbauten stigmatisiert (Beer 2019: 35). Die Entwicklung der ostdeutschen Großwohnsiedlungen ist zudem bis heute stark vom wirtschaftlichen Transformationsprozess geprägt. Die damit verbunden regionalen und lokalen Arbeitsmarkteffekte sowie politischen Entscheidungen haben dazu geführt, dass sich die Siedlungen seit 1990 zunehmend ausdifferenzieren. Heute sind die ostdeutschen Großwohnsiedlungen von heterogenen baulichen und sozialen Entwicklungen geprägt.

Einwohnerverluste und deren Wirkung

Ab Mitte der 1990er Jahre setzten in den ostdeutschen Großwohnsiedlungen aus verschiedenen Gründen umfangreiche Einwohnerverluste ein. Viele Menschen hatten ihren Arbeitsplatz verloren und zogen auf der Suche nach einer Alternative in eine der prosperierenden westdeutschen Regionen. Für einen Teil der Bewohner ergaben sich gute berufliche Perspektiven, und sie verwirklichten sich, oft in Sichtweite zum Neubaugebiet, den Traum vom eigenen Haus. Außerdem kam die Kindergeneration in die Haushaltsgründungsphase, und ein großer Teil von ihnen zog bei den Eltern aus, um anderorts eine Ausbildung oder ein Studium zu beginnen.

Mit der Abwanderung sank nicht nur die Anzahl der Einwohner, sondern es kam zur sozialen Entmischung, einem Anstieg des Durchschnittsalters und einer wachsenden Zahl unvermieteter Wohnungen. Der Leerstand führte in zahlreichen Siedlungen zu punktuellem oder flächenhaftem Abriss von Wohngebäuden. Mit diesem Rückbau wurde eine differenzierte Entwicklung in den ostdeutschen Großwohnsiedlungen räumlich sichtbar.

Die zunehmende Heterogenität ist eng mit der Eigentümersituation sowie deren Vermietungsstrategien verknüpft und bildet sich kleinräumig auf Quartiersebene ab. In vielen Siedlungen ist ein dichtes Nebeneinander von voll-, teil- und unsanierten Wohnhäusern oder aufwendig gepflegten Grünanlagen und wilden Brachflächen zu sehen. Seit einigen Jahren nimmt die Entwicklungsvielfalt der Großwohnsiedlungen durch den Neubau von Wohnungen und Infrastruktureinrichtungen weiter zu.

Typologie ostdeutscher Großwohnsiedlungen

Die Siedlungen haben sich in den vergangenen 30 Jahren divers entwickelt. In Abhängigkeit von der Arbeitsmarktsituation, dem Alter der Siedlung oder deren Lage war die Abwanderung unterschiedlich stark ausgeprägt. Dementsprechend ungleich war der Wohnungsleerstand verteilt, sodass in zahlreichen Siedlungen kein Abriss stattfand, während es in anderen Gebieten zu punktuellen oder sogar flächenhaften Rückbaumaßnahmen kam. Die Beschlüsse für einen Abriss an einem Standort zu Gunsten eines anderen hingen nicht allein vom Leerstand

Tafel 10: Brandenburg-Hohenstücken, im Vordergrund eine Rückbaufläche, hinten ein unsaniertes Wohngebäude



Tafel 11: Königs Wusterhausen Goethestraße, sanierte Wohngebäude und hergerichtetes Wohnumfeld



ab, sondern waren gleichzeitig politische oder unternehmerische Entscheidungen.

Das langfristige wohnungspolitische Ziel bestand darin, den gesamtstädtischen Wohnungsmarkt in den schrumpfenden Städten zu stabilisieren. Der Vergleich ostdeutscher Großwohnsiedlungen zeigt, dass sich tendenziell stabile¹ von eher schrumpfenden Großwohnsiedlungen unterscheiden lassen (vgl. Grunze 2017). Bei der Betrachtung der demographischen und sozialstrukturellen Einwohnerentwicklung sowie den Effekten des Stadtumbaus ergeben sich sechs Großwohnsiedlungstypen in einem Spektrum von *Stabil* bis *Aufgelöst* (Tafel 12). Die ermittelte Zuordnung der Großwohnsiedlungen zu den jeweiligen Typen ist nicht statisch, sondern kann sich je nach Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt und der lokalen Wohnungsnachfrage verändern.

Tafel 12: Typen ostdeutscher Großwohnsiedlungen

Entwicklungs- tendenz		stabil		schrumpfend			
Тур	stabil	stabil großstädtisch	stabil überaltert	schrumpfend	aufgelöst		
Fallbeispiel	Jena- Lobeda	Berlin- Marzahn	Branden- burg-Nord	Gera-Lusan	Suhl-Nord	Stendal- Süd	

In der Karte (Tafel 13) sind alle 171 Neubaugebiete des DDR-Wohnungsbaus mit einer Größe von mindestens 2.500 Wohnungen abgebildet. Ab dieser Wohnungsanzahl wird von Großwohnsiedlungen gesprochen. Es ist gut zu erkennen, dass die Siedlungen im gesamten Land entstanden sind, sich aber in den großen Städten und industriell geprägten Regionen konzentrieren. In prosperierenden Städten wie Jena sind stabile Siedlungen zu finden, in Hoyerswerda ist die Neustadt dagegen von einer stark schrumpfenden Tendenz gekennzeichnet. Das Beispiel von Stralsund zeigt, dass sich die Großwohnsiedlungen einer Stadt in verschiedene Richtungen entwickeln können. Oftmals werden darin politische Beschlüsse im Zuge des Stadtumbau Ost deutlich. Die kommunal verantwortlichen Akteure entschieden die Konsolidierung einer oder mehrerer Siedlungen in ihrer Stadt. Das bedeutete für andere Wohngebiete einen Zuzugs- und Vermietungsstopp, um Leerstände zu konzentrierten und flächenhaft Abrissmaßnahmen umsetzen zu können.

Infolgedessen haben sich ostdeutschlandweit sechs verschiedene Typen der Großwohnsiedlungen herausgebildet. In einer Typologie kommt es gegenüber einer Kategorisierung nicht zur scharfen Trennung der einzelnen Fälle, sondern aus der Zuordnung ergeben sich oft Überschneidungen. Die Typologie ostdeutscher Großwohnsiedlungen basiert auf einer Clusteranalyse und orientiert sich an den größten Schnittmengen der Wohngebiete:

43

¹ Die Klein- oder Großschreibung von stabil oder schrumpfend richtet sich nach der Verwendung der Begriffe. Bei der Beschreibung von Tendenzen sind sie als Adjektiv kleingeschrieben, als Typenbezeichnung dagegen groß.

Greifswald _ Wolga △■ Güstrow Wismar Schwerin Waren/Müritz Neustrelitz Schwedt/Oder DE Oranienburg PL Henningsdorf Berlin Frankfurt/Oder Brandenburg/Havel Ludwigsfelde Magdeburg Eisenhüttenstadt Lübbenau Lutherstadt Wittenberg Staßfurt Köthen/Anhalt Finsterwalde Hettstedt Senftenberg Lutherstadt Eisleben Leinefelde Hoyerswerda Bautzen Sömmerda Braunsbedra Gotha Freiberg rmsdorf Bad Salzunger Chemnitz Großwohnsiedlungstypen Stabil Stabil Großstädtisch Plauen Schwarzenberg Auerbach Stabil Überaltert Sonneberg Schrumpfend Stark Schrumpfend CZ Aufgelöst Ohne Zuordnung 25

Tafel 13: Die ostdeutschen Großwohnsiedlungen, unterschieden nach Typen

Eigene Erhebung (2011)

- Die Stabilen Großwohnsiedlungen profitieren von einer hohen gesamtstädtischen Wohnungsnachfrage, die oft unmittelbar mit einem soliden regionalen Arbeitsmarkt zusammenhängt. Auch in diesen Siedlungen kam es zu Einwohnerverlusten bis zu einem Drittel. Diese wirkten sich aber nur zum Teil als Leerstände aus, da sich durch den Auszug von Kindern die Haushaltsgrößen reduzierten und die Verluste so kompensiert wurden. Wohnungsabriss erfolgte deshalb nur in Ausnahmen. Heute sind Wohnungen in Siedlungen wie Jena-Lobeda stark nachgefragt und die Leerstände liegen unter der Fluktuationsreserve. In mehreren Fällen werden derzeit Neubauprojekte als Nachverdichtungen im Bestand umgesetzt.
- Zu den Stabil großstädtischen Großwohnsiedlungen zählen Siedlungen, die in Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern liegen und eine Größe von mehreren tausend Wohnungen haben. Der Einwohnerrückgang ab Mitte der 1990er Jahre war für die Fälle dieses Typus verschieden ausgeprägt, dementsprechend unterschied sich der Umfang der daraufhin vorgenommenen Wohnungsabrisse. Sie erreichten ein Ausmaß zwischen wenigen hundert bis mehreren tausend Wohnungen. Eine Besonderheit des Stabilen großstädtischen Typus liegt darin, dass sich sowohl tendenziell stabile als auch schrumpfende Gebiete zuordnen lassen. Generell gilt für diesen Typus, dass trotz der Abrisse weite Teile der Großwohnsiedlung langfristig erhalten bleiben, weshalb sie als stabil gelten.
- Die Stabil überalterten Großwohnsiedlungen sind in den 1960er Jahren entstanden und damit die ältesten Wohngebiete. Ein charakteristisches Merkmal ist eine strenge mehrgeschossige Zeilen- und Reihenbebauung mit vier bis fünf Etagen. Bis heute leben dort viele Bewohner aus der Erstbezugsgeneration, weshalb das Durchschnittsalter in diesen Gebieten besonders hoch ist. Aus diesem Grund stehen die Gebiete wie Brandenburg-Nord unmittelbar vor einem Generationenwechsel, also dem Austausch von älteren Bewohnern durch jüngere zuziehende Menschen. Der Wohnungsleerstand war bisher vergleichsweise gering ausgeprägt und Abriss erfolgte nur in wenigen Ausnahmen.
- Die Schrumpfenden Großwohnsiedlungen liegen überwiegend in Mittelstädten und haben seit den 1990er Jahren bis zu 50 Prozent der Einwohner verloren. Wie in Gera-Lusan kam es je nach Ausmaß des Wohnungsleerstands zu einer Kombination aus punktuellem und flächenhaftem Abriss. Aufgrund einer nur mäßigen Lage auf dem regionalen Arbeitsmarkt und der demographischen Effekte einer überalterten Bewohnerschaft setzt sich die Schrumpfung auch zukünftig allmählich fort.
- Zum Stark schrumpfenden Typus zählen sehr junge Großwohnsiedlungen, die ab Anfang der 1990er Jahre von rasanten Abwanderungen betroffen sind. Die Einwohnerverluste liegen oft bei deutlich über 50 Prozent, sodass in einigen Quartieren jede zweite Wohnung leerstand. Wie in Suhl-Nord wurde darauf mit einem flächenhaften Abriss von Wohngebäuden, Infrastruktureinrichtungen und Verkehrsflächen reagiert. An einigen Siedlungsrändern gab es Maßnahmen zur Aufforstung der Rückbauflächen. Aufgrund fehlender Arbeitsmarktperspektiven ist weiterhin von einer rasanten Schrumpfung auszugehen.

Der Umfang der Einwohnerverluste hatte in drei Fällen dazu geführt, dass die verantwortlichen Akteure in den Kommunen den kompletten Abriss der Siedlungen beschlossen haben. Das zentrale Ziel dieser Vorgehensweise war, den gesamtstädtischen Wohnungsmarkt zu stabilisieren und gleichzeitig Infrastrukturausgaben zu senken. Die Aufgelösten Großwohnsiedlungen sind mit etwa 3.000 Wohnungen wie in Stendal-Süd, verhältnismäßig klein. Innerhalb weniger Jahre kam es dort zu flächenhaftem Abriss von Wohngebäuden und Infrastruktureinrichtungen. Bislang ist es allerdings aus unterschiedlichen Gründen noch nicht gelungen, die Beschlüsse zur Auflösung gänzlich umzusetzen und sämtliche Bestände abzureißen.

Ausblick

In den vergangenen 30 Jahren haben sich die Diskussionen zu den ostdeutschen Großwohnsiedlungen vor allem um bauliche Themen gedreht. Mit der Wendeeuphorie und dem Glauben an blühende Landschaften entstanden neue Geschäftshäuser in den Stadtteilzentren und "westdeutscher" Wohnungsbau als Nachverdichtung. Nur wenige Jahre danach hatte sich der Wind für die Siedlungen gedreht, und rasante Einwohnerverluste führten zu radikalen Konzepten wie dem Abriss von Wohngebäuden, die damals kaum zwanzig Jahre standen.

Derzeit differenziert sich die Situation spürbar aus. Während in den ehemaligen Industrieregionen nach wie vor ein Wohnungsüberhang festzustellen ist, wird in den Ballungsräumen an Konzepten zum Neubau gearbeitet. Die politische Diskussion ist dabei unverändert: Es geht stets um Quantität, also so viel wie möglich Wohnungen in der einen Region neuzubauen und in einer anderen abzureißen. Dabei sollten nach den Erfahrungen mit den Wachstumszyklen der vergangenen 30 Jahre Fragen zur Qualität und genaue Bedarfsanalysen im Vordergrund stehen.

Wahrscheinlich wird weiterhin Wohnungsabriss erforderlich sein, und gleichzeitig kündigt sich eine zweite Sanierungswelle im Bestand an. Die Besonderheit besteht in der Gleichzeitigkeit dieser gegensätzlichen Prozesse, die innovative Konzepte und Instrumente notwendig machen. Dabei ist zu betonen, dass bauliche Lösungen mit ausreichend politischem Willen relativ einfach umzusetzen sind. Dies zeigt der Stadtumbau Ost mit etwa 320.000 abgerissenen Wohnungen, genauso wie die Förderungen von Wohnparks in den 1990er Jahren oder derzeitiger Neubauprojekte.

Viel anspruchsvoller ist es dagegen, auf die soziale Entwicklung in den Großwohnsiedlungen zu reagieren, da sich diese Prozesse langfristig vollziehen und einen Trend zur sozialräumlichen Verfestigung haben. Die Besonderheit besteht darin, dass die Entscheidung zur Abwanderung in andere Stadtteile freiwillig erfolgt und damit kaum zu steuern ist. Dies wird durch die zunehmende Polarisierung in der sozialen Stadtentwicklung und die spürbare Segregation in den vergangenen Jahren verdeutlicht. Eine wachsende Altersarmut wird diese Muster weiter manifestieren. An dieser Stelle sind die Bundes-, Landes- und Kommu-

Tafel 14: Reichenbach-West (Vogtland)



Tafel 15: Neubrandenburg-Datzeberg: saniert und unsaniert in enger Nachbarschaft



nalpolitik gefordert, dieses Problem anzuerkennen. Einzelne projektbezogene Förderprogramme werden nicht ausreichen, um gegenzusteuern und eine nachhaltige Quartiersentwicklung betreiben zu können. Das ist eine ganzheitliche und langfristige Herausforderung, bei der politische Erfolge nicht nach einzelnen Legislaturperioden zu messen sind.

Die notwendigen Instrumente müssen alle Ebenen betreffen, da der regionale Arbeitsmarkt genauso entscheidend ist wie zeitgemäße Regelungen bei den Kosten der Unterkunft oder informelle Wohnraumkonzepte. Die Akteure der Wohnungswirtschaft und kommunalen Verwaltung brauchen ausreichend finanzielle und juristische Spielräume, sodass kontinuierliche Möglichkeiten bestehen, auf die vielfältigen Anforderungen zu reagieren. Es muss ein gesellschaftliches Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Großwohnsiedlungen wichtige und bei den Bewohnern meist beliebte Wohnstandorte sind.





Pfadabhängigkeiten in den ostdeutschen Städten

Der Zusammenhang zwischen Bombenkrieg, sozialistischem Wohnungsbau, Kohls "blühenden Landschaften", Schröders "Agenda 2010' und heutiger sozialer Segregation

Marcel Helbig Stefanie Jähnen

In der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gab es nur eine sehr gering ausgeprägte residenzielle soziale Segregation (Harth et al. 1998; Keller 2005). Das heißt, nach sozioökonomischen Merkmalen gab es eine relativ gleichmäßige Verteilung der Wohnstandorte der Bevölkerung im städtischen Raum (vgl. Häußermann/Siebel 2004: 139ff.). Mieten wurden staatlich stark bezuschusst und Wohnungen teils staatlich, teils über Betriebskontingente vergeben. Wohneigentum spielte in der DDR kaum eine Rolle. Einzig im Zuge der Wohnungszuweisungen lässt sich ein minimal höherer Anteil bildungshoher Schichten in den Plattenbaugebieten beobachten, der daraus resultierte, dass diese Wohnungen vorzugsweise an junge Familien vergeben wurden; diese hatten durchschnittlich höhere Bildungsabschlüsse als ältere Kohorten (Harth et al. 1998: 25).

Auch nach dem Fall der Mauer kam es zunächst nur zu einem minimalen Anstieg der sozialen Segregation, gemessen am Segregationsindex nach Duncan und Duncan (1955). Er gibt die ungleiche räumliche Verteilung einer Gruppe gegenüber der restlichen Bevölkerung an. Der Wert für die Gesamtstadt liegt zwischen 0 (gleichmäßige Verteilung) und 1 (vollständige Segregation) bzw. 0 und 100 Prozent (Häußermann/Siebel 2004: 140). So sind etwa für Magdeburg Mitte der 1990er Jahre Segregationsindizes für die Bildung der Bevölkerung von 5 (niedriger Bildungsabschluss) bis 12 (Hochschulabschluss) zu beobachten und für Einkommen zwischen 7 und 12 (Harth et al. 1998: 90). Dies liegt weit unter den Werten, die für die Städte in den alten Bundesländern bereits in den 1970er Jahren gefunden wurden (vgl. ebd.: 19f.).

Das Ausmaß sozialer Segregation war um das Jahr 1995 in den ostdeutschen Städten noch deutlich niedriger als in den westdeutschen Städten (ebd.; Keller 2005). Nun konnten wir allerdings zeigen, dass die soziale Segregation von Armen in den ostdeutschen Städten bereits 2005 höher war als in den westdeutschen Städten (Helbig/Jähnen 2018). Zudem ist die soziale Segregation seitdem im Osten deutlich stärker angestiegen als im Westen. Heute liegen die Segregationskennziffern der meisten ostdeutschen Städte deutlich über denen der westdeutschen Städte. Nur Magdeburg und Dresden stellen eine Ausnahme dar.

In den restlichen ostdeutschen Städten ist es innerhalb von 25 Jahren zu einem Anstieg der sozialen Segregation von Werten im einstelligen Bereich hin zu Werten zwischen 28 und 39 gekommen. Der größte Anstieg scheint sich zwischen 1995 und 2002 vollzogen zu haben und kann vor dem Hintergrund des Forschungsstandes in seiner Dynamik als historisch beispiellos bezeichnet werden (ebd.).

Der vorliegende Beitrag soll darlegen, wie es zu diesem Anstieg der sozialen Segregation in den ostdeutschen Städten gekommen ist. Warum ist die soziale Segregation dort heute größer als in den westdeutschen Städten und warum gibt es eine große Varianz der Segregation zwischen den ostdeutschen Städten? Wir werden argumentieren, dass sich die ostdeutschen Städte aufgrund historischer Pfadabhängigkeiten unterschiedlich entwickelt haben.

Das empirische Puzzle

In Tafel 17 ist zu sehen, dass das Ausmaß der sozialen Segregation in den ostdeutschen Städten 2014 deutlich variiert. Rostock, Erfurt, Potsdam, Weimar, Halle und Jena gehören zu den Städten in Deutschland, in denen die höchsten Segregationsindizes für Arme zu beobachten sind. Die Armen werden über die Personen gemessen, die Transferleistungen nach dem Sozialgesetzbuch II erhal-

38 38,9 39,4 35,4 35,4 35,4 35,4 35,4 35,4 32 29 29 22,8 22,8 22,8 22,8 20 Deutscher Dresden Liebrich Liebrich

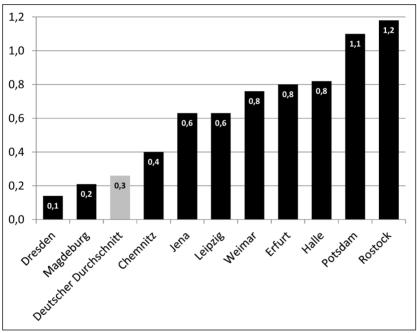
Tafel 17: Soziale Segregation (Segregationsindex SGB-II-Empfänger) in zehn ostdeutschen Städten im Vergleich zum deutschen Durchschnitt 2014

Quellen: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen

ten. Chemnitz und Leipzig liegen hingegen nur knapp über dem gesamtdeutschen Mittelwert; in Dresden und Magdeburg ist die soziale Segregation sogar deutlich schwächer ausgeprägt als im Durchschnitt aller deutschen Städte.

In Tafel 18 sieht man zudem, dass die soziale Segregation in den ostdeutschen Städten, verglichen mit der gesamtdeutschen Entwicklung zwischen 2005 und 2014, besonders stark angestiegen ist. Besonders deutlich ist dies in Rostock, Potsdam, Halle, Erfurt, Weimar, Leipzig und Jena zu beobachten. Was diese Städte vereint, ist ihre geografische Lage und ihre Geschichte im Hinblick auf die deutsche Teilung. Ansonsten verbindet sie heute auf den ersten Blick relativ wenig.

Tafel 18: Durchschnittlicher jährlicher Anstieg der sozialen Segregation (Segregationsindex SGB-II-Empfänger) in zehn ostdeutschen Städten im Vergleich zum deutschen Durchschnitt 2005–2014 (in Prozentpunkten)



Quellen: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen

Auf der anderen Seite zeigt sich in Chemnitz ein nur leicht überdurchschnittlicher Anstieg der sozialen Segregation, in Magdeburg und Dresden ein unterdurchschnittliches Wachstum der sozialen Segregation. Wir haben im Osten also erstens Städte, deren soziale Segregation binnen eines Jahrzehnts stark zugenommen hat und deren soziale Segregation heute die höchste in ganz Deutschland ist (mit wenigen westdeutschen Ausnahmen): Rostock, Potsdam, Halle, Erfurt, Weimar und Jena. Wir haben zweitens Leipzig, wo die soziale Segregation auch sehr stark zugenommen hat, das Ausmaß sozialer Segregation aber als durchschnittlich bezeichnet werden kann. Drittens haben wir Magde-

burg, Dresden und mit Einschränkung Chemnitz, wo die soziale Segregation ebenso wie ihr Anstieg relativ gering ist. Die Frage ist nun, wie dieses Muster sozialer Segregation zustande kommt.

Der historische und institutionelle Kontext

Der Bombenkrieg im Zweiten Weltkrieg

Der Hauptunterschied zwischen den genannten Gruppen der zehn ostdeutschen Städte aus historischer Perspektive ist ein Ereignis, welches unseres Erachtens dazu führte, dass die Städte auf unterschiedliche städtebauliche Pfade gelenkt wurden. Konkret unterscheiden sich Dresden, Magdeburg und Chemnitz von den anderen Städten in dem Ausmaß der Zerstörungen, die sie während des Zweiten Weltkriegs im Bombenkrieg der Alliierten erlitten. Wie aus Tafel 19 hervorgeht, wurden in Magdeburg 85 Prozent der Innenstadt zerstört, in Dresden und Chemnitz sogar 95 Prozent. Dass diese drei Städte am stärksten vom Bombenkrieg betroffen waren, zeigt zudem der Totalzerstörungsgrad aller Wohnungen. Auch hier weisen Magdeburg mit 50 Prozent und Chemnitz und Dresden mit knapp 40 Prozent die höchsten Werte auf. Die anderen ostdeutschen Städte im Sample hatten teilweise auch große Zerstörungen zu bewältigen, jedoch weit weniger als Magdeburg, Chemnitz und Dresden.

Tafel 19: Zerstörungsgrad zehn ostdeutscher Städte durch den Bombenkrieg im Zweiten Weltkrieg

Städte	Totalzerstörungsgrad der Wohnungen in Prozent	Zerstörungsgrad der Innenstadt in Prozent	Zerstörungsgrad der Städte in Prozent
Halle	5	15	5
Erfurt	19	35	5
Leipzig	19	59	25
Weimar	19	k. A.	20-30
Jena	20	k. A.	50
Potsdam	20	47	47
Rostock	25	59	40
Chemnitz	38	95	31
Dresden	39	95	60
Magdeburg	50	85	60–90

Quellen: Spalte 1 und 2 nach Hohn (1991), Spalte 3 nach von Beyme (1987)

Wiederaufbau in der sozialistischen DDR

Der unterschiedliche Zerstörungsgrad der Städte spiegelt sich auch im ersten Fünfjahresplan (1951 bis 1955) zum Wiederaufbau der DDR wider. Zwei Milliar-

den Mark flossen nach diesem Plan in den Wiederaufbau Ost-Berlins¹, eine Milliarde war für Dresden, Magdeburg, Chemnitz und Dessau bestimmt, und die restlichen 48 Städte sollten im ersten Fünfjahresplan zusammen eine Milliarde erhalten (Grummich 2012). Gerade in dieser Phase orientierte sich der Städtebau in der DDR noch an alten Bautraditionen und es wurden größtenteils vierbis fünfgeschossige Häuser gebaut (von Beyme 1987).

Nach dem Tod Stalins wurde im Dezember 1954 in Moskau auf der Unionskonferenz der Bauschaffenden ein "industrialisierter Wohnungsbau ohne Zuckerbäckerei und Fassadenkosmetik propagiert", auf den in der DDR mit der Losung "Besser, schneller und billiger bauen" reagiert wurde (ebd.: 291). Die neue Losung wurde allerdings erst Anfang der 1960er Jahre mit dem Siebenjahresplan 1959 bis 1965 umgesetzt. Ziel war es, 691.000 Neubauwohnungen zu bauen (bei rund 17 Mio. Einwohnern), von denen nur 81.000 durch Um- und Anbau geschaffen werden sollten. Der Wiederaufbau zog an die Peripherie der Städte, obwohl es in den ostdeutschen Altstädten noch weit mehr Brachen als in Westdeutschland gab (ebd.).

Die unterschiedlichen Phasen des Wiederaufbaus waren mit unterschiedlichen Bauweisen verknüpft. Bis in die 1960er Jahre wurden 60 Prozent der Neubauten konventionell und 37 Prozent in Blockbauweise (noch nicht in Plattenbauweise) errichtet. In den 1960er bis 1980er Jahren folgte die Errichtung von verschiedenen Plattenbausiedlungen.

In Magdeburg, Dresden und Chemnitz gab es auch noch in den 1960er bis 1980er Jahren größere Brachflächen in innerstädtischer Lage. Unter anderem deswegen ist es hier zu einer zentraleren Errichtung der Plattenbauten gekommen. Im Gegensatz dazu sind beispielsweise Halle-Neustadt, Erfurt-Nord, Rostock-Lichtenhagen oder Jena-Lobeda (allesamt große Plattenbaugebiete) an den Rändern der Städte gebaut worden, da im innerstädtischen Bereich die Brach- bzw. Bauflächen fehlten. Ein Unterschied innerhalb der ostdeutschen Städte ist also die unterschiedliche Bebauung mit Plattenbauten – vor allem im Hinblick auf ihre Lage.

Der Anteil von Bewohnern in Großsiedlungen (überwiegend in Plattenbauweise errichtet) lag kurz nach der Wende in Ostdeutschland bei rund einem Viertel. Dabei schwankte der Anteil der Plattenbausiedlungen am gesamten Wohnungsbestand stark zwischen den Städten. In Leipzig lag ihr Anteil bei nur 23 Prozent, in Dresden bei 33 Prozent, in Magdeburg bei 40 Prozent, in Potsdam, Erfurt und Halle bei rund 50 Prozent, in Schwerin bei 57 Prozent und in Rostock bei fast 70 Prozent (Harth et al. 1998: 212). Im Westen Deutschlands lebten zu diesem Zeitpunkt nur zwei Prozent aller Einwohner in Großsiedlungen (ebd.: 181f.). Während sich die Großsiedlungen in der BRD bereits in soziale Brennpunkte verwandelt hatten, wohnten in den ostdeutschen Plattenbauten zur Zeit der Wende keinesfalls sozial benachteiligte Schichten. Die Wohnungen galten als modern und waren im Vergleich zur Altbausubstanz gut ausgestattet. "Altbau-

-

 $^{^{1}}$ Berlin wird in diesem Beitrag nicht thematisiert, da der Westteil der Stadt der Wiederaufbaupolitik der Bundesrepublik unterlag und das heutige Berlin (West und Ost zusammen) nicht mit den anderen ostdeutschen Städten vergleichbar ist.

quartiere waren über mehr als eine Generation keine vorzeigbare 'Adresse' und weitgehend dem Verfall preisgegeben" (ebd.: 173).

Die soziale Segregation war in den Städten der DDR gering ausgeprägt. Es lässt sich nur eine gewisse soziale Segregation nach Bildung beobachten, da der jüngeren, etwas höher gebildeten Generation mit Kindern bevorzugt Zugang zu den Plattenbauwohnungen gewährt wurde. Somit führte die Belegung der Plattenbauten durch Familien mit Kindern tendenziell zu einer leichten sozialen Segregation nach Bildung (ebd.: 25). Die Treiber sozialer Segregation waren in der DDR ohnehin zu vernachlässigen: Die Mieten waren staatlich stark subventioniert und die Einkommensunterschiede in der sozialistischen Gesellschaft waren gering.

Kohls "blühende Landschaften"

Nach dem Ende der DDR verloren die Plattenbaugebiete sehr stark an Attraktivität. Die Erfahrungen mit den westdeutschen Großsiedlungen führten dazu, dass medial Horrorszenarien bezüglich der Plattenbauten verbreitet wurden (ebd.: 182). Ivan Szelenyi (1996, zit. nach Keller 2005: 115) prognostizierte, dass sich mit der Angleichung von östlichen und westlichen Gesellschaften die östlichen Plattenbaugebiete zu den Slums des 21. Jahrhunderts entwickeln würden. Die Erfahrung mit den westdeutschen Großsiedlungen sorgte zumindest dafür, dass die 'Plattenbauproblematik' von Anfang an im politischen Fokus blieb (Harth et al. 1998: 182). Im Einigungsvertrag von DDR und BRD wurde festgehalten, dass die Plattenbausiedlungen nicht als sozialer Wohnungsbau fungieren sollten (Keller 2005).

Obwohl Horrorszenarien gezeichnet wurden, gab es auch um 1995 kaum soziale Segregation in den ostdeutschen Städten und noch keine Ballung von Armen in den Plattenbausiedlungen (Harth et al. 1998: 208ff.). Die Prozesse, die später zu einer ausgeprägten sozialen Segregation führen sollten, waren zu diesem Zeitpunkt teilweise schon spürbar, aber noch nicht voll wirksam.

Ein erster Faktor, der später zu einer erhöhten sozialen Segregation führte, war die um sich greifende Massenarbeitslosigkeit direkt nach dem Fall der Mauer. Hiervon waren vor allem jene Plattenbaugebiete betroffen, die sich in der Nähe großer Industriekombinate befanden (Keller 2005). In diesen Plattenbaugebieten hielt die strukturelle Arbeitslosigkeit noch lange an und führte bereits ohne Wanderungsbewegungen zu einer Verschlechterung der sozialen Lagen der Bewohner. Zudem setzten unmittelbar nach der Wende aus den Plattenbaugebieten vermehrt Wanderungsbewegungen in jene Regionen ein, wo es Arbeit gab – also nach Westdeutschland.

Die zweite Welle des Fortzuges, wiederum vor allem aus den Plattenbaugebieten, setzte Mitte der 1990er Jahre als Prozess nachholender Suburbanisierung ein, "in dessen Verlauf das Schwungrad der sozialen Entmischung seine eigentliche Dynamik gewinnt" (ebd.: 49). Die erste Welle (im Zuge der ansteigenden Arbeitslosigkeit) war zwar altersselektiv, aber noch wenig sozial selektiv. So

wurde sie auch in den Städten selbst noch nicht als Problem gesehen, sondern erst die Abwanderung ab Mitte der 1990er Jahre.

Der Prozess der Suburbanisierung setzte so spät ein, weil erst nach einer bestimmten Dauer in Ostdeutschland ausreichende Vermögen aufgebaut worden waren, die es erlaubten, ein Eigenheim zu erwerben (Harth et al. 1998). Zudem lag der Leitzins der Deutschen Bundesbank bis Anfang 1993 bei rund acht Prozent, was die Kreditaufnahme wenig attraktiv machte, und verringerte sich dann bis Anfang 1996 auf 2,5 Prozent (Deutsche Bundesbank 2012).

Im Gegensatz zu den westdeutschen Städten, wo die Suburbanisierung ab den 1960er Jahren langsam einsetzte, lief dieser Prozess im Osten dann mit einer sehr hohen Dynamik ab. Zudem war die Wanderung ins Umland in Westdeutschland besonders in wachsenden Regionen zu beobachten, wohingegen sie im Osten trotz gleichzeitig stark schrumpfender Bevölkerungszahlen der Kernstädte stattfand (Harth et al. 1998). Bei der Gruppe, die in dieser Zeit ins Umland der ostdeutschen Städte zog, handelte es sich vorwiegend um finanzstarke Familienhaushalte aus den Plattenbaugebieten.

Die nachholende Suburbanisierung wurde auch durch steuerliche Vergünstigungen, großzügige Flächenausweisungen und damit einhergehende geringe Bodenpreise staatlich unterstützt (Keller 2005: 50). Der Wegzug ins Umland führte dazu, dass die soziale Krise in den Plattenbauten nun selber zum Push-Faktor für den Wegzug wurde. Verschärft wurde die soziale Krise dadurch, dass es vermehrt zu Zuzügen von Transferleistungsbeziehern in die Plattenbauten kam. Im Zuge der Privatisierung von Wohnraum und der Überschuldung der ostdeutschen Wohnungsbauunternehmen² behielten die Kommunen vor allem in Plattenbaugebieten Belegungsrechte für jene, die sich am Markt keine privat angebotene Wohnung mehr leisten konnten (Keller 2005: 55). Angesichts des enormen Anstiegs des Leerstandes blieb auch den Wohnungsunternehmen wenig anderes übrig, als an transferabhängige Menschen zu vermieten, da die Zahlung der Wohnkosten durch die Sozialämter zumindest stabile Belegung und Einnahmen sicherte (ebd.: 47).

Insgesamt entstanden so in den 1990er Jahren zunehmend blühende Eigenheimlandschaften vor den Toren der ostdeutschen Städte, während es in den Plattenbaugebieten zu einem zunehmenden Leerstand und einer Ballung von sozial benachteiligten Mietern kam. Parallel zur Errichtung von Neubaugebieten in den umliegenden Vororten und Dörfern der ostdeutschen Städte wurden die

_

² Der Wohnungsbau war formal mit Krediten der DDR-Staatsbank finanziert, die rein verrechnungstechnischer Art waren, aber durch den Einigungsvertrag auf alle 1.200 ostdeutschen Wohnungsunternehmen umgelegt wurden. Das Altschuldenhilfegesetz von 1993 koppelte dann eine Teilentlastung der Wohnungsunternehmen von den Altschulden an 15 Prozent Privatisierung des Wohnungsbestandes an die Mieter. Dafür fehlte letzteren jedoch das Geld, so dass nur zirka zwei Prozent der Plattenbauwohnungen an Selbstnutzer verkauft wurden. Nach einer Novellierung des Altschuldenhilfegesetzes 1999 konnten sich dann Wohnungsunternehmen, deren Leerstandsquote zur Existenzgefährdung führte, von diesen Altschulden befreien, indem sie die leerstehenden Wohnungen abreißen ließen. Die Abrisskosten mussten die Unternehmen aber immer noch allein tragen. Mit dem "Stadtumbau Ost"-Programm wurde auch das geändert: Nun wurde eine Abrisspauschale von 60 Euro je Quadratmeter gezahlt. (Pasternack 2014; 2014a)

Altbauquartiere in den Innenstädten vermehrt saniert. Es scheint, dass die flächendeckende Sanierung zeitlich etwas später eingesetzt hat und weniger dynamisch war als die Suburbanisierung.

Als das DDR-Regime zusammenbrach, stand auch die Altbausubstanz kurz vor dem Zusammenbruch. Ob nun in den mittelalterlichen Altstädten von Erfurt oder Jena, im klassizistischen Weimar und Potsdam oder bei der Hanse-Architektur Rostocks – überall drohten die Gebäude zusammenzufallen, die die alliierten Bomben 45 Jahre zuvor nicht getroffen hatten. Gerade noch rechtzeitig kam die Wende und mit ihr das Versprechen Helmuts Kohls von "blühenden Landschaften", die sich in Ostdeutschland zukünftig zeigen sollten.

Im Hinblick auf die hohen Arbeitslosenquoten, die Abwicklung und Entwicklung der Wirtschaft im Allgemeinen und die Perspektivlosigkeit der Jugend, welche den Osten scharrenweise verließ, hat Kohl sein metaphorisches Versprechen nicht gehalten. Im Hinblick auf die Sanierung und Verschönerung der Innenstädte schon: Durch private (staatlich subventionierte) und öffentliche Investitionen konnten in einigen ostdeutschen Städten außergewöhnlich schöne Innenstädte im Stile von Freilichtmuseen wieder aufgebaut werden, die heute zu den attraktivsten Deutschlands gehören (IFH Köln 2016).

Für die Altbauquartiere lassen sich bereits ab Mitte der 1990er Jahre leichte Verdrängungstendenzen (Gentrifizierung) beobachten (Harth et al. 1998: 214). Die Wanderung in sanierte Innenstadtlagen ist ein weiterer Faktor, der das hohe Ausmaß sozialer Segregation in einigen ostdeutschen Städten erklären kann. Gerade weil viele ostdeutsche Städte im Bombenkrieg weniger zerstört worden waren als im Westen und die Altstädte nicht durch architektonische Moden und Experimente in Mitleidenschaft gezogen wurden, ist die historische Bausubstanz bis zur Wende erhalten geblieben. Dies unterscheidet die ostdeutschen Städte heute auch untereinander: auf der einen Seite die wenig zerstörten Städte mit einer wieder aufgebauten Altstadt und auf der anderen Seite die stark zerstörten Städte, in denen es keine Altstadt mehr zum Aufbauen gab.

Ferner sei auch auf die im Jugendstil erbauten, zusammenhängenden Villengegenden hingewiesen, die nach der Wende in neuem Glanz erstrahlten (bspw. im Erfurter Süden oder Potsdam-Neubabelsberg). Auch zwischen diesen vom Krieg wenig in Mitleidenschaft gezogenen Wohngebieten und den am Rand liegenden Plattenbaugebieten ist der Attraktivitätsunterschied (in den Augen der Bevölkerung) besonders groß. Während die Bevölkerung der ostdeutschen Städte in den 1990er Jahren schrumpfte, lässt sich entgegen diesem Gesamttrend für die Innenstädte ab etwa 1997 ein Stopp des Bevölkerungsschwundes beobachten. In Erfurt und Leipzig kam es in den Innenstadtlagen sogar zu einem Anstieg der Bevölkerung (Böltken et al. 2007: 20).

Beide architekturhistorischen Besonderheiten, die nach der Wende wenig begehrten sozialistischen Plattenbauten in Stadtrandlage auf der einen und die stark begehrten, wieder aufgebauten Innenstädte auf der anderen Seite, so die hier vertretene These, haben in Rostock, Erfurt, Potsdam, Weimar, Halle und Jena zur Etablierung zweier Wohnlagen geführt, die sich extrem stark in ihrer Wohnattraktivität unterscheiden. In Magdeburg und Dresden sind die Attrakti-

vitätsunterschiede wesentlich kleiner, da sich erstens mehr Plattenbauten in den Innenstädten befanden, es zweitens weniger Plattenbauten gab und drittens weniger Wohnraum in attraktiven Altbauten, der saniert wurde.

Schröders ,Agenda 2010'

Schröders 'Agenda 2010' wird hinsichtlich ihrer Effekte auf die wirtschaftliche Entwicklung eher positiv gesehen. Für jene Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, bedeutete sie jedoch eine tief greifende Neustrukturierung. Dies bezieht sich auch auf die massive Ausweitung des Berechtigtenkreises von Grundsicherungsempfängern durch die Hartz-IV-Reform (als Teil der 'Agenda 2010'), die in Ostdeutschland doppelt so stark wie in Westdeutschland ausfiel (Helbig/Jähnen 2018: 22).

Bereits vor den Reformen der Regierung Schröder gab es in den ostdeutschen Städten einen massiven Leerstand von Wohnungen in den Plattenbauten. Diesem Leerstand begegneten die Kommunen bzw. Wohnungsgesellschaften mit einem Paradigmenwechsel in der Wohnungsbaupolitik (Grunze 2017: 70): dem Abriss von Wohnungen in den Plattenbaugebieten. Insgesamt kam es in über 80 Prozent aller großen ostdeutschen Plattenbaugebiete zum Abriss von Wohnungen in zum Teil erheblichen Umfang – mancherorts wurde sogar ein vollständiger Rückbau beschlossen (wie etwa für Stendal-Süd; Grunze 2017: 199ff.). Hiervon waren besonders zwei Arten von Plattenbaugebieten betroffen: jene, die ursprünglich die Arbeitskräfte der DDR-Großbetriebe beherbergt hatten, sowie jene, die ab Ende der 1970er Jahre errichtet worden waren (wobei beides nicht selten zusammenfiel). Letztere beherbergten zur Zeit der Wende vor allem Familien mit Kindern, die in den 1990er Jahren häufig ins Umland zogen. Diese jüngeren Plattenbaugebiete waren aus finanziellen Gründen von Baumängeln betroffen (Harth et al. 1998; Keller 2005).

Durch die Hartz-IV-Reform und den damit verbundenen immensen Anstieg der auf Grundsicherung angewiesenen Menschen wuchs im Osten auch der Anteil armer Menschen. Ein äußerst wichtiger Aspekt der Gesetzgebung für Grundsicherungsempfänger ist – ob nun vor oder nach der Hartz-IV-Reform – der Umstand, dass die Wohnkosten durch den Staat bezahlt werden. Hierzu wird eine ortsübliche Preisgrenze ermittelt (Kosten der Unterkunft), bis zu der noch staatlich finanziert wird. Wohnt ein Grundsicherungsempfänger in einer Wohnung, die mit diesem Preisniveau nicht mehr vereinbar ist, so wird er dazu angehalten, umzuziehen, oder er muss die nicht vom Staat gezahlten Kosten selbst tragen. Der Staat greift über diese Regelung in den Wohnungsmarkt der Städte ein und wird ein wichtiger Akteur bei der Erzeugung sozialer Segregation.

Es ist davon auszugehen, dass sich mit den Arbeitsmarkt-Reformen unter Schröder und der damit verbundenen Erweiterung des Empfängerkreises von Grundsicherungsleistungen die soziale Lage in den ostdeutschen Plattenbauten seit 2005 weiter zugespitzt hat. Die soziale Problemlage in den Plattenbauten könnte zudem weiter dadurch verschärft worden sein, dass es entgegen dem allgemeinen ostdeutschen Bevölkerungstrend in den hier betrachteten größeren

Städten wieder zu einem Anstieg der Bevölkerungszahlen kam:³ Durch den damit verbundenen Anstieg der Mieten könnten sozial benachteiligte Gruppen in noch stärkerem Maße in die Plattenbaugebiete gedrängt worden sein.

Empirische Untersuchung

Hypothesen

Die bisherigen Ausführungen leiten auf vier Hypothesen hin, die empirisch untersucht werden sollen. Dabei beziehen sich die ersten beiden Hypothesen auf Unterschiede der ostdeutschen Städte gegenüber westdeutschen Städten und die Hypothesen 3 und 4 auf Unterschiede innerhalb der ostdeutschen Städte.

H1: Die höhere soziale Segregation der ostdeutschen Städte im Vergleich zu den westdeutschen Städten ist vor allem auf die überproportionale Ballung von Armen (SGB-II-Beziehern) in den Plattenbaugebieten der ostdeutschen Städte zurückzuführen.

Sicherlich gibt es auch in westdeutschen Städten ausgedehnte Großwohnsiedlungen – etwa Chorweiler in Köln, Perlach in München oder das Märkische Viertel in Berlin –, in denen sich Arme extrem stark ballen. Wie aber in den vorangegangenen Ausführungen deutlich wurde, ist der Anteil dieser Großwohnsiedlungen in den westdeutschen Städten verschwindend gering im Vergleich zu der Dimension, die die Plattenbaugebiete im Osten einnahmen und auch heute noch einnehmen. Dadurch, dass ein größerer Bevölkerungsanteil auf diese wenig begehrten Gebiete der ostdeutschen Städte entfällt als bei den Großwohnsiedlungen in Westdeutschland und sich hier (wie auch in den westdeutschen Großstädten) eher eine sozial benachteiligte Klientel wiederfindet, ist das Ausmaß der sozialen Segregation in den ostdeutschen Städten größer.

H2: Die Einwohner der ostdeutschen Plattenbaugebiete haben in den letzten Jahren weit unterdurchschnittlich am wirtschaftlichen Aufschwung in Deutschland partizipiert, und die Armutsquoten in diesen Gebieten sind überproportional hoch geblieben.

Dies leiten wir zum einen daraus ab, dass die Mietkosten von Plattenbauwohnungen niedriger sind als für andere Wohnungen in den jeweiligen Städten und Arme eher dazu gezwungen sind, in eine Plattenbauwohnung zu ziehen. Ferner ist davon auszugehen, dass in den Plattenbaugebieten überproportional viele SGB-II-Bezieher (Arme) wohnen, für die es weniger wahrscheinlich ist, den SGB-II-Status zu verlassen. Hier finden sich also vor allem Langzeitarbeitslose, Familien mit Kindern und insbesondere Alleinerziehende, die es im Allgemeinen schwerer haben, aus der Abhängigkeit von Transferleistungen herauszukommen. Weiterhin könnte es durch die Ballung von SGB-II-Beziehern in diesen Gebieten zu Nachbarschaftseffekten kommen, die dazu führen, dass der SGB-II-

58

³ In einigen der hier betrachteten Städte ist das bereits seit 2005 zu beobachten, in Halle, Chemnitz und Weimar seit 2011.

Status schwieriger zu verlassen ist. Hier ist z.B. daran zu denken, dass dieser Status ein geringeres soziales Stigma als in anderen Quartieren darstellt, weil viele Personen Leistungen nach SGB II erhalten. Dementsprechend könnte das Bemühen, den SGB-II-Status zu verlassen, durch das nachbarschaftliche Umfeld geschmälert werden. Ebenso fehlen positive Rollenvorbilder, die den Bewohnern vor Augen führen, dass man den SGB-II-Status langfristig verlassen kann. Für Deutschland konnte Farwick (2001: 117ff.) Nachbarschaftseffekte in Armutsquartieren nachweisen: Wohnquartiere mit einer hohen Sozialhilfedichte haben einen negativen Effekt auf die Dauer von Armutslagen.

H3: Die Plattenbaugebiete von Dresden, Chemnitz und Magdeburg weisen im Verhältnis zur restlichen Stadt einen geringeren Anteil von Armen auf, als dies in Rostock, Erfurt, Potsdam, Weimar, Halle und Jena der Fall ist.

Damit wäre das geringere Ausmaß sozialer Segregation in den drei Städten zu erklären. Hinter der Hypothese steht die Annahme, dass die Attraktivitätsunterschiede der Plattenbauten gegenüber den restlichen Wohnlagen in diesen drei Städten geringer sind als in den übrigen ostdeutschen Städten.

H4: Im Anschluss an Harth und Kollegen (1998: 51ff.) sowie Keller (2005) gehen wir davon aus, dass die baulich älteren Plattenbaugebiete auch heute noch sozial günstiger zusammengesetzt sind als die jüngeren.

Hierfür gibt es städtebauliche und sozialstrukturelle Gründe. Städtebaulich ist dies darauf zurückzuführen, dass die Bausubstanz der jüngeren Plattenbaugebiete schlechter war als die der älteren und die älteren Plattenbaugebiete nach der Wende häufiger saniert wurden. In sozialstruktureller Hinsicht waren die Bewohner in den älteren Plattenbaugebieten (Baujahre 1965 bis 1976) zur Wende Ende 30 bis Anfang 50, wenn sie mit rund 25 Jahren⁴ in diese Plattenbaugebiete eingezogen sind. Die Bewohner der jüngeren Plattenbaugebiete (erbaut ab 1977)⁵ waren zur Wende-Zeit zwischen Ende 20 und Anfang 30. Die Wahrscheinlichkeit, dass sich vor allem die jüngeren Bewohner mit entsprechend jüngeren Kindern für einen Umzug, etwa ins Umland, entschieden, war höher als bei den älteren Bewohnern in den älteren Plattenbaugebieten. Dementsprechend sollten sich in den älteren Plattenbaugebieten immer noch mehr Bewohner befinden, die bereits während der DDR-Zeit dort lebten. Durch einen geringeren Leerstand in diesen 'Platten' könnte es zu einem entsprechend geringeren Zuzug sozial Benachteiligter gekommen sein. Allerdings könnte sich die soziale Zusammensetzung in den älteren und jüngeren Plattenbaugebieten im Zeitverlauf in zunehmendem Maße angeglichen haben, da einige der alteingesessenen Bewohner in den älteren Plattenbaugebieten mittlerweile verstorben sind. Deren Bewohner sollten 2014 im Schnitt zwischen 62 und 75 Jahren alt gewesen sein.

⁵ Die Grenzen zwischen älteren und jüngeren Plattenbaugebieten könnte man sicherlich auch leicht verschieben. Allerdings sind durch die Trennung zwischen vor und ab 1977 in jeder der hier betrachteten Städte jüngere und ältere Plattenbaugebiete vorhanden.

⁴ Für Familien mit Kindern war es leichter, eine Berechtigung für eine Wohnung im Plattenbau zu erhalten. Das durchschnittliche Alter der Mütter bei der ersten Geburt war bis zur Wende deutlich geringer als in den alten Bundesländern. Ein durchschnittliches Alter von 25 Jahren beim Wohnungsbezug halten wir deshalb für realistisch.

Daten und Operationalisierung

In Deutschland existieren keine kleinräumigen Daten zu Einkommen, Vermögen oder Bildung auf amtlicher Basis. Um soziale Segregation bzw. Armutssegregation abzubilden, kann man ausschließlich die kleinräumige Verteilung von Transferleistungsbeziehern betrachten, die Hilfe zum Lebensunterhalt erhalten. Diese werden in Deutschland seit den Reformen der Regierung Schröder als Bezieher von Leistungen nach Sozialgesetzbuch II (SGB-II-Bezieher) oder "Hartz-IV-Empfänger" bezeichnet.⁶ Die Verteilung der Transferleistungsbezieher liegt für eine Reihe deutscher Städte vor und wurde für die vorliegenden Analysen über die Innerstädtische Raumbeobachtung (IRB) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) zur Verfügung gestellt.⁷

Wir analysieren die Daten der Transferleistungsbezieher für die Jahre 2005 bis 2014. Der Startpunkt ist dadurch definiert, dass sich durch die Reformen der "Agenda 2010" der Anteil der Transferleistungsbezieher in den ostdeutschen Städten verdoppelte. Wir enden 2014, damit unsere Ergebnisse möglichst nicht durch die "Flüchtlingskrise" (die Zuwanderung von über einer Million Schutzsuchenden 2015 und 2016) in den deutschen Städten verzerrt werden. Die hier betrachteten ostdeutschen Städte sind in 21 (Weimar und Rostock) bis 84 (Potsdam) Stadtteile gegliedert, anhand derer man die ungleiche Verteilung der Armen analysieren kann. Der Median der Einwohnerzahl in den räumlichen Einheiten liegt bei rund 4.200 und variiert zwischen rund 1.500 und 7.400. Der Anteil der von Transferleistungen lebenden Menschen variiert 2014 in den betrachteten ostdeutschen Städten von 6,8 Prozent in Jena bis 19,5 Prozent in Halle (Saale). Der Anteil von Kindern (unter 15 Jahren), die in Haushalten leben, die Transferleistungen erhalten, liegt zwischen 14,7 Prozent in Jena und 34,2 Prozent in Halle.

Um zu untersuchen, wie sich die soziale Zusammensetzung der Plattenbaugebiete gegenüber der restlichen Stadt unterscheidet, haben wir jeden Stadtteil für die ostdeutschen Städte codiert als: (1) 'Plattenbau', (2) 'Vorort' bzw. äußere Stadtteile und (3) sonstige Stadtteile bzw. 'Innenstadt'.⁸ Hierzu haben wir erstens auf die eigene Ortskenntnis zurückgegriffen (Erfurt und teilweise Jena) und ansonsten eine Vielzahl von Internetquellen genutzt (z.B. Nagel 2016).⁹

⁶ Zu dieser Gruppe gehören alle Personen, die Sozialhilfe erhalten, wie auch jene Personen, die mit ihrer Erwerbsarbeit zu wenig verdienen (Aufstocker). Des Weiteren gehören dazu die abhängigen Personen, die im Haushalt eines SGB-II-Beziehers leben – also der Partner und die Kinder

⁷ Quelle: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBSR; Datengrundlage: Kommunalstatistiken der IRB-Städte/Statistik der Bundesagentur für Arbeit

⁸ Die Codierung der einzelnen Zellen in die drei Gebietstypen stellen wir auf Anfrage gern zur Verfügung.

⁹ Als besonders hilfreich erwies sich Wikipedia. Dort befinden sich für jede ostdeutsche Stadt Listen aller Stadtteile mit einzelnen Artikeln zur Geschichte, Bebauung und teilweise auch Fotos. Zudem gibt es Wikipedia-Artikel, in denen alle Plattenbaugebiete Thüringens und Sachsens festgehalten sind. Die Plattenbaugebiete der ostdeutschen Städte sind relativ gut im Internet dokumentiert und den einzelnen Stadtteilen zuordenbar.

Weitaus schwieriger als die Zuordnung der Plattenbaugebiete gestaltete sich die Unterscheidung in Vororte und Innenstadtlagen. Als problematisch erwies sich auch die Codierung von Gebieten, in denen eine Mischbebauung vorliegt – also Stadtteile mit Plattenbauten und Nicht-Plattenbauten. Dies trifft auf manche Stadtteile Dresdens, Rostocks und Magdeburgs zu. Potsdam stellte eine besondere Herausforderung dar. ¹⁰ Ferner haben wir alle Plattenbaugebiete nach ihrem Errichtungszeitraum codiert in ,vor 1977' (ältere Plattenbaugebiete) und ,ab 1977' (jüngere Plattenbaugebiete). Dadurch, dass die einzelnen Gebiete über mehrere Jahre erbaut wurden, haben wir den Zeitpunkt des Baubeginns codiert. ¹¹ Um zu messen, wie ungleich sich arme gegenüber nicht armen Personen im städtischen Raum verteilen, verwenden wir den etablierten Segregationsindex (Duncan/Duncan 1955).

Ergebnisse

Zunächst haben wir einen Segregationsindex berechnet, indem wir die räumliche Verteilung der SGB-II-Bezieher nur in Plattenbaugebiete, Vororte und Innenstadtlagen unterschieden. Wenn man diesen Index mit dem Segregationsindex für die IRB-Stadtteile in Beziehung setzt, lässt sich illustrieren, zu welchem Anteil die Unterschiede hinsichtlich Anzahl und Lage von Plattenbauten für die Segregation der einzelnen Städte verantwortlich sind.

Dadurch, dass man bei dieser Betrachtung sehr bevölkerungsreiche statistische Einheiten betrachtet, müsste der so gemessene Segregationsindex deutlich kleiner sein als über alle Stadtteile hinweg. Allerdings zeigt sich in Tafel 20 vor allem für Rostock, Potsdam, Halle und Jena, dass der soziale Segregationsindex für die qualitative Dreiteilung fast genauso hoch ausfällt (deutlich über 80 Prozent) wie über alle Stadtteile. Die soziale Segregation ist in diesen Städten also fast ausschließlich über die räumlich ungleiche Verteilung der SGB-II-Bezieher in Plattenbauten, Vororte und sonstige Innenstadtlagen zu erklären.

Auf der anderen Seite ist die soziale Segregation in Magdeburg und Dresden gemäß H3 gerade einmal zur Hälfte durch die Trennung in Plattenbaugebiete, Innenstadtlagen und Vororte zu erklären. Dies gilt ansonsten nur noch für Leipzig. In Leipzig ist der Anteil der Segregation, der auf die Gebietsdreiteilung zurückzuführen ist, in den letzten Jahren jedoch deutlich angestiegen, in Magdeburg und Dresden hingegen nicht.

Erfurt wies 2005 einen ähnlichen Wert wie Magdeburg und Dresden auf. Seitdem steigt der Anteil der sozialen Segregation, der über die Dreiteilung der Wohnlagen erklärt werden kann, allerdings stark an. Ebenfalls nicht eindeutig

-

¹⁰ In der IRB sind für Potsdam die Daten zu den statistischen Bezirken dargestellt. Dies ist aber eine Gliederungsebene, auf der man keine qualitativen Informationen zur Bebauung in Potsdam recherchieren kann, da sich alle Informationen auf die nächsthöhere Ebene der Stadtteile beziehen. Die statistischen Bezirke mussten also zunächst in die Stadtteile umcodiert werden (Umsteigeschlüssel s. Rittershaus 2014). Dementsprechend betrachten wir Potsdam hier auch auf Ebene der Stadtteile und nicht der statistischen Bezirke.

 $^{^{11}}$ Auch hierfür haben wir größtenteils auf Informationen aus Wikipedia und von Nagel (2016) zurückgegriffen.

zuzuordnen sind Chemnitz und Weimar. Hier bewegt sich der Anteil der sozialen Segregation, der auf die Dreiteilung zurückgeht, zwischen 65 und 79 Prozent. Dies ist zwar ein hoher Anteil, aber noch nicht vergleichbar mit dem von Rostock, Potsdam, Halle oder Jena.

Tafel 20: Anteil des sozialen Segregationsindex (SGB-II-Empfänger) für Plattenbaugebiete, Vororte und Innenstadtlagen am sozialen Segregationsindex (SGB-II-Empfänger) für alle IRB-Stadtteile (in Prozent)

	Chemnitz	Dresden	Erfurt	Halle	Jena	Leipzig	Magdeburg	Potsdam	Rostock	Weimar
2005	69,7	52,5	48,3	90,0	94,1	40,8	55,5	89,2	87,2	70,7
2006	69,3	53,6	49,5	88,8	95,2	43,5	54,3	97,2	88,2	68,5
2007	73,9	53,4	50,9	86,1	94,7	45,1	54,4	83,5	87,3	71,2
2008	75,4	53,9	52,4	86,9	97,6	42,5	51,7	96,3	86,8	73,2
2009	76,6	55,5	54,0	88,4	97,0	43,7	55,2	83,6	86,4	74,1
2010	75,5	54,4	55,3	88,4	98,0	43,0	57,4	85,5	86,1	73,0
2011	72,7	54,0	59,5	91,5	98,7	43,2	56,4	86,4	85,7	76,3
2012	70,7	54,0	60,6	92,7	96,6	45,5	57,8	86,2	84,7	78,9
2013	68,3	54,0	61,7	95,2	96,8	48,4	55,5	95,2	85,1	70,7
2014	65,2	54,4	63,2	95,0	96,7	50,9	54,0	87,0	84,3	68,5

Quellen: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen basierend auf den Werten aus Helbig/Jähnen (2018: 189ff.)

Insgesamt können wir aus diesem ersten Analyseschritt ableiten, dass die soziale Segregation in einigen ostdeutschen Städten (Rostock, Potsdam, Halle, Jena) vor allem über die Dreiteilung in Plattenbaugebiete, Innenstadtlagen und Vororte erklärt werden kann. Auf den Fakt, dass den Plattenbaugebieten dabei eine besondere Rolle zukommt, werden wir gleich eingehen. Bis hierhin zeigt sich, dass die soziale Segregation einiger ostdeutscher Städte größtenteils über diese relativ einfachen Bebauungsmerkmale zu erklären ist.

Hierin besteht erstens ein Unterschied gegenüber den westdeutschen Städten, in denen es nicht im selben Umfang Großwohnsiedlungen bzw. Plattenbausiedlungen wie in Ostdeutschland gibt (H1). Zweitens lassen sich so auch Unterschiede zwischen den ostdeutschen Städten erklären (H3). Vor allem in den am stärksten vom Krieg betroffenen Städten Magdeburg und Dresden lässt sich die soziale Segregation weit weniger über die Unterscheidung in Plattenbaugebiete, Innenstadtlagen und Vororte erklären. Gleiches gilt überraschenderweise für Leipzig und Erfurt. Allerdings hat die Bedeutung der Dreiteilung für die soziale Segregation in den letzten Jahren in beiden Städten deutlich zugenommen.

In unserer zweiten Hypothese hatten wir angenommen, dass die soziale Zusammensetzung der Plattenbaugebiete deutlich ungünstiger ist als in den übrigen Wohnlagen und dass die Plattenbaugebiete in den letzten Jahren deutlich unterproportional am wirtschaftlichen Aufschwung und dem Rückgang der SGB-II-Quoten partizipiert haben. In Tafel 21 zeigt sich, dass die SGB-II-Quoten

in den Plattenbaugebieten aller ostdeutschen Städte höher sind als in den Innenstadtlagen und Vororten.

Tafel 21: SGB-II-Quoten, Veränderung der SGB-II-Quoten und Bevölkerungsanteil in Plattenbaugebieten, Vororten und Innenstadtlagen in zehn ostdeutschen Städten 2005–2014

	Chemnitz	Dresden	Erfurt	Halle	Jena	Leipzig	Magdeburg	Potsdam	Rostock	Weimar	
SGB-II-Quote 2005-2014											
Р	22,2	20,6	32,5	35,9	15,7	24,4	29,1	21,1	27,1	24,9	
I	19,4	14,6	16,7	15,4	6,0	19,5	18,4	9,4	9,3	11,0	
V	9,4	9,1	9,0	6,5	3,2	10,1	8,3	6,0	4,9	6,2	
Verhältnis P zu I	1,1	1,4	1,9	2,3	2,6	1,2	1,6	2,2	2,9	2,3	
Verhältnis P zu V	2,4	2,3	3,6	5,5	4,9	2,4	3,5	3,5	5,5	4,0	
Rückgang	SGB-II-Quo	ote 2005-	2014 (in Pro	zent)	_	=	-	-	<u>-</u>	
Р	13,8	1,9	2,6	-6,4	15,7	-1,1	4,2	6,2	11,9	12,0	
I	28,4	29,2	36,7	23,4	34,4	26,5	12,7	24,4	51,6	33,2	
V	30,0	30,6	39,7	43,5	47,8	36,2	29,0	35,5	47,7	41,4	
Durchschnittlicher Anteil der Bevölkerung, der in Plattenbaugebieten lebt (2005-2014)											
Anteil P	42,4	17,9	21,8	35,4	31,4	17,3	18,2	32,0	61,8	33,5	

Quellen: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen basierend auf den Werten aus Helbig/Jähnen (2018: 189ff.)

Die Veränderungen der SGB-II-Quoten für Potsdam wurden auf Basis der 2006er Werte berechnet, da die 2005er Werte in allen Gebieten niedriger waren als in den Jahren darauf.

Wie in Hypothese 3 erwartet, sind die Unterschiede der SGB-II-Quoten zwischen Plattenbauten und Innenstadtlagen in Dresden, Chemnitz und Magdeburg am geringsten. In Leipzig hätten wir allerdings einen größeren Unterschied der SGB-II-Quoten zwischen Plattenbauten und Innenstadtlagen erwartet, als sich in den Ergebnissen zeigt. Während die SGB-II-Quoten in den Plattenbaugebieten von Magdeburg, Dresden, Chemnitz und Leipzig weniger als 1,7-mal so hoch sind wie in den Innenstadtbereichen, liegt diese Relation in den anderen Städten bei 1,9 bis 2,9. Auch im Vergleich zu den Vororten sind die Unterschiede in Dresden, Chemnitz und Leipzig (nicht in Magdeburg) mit unter 2,5 deutlich geringer. In den anderen Städten ist die SGB-II-Quote in den Plattenbaugebieten im Vergleich zu den Vororten 3,5- bis 5,5-mal so hoch.

Ferner zeigt sich, dass die Plattenbaugebiete einen deutlich niedrigeren Rückgang der SGB-II-Quoten zwischen 2005 und 2014 erzielten als die Innenstadtbereiche und Vororte. In allen Städten ist der Rückgang der SGB-II-Quoten in den Plattenbaugebieten gemäß Hypothese 2 deutlich geringer als in den Innenstadtlagen und Vororten. In Halle und Leipzig gab es sogar einen Anstieg der SGB-II-Quoten in den Plattenbaugebieten. In den ostdeutschen Plattenbaugebieten kam der von Häußermann und Siebel (2004: 160) beschriebene "Fahrstuhleffekt

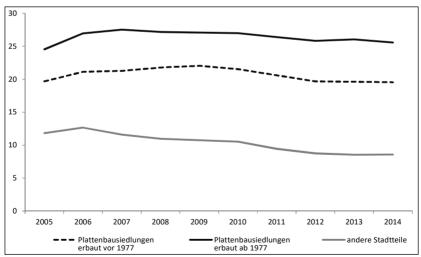
P = Plattenbausiedlung; I = Innerstädtische Wohnlagen; V = Vororte und äußere Stadtteile

nach unten' in umgekehrter Richtung zum Tragen: Während die (westdeutsche) Bevölkerung in bestehenden Armutsgebieten ab den 1980er Jahren durch den ökonomischen Strukturwandel und zyklische Arbeitsmarkt-Krisen einen kollektiven Abstieg erlebte, profitierten diese Bewohner von wirtschaftlich besseren Zeiten nicht im gleichen Ausmaß wie die restliche Bevölkerung.

Ein weiterer Aspekt, der bestimmt, wie stark die Plattenbaugebiete die soziale Segregation der ostdeutschen Städte beeinflussen, ist der Anteil der Bevölkerung, welcher in den Plattenbaugebieten lebt. Hier zeigen sich eklatante Unterschiede zwischen den einzelnen Städten: Während der Anteil in Magdeburg, Dresden und Leipzig unter 20 Prozent liegt, reicht er in Halle, Chemnitz und Rostock über 35 Prozent. ¹² So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Segregationswerte bei der Betrachtung von Plattenbauten, Innenstadtgebieten und Vororten in Dresden, Leipzig und Magdeburg relativ gering sind, da auch die Plattenbauten hier quantitativ weniger stark ins Gewicht fallen.

In einem letzten Schritt haben wir untersucht, inwieweit die Ballung sozial benachteiligter Gruppen sich in den ostdeutschen Plattenbauten danach unterscheidet, wann die jeweiligen Wohngebiete errichtet wurden. Hierzu wurden auf Ebene der Stadtteile für die einzelnen Untersuchungsjahre jeweils lineare Regressionen berechnet (unter Kontrolle der Städte-Dummys), in denen wir die SGB-II-Quote (SGB-II-Empfänger an allen unter 65-Jährigen) nach verschiedenen städtebaulichen Typen untersucht haben. In Tafel 22 wird deutlich, dass die

Tafel 22: Entwicklung der SGB-II-Quoten in verschiedenen städtebaulichen Typen zehn ostdeutscher Städte 2005–2014 (in Prozent)



Quellen: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen Werte auf Basis einer linearen Regression mit Städte-Dummys als Kontrollvariable

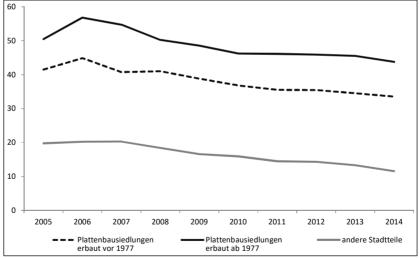
64

¹² Wie angesprochen, haben wir teilweise auch Mischbebauung in einer statistischen Zelle als Plattenbebauung gewertet, wenn sie überwiegend aus Plattenbauten bestand. Dadurch kann es zu Abweichungen des Bevölkerungsanteils kommen, der tatsächlich in Plattenbauten lebt. Allerdings sollten diese Abweichungen für einen Städtevergleich eher unbedeutend sein.

SGB-II-Quote in den älteren Plattenbaugebieten (erbaut vor 1977) im Durchschnitt 27,8 Prozent (oder 5,7 Prozentpunkte) niedriger ist als in den jüngeren Plattenbaugebieten. Dies bestätigt unsere Hypothese 4. Im Zeitverlauf haben sich die Unterschiede zwischen beiden Gebieten nicht verändert und liegen deutlich über dem Niveau der restlichen Stadtteile der ostdeutschen Städte, welches tendenziell sinkt.

Dass die jüngeren Plattenbauten (erbaut ab 1977) sozial ungünstiger zusammengesetzt sind, sieht man auch beim Anteil von Kindern, die in SGB-II-Haushalten leben, in Tafel 23. Im Durchschnitt liegt die Kinderarmutsquote zwischen 2005 und 2014 in den jüngeren Plattenbaugebieten bei rund 49 Prozent, in den älteren Plattenbaugebieten hingegen bei rund 38 Prozent. Bei der Betrachtung der SGB-II-Quoten von Kindern fällt zudem auf: Besonders in den jüngeren Plattenbaugebieten ist es zu einem enormen Anstieg von Kinderarmut direkt nach der Hartz-IV-Reform gekommen, der außerhalb der Plattenbaugebiete nicht zu beobachten ist. Dies könnte zumindest ein Indiz dafür sein, dass besonders SGB-II-Empfängern mit Kindern nahegelegt wurde, sich eine bezahlbare Wohnung im Stadtgebiet zu suchen, die dann vornehmlich in den jüngeren Plattenbaugebieten zu finden war.

Tafel 23: Entwicklung der SGB-II-Quoten von Kindern in verschiedenen städtebaulichen Typen zehn ostdeutscher Städte 2005–2014 (in Prozent)



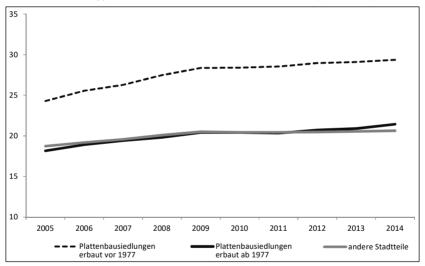
Quellen: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen Werte auf Basis einer linearen Regression mit Städte-Dummys als Kontrollvariable

Hypothese 4 kann demnach sowohl für die Gesamtheit der SGB-II-Bezieher als auch für die Kinder in SGB-II-Haushalten bestätigt werden. Wir haben zum einen städtebaulich argumentiert, dass die jüngeren Plattenbaugebiete eine schlechtere Bausubstanz aufweisen bzw. die älteren nach der Wende häufiger saniert wurden. Zum anderen haben wir auf sozialstrukturelle Pfadabhängigkei-

ten hingewiesen, die sich aus dem Alter der Bewohnerschaft beim Bezug der Wohnungen in älteren und neueren Plattenbaugebieten ergeben haben. Wir sind davon ausgegangen, dass die Bewohner der älteren Plattenbauten seltener ausgezogen sind, obwohl sie es sich eventuell leisten konnten.

In Tafel 24 ist dazu der Anteil ab 65-Jähriger in den verschiedenen städtebaulichen Typen festgehalten. Diese Altersgruppe verteilt sich in den jüngeren Plattenbaugebieten genauso wie in der restlichen Stadt. In den älteren Plattenbaugebieten hingegen liegt der Anteil ab 65-Jähriger bereits 2005 deutlich über dem Niveau der restlichen Stadt. Zu diesem Zeitpunkt waren besonders Bewohner, die in den 1960er Jahren in die Plattenbaugebiete einzogen, teilweise 65 Jahre und älter. Im Zeitverlauf stieg ihr Anteil zudem deutlich stärker als in den jüngeren Plattenbaugebieten und den übrigen Stadtteilen. Dies passt insofern ins Bild, als Personen, die zwischen 1965 und 1976 in die älteren Plattenbauten einzogen, zwischen 2005 und 2014 dieses Alter erreichten.

Tafel 24: Entwicklung des Anteils ab 65-Jähriger in verschiedenen städtebaulichen Typen zehn ostdeutscher Städte 2005–2014 (in Prozent)



Quellen: Innerstädtische Raumbeobachtung des BBSR, eigene Berechnungen Werte auf Basis einer linearen Regression mit Städte-Dummys als Kontrollvariable

Wir können zwar mit unseren Daten nicht die Umzugsbewegungen seit dem Fall der Mauer abbilden. Insgesamt deuten unsere Ergebnisse aber darauf hin, dass es nicht nur die Bausubstanz sein kann, die dazu führt, dass sich die Armutsquoten zwischen älteren und jüngeren Plattenbaugebieten unterscheiden. Die Altersverteilung verweist auch darauf, dass heutige soziale und demografische Segregationsprozesse bereits durch Belegungspraxen (in diesem Falle durch den Staat) beeinflusst werden, die über 40 Jahre zurück liegen.

Fazit

Die vorgestellten Befunde erklären zum einen, warum die soziale Segregation in den ostdeutschen Städten höher und stärker angestiegen ist als in den westdeutschen Städten und zum anderen, warum es zwischen den ostdeutschen Städten enorme Unterschiede in Ausmaß und Entwicklung der sozialen Segregation gibt.

Der ersten Hypothese entsprechend hat sich gezeigt, dass die soziale Segregation der ostdeutschen Städte durch die überproportionale Ballung von armen Menschen in den Plattenbaugebieten erklärt werden kann. Ein Segregationsindex, der nur in Plattenbauten, Vororte und sonstige Innenstadtlagen unterscheidet, erklärt in einigen ostdeutschen Städten fast die gesamte soziale Segregation. Durch den höheren Anteil von Wohnungen in dieser Art von Siedlungen ist die soziale Segregation in den meisten ostdeutschen Städten höher als in den westdeutschen.

Ferner haben gerade die Bewohner der Plattenbaugebiete gemäß Hypothese 2 kaum am wirtschaftlichen Aufschwung der letzten Jahre teilhaben können. Während die SGB-II-Quoten in einigen ostdeutschen Städten in innerstädtischen Gebieten oder den Vororten nicht selten um 40 Prozent zurückgegangen sind, fiel der Rückgang in den Plattenbaugebieten wesentlich geringer aus – in manchen Städten ist die SGB-II-Quote dort sogar angestiegen.

Dass die soziale Segregation in Magdeburg und Dresden weniger stark ausgeprägt ist als in den anderen ostdeutschen Städten, liegt zum einen daran, dass der Anteil von Einwohnern in Plattenbaugebieten hier mit Abstand am geringsten ist und die Armutsballung in den Plattenbaugebieten damit für die Gesamtsegregation in der Stadt von geringerer Bedeutung ist. Zum anderen sind die Differenzen der SGB-II-Quoten in den Plattenbaugebieten Magdeburgs und Dresdens gemäß Hypothese 3 gegenüber den innerstädtischen Lagen und Vororten am geringsten. Dies gilt in ähnlicher Weise auch für Leipzig und Chemnitz. In den anderen Städten sind die SGB-II-Quoten in den Plattenbaugebieten vergleichsweise hoch.

Insgesamt weist vieles darauf hin, dass die morphologischen Gegebenheiten in den ostdeutschen Städten ein wichtiger Bestimmungsfaktor sozialer Segregation sind. Die Plattenbaugebiete, in denen immer noch ein großer Teil der Bevölkerung lebt, sind sehr unattraktive Wohnlagen – vor allem im Vergleich zu den ab 1995 errichteten Eigenheimen im Grünen und den aufwendig sanierten Innenstädten. Auch die Sanierung der nicht abgerissenen Plattenbauten scheint in den Augen vieler Einwohner der ostdeutschen Städte wenig daran zu ändern. Das gilt auch für die wider Erwarten steigenden Bevölkerungszahlen¹³ und den sinkenden Leerstand.

¹³ Im Zeitraum von 2002 bis 2014 sank die Bevölkerung in den hier betrachteten ostdeutschen Städten nur noch leicht in Chemnitz und Halle – seit 2011 bzw. seit 2007 lässt sich jedoch auch hier eine Trendwende beobachten. In den übrigen betrachteten Städten stieg die Bevölkerung hingegen an.

Gerade die Unterschiede zwischen den ostdeutschen Städten deuten darauf hin, dass bestimmte morphologische Gegebenheiten und damit einhergehende Pfadabhängigkeiten die soziale Segregation langfristig bestimmen können. Im Falle von Dresden und Magdeburg hat der Bombenkrieg vor über 70 Jahren beide Städte auf einen Pfad geführt, der heute in relativ niedrigen Werten der Armutssegregation resultiert. Der Umfang der Wohnungszerstörung während des Zweiten Weltkriegs bestimmt noch heute das Ausmaß sozialer Segregation in den ostdeutschen Städten – vielleicht stärker als je zuvor.

Eine weitere Pfadabhängigkeit ergibt sich aus dem Zeitpunkt, zu dem die Plattenbauten errichtet wurden, und daraus, welche Alterskohorte in die jeweiligen Wohngebiete einzog. Vermittelt über den Erstbezug der Plattenbauten vor teilweise 50 Jahren lassen sich auch heute noch sozialen Unterschiede zwischen älteren und jüngeren Plattenbaugebieten beobachten. Dies bestätigt unsere vierte Hypothese.

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich das Attraktivitätsgefälle zwischen Plattenbaugebieten und den restlichen Wohnlagen der ostdeutschen Städte langfristig ausgleicht. Im Gegenteil ist sogar eine weitere Polarisierung zu befürchten. Neben der (zugeschriebenen) mangelnden baulichen Attraktivität der Plattenbaugebiete werden sie immer mehr zu sozialen Brennpunkten. Es sinkt also zusätzlich die soziale Attraktivität dieser Gebiete, was sich auch in den Mieten spiegelt. Vor allem Familien mit Kindern werden nicht in diese Gebiete ziehen, solange sie es nicht aus ökonomischer Not heraus müssen. Ob diese Prozesse umkehrbar sind und gegebenenfalls mit welchem Aufwand, werden die drängenden Fragen für die soziale Architektur der ostdeutschen Städte im Laufe der nächsten Jahrzehnte sein.

Alte Platte – Neues Design

Bauen im und mit dem Plattenbaubestand

Angelika Mettke

Unter dem Titel "Alte Platte – Neues Design" veranstaltete die Verfasserin im Jahr 2003 die erste Fachtagung, um Lösungen oder zumindest Lösungsansätze zu notwendig gewordenen gestalterischen Veränderungen industriell errichteter Wohngebäude – infolge der dramatischen Leerstandsentwicklungen – zu diskutieren. Mit dieser aktuellen Fragestellung setzen sich die betroffenen Akteure (Stadtplaner, Architekten, Tragwerksplaner, Wohnungsunternehmen, Bauherren, Rückbau- und Bauunternehmen, Soziologen, Vertreter von Behörden, der Wissenschaft und Politik sowie Bewohner) auch heute in mehreren Regionen Ostdeutschlands auseinander. Denn neben dem aktuellen Bedarf vor allem an sozialverträglichen Wohnungen in prosperierenden Regionen existieren Stadtgebiete, die weiter schrumpfen. Wie diese Situation entspannt werden kann, soll im folgenden beleuchtet werden.

Ausgangssituation: Dramatik und Chance

Der erforderliche wirtschaftsstrukturelle Wandel von der Planwirtschaft – gekennzeichnet durch überalterte Produktionsanlagen, zu geringerer Produktivität und den Zusammenbruch der Märkte – zur Marktwirtschaft (Martens 2010) und der demografische Strukturwandel in den 1990er Jahren führten in Ostdeutschland mit einer gewissen Plötzlichkeit und Radikalität vielerorts infolge von Einwohnerabwanderungen zu drastischen Wohnungsleerständen. Eine besonders dynamische Leerstandsentwicklung zeichnete sich in den Neubau-, im allgemeinen Sprachgebrauch: Plattenbaugebieten ab. Diese wohnungswirtschaftlich und städtebaulich überaus belastende bzw. nicht tragbare Leerstandssituation zwingt auch derzeit weiterhin alle Verantwortlichen, Konzepte zum Abbau von Wohnungsüberhängen zu entwickeln, um die betroffenen Plattenbauquartiere zu stabilisieren und attraktiv zu gestalten.

All jene, die diesen Veränderungsprozess miterlebt und vor allem mitgestaltet haben, hatten zunehmend erkannt, dass die einmalige Chance besteht, die monoton betitelten Plattenbausiedlungen in attraktive und lebenswerte Stadtquartiere umzubauen. Bald war klar, dass der Erfolg und die Akzeptanz des Umbaus maßgeblich davon abhängig sein werden, wie es gelingt, diesen Prozess nicht als Verlust, sondern als Gewinn an Lebensqualität und örtlicher Attraktivität zu vermitteln.

Zurückblickend auf die Jahrtausendwende wird deutlich, dass sich das Gesicht der ostdeutschen Plattenbaugebiete in Städten und Gemeinden bis heute gewandelt und augenfällig an Ausstrahlung gewonnen hat. Zunächst wird der Fra-

ge nachgegangen, welche hauptsächlichen Instrumente unterstützend zu Stadtumbau/Stadterneuerung beigetragen haben, bevor beispielhaft ausgeführte Baumaßnahmen vorgestellt werden.

Förderung und Begleitforschung

Auf der Grundlage von Vorschlägen der Kommission "Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel" startete 2002 in Ostdeutschland und Berlin das Programm "Stadtumbau Ost – für lebenswerte Städte und attraktives Wohnen". Die Bundesregierung reagierte damit auf den gravierenden demografischen Wandel und auf die wirtschaftsstrukturellen Veränderungen, die in vielen ostdeutschen Städten und Gemeinden zu bewältigen waren. Das Stadtumbau-Ost-Programm hat den Anstoß für Diskussionen zu Aufwertungsmaßnahmen von Innenstädten und zur Gestaltung der Schrumpfungsprozesse gegeben, denn intakte Städte, gute Wohnstandards und Zufriedenheit sind für die Lebensqualität jedes Einzelnen von ausschlaggebender Bedeutung.

Abbruch oder Rückbau und Aufwertung von Wohnbauten gehörten damit zu den drängendsten Aufgaben der Stadtentwicklungspolitik. Mit den Fragestellungen, wie transformationsfähig oder reformierbar der industriell errichtete Wohnungsbaubestand bzw. Plattenbauten unter dem Aspekt neuer, anspruchsvoller Wohnpräferenzen sind, setzt sich auch die Fachgruppe des Arbeitsgebietes Bauliches Recycling an der BTU Cottbus—Senftenberg seit mehr als 20 Jahren auseinander. Mit der Förderung unserer Forschungsprojekte "Rückbau industrieller Bausubstanz — Großformatige Betonelemente im ökologischen Kreislauf" (Mettke et al. 2008) durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Jahr 2000 und mehrerer geförderter Projekte durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) (Mettke et al. 2008; 2011) zu dieser Thematik, ist die Frage nach einem nachhaltigen Umgang mit der Bausubstanz in den Mittelpunkt der interdisziplinären wissenschaftlichen und bauwirtschaftlichen Betrachtung gerückt.

Unsere wissenschaftlich begleitenden Untersuchungen konzentrierten sich auf ingenieur- und sozialwissenschaftliche Prozesse von Rückbau-, Aufwertungs- und Wiederverwendungsmaßnahmen. Nur diese komplexe Herangehensweise hat es letztendlich ermöglicht, fundierte Grundlagen dieser mehrdimensionalen Problematik verträglich zu entwickeln. Die Integration der am Stadtumbau beteiligten Akteure (wie oben aufgeführt), der fachliche Austausch von Erfahrungen und Erkenntnissen mit Vertretern aus verschiedenen Instituten und Verbänden hat einerseits dazu beigetragen die verschiedenen Interessenlagen zu berücksichtigen, zu bündeln und zu vereinen und andererseits der Notwendigkeit der interdisziplinären Vernetzung unterstrichen. Es handelt sich hierbei um innovative Akteure, die für einen verantwortungsbewussten Umgang und für nachhaltige Lösungen der seriell errichteten Baubestände der DDR stehen.

Vor diesem Hintergrund wurden in vielen ostdeutschen Städten und Gemeinden Wohn-/Plattenbauten, Kindertagesstätten und Schulen aufgewertet, viel-

fach mit Modellcharakter, da die wertsteigernden Baumaßnahmen mit partiellen Rückbaumaßnahmen einhergingen.

Die nachstehenden Ausführungen belegen exemplarisch, was durch den Stadtumbau bereits erreicht wurde, und sollen aufzeigen, was noch erreicht werden kann. Aber zunächst zu generellen Strategien der Leerstandsbewältigung von industriell errichteten Wohn- und Mehrzweckbauten.

Strategien der Leerstandsbekämpfung von industriell errichteten Gebäuden

Generell sind verschiedene Strategien zum Abbau dauerhaft leerstehender Wohnungen in Plattenbauten, als Einzelmaßnahme oder in Kombination, möglich (Mettke 2010: 35ff.):

- Strategie 1 Bestandserhaltung der Plattenbauten incl. deren Aufwertung: Hierunter fallen Teilrückbau-, Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen, Zusammenlegung oder Umnutzungen/Umwidmungen von Wohnungen;
- Strategie 2 Beseitigung der Plattenbauten durch Abbruch einzelner Wohnblöcke oder flächenhaft:
- Strategie 3 *Stilllegung der Plattenbauten* durch Sicherung/Verschließen der Wohnblöcke oder einzelner Wohnungen.

Der Abbruch von Wohnblöcken ist eine Option und auch notwendige Maßnahme bzw. Begleiterscheinung, um den Wohnungs-und Mietmarkt zu stabilisieren. Aber mit Abbruch allein kann kein Stadtquartier aufgewertet werden. Es reicht bei Weitem nicht aus, sich ausschließlich darauf zu konzentrieren, denn weder die Probleme der Vermietbarkeit des verbleibenden unsanierten oder auch nur farblich behandelten Plattenbaubestandes werden gelöst, noch kann von einer zukunftsfähigen Stadterneuerung oder einem Stadtumbau die Rede sein.

Ein architektonisch ansprechender, den Mieterwünschen weitgehend angepasster und bezahlbarer Umbau der Platte durch Teilrückbau und Modernisierung und/oder Sanierung, gekoppelt mit Wohnumfeldverbesserungen und infrastrukturellen Anpassungen, war und ist – parallel oder zumindest zeitnah zum Abbruch – zu planen und zu realisieren. Einzig und allein die Verzahnung von Abbruch (Strategie 2) mit Teilrückbau und Aufwertungsmaßnahmen (Strategie 1) führen zu einem tatsächlichen Zugewinn an Wohnqualität sowie städtischer und architektonischer Qualität. Umgesetzte Baumaßnahmen zeigen eindrucksvoll völlig neue, ansprechende Gebäudetypologien im Bestand. Darüber hinaus, und das ist ein weiterer entscheidender Vorteil gegenüber dem Abbruch von industriell errichteten Gebäuden, können die beim Teilrückbau zurückgewonnenen/anfallenden Betonelemente in Gänze sekundär nachgenutzt werden. Damit wird den schon einmal in Nutzung gewesenen Betonelementen ein zweites Leben gegeben.

Transformation Plattenbauten

Umbau, Abbruch oder Rückbau – das sind also jene Fragen, die im Zuge des Stadtumbaus bei den Leerstandsdiskussionen bzw. Schrumpfungen der Städte zu beantworten sind. Dabei sind die ursprünglichen städtebaulichen Maßstäbe aufgrund der veränderten Wohnungsmarktbedingungen zu verkleinern. Dies ist heute in Ostdeutschland zwar nicht mehr flächendeckend erforderlich, aber in etlichen Regionen in Verbindung mit Wohnungsneubau notwendig.

Die in der Vergangenheit vielerorts realisierten Umbaumaßnahmen belegen eindrucksvoll, dass Plattenbauten reformierbar sind. Obgleich sie a priori nicht demontabel geplant bzw. errichtet worden sind, bestehen günstige Voraussetzungen für Rück- resp. Teilrückbau (Mettke 2004), Grundrissveränderungen sowie die Fassaden- und Dachgestaltung. 1 Der industrielle Baubestand lässt durchaus einen hohen architektonischen Gestaltungsspielraum zu.

Stellvertretend für die vielfältig realisierten Umbaumaßnahmen kann die Stadt Leinefelde nicht ungenannt bleiben. Die ehemalige sozialistische Modellstadt mit etwa 90 Prozent Plattenbauten erhielt durch Teilrückbau und kreativem Umbau einzelner Wohnblöcke eine gänzlich neue Identität. Diese Stadt galt Anfang 2000 als Pionier der enormen Herausforderungen zur Bewältigung des Stadtumbaus. In anspruchsvoller Weise sind quantitative mit qualitativen baulichen Maßnahmen verknüpft worden. Nachstehend werden für die Vielzahl aufgewerteter, partiell rückgebauter Plattenbauten exemplarisch zwei Bauvorhaben skizziert

Teilrückbau und Modernisierung von Plattenbauten in Großsiedlungen

Besonders signifikant war der Leerstand in Wohngebieten von Großsiedlungen mit dichter bzw. konzentrierter Bebauung. Die Umbaumaßnahme in der Kräutersiedlung in Dresden-Gorbitz (Tafel 25) zeigt eine beeindruckende nachhaltige, moderne und perspektivische Lösung. Zwar liegt dieses erste umfassende Stadtumbauprojekt in Dresden, das als Gemeinschaftsprojekt des Freistaates Sachsen, der Landeshauptstadt Dresden und der Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft e.G. als Bauherrn startete, bereits 17 Jahre zurück. Doch es zählt heute noch zu den m.E. modernsten, zukunftsweisenden Umsetzungsmaßnahmen.

Die Zielstellung bestand von Anfang an darin, den Plattenbaubestand nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ zu verändern. Mit einem Maßnahmebündel von Teilrückbau und Aufwertung gelang es, ein städtebaulich und architektonisch nachhaltiges Proiekt umzusetzen, das bedarfsgerechten modernen Wohnraum zur Verfügung stellt (Hesse 2005). Aus den ehemals langen tristen Wohnzeilen entstanden mondäne Stadthäuser. Mieterwünsche wie der Wegfall von

¹ Unter anderem werden in "Plattenumbauten, Wieder-und Weiterverwendungen" (Mettke 2003) sowie im Tagungsband "Alte Platte - Neues Design - Die Platte lebt" (Mettke 2005) viele erfolgreiche Beispiele vorgestellt.

Tafel 25: Ausgewählte Daten zum Teilrückbau und zur Aufwertung in Dresden-Gorbitz

			1. Bauabschnitt	2. Bauabschnitt
Wohnfläche in m²/Anzahl WE	Bestand vor Rückbau		9.210 / 133	17.560 / 257
	Rückbau		5.350 / 88	11.110 / 144
	Bestand nach Rückk	oau	3.860 / 45	6.450 / 87
Baukosten brutto	Gesamt		3,38 Mio	5,82 Mio
	davon Entkernung,	bezogen auf die rückgebaute Fläche	104	76
	Rückbau, Entsorgung (€/m²)	bezogen auf die verbliebene Fläche	131	
Sanierung/Mode	anierung/Modernisierung (ohne Außenanlagen) in €/m²		724	723
Gesamt brutto i	Gesamt brutto in €/m² Wohnfläche		896	902

Quelle: Angaben von Dr. Jürgen Hesse, Vorstand EWG, Angaben für 30.6.2018

1-Raum-Wohnungen, barrierefreie Wohnungen, gartenbezogenes Wohnen im Erdgeschoss, Maisonettwohnungen und Dachterrassen wurden dabei berücksichtigt.

Zu den Aufwertungsmaßnahmen zählt ebenso die Neugestaltung der Fassade, geprägt durch größere Fenster, komplette Balkonerneuerung, energetische Sanierung der Hüllkonstruktion u.a.m. Eine Verbesserung des Wohnumfeldes wurde unter anderem durch die Neuorganisation der Stellflächen für PKWs zu Gunsten einer verbesserten Durchgrünung, der oberflächigen Abführung von Regenwasser (Tafel 26, Foto rechts) und die Schaffung neuer Spielplätze erzielt. Tafel 27 zeigt links die individuelle Grünflächengestaltung einer Erdgeschosswohnung.

Tafel 26: Plattenbau in Dresden-Gorbitz: links vor dem Umbau, rechts nach dem Umbau (2. Bauabschnitt)





Altbestand: Wohnblock mit 12 Eingängen der WBS 70/10.8. 6-geschossig, Baujahr 1989, Eigentümer: Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft Dresden e.G. Nach dem Umbau: 3- und 4-geschossige Stadthäuser, Bauherr: Eisenbahner-Wohnungsbaugenossenschaft e.G. Planung: Architektenbüro Rolf Zimmermann, Dresden

Tafel 27: Dresden-Gorbitz, Kräutersiedlung – naturverbundene Wohnumfeldgestaltung





Gesellschaftliche Bauten: Teilrückbau und Sanierung einer ehemaligen in Stahlbeton-Montagebauweise errichteten Kindertagesstätte

Die 1973/74 gebaute Kindertagesstätte in Leichter Geschossbauweise Cottbus wurde bis 1990 genutzt. Nach zehn Jahren Leerstand wurde sie 2001 zu einer Wohnstätte umgebaut. Der Umbau war, aufgrund der Fördermodalitäten, von einem partiellen Rückbau eines Giebeltraktes über beide Geschosse flankiert (s. markierter Bereich Tafel 28 links). Durch den jahrelangen Leerstand des Gebäudes litt die Bausubstanz in enormer Weise (größere Dachundichtigkeiten mit der Folge flächenhafter Durchfeuchtungen, eingeschlagene Fenster und Türen, Feuerlegungen und Schuttablagerungen). Trotz des aus dieser Situation entstandenen höheren Aufwandes zur Beräumung und Sanierung ist der Wertezuwachs nicht zu übersehen (Tafel 28 rechts). Die demontierten Betonelemente des Giebeltrakts wurden wieder zur Schließung des Giebels verwendet.

Tafel 28: Umgebaute Kindertagesstätte zur behindertengerechten Wohnstätte, Cottbus





Zustand vor dem Umbau / nach dem Umbau. Planung: Architekturbüro Rainer Gutjahr, Guben

Teilrückbau, Modernisierung und Sanierung eines ehemaligen in Stahlbetonmontagebauweise errichteten Verwaltungsgebäudes in einer Kleinstadt

Auch ehemalige in Stahlbeton-Fertigteilbau-Mischbauweise errichtete Verwaltungsgebäude können verändert werden, wie folgendes Beispiel zeigt. Es handelt sich hierbei um das ehemalige Landratsamt in Hohenmölsen (Sachsen-Anhalt), das mehrere Jahre leer stand und 2009 von einem privaten Bauherrn erworben wurde. 2011 hat der Bauherr, der zugleich Architekt ist, das Gebäude zu Reihenhäusern umgeplant, der Kommune vorgestellt und nach positiver Entscheidung der Stadtverordneten umgebaut.

Erneut wurde bewiesen, dass Konstruktionen in modularer Bauweise nicht zum Abbruch verurteilt sein müssen, sondern bestens für Umbauten geeignet sind. Nach Fertigstellung des ersten Reihenhauses, das als Musterobjekt diente, setzte eine hohe Nachfrage von Bürgern ein. Das umgebaute Bestandsgebäude ist – bis auf den unsanierten Trakt, der noch der Bauleitung vorbehalten ist – komplett bezogen. Die Reihenhäuser sind in Wohneigentum übergegangen. Die Wünsche der Wohneigentümer konnten überwiegend berücksichtigt werden, so dass die Grundrissgestaltungen der einzelnen Reihenhäuser individuell geprägt sind.

Eine Aufwertung hat der Baubestand außerdem durch die neue Fassadengestaltung, incl. der Anpassung der Hüllkonstruktion nach aktuellem Energiestandard, erfahren. Diese architektonische Lösung wurde mit dem Architekturpreis des Landes Sachsen-Anhalt 2016 gewürdigt. Der ehemalige viergeschossige Trakt des Verwaltungsgebäudes (Tafel 29 nach Teilrückbau und Umbau, Reihenhaus im Vordergrund) ist um 2,5 Geschosse zurück gebaut worden. Im Hintergrund ist der noch unsanierte Trakt erkennbar. Dieser Verwaltungstrakt war bereits ursprünglich zweigeschossig ausgeführt.

Tafel 29: Teilrück- und umgebautes Verwaltungsgebäude zu Reihenhäusern, Hohenmölsen





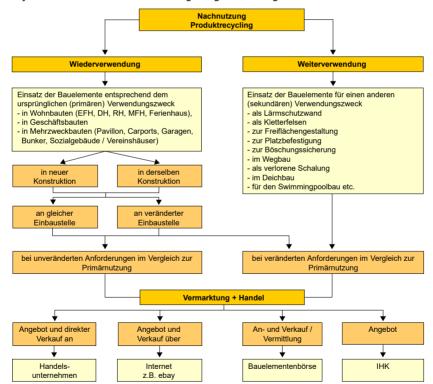
Eingangsbereich und Rückseite Eingangsbereich. Bauherr: Arch. Dipl.-Ing. Jochen Dreetz, Planung: Dreetz & Partner

Die demontierten Betonbauteile der oberen Geschosse aus dem ursprünglich viergeschossigen Trakt wurden auf dem Grundstück zwischengelagert, um sie

für ein neu zu errichtendes Reihenhaus auf selbigem Grundstück wiederzuverwenden. Unter Einbindung von Studierenden der BTU Cottbus-Senftenberg erfolgten Prüfungen zum Bauzustand an den zwischengelagerten Betonelementen nach visuellen Merkmalen und bautechnischen Analysen. Das neu errichtete Reihenhaus unter anteiliger Verwendung rückgebauter Betonelemente ist in Tafel 31 abgebildet.

Möglichkeiten zur Nachnutzung von Betonelementen

Im Rahmen eigener Forschungsarbeiten wurde eine Entscheidungsmethodik zur Wiederverwendung von Betonelementen entwickelt (Mettke 1995). Hinsichtlich der Eignung zum wiederholten Einsatz sind für das verbaute Beton-Fertig teilsortiment mehrerer Bauserien umfangreiche rechnerische und experimentelle Untersuchungen zur Gebrauchstauglichkeit durchgeführt worden. Es konnte nachgewiesen werden, dass die verbauten Betonelemente über hohe Gebrauchseigenschaften verfügen. Die untersuchten Betonfertigteile wiesen ein Baualter zwischen 10 bis 40 Jahren auf.² Als besonders geeignet erweisen sich



Tafel 30: Überblick zu Nachnutzungsmöglichkeiten gebrauchter Betonelemente

2

² Die wichtigsten Ergebnisse sind publiziert in Mettke (2005; 2010).

die ehemals 150 mm starken tragenden Innenwände und die 140 mm dicken Deckenplatten (1.80 m und 3.00 m Systembreite) aus den Normalgeschossen. Aber auch Außenwände oder Treppen. Dachkassettenplatten. Drempelelemente der Plattenbauserien sind nachnutzbar.

Einen Überblick zu Nachnutzungsmöglichkeiten in Form von Wieder- und/oder Weiterverwendungen von gebrauchten Betonelementen liefert Tafel 30.

Dass ein Neubau unter Verwendung gebrauchter, wiederverwendungsgeeigneter Betonelemente technisch machbar, ökologisch sowie preislich vorteilhaft ist und kreative Gestaltungsspielräume zulässt, ist mehrfach unter Beweis gestellt worden. Dazu zählen Wohnhäuser, Mehrzweckbauten oder gestalterische Elemente im Wohnumfeld und auf innerstädtischen Freiflächen, die an verschiedenen Standorten, zumeist in unmittelbarer Nähe der Demontagestandorte, errichtet wurden. Einen Einblick ausgewählter umgesetzter Projekte vermittelt Tafel 31. Die Gestaltungsvielfalt ist genauso beeindruckend wie die Nachfrage.

Der Wiederverwendung von Bauteilen kommt eine herausragende Bedeutung zu, weil Wertschöpfung erhalten bleibt und somit die eingesetzten Stoffe (Baustoffe und Energie) vollständig genutzt werden. Zugleich werden die natürlichen Rohstoffressourcen geschont. Durch die Wiederverwendung bspw. einer einzigen Spannbeton-Deckenplatte werden ~21 Tonnen an mineralischen Naturrohstoffen eingespart (Mettke 2010: 233ff.). Dies wirkt sich gleichzeitig positiv auf die Verfügbarkeit mineralischer Rohstoffe aus und bewirkt zugleich eine verminderte Flächeninanspruchnahme der Abbaustätte. Zudem wirkt das Bauteilrecycling der Entstehung von Bauabfällen entgegen bzw. trägt dem Vermeidungsgedanken von Bauabfällen sowie der Vorbereitung zur Wiederverwendung

Tafel 31: Überblick zu umgesetzten (Wieder-)Neubaumaßnahmen an ausaewählten Fallbeispielen

Fallbeispiel

Wohnbauten



Ausgewählte Daten

Bauherr: GWG "Stadt Cottbus" Planung: Architekturbüro Zim-

mermann und Partner, Cottbus

Wohnfläche: 1.050 m² (13 WE)

Baujahr: 2000/01

Spendergebäude: 11-geschoss. Wohnblock Typ P 2, Cottbus Wiederverwendung: 274 Beton-

elemente

Schlüsselfertig: 1.149 €/m² Wfl. Remontage-Rohbau: 84 €/m²

Wfl.

Kostenersparnis gegenüber konventioneller Bauweise: 20 %

Fallbeispiel

Reihenhäuser in Hohenmölsen



Ausgewählte Daten

Bauherr: Dipl.-Ing. Arch. Jochen

Dreet

Planung: Dreetz & Partner Wohnfläche: 620 m² (4 WE)

Baujahr: 2018

Spendergebäude: ehem. Landratsamt, Mischbauweise, 4 -

geschossig

Wiederverwendung: 216 Beton-

elemente

Kostenersparnis gegenüber konventioneller Bauweise: +

33.300 €

Einfamilienhaus in Plauen





Bauherr: Wohnungsbaugesell-

schaft Plauen mbH

Planung: Prof. Dr. Ing. habil. W.

R. Eisentraut

Gesamtnutzfläche: 160 m² (inkl.

Terrasse und 36 m² Garage) **Wohnfläche:** 122 m² **Baujahr:** 2006

Spendergebäude: Typ IW 73,

Plauen

Wiederverwendung: 33 Beton-

elemente

Schlüsselfertig: 127.300 €

Fallbeispiel

Ausgewählte Daten

Mehrzweckbauten

wieiii zweckbauteii



Bauherr: Kolkwitzer Sportverein

1896 e.V.

Planung: Peter Jähne Ingenieur-

büro GmbH, Cottbus

Nutzfläche: 410 m² Baujahr: 2008/09

Spendergebäude: 11-geschoss. Wohnblock Typ P 2, Cottbus **Wiederverwendung:** 80 Beton-

elemente

Schlüsselfertig: 1.210 €/m² Nfl. Remontage-Rohbau: 89 €/m²

Nfl.

Kostenersparnis gegenüber konventioneller Bauweise:

~30.000€

Umkleide-/Sanitärgebäude Vogtlandstadion in Plauen



Bauherr: VFC Plauen e.V. Planung: Bauplanung Plauen

GmbH

Maßnahme: 16 Umkleideräume, 1 Schulungsraum, 1 Erste-Hilfe-Rau, verschiedene Lager- und

Büroräume

Baujahr: 2006/2007

Spendergebäude: u.a. IW 73/6,

Plauen

Wiederverwendung: 219 Beton-

elemente

Gesamtkosten: ca. 600.000 €

Landschaftsgestalterische Elemente

Freizeitpark in Gröditz









Bauherr: Stadt Gröditz Planung: Schwarz & Hagedorn, Berlin – Landschaftsplanung. Freiraumgestaltung

Baujahr: 2008

Wiederverwendung von Betonelementen aus dem Schulbau Typ

Dresden und aus dem Wohnungsbau WBS 70 gemäß § 6 (1) Kreislaufwirtschaftsgesetz Rechnung. Darüber hinaus wird die Wiederverwendung von Bauteilen der Festlegung nach Anhang 1 Grundanforderungen an Bauwerken unter 7. Nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen gemäß Bauproduktenverordnung gerecht.

Hinsichtlich der Kosten wurde ermittelt, dass sich ein Vorteil beim Bauen mit gebrauchten Betonelementen in Höhe von mindestens 10 bis 30 Prozent und mehr im Vergleich zur herkömmlichen Betonmassivbauweise ergibt. Am kostengünstigsten ist es, wenn das Spendergebäude (Rückbau-/Demontage-Baustelle) und das Empfängergebäude ((Wieder-)Neubau-Baustelle) nahe beieinander liegen.

Außerdem ist der ökologische Vorteil immens: Durch die Bereitstellung von einer Tonne rückgebautem Betonfertigteil werden gegenüber der Neuherstellung rund 95 Prozent an Energie eingespart; der CO₂-Ausstoß wird um ~97 Prozent reduziert. Anstelle 394 Kilogramm CO₂-Emissionen, die bei der Produktion von einer Tonne Fertigteilbeton freigesetzt werden, werden bei der Bereitstellung einer Tonne gebrauchtem Betonbauteil nur 12 Kilogramm CO₂ emittiert.³ Damit kann der Bausektor einen wesentlichen Beitrag zum wichtigsten Ansatz des Klimaschutzes, der Reduzierung von Treibhausgasen, beitragen resp. Energie wird nicht verschwendet.

Fazit und Ausblick

Das Thema "Alte Platte – Neues Design" ist von hoher Komplexität geprägt. In dem hier vorgelegten Beitrag sind ausgewählte Lösungen zur Metamorphose der "Platte" skizziert, ohne auf spezifische Details einzugehen. Die Entwicklung zeigt, dass das Wohnen als ein elementares Grundbedürfnis der Menschen einem ständigen Wandel unterliegt und dass künftiges Wohnen auf eine Lösungsvielfalt hinausläuft. Neben dem Wohnungsneubau wird der Umbau der in Beton-Fertigteilbauweise errichteten Baubestände bzw. der verbleibenden Bestände nach Teilrückbau als Möglichkeit gesehen, sich den gegenwärtigen und perspektivischen Wohnpräferenzen der Bewohner zu stellen. Der "Plattenbau" ist, was seine Anpassungsfähigkeit an veränderte Nutzungsbedürfnisse betrifft, durch die modulare, also im Baukastenprinzip erstellte serielle Bauweise sehr gut für Rück- und Umbau (Aufwertung) geeignet. Der Teilrückbau vereint mehrere Vorteile, vor allem:

Erhalt des verbleibenden Bestandes (Kapitals) gekoppelt i.d.R. mit Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen führt zur deutlichen Aufwertung von Plattenbauten und der Auflösung der ehemals monotonen Struktur ganzer Wohnquartiere. Der verbleibende Gebäudebestand kann bedarfsorientiert umgestaltet werden;

80

³ Eine Deckenplatte von sechs Meter Länge, 1,80 Meter Breite und 14 Zentimeter Dicke hat ein Gewicht von ~3,5 Tonnen. Das bedeutet, dass 1.379 Kilogramm CO₂-Emissionen bei der Herstellung einer einzigen neuen Deckenplatte freigesetzt werden. Die Bereitstellung einer solchen gebrauchten Deckenplatte hingegen setzt nur 42 Kilogramm CO₂ frei. Daraus ergibt sich ein Delta von 1.337 Kilogramm eingesparten CO₂-Emissionen bei einer einzigen Deckenplatte.

- Weiternutzung vorhandener technischer Infrastruktur wie bspw. die Wasser-, Abwasser-, Energieversorgung, Telekommunikationsnetze, Straßenbeleuchtung sowie Parkplätze und Verkehrswege;
- Rückgewinnung von Bauelementen in ihrer Gänze;
- die beim Rückbau anfallenden Betonelemente lassen sich auf vielfältigste Art und Weise nachnutzen, so z.B. im Wohn- und Nicht-Wohnbau, in Form von Ergänzungsbauten zur Aufwertung des Wohnumfeldes und/oder landschaftsgestaltenden Elementen u.a.m.;
- die Substitution von Primärrohstoffen und der damit reduzierte Energieaufwand zur Betonneuproduktion um 95 Prozent inklusive der gravierenden Verminderung klimabedingter Koppelprodukte sprechen für sich.

Vor dem Hintergrund, Ressourceneffizienz mit Energieeffizienz zu vernetzen, ist die Wiederverwendung von Betonelementen eine echte Alternative und ergänzende Lösung zum konventionellen Bauen.

Mit den Fragen, wie zukünftig Immobilien unter dem Aspekt demontage-/recyclinggerecht zu planen sind, setzen sich viele Fachexperten auseinander. Handlungsempfehlungen zur Planung von Neubauten werden u.a. im Forschungsprojekt "Untersuchungen zur ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft – Das selektierbare Bauwerk – Der selektive Rückbau – Voraussetzung für eine ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft" gegeben (Mettke et al. 2018: 239ff.). Im Forschungsprojekt "Entwicklung und Anwendung von komplett demontablen Wohneinheiten aus ressourcenschonendem Beton" wurden demontable Verbindungstechniken für unterschiedlich gestaltete Betonbauteile unter Einsatz von rezyklierten Gesteinskörnungen entwickelt (Jäger et al. 2019). Da der Bausektor zu den ressourcenintensivsten Wirtschaftssektoren zählt, ist es wichtig, innovative Entwicklungen in die Praxis zu überführen. Aber auch die Lehrinhalte in Bildungseinrichtungen müssen sich auf das zirkuläre Wirtschaften einstellen. Stellen wir uns dieser lohnenswerten Herausforderung!

B Lokale Fallbeispiele

Leipzig-Grünau: Dynamiken und Persistenzen einer Großwohnsiedlung

Sigrun Kabisch

Am 1. Juni 2016 wurde medienwirksam die Feier zur 40-jährigen Grundsteinlegung Leipzig-Grünaus begangen. Damit war der Großwohnsiedlung eine zeitweise überregionale Aufmerksamkeit gewiss. Diese entsteht immer einmal wieder zu Anlässen, die für besonderes Interesse sorgen. So war auch der Besuch des niederländischen Königspaars in Leipzig und deren Abstecher nach Grünau am 9. Februar 2017 von besonderem medialem Interesse, zumal berichtet wurde, dass das ehrliche Interesse des Königspaares den Grünauern und Grünauerinnen in ihrem alltäglichen Lebensumfeld galt. Ein weiteres mediales Ereignis ganz anderer Art war die Information zum "Integrierten Stadtteilentwicklungskonzept Grünau 2030" (STEK), das im Mai 2018 fertiggestellt wurde. Damit wurde laut Bau-Bürgermeisterin Dubrau nicht nur der besondere Entwicklungsbedarf des Stadtteils, sondern auch eine entsprechende Maßnahmenstrategie zur weiteren nachhaltigen Stabilisierung und Aufwertung des Gebietes vorgelegt (Stadt Leipzig 2018).

Mit diesen wenigen Eckdaten lässt sich belegen, dass die Großwohnsiedlung Leipzig-Grünau im Blick der Leipziger Stadtpolitik und -verwaltung ist und als integraler Bestandteil der Großstadt Leipzig angesehen wird. Der Stadtteil wird gebraucht, denn er bietet gegenwärtig für etwa 43.500 Einwohner, das sind ca. sieben Prozent der gesamten Leipziger Bevölkerung, gute und bezahlbare Wohnungen. Leipzig-Grünau ist die mit Abstand größte Plattenbausiedlung der Stadt. Es existieren 13 weitere, in denen etwa zehn Prozent der Leipziger Bevölkerung leben. Die Einwohnerzahl von Paunsdorf/Kiebitzmark beläuft sich auf ca. 12.500 Einwohner und die von Schönefeld auf ca. 8.700 Einwohner. Die anderen kleineren Standorte beherbergen zwischen 6.000 und 1.500 Einwohnern (Kabisch et al. 2018).

Dem klaren Bekenntnis zur Großwohnsiedlung Leipzig-Grünau standen in deren Historie unterschiedliche und wechselhafte Positionen gegenüber, die in die Wahrnehmungen und Bewertungen der Bewohner und Bewohnerinnen eingingen. Anhand ausgewählter Ergebnisse der seit 1979 laufenden soziologischen Langzeitstudie "Wohnen und Leben in Leipzig-Grünau" werden dafür Belege geliefert.

Zur Historie

Mit dem Beschluss des VIII. Parteitages der SED 1971 zur Lösung der Wohnungsfrage und der damit verbundenen Zielsetzung, bis 1990 jeden Haushalt mit einer eigenen Wohnung in gutem baulichem Zustand und mit moderner Ausstattung zu versorgen, wurde in der damaligen DDR ein großes Wohnungs-

bauprogramm in Gang gesetzt. Damit erfolgte seitens der Staatsführung eine Reaktion auf die katastrophale Wohnungssituation aufgrund mangelnder Werterhaltung und geringem Neubaus über mehrere Jahrzehnte. Für Leipzig ergab die Bestandsaufnahme Anfang der 1970er Jahre ein dramatisches Bild: Die durchschnittliche Wartezeit auf eine Wohnung belief sich auf acht bis zehn Jahre. 45.000 Wohnungen sollten abgebrochen, 90.000 Wohnungen instandgesetzt und 90.000 Wohnungen neu gebaut werden.

Mit der Grundsteinlegung am 1. Juni 1976 begann der Bau der zweitgrößten ostdeutschen Plattenbausiedlung auf zehn Quadratkilometer Fläche am westlichen Stadtrand Leipzigs. Als Zeichen der "sozialistischen Umgestaltung" der Stadt wurde der komplexe Wohnungsbau eingeführt. Damit war die Gliederung des Neubaugebietes in Wohnkomplexe verbunden, die räumlich kompakte Wohnstandorte mit einem Versorgungszentrum mit Verkaufseinrichtungen, medizinischen Einrichtungen sowie Kindergärten und Schulen in dessen Kern umfassten. Es wurden acht Wohnkomplexe errichtet.

Mit dem Abschluss der Wohnungsbauarbeiten Ende 1989 lebten im Neubaugebiet Grünau ca. 85.000 Menschen in etwa 38.000 Wohnungen. Des Weiteren wurden 26 Schulen mit 16 Sporthallen und 27 Kinderbetreuungseinrichtungen, vier Feierabend- und Pflegeheime, neun Jugendclubs und 13 Kaufhallen geschaffen (Eichhorn 1997: 20). In den letzten Jahren des Bauvorhabens erfolgten eine starke Verdichtung der Wohnblöcke und der Bau von sechsgeschossigen Blöcken ohne Aufzug, um die steigenden Planzahlen zu erreichen.

Aufgrund wirtschaftlicher Engpässe wurde auf ein Rathaus, ein Kultur- und Freizeitzentrum und eine Schwimmhalle verzichtet, obwohl diese in den ursprünglichen Planungen vorgesehen waren. Am Ende der Bauzeit war ein reines Wohngebiet mit wohnungsnahen Versorgungseinrichtungen entstanden. Erst 1996 wurden das Allee-Center als Einkaufs-, Versorgungs- und Unterhaltungszentrum mit einem Kinokomplex sowie 1999 das Sport- und Freizeitbad "Grünauer Welle" im Zentrum Grünaus eröffnet.

In den 1970er/80er Jahren waren in Ermangelung von Wohnalternativen die zur damaligen Zeit komfortablen Wohnungen mit ihrem geringen Mietpreis begehrt. Auch wenn noch erheblicher Nachholbedarf in der Infrastruktur bestand und u.a. Straßen und Fußwege vor einer Reihe von Wohnblöcken noch nicht fertiggestellt waren, wurden die Wohnungen gerne und so schnell wie möglich bezogen und das Wohnumfeld in Anspruch genommen (Tafel 32).

Nach 1989 erlebte Grünau im Zuge der gesellschaftlichen Transformation in Ostdeutschland einen gravierenden Einwohnerverlust. Die Einwohnerzahl sank innerhalb weniger Jahre auf ca. 50 Prozent. Der zentrale Auslöser für die massenhafte Abwanderung war der wirtschaftliche Zusammenbruch vieler Großbetriebe in und um Leipzig. Auf der Suche nach Arbeitsplatzalternativen und Ausbildungsplätzen wanderten viele Grünauer an wirtschaftlich prosperierende Standorte ab. Des Weiteren nutzen die ehemaligen Plattenbaubewohner die Möglichkeit des Umzugs in eine neue Wohnung in Leipzigs innerstädtischen Quartieren oder im Umland, oder sie wurden zu Eigenheimbauern in Suburbia. In der Folge des Wegzugs vorwiegend jüngerer Bevölkerung im reproduktions-

Tafel 32: Spielende Kinder, späteres Wohngebietszentrum Wilhelm-Pieck-Allee (heute Stuttgarter Allee) 1987



fähigen Alter sank die Geburtenrate, wodurch mittelbar die Einwohnerzahl betroffen war. Des Weiteren trug diese Entwicklung zu einem Schub hinsichtlich der Erhöhung des Durchschnittsalters der Bewohnerschaft bei.

Die quantitative Reduzierung wurde von einer sozialstrukturellen Verschiebung begleitet. Da insbesondere gut ausgebildete Bewohner Grünau verließen, erhöhte sich der Anteil der Geringverdiener und Arbeitslosen im Stadtteil, zumal Arbeitslosigkeit als bislang unbekanntes Massenphänomen auftauchte und im Alltag der Großwohnsiedlung deutlich sichtbar wurde. Dennoch konnte in der soziologischen Untersuchung im Jahr 1995 im Rahmen der Langzeitstudie resümiert werden, dass, entgegen anderslautender Mutmaßungen, Grünau noch kein sozialer Brennpunkt ist (Kahl 1995: 63). Allerdings vermerkt die Autorin auch, dass ein soziales Risikogebiet im Entstehen ist. Denn es konnte ein Großteil von Auszugswilligen, die zu den sozial Stärkeren zählen, ermittelt werden. Sollten diese ihr Vorhaben umsetzen, dann würde Grünau seine soziale Stabilität verlieren (ebd.: 64).

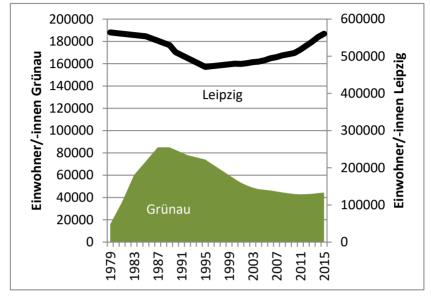
Diese soziale Dimension schlug sich in der baulichen Dimension bzw. in der Wohnungsbelegung nieder. Leipzig-Grünau erlebte in den 1990er und 2000er Jahren einen bisher nicht bekannten Wohnungsleerstand. Er erzeugte sowohl beim kommunalen Wohnungsunternehmen als auch bei den acht Wohnungsgenossenschaften ernsthafte wirtschaftliche Problemlagen mit Insolvenzgefahr. Mit dem 2002 von Bund und Land beschlossenen "Programm Stadtumbau Ost" wurden Fördermittel für Wohnungsabriss und Aufwertung des Wohnumfeldes bereitgestellt. So wurden u.a. von den im Bestand des kommunalen Unternehmens befindlichen 16-Geschossern mit jeweils 132 Wohnungen elf abgerissen, nur noch fünf sind verblieben. Auch Wohnungsgenossenschaften reduzierten ihren Bestand. Insgesamt wurden von 2001 bis 2010 6.800 Wohnungen in Leipzig-Grünau abgerissen.

Als planerische Grundlage beschloss der Leipziger Stadtrat im Jahr 2007 eine "Entwicklungsstrategie Grünau 2020" (Stadt Leipzig 2007). Diese sah die Festlegung eines Kernbereiches und eines Stadtumbaugürtels mit der Maßgabe eines weitgehenden Abrisses der drei Wohnkomplexe in Randlage des Stadtteils vor, da sich dort ein überdurchschnittlich hoher Wohnungsleerstand konzentrierte. Trotz des Stadtratsbeschlusses verfolgten die anliegenden Wohnungsunternehmen, deren Anzahl sich aufgrund der Privatisierungsaufforderung im Zuge des Altschuldenhilfegesetzes vergrößert und diversifiziert hatte, eigene gewinnorientierte Ziele.

Insbesondere die neu im Stadtteil agierenden privaten Wohnungsunternehmen setzten einerseits auf Schlichtsanierung für Niedrigeinkommensbezieher, die für die Mietzahlung garantierte staatliche Unterstützung erfuhren. Andererseits setzten manche auf hochwertige Umbauten für Wohnungen im hochpreisigen Segment, u.a. mit neuen Wohnungszuschnitten und der Einrichtung von Dachterrassen.

Die nach 2010 weiter intensivierten und auf unterschiedliche Bewohnerinteressen zugeschnittenen Sanierungsanstrengungen und sogar erste Neubauvorhaben signalisierten Potenziale für eine zukunftsfähige Entwicklung von Leipzig-

Grünau. Seit diesem Zeitpunkt ist ein vermehrter Zuzug und ab 2015 eine Stabilisierung der Einwohnerzahl festzustellen. Gegenwärtig leben im Grünauer Plattenbaubestand mit etwa 30.000 Wohnungen ca. 43.500 Menschen.



Tafel 33: Bevölkerungsentwicklung Leipzig und Grünau im Vergleich 1979–2015

Quelle: Kabisch et al. (2016)

Werden die Einwohnerentwicklungen Leipzigs und Grünaus miteinander verglichen (Tafel 33), dann zeigen sich jeweils gegensätzliche Trends. In den Jahren des Wachstums von Grünau erfuhr Leipzig eine Schrumpfung. Dagegen steht dem Wachstumstrend von Leipzig seit Mitte der 1990er Jahre die anhaltende Schrumpfung Grünaus gegenüber. Das massive Bevölkerungswachstum der Stadt seit 2010 schlägt auf die Stabilisierung der Einwohnerzahl Grünaus durch. Dadurch reduziert sich zusehends der Leerstand und Abriss ist kein Thema mehr. Sanierte Häuserfassaden und ein aufgewertetes Wohnumfeld mit ausgedehnten Grünflächen, zahlreiche Spielplätze, mehrere Wohnungs- und Gewerbeneubauten sowie eine Reihe von aktuellen Sanierungs- und Erweiterungsvorhaben an Schul- und Versorgungsstandorten prägen nunmehr das äußere Erscheinungsbild der Großwohnsiedlung (Tafel 33).

Leipzig-Grünau aus Bewohnerperspektive

Um die Perspektive der Grünauer auf ihre Wohn- und Lebensbedingungen vor Ort zu erfahren und damit Rückschlüsse auf die Entwicklung des Stadtteils ziehen zu können, wurde die "Intervallstudie Grünau", eine soziologische Langzeitstudie, gestartet. Sie wurde 1979 nach dem Zuzug der ersten Bewohner von Grünau begonnen (Kahl 2003). Im Zentrum der Studie stehen periodische Erhe-



Tafel 34: Luftbild: Grünau mit seinen ausgedehnten Grünflächen

bungen mittels einer halbstandardisierten Bewohnerbefragung, die durch einen Methodenmix ergänzt wird, um zeitpunktaktuelle Informationen und Daten in die Interpretation der Befragungsergebnisse einzubeziehen.¹ Dadurch war es möglich, im Zuge der zahlreichen und auch unvorhergesehenen, zeitlich häufig eng beieinander liegenden Veränderungen in der Großwohnsiedlung viele verschiedene Facetten des Wohnens aus Bewohnerperspektive aufnehmen zu können.

Seit 1979 wurden zehn Einwohnerbefragungen durchgeführt: 1979, 1981, 1983, 1987, 1992, 1995, 2000, 2004, 2009, 2015. Alle Erhebungen erfuhren eine intensive inhaltliche und organisatorische Vorbereitung. Mit Hilfe der stets eingesetzten, gleichlautenden Indikatoren zur sozio-demographischen Charakteristik der Bewohnerschaft, zur Wohnzufriedenheit, zu Mobilität und Sesshaftigkeit und zum Image Grünaus konnten die jeweiligen zeitpunktbezogenen spezifischen Wahrnehmungen, Urteile und Perspektiven festgehalten und im Zeitverlauf verglichen werden. Daneben wurde in jeder Erhebung eine Themenstellung von besonderer aktueller Relevanz näher untersucht. Dies betraf z.B. 2015 die

¹ Ein stabiles Kern-Set von Hausnummern wird in jede Erhebung eingebunden. Die anfangs ca. 400 angelaufenen Adressen wurden ab 1992 in den folgenden Erhebungen schrittweise bis auf die Anzahl von 1.000 im Jahr 2015 ergänzt. Die umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit führte dazu, dass jeweils hohe Rücklaufquoten der Fragebögen von 75 bis 90 % erreicht werden konnten.

kleinteilige sozialräumliche Fragmentierung, 2009 Schrumpfung und Alterung, oder 2004 Wohnungsleerstand und -abriss.

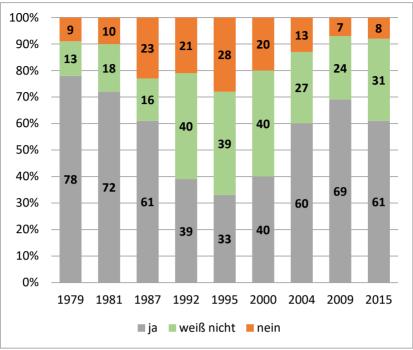
2015 fand die zehnte Erhebung statt (Kabisch et al. 2016). Die Ergebnisse belegen, dass aus einem ehemals sehr jungen Wohngebiet, in dem Haushalte mit Kindern dominierten, mittlerweile ein Gebiet mit einer überdurchschnittlich alten Bevölkerung geworden ist (Tafel 35). Diese Reifung spiegelt sich auch im Angebot an Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen wider. Während noch in den 1980er und anfangs der 1990er Jahre mancherorts Provisorien existierten, sind diese mittlerweile höherwertigen Versorgungszentren gewichen. Denn aufgrund der demographischen Veränderungen werden verstärkt qualitativ hochwertige Serviceangebote, die u.a. für die Betreuung und medizinische Versorgung der älteren Bevölkerung erforderlich sind, nachgefragt.

Tafel 35: Junge Familien prägen das Stadtbild (1986) – Alte Menschen prägen das Stadtbild (2012)



Etwa ein Drittel aller Befragten lebte 2015 bereits länger als 30 Jahre in Grünau und gehörte damit zur Erstbezugsgeneration. Ein weiteres Drittel wohnte bereits zehn Jahre hier. Für diese Bewohner bedeutet Grünau Heimat. Ihre starke Verbundenheit wird dadurch unterstrichen, dass sie in hohem Maße ihr Wohlfühlen in Grünau und in ihrer Wohnung zum Ausdruck bringen. Es kann ein deutlicher statistischer Zusammenhang zwischen Wohndauer und Wohnzufriedenheit festgestellt werden. Für eine überwiegend positive Sicht der Grünauer auf ihren Wohnstandort können die Antworten auf die Frage "Würden Sie einem guten Freund raten, nach Grünau zu ziehen?" dienen (Tafel 36).

Tafel 36: Einwohnerbefragungen: Die Gute-Freund-Frage im Zeitverlauf 1979–2015: "Würden Sie einem guten Freund raten, nach Grünau zu ziehen?"

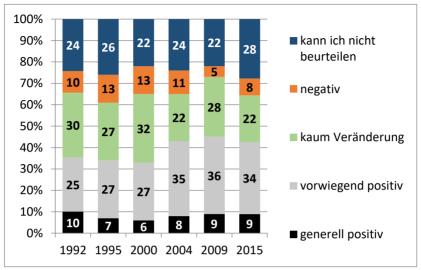


Quelle: Kabisch et al. (2016)

Jeweils etwa zwei Drittel bejahten die Frage in den drei Erhebungen 2015, 2009 und 2004, zirka ein Drittel machte Einschränkungen und nur um die zehn Prozent antworteten mit nein. In der Begründung der Antworten in der Erhebung von 2015 werden als Stärken die umfangreichen Grünanlagen und die Nähe zum Kulkwitzer See, die umfangreichen Versorgungseinrichtungen sowie die bezahlbaren Mieten hervorgehoben. Im Vergleich zu den viel häufiger aufgezählten Stärken werden als Schwächen das sich verändernde soziale Umfeld, Sicherheits- und Sauberkeitsdefizite genannt.

Werden die Befragungsergebnisse über die gesamte Laufzeit der Studie betrachtet, dann zeigt die Welle der Ja-Antworten die Dynamik des Gebietes. Von einstmals begehrt, verlor Grünau in den 1990er Jahren sehr stark an Zuspruch. In den 2000er Jahren ist es mit Hilfe von Investitionen und der stadtplanerischen sowie stadtpolitischen Beachtung der Großwohnsiedlung als wichtigem Wohnstandort gelungen, deren Vorzüge und Potentiale für verschiedene Nachfragegruppen auf dem Wohnungsmarkt herauszustellen und damit die Anerkennung wieder anzuheben. Der Blick der Grünauer in die Zukunft des Stadtteils in Verbindung mit der Frage wie Grünau in zehn Jahren aussehen wird, bleibt überwiegend positiv-optimistisch (Tafel 37).

Tafel 37: Einwohnerbefragungen: Einschätzung der zukünftigen Entwicklung Grünaus 1992–2015



Quelle: Kabisch et al. 2016

Im Langzeitvergleich seit 2000 ist festzustellen, dass der Anteil derjenigen mit einer positiven Perspektive langsam und stetig gewachsen ist. Auffällig ist der recht stabile Anteil von zirka einem Viertel der Befragten in allen Erhebungen, der sich nicht festlegen will oder kann. In der Erhebung von 2015 ist er sogar auf 28 Prozent leicht angestiegen; er erreicht damit den bislang höchsten Wert. Sie begründen ihre Antwort mit verschiedenen Argumenten. Einige wohnen erst kurze Zeit in Grünau und trauen sich deswegen keine Beurteilung zu. Andere verweisen auf die Vielfalt von Haushalten mit unterschiedlichem Sozialstatus und unterschiedlicher Herkunft; somit sei unklar, wie sich das Zusammenleben entwickeln wird. Es wird auch auf stadtpolitische Entscheidungen verwiesen, mögliche bauliche Wiederverdichtung im Falle des anhaltenden Einwohnerwachstums könnte folgen. Es gibt auch Aussagen hinsichtlich des sich verstärkenden Ausländeranteils und damit befürchteter sozialer Spannungen. Dem gegenüber gibt es auch Meinungen, die Grünau als lebenswerten Stadtteil mit einer sozial gemischten Bevölkerung beschreiben.

Diese Bandbreite der Äußerungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Stadtteils spiegelt die Erfahrungen der letzten Jahre wider und verweist zugleich auf die existierenden Unsicherheiten. Die erlebten Dynamiken in sozialer Hinsicht, geprägt von Einwohnerwachstum und -schrumpfung und -stabilisierung sowie in baulicher Hinsicht bezogen auf Neubau, Umbau, Abriss, wieder Neubau als auch Vernachlässigung und Verfall von Bausubstanz sind mit Verunsicherungen und Unklarheiten verbunden. Ein abschließendes Urteil ist somit für viele Befragte nicht möglich.

Zuzüge und deren Motive

Zu den aktuellen und bemerkenswerten Dynamiken, die das Spannungsfeld künftiger Entwicklungen in Leipzig-Grünau weiter bestimmen werden, gehört die statistisch festzustellende Mobilität der Grünauer. Dabei ist Wegzug bei weitem nicht die einzige Option – Umzug, Zuzug und Rückzug gehören ebenfalls dazu. So ist ein Umzug innerhalb von Grünau eher Normalität als Ausnahme. Von den Befragten in der Erhebung von 2015 (N=693) sind 47 Prozent mindestens einmal in Grünau umgezogen, 17 Prozent sogar mehrmals.

Die Gründe dafür erstrecken sich auf die notwendige Anpassung der Größe der Wohnung aufgrund veränderter Haushaltsgröße, den fehlenden Aufzug, gesundheitliche Gründe oder ein nicht akzeptables soziales Wohnumfeld. Die Wohnungsangebote innerhalb der Großwohnsiedlung sind offenbar so divers, dass eine neue Wohnung gefunden wurde. Durch den Zuzug nach Grünau konnte die Einwohnerzahl stabilisiert werden und jüngst sogar einen leichten Anstieg erfahren. Hierbei sollen zwei Aspekte herausgestellt werden:

- Unter den kürzlich zugezogenen Befragten (Wohndauer unter sechs Jahren) liegt der Anteil derjenigen mit akademischem Bildungsabschluss bei bemerkenswerten 30 Prozent. Zu dieser Gruppe der jüngst Zugezogenen gehören auch Alleinlebende (43 %) und Haushalte mit Kindern (32 %). Im Vergleich zu den anderen Bewohnergruppen mit längerer Wohndauer ist hier das Einkommen am niedrigsten. Somit zeigt sich, dass die jüngst Zugezogenen sehr unterschiedliche soziale Merkmale aufweisen und nicht nur einer Sozialstatusgruppe zugewiesen werden können. Dieser Mischeffekt dünnt im Verlauf der Wohnkarriere aus. Denn in der Gruppe der Grünauer, die sechs bis zehn Jahre hier lebt. finden sich nur noch neun Prozent mit höherem Bildungsabschluss. Wird zudem die Anzahl der Personen, die 2015 zwischen sechs und zehn Jahren in Grünau wohnen, mit der Anzahl der Befragten der Studie von 2009 mit einer Wohndauer bis zu fünf Jahren verglichen, dann ist festzustellen: Die 15 Prozent Neu-Grünauer (2009) haben sich nach sechs Jahren auf acht Prozent reduziert. Offensichtlich ist jeder Zweite, der zwischen 2004 und 2009 nach Grünau kam, wieder weggezogen, zumindest aber umgezogen, so dass er nicht mehr in der Stichprobe auftaucht. Höher Gebildete, die zunächst in Grünau eine akzeptable Wohnung gefunden hatten, orientieren sich nach einer gewissen Zeit auf dem Wohnungsmarkt neu. Viele von ihnen haben offensichtlich in Grünau eine Stippvisite gemacht und sind dann weitergezogen. Aber gerade diese Personen gilt es in der Großwohnsiedlung zu halten, um einem schleichenden sozialen Abgleiten entgegenzuwirken.
- Unter den Zuziehenden befindet sich die kleine, aber stetig wachsende Gruppe der Rückkehrenden. Diese lebten vor vielen Jahren, meist in der Anfangszeit des Stadtteils, bereits in Grünau, und sie ziehen nun wieder zurück. Als Gründe für ihre Rückkehr geben sie am häufigsten an: "Familiäre Gründe" und "Bekanntschaften". Einige haben die "Nähe zu den Eltern vermisst", andere möchten die "Großeltern unterstützen und pflegen". Weitere wichtige Gründe sind die preiswerten Mieten, das grüne Wohnumfeld und der gute Zuschnitt der Wohnungen. Im Hinblick auf den stark wachsenden Anteil älterer Bewohner ist

die Nähe zu Familienangehörigen offensichtlich ein an Bedeutung zunehmendes Kriterium bei der Wohnungswahl. Für eine gegenseitige Unterstützung zwischen den Generationen, die in räumlicher Nähe geleistet werden kann, bietet die Großwohnsiedlung gute Voraussetzungen. Einzelne Wohnungsgenossenschaften haben bereits diesen Aspekt in ihre Vermarktungsstrategie eingebunden. Sie ermuntern ihre Bewohnerschaft, ihre erwachsenen Kinder zurückzuholen und unterbreiten dafür entsprechende Wohnangebote.

Die Zuziehenden nach Grünau orientieren sich bei ihrer Wahl neben den wohnungsspezifischen Faktoren auch an Lagekriterien. Die kleinteilige Analyse innerhalb der fünf Grünauer Ortsteile mit Plattenbaubestand zeigt Veränderungen und Herausforderungen, die die Attraktivität eines Teilraums befördern oder reduzieren. Anhand von zwei Ortsteilen konnte dies klar belegt werden:

■ So kann am Beispiel des Ortsteils Lausen-Grünau, der 2007 noch in den Stadtumbaugürtel eingeordnet und zum Abriss vorgesehen war, gezeigt werden, wie ein völliger Wandel vollzogen wurde. Neue wohnungsunternehmerische Strategien durch mehrere Vermieter umfassten qualitativ gute bis hochwertige Sanierung, den Neubau von Mehrgeschossern mit attraktiven Wohnangebote auf verschiedenen Miethöhen, eine offensive Betonung von Gunstfaktoren wie die Lage in Nähe des Kulkwitzer Sees und damit verbundene Quartiersbezeichnungen als kleinteiliges Unterscheidungsmerkmal, z.B. "Kulkwitzer Seeterrassen". Durch diese bauliche Diversifizierung wurde auch eine sozio-demographische Mischung befördert. Der Zuzug junger Haushalte einerseits als auch die Annahme der höherwertigen Angebote durch eine besser situierte Bewohnerschaft sind wichtige Zeichen für die gewachsene Attraktivität, zumindest von Teilen der Großwohnsiedlung.

 Am Beispiel des Ortsteils Grünau-Mitte, der zum Kerngebiet Grünaus zählt, ist eine sozialräumliche Differenzierung auf Nachbarschaftsebene zu belegen. Dieser Ortsteil weist mit 9.500 Einwohner/km² eine sehr hohe Einwohnerdichte auf, die mit einer hohen Baudichte korrespondiert. Der Anteil an Arbeitslosen ist überdurchschnittlich hoch, und der Anteil an Migranten nimmt im Vergleich zu den anderen Ortsteilen einen Spitzenwert ein. Es konnten hier innere Teilräume ausgewiesen werden, die sozio-demographisch gegensätzliche Merkmalsausprägungen aufweisen. Auf Nachbarschaftsebene, die wenige Blöcke umfasst, sind einerseits langjährig sesshafte Bewohner, die problemlos ihre Miete zahlen und die deutlich die Sanierungsdefizite ihrer Blöcke benennen, zu identifizieren. Andererseits sind in räumlicher Nähe Nachbarschaften zu finden, die erst kurzzeitig hier wohnen und bei der Mietzahlung auf Unterstützung angewiesen sind. Darüber hinaus wurden in diesem Umfeld eine mangelhafte Qualität von Kindereinrichtungen und Spielplätzen und soziale Probleme im Umfeld mancher Schulen erkannt. Damit können kleinräumig konkrete Herausforderungen beschrieben, Ursachen herausgefiltert und Konsequenzen für das alltägliche Zusammenleben benannt werden.

Fazit und Ausblick

Anhand der Ergebnisse der Langzeitstudie kann die wechselvolle Geschichte von Leipzig-Grünau aus der Sicht seiner Bewohnerinnen und Bewohner gut nachvollzogen werden. Die jüngste Erhebung von 2015 belegt, dass für die Mehrheit der Grünauer dies ein akzeptierter Wohnstandort mit Integrationspotenzial ist. Das Wohnungsangebot wird aufgrund des anhaltenden Einwohnergewinns Leipzigs gebraucht. Allerdings wird sich die Großwohnsiedlung baulich, sozial, hinsichtlich des Wohnumfeldes und der Infrastrukturangebote intern weiter ausdifferenzieren und verändern. Dies könnte so weit reichen, dass die Figur der Großwohnsiedlung nicht mehr als angemessene Beschreibung erscheint. Vielmehr könnten sich unterschiedlich große Quartiere abgrenzen.

So werden einzelne Bestände im Verbund mit benachbarten Wohnbauten, die am Rande der Plattenbausiedlung entstehen, ein eigenes Wohnquartier mit eigener Quartiersidentität ausbilden. Aus einer Großwohnsiedlung würden derart mehrere überschaubare Siedlungen mit unterschiedlichem Charakter entstehen. Entsprechende empirische Belege werden aus der nächsten Erhebung, die für 2020 geplant ist, erwartet.

In dem fünfjährigen Zwischenzeitraum seit 2015 werden überraschende Ereignisse ihre Spuren hinterlassen. So fand der Strom von Geflüchteten 2016 in der Großwohnsiedlung und den hier verfügbaren Wohnungen ein Ziel. Dieser massenhafte Zuzug hat zusätzliche Integrationsleistungen seitens des Stadtteils und seiner Bewohner verlangt, die erst allmählich erbracht werden. Darüber hinaus sieht sich Leipzig seit 2010 einem anhaltend starken Bevölkerungswachstum gegenüber, so dass der Wohnungsleerstand überwunden ist. Inzwischen mangelt es an bezahlbarem Wohnraum in nachgefragter Größe. An dieser Stelle wird die Großwohnsiedlung interessant.

Diese veränderte Ausgangslage führte 2018 seitens der Stadtpolitik zu der Entscheidung, ein neues Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Leipzig-Grünau 2030 (STEK) zu erarbeiten (Stadt Leipzig 2018). Um dem besonderen Entwicklungsbedarf zu entsprechen, werden Mittel aus der Städtebauförderung noch bis mindestens 2025 eingesetzt. Eine kooperative Stadtteil- und Quartiersentwicklung mit allen Stadtteilakteuren soll gemeinsam umgesetzt werden, da in Teilbereichen in Grünau hoher Handlungsbedarf besteht. Hier konzentrieren sich Arbeitslose und Bezieher von Unterstützungsleistungen sowie Bewohner mit Migrationshintergrund, wozu auch ein überdurchschnittlich hoher Anteil an Kindern und Jugendlichen gehört. Diese nutzen eine Betreuungs- und Schulinfrastruktur, die dringend saniert und erweitert werden muss. Mit der gegenwärtigen Entwicklung eines Schulzentrums, dem Neubau von drei Grundschulen und den aktuell in baulicher Sanierung befindlichen Schulen wird ein zu lange vernachlässigter zentraler Bestandteil der sozialen Infrastruktur in Angriff genommen. Ein attraktives Schulangebot befördert gute schulische Leistungen und die Lust zum Lernen.

Die Großwohnsiedlung Leipzig-Grünau ist nie aus dem Blickfeld der Leipziger Stadtpolitik und -verwaltung geraten. Deshalb konnte auch die Entwicklung zu einem sozialen Risikogebiet, wie 1995 befürchtet, verhindert werden. Allerdings

bedarf es weiterer, intensiver und kontinuierlicher Befassung mit dem Stadtteil insgesamt und seiner Teilbereiche, um erkannte Problemlagen wirksam zu verringern und vorhandene Potenziale zu stärken.

Wohnen mit Vollkomfort 2017

Neu-Hohenschönhausen

Sonya Schönberger

Tafel 38: Zingster Straße 25, Neu-Hohenschönhausen



Eine Annäherung

Auf dem VIII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) 1971 verkündete der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED Erich Honecker, durch die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik das materielle und kulturelle Lebensniveau der Menschen erhöhen zu wollen.

Meine Mutter hat immer gesagt: "Allzu gut ist liederlich", und so war der DDR-Staat. Wenn Sie an die niedrigen Mieten denken, davon konnte kein Mensch irgendwas renovieren, das war nicht drin. Deswegen haben auch diese Privatbesitzer von den Häusern nichts machen können, denn das waren Vorkriegsmieten, die waren immer noch gültig. Und das ging nicht, damit hat sich der Staat kaputt gemacht. (Frau P.)

Dazu gehörte auch ein Wohnungsbauprogramm, das bis 1990 angemessenen Wohnraum für alle DDR-Bürger*innen schaffen sollte. Mittels industrieller Technologien wie der Plattenbauweise ...

Ich hab mal irgendwann in der Jugend im Altbau gewohnt, aber sonst immer in diesem übel beleumdeten Plattenbau, wobei ich mit dem Plattenbau sehr zufrieden bin. Die Beleumdung kommt daher, weil in der Bundesrepublik, oder in der alten sagen wir jetzt mal, Plattenbauten für die Türken und Italiener gebaut wurden, also für die Gastarbeiter. Und die sind zusammengeschludert. Ich hab das von meinem Neffen gehört, der hat das in Buxtehude bei seiner Tochter gesehen. Der sagt, die Ecken nicht im Lot und die Fenster nicht ganz dicht. Diese Plattenbauten sind schlecht, und das ist gleich auf diese hier übertragen worden. Das hier ist besser. (Frau P.)

... wurden bessere materielle Voraussetzungen für eine höhere Bauleistung geschaffen und die benötigte soziale Infrastruktur für die neu entstehenden Bezirke von Anfang an mitgeplant.

Ich weiß noch, ich hab mich mal mit meinem Bruder gestritten, weil er gesagt hat, das ist zu viel, das ist eine Übertreibung, die ganze Wirtschaft nur auf den Wohnungsneubau aufzubauen, und alles andere bleibt brach. (Frau Z.)

In der Folge dieser Planung entstand auch Neu-Hohenschönhausen, heute dem Berliner Bezirk Lichtenberg zugehörig. Am 9. Februar 1984 legte Honecker in der Barther Straße 3 den Grundstein zu der neuen Großwohnsiedlung. Damals war das Gebiet zwischen den nördlich gelegenen Dörfern Falkenberg, Malchow und Wartenberg und dem südlichen Alt-Hohenschönhausen eine Gegend mit Rieselfeldern ...

Die Gegend hier ist bestimmt 60, 80 Jahre berieselt worden. Rieselfeld bedeutet, dass Abwässer auf die Felder geleitet wurden. Abwässer aus der Stadt, nicht Industrie. Alles, was vom Haushalt anfiel, was heute hier auch in den Kanal geht. Das wurde früher auf die Felder geleitet, als Düngung sozusagen. Auf Rieselfeldern sind Produkte angebaut worden. Da gab es Vorschriften, wann gerieselt werden durfte, wann nicht mehr. Ich weiß nicht, wie lange die Karenzzeit gedauert hat, aber dann durfte nichts mehr ausgebracht werden, damit man das Gemüse auch nicht beschädigt, also dass da noch was rankommt. Heute gibt es das nicht mehr. Die Abwässer gehen ins Grundwasser, manche lassen sie in die Ostsee oder in die Elbe, oder es wird in den Klärwerken aufbereitet. (Frau P.)

... und bot viel Raum für den versprochenen Einsatz gegen die Wohnungsnot.

Hier die Gegend kenne ich noch von früher. Das war ja alles kahl. In der Rennbahnstraße, da bin ich mit meiner Oma mit dem Handwagen hingegangen. Da haben wir Butterblumen gesammelt für die Karnickel. Das war alles Wiese. (Frau D.)

Rund 30.000 Wohnungen für 90.000 Menschen entstanden in den fünf Folgejahren.

Die Grundstruktur war immer gleich zu DDR-Zeiten: In solche Häuser nimmt man von jedem Dorf einen Hund, also dass man das mischte. Da wohnten Intellektuelle, da wohnten einfache Leute, da wohnt ein Postbote, da wohnt ein Techniker, ein Ingenieur, da wohnt, was weiß ich, ein Buchhändler oder was. Also es wurde alles durcheinandergemischt, und diese Mischung fand ich eigentlich immer sehr schön. Und das kenne ich eigentlich so, und das war auch hier so. (Frau Z.)

Das Wohnhochhaus (WHH) in der Zingster Straße 25 ist Teil dieser Siedlung und wurde im Sommer 1987 bezugsfertig.

Ich fand das sehr schön hier, weil ich hier kein direktes Gegenüber habe, ich liebe das, ohne Vorhänge, und brauche auch nachts nichts zuziehen. (Frau Z.)

Die Architektur des Hauses entspricht dem Hochhaus-Typ WHH GT 84/85, der 1984/85 in Vorbereitung auf die 750-Jahr-Feier Berlins für die Wohnanlage am Ernst-Thälmann-Park in Berlin-Prenzlauer Berg entworfen worden war.

Als der Thälmannpark eröffnet wurde, das sind ja dieselben Häuser. Da lebte ich noch im Wohnheim draußen, und wir mussten da hin zu der Eröffnung gehen. Und ich sage: "Mensch, die Häuser sind aber schön. In so einem Haus möchtest du wohnen." Da kam dann eine Arbeitskollegin, die jemanden kannte, der dort wohnte. Sag ich: "Die sind wirklich nicht schlecht, die sind gut geschnitten und so. Bis auf die undichten Fenster sind sie wunderschön." Die Fenster waren aus Alu, die waren sehr schwer, das war auch Metall außen, aber ich glaube, innen Holz. Das war irgendwie so ein Verbundzeug. Die haben sie dann ganz schnell ausgetauscht, also bei uns. Naja, und dann hat das so geklappt. (Herr T.)

Er besteht aus 20 Stockwerken mit insgesamt 144 Wohnungen und ist 61,6 Meter hoch.

Ich sag immer, so ein Hochhaus ist wie ein Dorf, da fehlt bloß noch die Kirche und die Kneipe. Ansonsten ist es wie ein Dorf. (Frau T.)

Die Skyline nachts vom Fernsehturm rüber bis nach Pankow, hinten sieht man noch Wedding, alles, also ist schon ... (Herr D.)

Neu bei diesem Typ war, dass es sich nicht um einen reinen Kubus handelte, sondern um einen gefächerten Grundriss. Die Obergeschosse 1–18 bestehen aus je acht Wohneinheiten mit Ein- bis Vierraumwohnungen:

Jedes Haus hier ist ein Dorf, ein größeres Dorf. Die kann man nicht alle kennen, das geht einfach nicht. Es reicht schon, bei mir auf der Etage die acht Wohnungen, wenn ich die alle kenne. Das ist schon genug. Mehr muss man qar nicht kennen. (Herr G.)

zwei Einraumwohnungen mit 34,08 qm, ...

Da stand hier oben im 15. gerade die Wohnung leer, die haben wir uns angeguckt, und die hab ich auch gleich genommen. Das ist eine Einraumwohnung, Stube, Küche, Bad. Für mich alleine reicht das, mehr brauche ich nicht. Ich bin sowieso die meiste Zeit nicht zu Hause gewesen, als ich noch gearbeitet habe. (Herr G.)

... zwei kleine Zweiraumwohnungen mit 54,80 qm ...

Aber ansonsten gefällt mir die Wohnung nach wie vor nicht so richtig, weil die Küche kein Fenster hat. Das ist ein Minus hier. Das ist eine Zweizimmerwohnung, und zwar die kleinere. Reicht völlig aus für zwei Personen. Aber das macht mich nicht glücklich mit der Küche. Wegen dem Geruch, weiter nichts. Ansonsten reicht ja so eine kleine Küche, wenn man älter ist. (Frau T.)

... und zwei große Zweiraumwohnungen mit 62,92 qm, ...

Ich hätte gerne die Wohnung hier nebenan gehabt, das ist ein bisschen eine größere Zweiraumwohnung. Die hätte ich lieber genommen. Passt nicht alles, aber wir kommen schon zurecht. (Frau B.)

... des Weiteren gibt es eine Dreiraumwohnung mit 67,24 qm sowie eine Vierraumwohnung mit 83,13 qm.

Ich habe auch noch eine eigene Wohnung mit meiner Frau zusammen. Aber wenn meine Eltern in der Schweiz sind, wohne ich meistens hier, damit wir uns nicht den ganzen Tag auf den Sack gehen. Und wenn man eine Vierraumwohnung mit zwei Toiletten umsonst hat ein halbes Jahr, wieso nicht? Würde jeder nehmen. Würdest du auch. (Herr P.)

Es gibt zwei Aufzüge und ein Treppenhaus mit Müllschlucker. Die Küchen mit Durchreiche und die Bäder sind fensterlos und liegen nach innen gerichtet.

Ich konnte sehr freundlich, sehr lieb sein, aber wenn mir was nicht gepasst hat, dann wurde ich ganz schön frech. Aber ich bin heute immer noch frech: Ich mach die Wohnungstür auf, mach die beiden Nottüren auch auf, binde die fest, und dann mach ich Durchzug. Und wenn ich irgendwas gebraten hab, Fisch zum Beispiel, dann mach ich's auch. Dann dürfen alle was davon haben. (Frau T.)

Da das Gebäude nicht unterkellert ist, steht in den Wohnungen ein Abstellraum zur Verfügung. Im Dachaufbau befinden sich Lagerflächen für die Einraumwohnungen, die nicht mit einem internen Abstellraum ausgestattet sind.

Ganz oben im 20. Stock war eine Werkstatt, es war eine Kettensäge da, andere Sägen, Bohrmaschinen. Wenn irgendeiner was wollte und kam selber nicht zurecht, dann hat er jemanden gefragt. Das war eine tolle Gemeinschaft. (Herr K.)

Bis auf die Einraumwohnungen erhielten die Wohnungen dreieckige Balkone, welche die gefächerte Fassade zusätzlich gliedern.

Der Balkon ist wunderschön. St. Balkonien, sag ich. "Wo bist du gewesen?" – "St. Balkonien." – "Wo ist das?" – "In der Nummer 25." (Herr K.)

Die Brüstungen wurden in vertikal strukturiertem Sichtbeton und Fliesung gestaltet. Mitte der 1990er Jahre begann die erste Sanierungsphase ...

Wie auch immer, jedenfalls hab ich mir gesagt, ich such was anderes. Und da die Gebäude ja nicht schlecht sind, nachdem sie modernisiert wurden nach der Wende, auch mit Fördermitteln, fand ich das hier dann. Und die Wohnung find ich sehr gut hier. (Herr D.)

... der Wohnungsbestände in Neu-Hohenschönhausen, in deren Folge die Fassaden mit Dämmschutz verkleidet wurden, ...

Man hätte einiges noch besser machen können, zum Beispiel den Spülkasten von der Toilette hätte man in diesen Schacht bringen können, der ist breit genug. Aber das war wahrscheinlich dann ein bisschen teuer, das ist auch bei der Rekonstruierung nicht gemacht worden. Das ärgert mich, aber was soll's. Nun hängt der Kasten eben an der Wand, damit kann man leben. Dass man den Balkon verglasen lassen konnte, das war sehr schön. Es ist immer sauber, es kommt kein Regen rein. Kostet zwar auch 20 Euro Miete mehr im Monat, diese Verglasung, aber das ist tragbar. (Frau P.)

... was die Optik auch farblich – von Betongrau zu Weiß mit Pastelltönen – veränderte.

Einblicke in eine Platte

Ein Haus verbindet die Menschen, die in ihm wohnen, durch seine äußere Hülle. Es verwebt ihre Geschichten miteinander, denn man lebt unter-, über- oder nebeneinander, man beeinflusst sich und wird beeinflusst, auch wenn das nicht als bewusster Vorgang wahrgenommen wird. Irina Liebmann schreibt in ihrem Buch "Berliner Mietshaus" von 1982: "Was über ein Haus zu erfahren ist, entnimmt seinen Anteil aus der Geschichte des Landes, Ortes, Stadtteils und setzt sich zusammen aus den Lebensgeschichten der Menschen, die seine zeitweiligen Bewohner sind. Vergangene und bestehende, öffentliche und private, erlebte und erzählte Wirklichkeit wechseln ständig ineinander." (Liebmann 1982: 5)

Während sich die Autorin mit dem Ostberliner Altbau Anfang der 1980er Jahre und den Erfahrungen und Träumen der Menschen, die zu einer anderen Zeit in einer völlig anderen Wohnform zusammenlebten, auseinandergesetzt hat, wollte ich als bildende Künstlerin wissen, wie es den Menschen heute geht, die einen Umzug aus dem Altbau in die ,Vollkomfortwohnung' vollzogen hatten. Das nachkriegsgebeutelte Berlin bot graue Fassaden, Außentoiletten und Kohleöfen. Neu-Hohenschönhausen war anders: "Warmwasser aus Wand, Licht aus Decke" und viel Grün drumherum.

Im Sommer 2017 konnte ich 25 Interviews im Wohnhochhaus Zingster Straße 25 führen (vgl. Schönberger 2017). Die Menschen haben mir von sich erzählt, von ihrer Vergangenheit und Gegenwart, von ihren Ängsten und Hoffnungen. Ihre Offenheit mir gegenüber habe ich niemals als selbstverständlich empfunden, denn oft genug spürte ich auch Misstrauen und Ablehnung. Während Irina Liebmann noch direkt an den Wohnungstüren in der Pappelallee klopfte und so gut wie immer eingelassen wurde, scheint diese Art der Kontaktaufnahme 35 Jahre später in einem vereinten Berlin, vielleicht in ganz Deutschland, unvorstellbar. Allein das spiegelt für mich die enormen Veränderungen der letzten drei Jahrzehnte wider, die uns alle prägen.

Wie lebt man also heute in einem Gebäude, das einst in einem anderen Land stand und aus einer vergangenen Notwendigkeit heraus gebaut wurde? Die Gleichheit, die mit dieser Wohnform angestrebt wurde, spielte bereits drei Jahre nach dem Erstbezug der Wohnungen keine Rolle mehr. Es gab also nur eine sehr kurze Spanne der Erprobung und des gesamtsystemisch gesteuerten Zusammenlebens.

Zum einen war das Wohnen im Vollkomfort plötzlich ein funktionales Konstrukt, das im kapitalistischen Westen als rückständig und gestrig empfunden wurde. Zum anderen war auch der Außenraum mit seinen sozialen und kulturellen Einrichtungen, der die Gliederung des Alltags einer vollbeschäftigten Gesellschaft unterstützte, durch die Umstürze und sozialen Brüche, die die Wende mit sich brachte, zunächst obsolet geworden. Man musste sich als Erstes das eigene Überleben in dem neuen System organisieren bzw. abwarten, welche Rolle man dort zukünftig einnehmen durfte oder sollte.

Redet man mit den Menschen vor Ort, so wird deutlich, dass der Bruch, den die Wende in den Biografien verursacht hat, und die Entwertung von Moral- und Wertevorstellungen, die in der DDR-Zeiten praktiziert wurden, nicht spurlos an ihnen vorübergehen konnten. Ein Fazit der Befragungen aber ist, dass man weiterhin wirklich gerne dort lebt und sich ein Leben an anderer Stelle nicht recht vorstellen kann und möchte.

Wenn man die Bewohner*innen allerdings auf ihre aktuellen Ängste und Sorgen anspricht, gibt es sehr viel Kritik an dem veränderten Wohnumfeld: Man ist äußerst misstrauisch geworden, öffnet keine Türen, wenn man nichts erwartet, kennt nur sehr wenige Menschen im Haus, wiederholt Schauergeschichten, die einzelnen Bewohner*innen passiert sind, sieht den Zuzug von augenscheinlich Nicht-Deutschen sehr negativ. Es wird auch deutlich, dass man sich lieber um sich selbst kümmert, als an die Gemeinschaft zu denken oder sich primär als einen Teil davon zu verstehen. Früher war sowieso alles besser. Dass es an Eigeninitiative fehlen könnte, um ein positives Gemeinschaftsgefühl innerhalb eines solch großen Hauses zu entwickeln, hat nur einer der Befragten so empfunden.

Mich hat das irgendwie doch ratlos zurückgelassen, denn alle betonen gleichzeitig auch, wie gut es ihnen geht und das es ihnen an nichts fehlt. Vielleicht gibt die Architektur der Zingster Straße eine Form von Sicherheit: Man sitzt in dem Turm, seiner Trutzburg, und kann das Umfeld, aber auch die Stadt aus der Ferne beäugen, ohne sich annähern zu müssen. Ob die Sorgen und Ängste der Bewohner*innen wirklich gerechtfertigt sind, habe ich für mich immer wieder in Frage gestellt.

Aber wie kann man so etwas schon beurteilen, mit meinem Blick von außen?



Tafel 39: Panorama Zingster Straße

Der Blick von innen

Frau W.: "Hier in unserem Bezirk wohnen fast keine Westler. Ich denke, das kommt daher, dass diese Randstadt-Bezirke, Marzahn, Hellersdorf und Hohenschönhausen, von Anfang an gleich mit der ersten Wahl als die roten Stadtbezirke abgestempelt wurden. Hier gab es ja auch noch ein hohes Potenzial der Links-Wähler. Unser Wahlkreis war ja bei der letzten Bundestagswahl der röteste, mit Steigerung von Rot, aus der ganzen Bundesrepublik. 1990 und aufwärts, bei den ganzen Wahlen wurde hier ganz viel links gewählt. Das hat etwas mit der Zusammensetzung der Bevölkerung zu tun. Viele wurden für die staatlichen Einrichtungen aller Art, die in der Hauptstadt waren, aus der DDR nach Berlin geholt und kriegten natürlich dort Wohnungen, wo es welche gab, also in den Neubaugebieten.

Man hat diese Stadtbezirke von Anfang an niedergeredet, das war das Erste. Dann hat man die Platte niedergeredet. Also es war ja das Letzte, in der Platte zu wohnen, das war ja schon asozial. Bis einige auf die Idee gekommen sind, sich doch mal solche Plattenbauten anzugucken, und dann gesehen haben, als sie saniert waren, so schlecht sind die wohl gar nicht. Aber das hat gedauert. Das, denke ich, sind die Hauptgründe. Und dann die Peripherie, dass manche doch lieber zentral wohnen wollen, wenn sie eine Mietwohnung haben."

Frau S.: "Ja, es war ein wunderschönes Wohnen, das muss ich sagen. Ich kam mir die erste Zeit vor, als wenn ich in Urlaub bin, aber irgendwann wieder in meine Anderthalbzimmerwohnung zurück muss. Ein ganz komisches Gefühl. Also ich war total verliebt in meine Wohnung. Wir wohnen ja nun immer noch drin, aber dieses Positive hat sich leider so ein bisschen ins Negative gewandelt. Ich find's immer noch schön, dass es hier so grün ist, man hat verhältnismäßig seine Ruhe, aber das Haus hat sich verändert. (...) Heute finde ich das hier alles so laut, so unwahrscheinlich lebendig, mir aber schon fast zu lebendig. Also die Mieter haben früher irgendwie mehr Rücksicht aufeinander genommen. Und es war sauberer hier gewesen. Wir sind in etwas ganz Neues gezogen, und jeder hat wahrscheinlich versucht, das Schöne zu erhalten."

Frau P.: "Mit anderen Bewohnern sagt man 'Guten Tag' im Fahrstuhl, aber sonst … Gut, hier nebenan wohnen welche, die sind schon länger im Haus, da spricht man mal ein paar Worte. Aber die hinten in die andere Wohnung eingezogen sind, da hört man nur mal Krach auf dem Flur, also mit denen ist kein Kontakt zu halten oder so. Man könnte ja auch mal, wenn Not am Mann ist, sich um ein halbwüchsiges Kind kümmern oder irgendwas. Aber das würde ich erst gar nicht machen. Wenn ich höre, wie die sich beharken, dass man das auf dem Flur hört. Das ist traurig, aber na ja, wenn sie es so haben wollen, kann man nichts machen."

Herr D.: "Aber mit den sozialen Kontakten hier, das ist so eine Frage. Ich hab vorher ja auch in anderen Häusern gelebt, und in der Wilhelmstraße, da hatte ich auch keinerlei Kontakt. Ich war den ganzen Tag unterwegs, nicht nur acht Stunden. Ich hab manchmal schon Kontakt gesucht, grüß die Leute alle freundlich und so. Aber nicht immer kriegt man eine Antwort."

Frau K.: "Heute gibt es eine große Fluktuation hier im Haus, und das finde ich eher schlecht. Es wird langsam sehr gemischt, was hier so drin ist, ist von ganz unten. Ich finde, wenig Mittelklasse. Aber ich halt mich eben da raus. Denn wenn man überlegt, das ist ja so, wie wenn man hier ein kleines Dorf hat."

Herr D.: "Die Gesellschaft in einer solchen Gegend, in einem solchen Haus, war gemischt. Heute ist das nicht mehr so. Mischung entsteht ja auch aus Einkommen. Und Besitz. Und das Orientierende in einem kapitalistischen Land ist Besitz. Das ist das Hauptkriterium. Bei einer gewissen Schicht, um zu überleben, und bei einer gewissen Schicht, um sich zu bereichern oder sich ein schönes Leben zu machen. Das ist einfach so. Aber in der DDR, da war das Einkommen sehr angenähert."

Frau S.: "Im Grunde genommen ist das hier ja eine Kleinstadt in einem Haus. Man hat mir damals gesagt gehabt, es sind ca. 450 Menschen, die in so einem Haus wohnen. Das mag heute ein bisschen anders sein, denn wir zum Beispiel haben eine Vierraumwohnung, wohnen aber zu zweit da drinnen. Früher waren die Kinder zu Hause. Und so wird es wahrscheinlich mehreren Leuten gehen, die belegen einfach eine größere Wohnung, weil Umziehen bedeutet ja immer Geld, und dadurch bleibt man da drinnen sitzen. Ich werde praktisch gezwungen irgendwo, finanziell, einfach da wohnen zu bleiben, und man nimmt einer Familie mit Kindern die Wohnung irgendwo weg. Das tut mir auch leid, aber ich muss ja auch in erster Linie an mein Portemonnaie denken. So ist es leider. Der Staat macht es leider so."

Frau P.: "Hier sind jetzt auch sehr viele junge Frauen – ein Kind in der Karre, das nächste fasst an, das dritte ist in Arbeit, und ich hab mich immer gewundert, diese Flüchtlingsfrauen, die sehen aber gut aus, mir kommt das nicht so vor, als wenn die schon mal Krieg gesehen haben. Das sind auch keine Flüchtlingsfrauen – das ist die dritte Generation, die jetzt aus Kreuzberg hierher zieht wegen der Mieten. Junge Familien, meist sieht man ja nur die Frauen, die Männer sind nicht zu sehen. Da gibt es eine ganze Menge hier. Dann wohnen hier noch viele Russen, Polen – Deutschrussen: eine Oma und 30 Leute hinterher, die vielleicht

gar nicht dazugehörten. Das ist ja damals auch nicht so genau kontrolliert worden mit der Abstammung. Manche haben ja vielleicht nur einen deutschen Schäferhund gehabt, sagen wir immer."

Herr D.: "Ich wäre gerne im Zentrum geblieben, muss ich schon sagen. Obwohl mir das Gebiet hier schon immer gefallen hat. Das Linden-Center ist schon ein richtiges, attraktives, großes Einkaufszentrum. Mit allen gängigen Firmen, Modefirmen, Engbers und ohnehin ein Kaufhof und Rewe – die sind jetzt alle dort drin. Man kriegt dort alles, was man braucht. Dann hat man hier Lidl, und ganz in der Nähe ist ja noch ein kleines Zentrum. Wir sind hier also versorgungsmäßig autark. Nur, das muss man auch sagen: Wenn Sie mal modisch irgendwas kaufen wollen, der Kaufhof bietet nicht das Gleiche an wie der in Mitte oder auf dem Ku'damm. Aber es gibt auch eine ganze Menge Siedlungen hier ringsrum, wo gutsituierte Leute wohnen. Nur die sagen sich, na ja, die Ossis hier."

Frau S.: "Ich war immer schon so ein Typ gewesen: 'Tag!', 'Einen schönen Weg!', mal auch nett sich unterhalten, aber nicht Freundschaften bilden. Das mochte ich noch nie. Hab ich auch im Baumschulenweg nicht gemacht. Nette Leute kennengelernt, nette Gespräche geführt, aber irgendwo ist bei mir dann auch die Grenze. Und ich muss sagen, ich kenne noch nicht mal die ganzen Namen von unserem eigenen Podest, obwohl das ja acht Mieter sind – hatte mich nicht interessiert."

Herr D.: "Ich hab mich auch unbeliebt gemacht. Ich habe die Konzeption gelesen, dass sie alle hier draußen orientieren wollen, die, weiß nicht wie viel, 1.500 Flüchtlinge, die hier dem Bezirk zugeteilt worden sind. Da hab ich gesagt, verteilt die doch, damit die Integration besser funktioniert. Jetzt sind die konzentriert worden auf einen relativ kleinen Bereich, hier und noch ein Stückchen weiter draußen, und auch alle am Stadtrand. Das ist doch unmöglich. Und da über die Hälfte junge Leute sind – wenn sie so konzentriert sind, beschäftigen sie sich mit sich und suchen nicht nach der Möglichkeit, Sprachunterricht zu nehmen und sich wirklich zu integrieren. Das ist doch das Problem."

Frau D.: "Jetzt haben wir es hier so schön, und ich hab es auch noch nie bereut. Ich will hier bleiben, wir werden hier rausgetragen. Mit den Füßen zuerst."

Herr und Frau B.: Er: "Wir kommen mit den Leuten aus, mit allen, und damit hat es sich eigentlich erledigt." Sie: "Wir sind mit keinem verkracht, dass wir den nicht grüßen oder was, nein, das gibt's bei uns nicht. Wir achten jeden, und wir werden auch so geachtet, denken wir einfach mal. Aber wir wollen nicht irgendwie, dass einer beim anderen reinkriecht." Er: "Wie sagt man: Gute Freunde sind immer willkommen, aber sind besser, wenn sie gehen."

Mapping Olvenstedt

Geschichte, Kunst und Stadtteilarbeit im Magdeburger Experimentalwohnkomplex

Stefan Köder

12.000 Menschen, aber nur eine Eisdiele - kann das gut gehen?

Magdeburg-Neu Olvenstedt im Jahr 2019: eine Großwohnsiedlung auf einer Fläche von gut 330 Hektar, lediglich vier Kilometer von der Innenstadt entfernt und mit knapp 12 000 Menschen – aber nur einer Eisdiele! Orte für tägliche Erledigungen wie Schulen, Geschäfte, Arztpraxen und Krankenhaus sind reichlich vorhanden. Sogar das bekannteste japanische Restaurant der Stadt, das "Tokio-Haus", ist hier zu finden. Neu Olvenstedt ist ein sehr grünes und ruhiges Neubauquartier – auch infolge des "Rückbaus". Belebte Begegnungsorte gibt es dagegen – bis auf die gut besuchten Nahversorger – eher wenige.

Charakteristisch sind aber auch die Besonderheiten und Qualitäten des Stadtteils – u.a. die Kunst sowie die immer noch präsente wegweisende städtebauliche Konzeption, damals mit der sowjetischen Partnerstadt Gorki entwickelt. Auch sind erlebbare Räume wie die Mühlenruine, der Sternsee, der Marktplatz "Olven 1" und ein Bauspielplatz etc. vorhanden, die eine Identifikation der Menschen mit ihrer Nachbarschaft befördern können: "Menschen brauchen eine identifizierbare räumliche Einheit, zu der sie gehören. Sie wollen den Teil der Stadt, in dem sie leben, als verschieden von allen anderen sehen können" (Alexander/Ishikawa/Silverstein 2011: 85).

Für ein gutes Leben in einer Großwohnsiedlung wie Neu Olvenstedt ist das (Er-) Finden von Identität und Nachbarschaft sowie von Lebensqualität vor Ort existenziell. Auf der einen Seite könnte also alles da sein. Aber gleichzeitig klingt einem der Satz einer neu zugezogenen urbanen Flaneurin im Ohr, die durch den Stadtteil spaziert, ihn erforscht und erleben will: "Könnte lebendiger hier sein, oder?" Woher kommt der so formulierte Einwand? Was fehlt in einem Stadtteil, der doch gleichzeitig so viel Geschichte, Vielfalt und Potenzial bietet? Und welche Parallelen bzw. Ähnlichkeiten zu anderen Großwohnsiedlungen gibt es?

Zum Verstehen: Geschichte und heutige Situation

Ab 1980: Modellsiedlung des sozialistischen Wohnungsbaus

Mit Neu Olvenstedt – erste Planungen ab 1977 – sollte im Nordwesten Magdeburgs ein Experimentalwohnkomplex entstehen. Ursprünglich war für ca. 40 000 Menschen projektiert worden. Am Ende entstanden in dem Modellvorhaben dann etwa 12 700 Wohnungen, der Rest blieb unausgeführt. Das spekta-



Tafel 40: Montagearbeiten in den 80er Jahren



kuläre Großbauprojekt basierte auf einem Abkommen der UdSSR und der DDR, um gemeinsam neue Erkenntnisse im Wohnungs- und Gesellschaftsbau zu gewinnen. Ein vergleichbares Wohngebiet wurde gleichzeitig in der Partnerstadt Gorki (seit 1990 Nischni Nowgorod) geplant. Planung und Bau waren für die DDR programmatisch und in einer offiziellen Partnerschaft mit der sowjetischen Stadt Gorki gefasst (vgl. Koordinierungsrat DDR/UdSSR 1987). Gorki war damals allerdings als Rüstungsstadt eher abgeschottet und selbst für Projektbeteiligte fast nicht besuchbar.

Bis 1990 sollte so die an beiden Orten bestehende Wohnungsnot gelöst und folgende städtebauliche Vision angestrebt werden: Erholung, Ruhe zum Wohnen sowie pulsierendes Leben, viel Grün, Naturnähe und kurze Wege. Dieses einzigartige Kooperationsprojekt wurde mit einem ganzheitlichen Konzept für Bau, Kunst und Kommunikation ab 1984 praktisch umgesetzt. Zugleich war Neu Olvenstedt der jüngste – und auch letzte – der komplexen Wohnungsbaustandorte in der DDR. Gebaut wurde im Nordwesten Magdeburgs zwischen der Stadt und dem bestehenden Dorf Alt Olvenstedt auf dem fruchtbaren Ackerland der Magdeburger Börde.

Die beiden als "Experimentalkomplexe für den Wohnungsbau der Zukunft" parallel entwickelten Großsiedlungen in Gorki und Magdeburg bezeugen zugleich sehr unterschiedliche Perspektiven des sozialistischen Wohnungs- und Städtebaus. In Gorki wurde der sowjetische Experimentalkomplex als neue Hochhaussiedlung konzipiert. In Neu Olvenstedt dagegen fand eine Abkehr vom hochgeschossigen Wohnungsbau des bisherigen Städtebaus der DDR der 1970er Jahre statt. Folgende innovative Ansätze des Wohnungs- und Städtebaus wurden hier angewendet:

- Verkehrskonzept: Damals wie heute wegweisend wurden für den motorisierten und den nicht motorisierten Verkehr völlig getrennte Erschließungssysteme umgesetzt.
- Integriertes Kunst- und Gestaltungskonzept: Dieses fand sich schon ab Planungsbeginn sowie mit einem individuellen Thema für jede/n der sechs Nachbarschaften/Bauabschnitte realisiert, z. B. durch eine einheitliche Gestaltungslinie, mit individuellen Mosaik-Hauszeichen, einheitlichen Wegweisern/Hausnummern oder auch Stadtmöbeln, Spielgeräten und Grünbehältern. Vor allem die Plastiken im öffentlichen Raum sowie Fassadenkeramiken waren und sind immer noch sichtbar und identitätsprägend.
- Künstlerisch gestaltete Gemeinschaftspavillons: Zu Beginn waren solche Pavillons für jeden Wohnhof geplant, wurden dann jedoch in den jüngeren Bauabschnitten reduziert. Diese Art kleinerer Quartierszentren wurde sowohl für private Anlässe als auch für Arbeitszirkel, Bildungs- und Nachbarschaftstreffs etc. genutzt.
- Technische Weiterentwicklung neuer Plattenbausysteme: Dies betraf vor allem den WBS-70-Gebäudetypus. Eine vereinfachte Nutzung und rationalere Gestaltung bewirkten allerdings ein eher uniformes Erscheinungsbild und wenig flexible Gestaltungsmöglichkeiten. Zwar wurden einige Bauhaus-Ideen, wie einfache industrielle Vorfertigung der Bauelelemente, umgesetzt,

- aber andere, wie flexible Veränderungsmöglichkeiten, aus Kostengründen nicht realisiert.
- Geringgeschossige Bebauung: Überwiegend wurden vier- bis sechsgeschossige Gebäude errichtet. Ursprünglich gab es noch Hochhäuser an städtebaulich wichtigen Orten. Diese drei Zehngeschosser markierten als "städtebauliche Dominanten" das Zentrum von Neu Olvenstedt, sind mittlerweile aber alle verschwunden abgerissen. (Rat der Stadt Magdeburg 1987: 17)





Stadträume wurden möglichst durch kontrastierende Raumfolgen unterschieden bzw. gestaltet. Die Gliederung erfolgte in ruhige Wohnhöfe, autofreie Wege für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sowie eine separate Achse – gemeinsam vom querenden Autoverkehr und ÖPNV genutzt – und setzte auf eine deutliche Trennung der Verkehrsströme und Räume. Ziel war auch immer "eine sinnvolle, überschaubare und erlebbare städtebauliche Ordnung und Gestaltung" (Lammert 1979: 163).

Künstler*innen, hier vor allem für die baugebundene Kunst und Kunst im öffentlichen Raum, waren von Anfang an involviert, nicht erst nach Fertigstellung der Gebäude. In den ersten Bauabschnitten gab es eine sehr hohe stadtplanerisch-bauliche Qualität. Später wurde dann infolge wirtschaftlicher Zwänge mehr verdichtet als ursprünglich vorgesehen – begleitet von Einsparungen bei Gebäuden, baugebundener Kunst und Freiraumgestaltung.

Tafel 42: Straßenbahnen fahren seit April 1984 durch das Wohngebiet



Segregation und Schrumpfung in den Jahren ab 1990

Neu Olvenstedt blieb nach der Wiedervereinigung zunächst ein wachsender Stadtteil, da es vorerst anhaltend viele Geburten gab. Es war damals mit fast 33.000 Menschen, davon zirka ein Drittel Kinder, der größte und zugleich jüngste Stadtteil Magdeburgs. Mitte der 1990er Jahre hat sich dann aber auch hier eine intensive Abwanderung eingestellt: Im Verlaufe des Jahrzehnts ergab sich ein Verlust von gut 12.000 Menschen bzw. fast 40 Prozent der Bevölkerung.

Gründe für diesen massiven Schrumpfungsprozess waren u. a. Wegzug wegen besserer Berufsperspektiven sowie eine "Eigenheim-Bewegung" mit der Folge einer grassierenden Suburbanisierung. Gleichzeitig stellte eine Mediendiskussion die Frage, ob die ostdeutschen Großsiedlungen neue Formen von Ghettos wären bzw. dazu werden könnten. Dies führte z. T. zu deren moralischer Entwertung und einem Imageverfall. Nicht zuletzt gab es massive soziale Konflikte durch lokale neonazistische Aktivitäten und rechte Gewalttaten in Olvenstedt, die z.T. sogar internationale Aufmerksamkeit erregten.

Insgesamt ist die nun fast 40-jährige Geschichte von der Entwicklung einer Modellsiedlung des sozialistischen Wohnungsbaus zu einem städtebaulich perforierten und zwischenzeitlich auf zirka 10.500 Einwohner*innen (2012) deutlich geschrumpften Stadtteil mit Imageproblemen geprägt. Als Reaktion wurden erhebliche Energien in die Aufwertung gesteckt, auch um sich auf das sich rapide wandelnde Anspruchsniveau der Mieter*innen einzustellen. So wurden neue Einrichtungen des Schul-, Freizeit und Gemeinwesens gebaut und zahlreiche Wohnumfeldmaßnahmen sowie Gebäudesanierungen realisiert.

Das neue Jahrtausend und Stadtumbau Ost: Leitbild Stadtumbau und Probleme damit

Das "Integrierte Stadtentwicklungskonzept" (Stadtplanungsamt Magdeburg 2015) positioniert Neu Olvenstedt inzwischen im "2. Stadtring", denn der Stadtteil gilt seit dem Stadtumbaukonzept von 2001 als "Schrumpfungsgebiet". Daher sollte er

"aufgrund der sehr starken Bevölkerungsabwanderung in seinem Wohnungsbestand deutlich reduziert werden. In einem definierten Kernbereich mit der durchgängigen Fußgängerachse als Mittelachse sollte eine funktionsfähige Siedlung erhalten bleiben. [...] Seit 2001 wurden in Neu Olvenstedt 5.443 Wohnungen vom Markt genommen, zum Großteil durch Komplettabrisse. Während sich die Mengengerüste tatsächlich der Zielkonzeption annähern, hat sich der definierte Kernbereich als nicht tragfähig herausgestellt. Vielmehr zeigt sich eine Zweiteilung zwischen zukunftsfähigen Quartieren östlich der Straßenbahnachse und weitgehenden Rückbaubereichen westlich. Im Zuge der Neuorientierung des Stadtteils verliert der Nahversorgungsbereich "Olven 1" an Bedeutung." (Ebd.: 43)

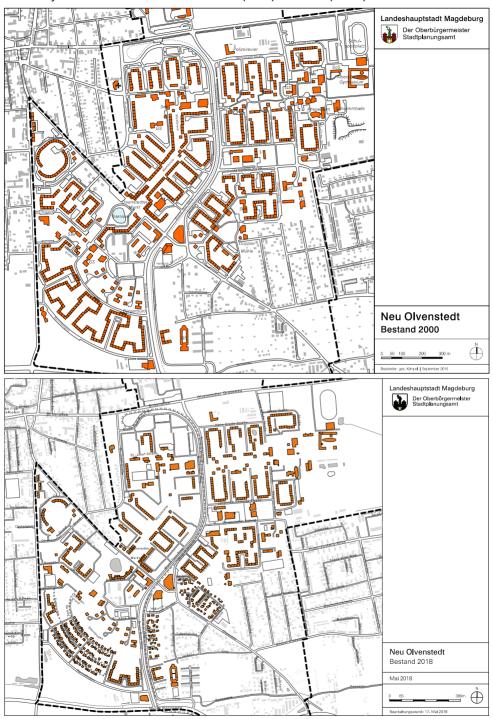
Als großes Problem erwies sich die schleichende Entwertung des eigentlichen Zentrums für Einkauf, Kultur und Gastronomie rund um den Markplatz "Olven 1": Auf einer großen Brachfläche innerhalb Neu Olvenstedts fand eine Neuansiedlung von Einrichtungen und Supermärkten statt, ebenso der Neubau eines überregionalen Einkaufszentrum vor den Stadtteiltoren – wie bundesweit als Problem des Bauens auf grüner Wiese. In der Folge kam es zu mehr störendem motorisierten Individualverkehr, einer massiven Entwertung des bisherigen Stadtteilzentrums "Olven 1" sowie einer Umorientierung des öffentlichen Stadtteillebens. Eine nachhaltigere Steuerung bzw. Intervention gegen diese Fehlprozesse konnte durch Verwaltung oder Politik leider nicht umgesetzt werden.

Die drastischen Bevölkerungsverluste setzten sich mit ca. weiteren 8.000 Menschen ab dem Jahr 2000 fort. 2004 standen ca. 40 Prozent des Wohnungsbestands leer. Mit dem ab 2002 aufgelegten Städtebauförderprogramm "Stadtumbau Ost", das den Wohnungsunternehmen auch Abrisskosten förderte, wurde eine Dynamik ausgelöst, in deren Zuge bis heute ca. 6.000 Wohnungen in Olvenstedt abgerissen oder etagenweise rückgebaut wurden.

Nach den tiefgreifenden Transformationsprozessen sind mittlerweile ein Imageund Milieuwandel sowie ein leichtes Wachstum erkennbar. Momentan leben hier wieder zirka 11.500 Menschen (Mitte 2018, 2012 waren es 10.500). Grund für das vorsichtige Prosperieren ist der Zuzug einerseits besser situierter Familien mit Eigenheimwunsch, andererseits von Menschen, die vor allem günstigen Mietraum – dann im mehrgeschossigen Gebäudebestand – suchen, inzwischen oft auch Studierende und geflüchtete Menschen.

In den Jahren 2012–2015 wurde als Austausch- und Forschungsprojekt zu Großwohnsiedlungen das "RE-Block-Projekt" mit einem unter Beteiligung von Stadt-

Tafel 43: Neu Olvenstedt Bestand 2000 (oben) und 2018 (unten)



teilakteur*innen erarbeiteten Lokalen Aktions-Plan (LAP)¹ erfolgreich umgesetzt. Der LAP ist Gemeinschaftsprodukt von Interessenvertreter*innen und Initiativen, Einzelbürger*innen, Wohnungsunternehmen und Akteur*innen der Sozialwirtschaft, der Stadtverwaltung und des Stadtteilmanagements und benennt die Stärken und Schwächen Neu Olvenstedts aus zeitgemäßer Perspektive. Seit der "Städtebaulichen Rahmenplanung" von 1998 ist der LAP der erste integrierte und stadtteilweite Ansatz, der ein konsensuales Leitbild der langfristigen Entwicklung entwirft und anhand eines umfänglichen Maßnahmenkatalogs darlegt, wie dieses Leitbild Realität werden kann (Köder/Westermann 2015: 2). Das "RE-Block-Projekt" knüpfte an die bisherigen Aufwertungsstrategien an und ist ein weiterer Baustein des laufenden Prozesses, Neu Olvenstedt zu einem stabilen, sozial durchmischten und immer mehr integrierten Teil der Gesamtstadt zu machen.

Aktuelle Situation

Neu Olvenstedt ist heute von der Bevölkerungsstruktur her ein sehr gemischter Stadtteil, aber geprägt durch viele finanziell schwache Familien und Menschen mit zum Teil besonderem Förderungsbedarf. Die Arbeitslosenquote im Stadtteil verzeichnet zwar eine leicht positive Entwicklung, dennoch braucht Neu Olvenstedt im stadtweiten Vergleich unter anderem bei sozialen und Inklusions-Themen ein Mehr an Unterstützung. Wichtig sind in diesem Zusammenhang erhöhte Aufmerksamkeit und Anstrengungen bei folgenden Themen:

- soziale, kulturelle und Bildungs-Angebote, hier vor allem für finanziell schwache oder ausgegrenzte Kinder sowie Alleinerziehende, Geflüchtete und Ältere,
- Förderung von Selbstorganisation, Empowerment und Partizipation, Unterstützung von Initiativen der Stadtteilbewohner*innen; positives Image verbessern, u. a. Identität für den Stadtteil stärken,
- ausgewogene Mischung günstigen z. B. noch nicht vollsanierten und höherwertigen Mietwohnraums; Schaffung von barrierefreiem Wohnraum und -umfeld,
- Erhalt bzw. Schaffung von Gewerberaum und multifunktionellen Räumlichkeiten (u.a. für Firmen, auch für Kinder- und Jugendarbeit, Veranstaltungen sowie Aktivierungen im zweiten und dritten Beschäftigungssektor),
- Erhalt und bei Bedarf Neuerstellung von Wegebeziehungen, Grün- und Freizeitflächen, städtischen Plätzen, barrierefreien Fuß- und Radwegen, sicheren Querungen und Zugängen zum ÖPNV.

Es gibt heute ein breites Spektrum an Wohnformen und momentan auch noch an Miethöhen: zum Teil ab ca. € 3,60/m² Kaltmiete im unsanierten WBS-70-Gebäudetyp über sanierte und auch im Grundriss veränderte Gebäude mit Aufzügen und hochwertiger Ausstattung für € 5–8/m² bis hin zu neu gebauten luxuri-

116

¹ Ein solcher LAP war verpflichtender Mindeststandard des zur Finanzierung genutzten EU-Förderprogramms URBACT zur nachhaltigen Aufwertung von Großwohnsiedlungen in europäischen Städten, siehe www.urbact.eu/re-block (24.5.2019).

ösen Stadtvillen. Daneben existieren inzwischen mehrere größere Gebiete mit neuen Eigenheimsiedlungen – entstanden meist auf durch Plattenbau-Abriss entstandenen Brachflächen und sehr nachgefragt.

Ursprünglich wurden Anfang 2014 die ersten Baugebiete für Eigenheime eher als Experiment gestartet. Es war damals noch nicht absehbar, ob es wirklich eine gute Nachfrage für kleinteiligen Baugrund inmitten oder in direkter Nachbarschaft der – von Jugendlichen liebevoll "OlvenTown" genannten – Großwohnsiedlung gibt. Inzwischen hat diese Bebauung ökonomisch Fahrt aufgenommen, verläuft ansonsten aber eher unkontrolliert. Weitere Vorgaben außer dem allgemeinen B-Plan für Eigenheimbebauung gab und gibt es nicht, auch das Thema Entwicklung von Baukultur wurde nicht ernstlich weiterverfolgt. Es stellt sich die Frage, ob die an sehr guter Infrastruktur (ÖPNV, Service- und Einkaufseinrichtungen) gelegenen Flächen auch eine verdichtete Bauweise und qualitätsvollere Baukultur "verdient hätten" oder hier sogar Modellkonzepte wie eine autofreie bzw. autoarme oder energieautarke Siedlung umsetzbar wären.

Stadtumbau- und Aufwertungsinitiativen

Ein Instrument des Stadtumbaus: die Quartiersvereinbarung Neu Olvenstedt

Bis dato jüngster Planungsansatz ist seit 2008 die verbindliche Vereinbarung konkreter Maßnahmen sowie konsensfähiger Handlungsoptionen bis zum Jahr 2020 mit den wichtigsten Eigentümern gemäß § 171c BauGB in einem städtebaulichen Vertrag:

"Die Vertragspartner – organisierte Wohnungswirtschaft, Städtische Werke, Verkehrsbetriebe und Stadtverwaltung – verpflichteten sich zu einem koordinierten Vorgehen, um [...] Wertschöpfung aus geleisteten oder noch zu leistenden Investitionen sicher zu stellen, gegenüber der Bewohnerschaft des Quartiers Vertrauen durch Verbindlichkeit und Transparenz zu schaffen, [...] sich der kommunalen und Landespolitik als verlässliche Partner der Stadtteilentwicklung anzubieten. Bei Vertragsverstößen ist die Möglichkeit einer Sanktionierung vorgesehen, bisher wurde diese nicht angewendet,² trotz einzeln vorkommender Verstöße." (Köder/Westermann 2015: 8)

Diese Quartiersvereinbarung wird – nach Freigabe durch die Vertragspartner*innen – jeweils veröffentlicht. Vertraglich besteht sie noch, wurde aber schon seit 2016 nicht mehr angepasst. Anzumerken ist, dass sie z. T. zwar auch einen besseren Informationsfluss bewirkte, dabei aber eine maßgebliche Interessenbzw. sogar "Expert*innen"-Gruppe, nämlich die Menschen vor Ort, nicht eingebunden war und ist. Dies führte im Quartier zu großen Frustrationen. Hier ist an einem vor Ort wichtigen Thema etwas zu bemerken, das auch Wahrnehmungen übergeordneter Entscheidungsprozesse und -ebenen durch die Bevölkerung

-

² Anm. d. Verfassers: zum Beispiel Nichtauszahlung von Fördermitteln

prägt: Das repräsentative System mit seinen Entscheidungsträger*innen wird als eine nur vermeintliche Repräsentanz wahrgenommen. Und selbst dort, wo partizipatorisches Entscheiden bzw. Mitentscheiden naheliegt, wie auf der Stadtteilebene, handeln Repräsentanten in der Politik und Amtsträger in der Verwaltung mitunter ohne Rückkopplungen. In der Folge sind z.T. Ablehnung und (Politik-)Verdrossenheit zu beobachten – im lokalen wie im gesamtgesellschaftlichen Kontext.

Vom Spazieren und Umgang mit der baugebundenen Kunst

Ab 2011 entstand das Projekt "Kunst Neu Olvenstedt" (KNO): In diesem zeigen Akteur*innen und Aktive am Beispiel Neu Olvenstedts die Möglichkeiten sowie

"die Veränderungen der städtebaulichen und der damit einhergehenden künstlerischen Konzeption durch den noch laufenden Stadtumbau auf. [Thematisiert werden hier] Potentiale dieses Wandels für die Kunst im Stadtraum. Noch übrig gebliebene Kunstwerke brauchen eine neue gestalterische Einbindung und die ergänzenden Wohnbauten können durch weitere Kunstwerke gefasst werden" (Kunze 2013: 7).

Der Stadtumbau ging mit dem Abriss ganzer Viertel in vielen Großwohnsiedlungen einher. Die Stadtteile schrumpfen hier aber nicht nur insgesamt, "ihre städtebauliche Struktur und Gestaltung wandelt sich und übrig bleibt eine perforierte Stadt, die sich neu erfinden muss. Auf der Strecke bleibt häufig insbesondere die architekturbezogene Kunst aus der "Komplexen Umweltgestaltung". Im Magdeburger Stadtteil Neu Olvenstedt, einst als "Experimentalwohnkomplex" des sozialistischen Siedlungsbaues konzipiert, lässt sich der Wandel besonders ablesen" (Köder/Schmidt 2013: 32). Es geht darum, "das künstlerische Potential des Stadtteiles öffentlich [zu] machen und für die Nutzer [zu] verstetigen" (ebd.).

In die Quartiersvereinbarung war folgender Passus aufgenommen worden: "... respektvoller Umgang mit der im Stadtteil befindlichen Kunst und ... gefährdete Kunstwerke nach Möglichkeit am Ort ... belassen" (Köder/Westermann 2015: 13). Entgegen dieser Selbstverpflichtung aller Beteiligten wurden wichtige Kunstwerke bzw. künstlerisch gestaltete Fassaden abgerissen und obwohl die Quartiersvereinbarung es ermöglicht hätte, wurde dieses Verhalten nicht sanktioniert. Einige der "Hauszeichen" vom Putzerhof sowie ein Teil des "Fassadenbandes Marktbreite" als ursprüngliche Mosaikarbeiten an den Fassaden sollen jedoch weiter bewahrt werden. Drei gerettete Hauszeichen als "Kunst am Bau"-Relikt wurden an einer direkt benachbarten Schule neu platziert.

Die Vielzahl der Kunstwerke in Neu Olvenstedt ist jedenfalls geeignet, Verbundenheit und vielleicht sogar wieder ein positives Image zu generieren. Als authentische Repräsentanten ihrer Entstehungszeit und Alleinstellungsmerkmal des Stadtteils fungieren sie auch als identitätsstiftende Kunstwerke mit Vertrauensbonus. Die Neu Olvenstedter Kunstwerke sind gute Beispiele ihrer Zeit. Sie stammen von namhaften Magdeburger bzw. sachsen-anhaltischen Künstler*innen, darunter Heinrich Apel, Manfred Gabriel, Bruno Groth, Klaus F. Messerschmidt, Annedore und Wolfgang Policek. Akteur*innen, Künstler*innen und das

Tafel 44: Beim Abriss gerettete Hauszeichen-Mosaiken an der Wilhelm-Weitling-Schule nach der Translokation im Jahr 2019



Stadtteilmanagement setzen sich für die Wiederentdeckung dieser Kunstwerke ein.

Die Erforschung und Belebung des Stadtteils ist z.B. durch eine niedrigschwellige "Spaziergangs-Praxis" (Promenadologie) möglich. Dadurch können sowohl die Anliegen der Menschen vor Ort "in Fortbewegung" umgesetzt als auch als

raumbezogene Themen transparent und lebendig vermittelt werden. "Denn gehen ist nach wie vor die einfachste Art. sich eine Stadt oder Landschaft zu erschließen" (Weisshaar 2013: 11). Also wurden Stadtteilspaziergänge initiiert, darunter insbesondere Kunstspaziergänge.

Worauf fokussieren wir uns bei einem Spaziergang, bei der Kunst und im Stadtteil? Wo beginnen wir den Prozess? Soll das Hauptaugenmerk auf dem Gebauten und der Kunst am Bau liegen? Oder gehören zu diesem Prozess und zur Kunst genauso die Menschen, um z.B. Jugendliche mit den Kunstwerken im Stadtraum vertraut zu machen, ein neues (Wieder-)Sehen der Kunst und einen demokratischen Austausch darüber zu ermöglichen? Solche Fragen und (Spaziergangs-)Formate können den Auftakt zu einem neuen öffentlichen Umgang mit der Kunst sowie zur Beteiligung der Menschen vor Ort bilden.

Mit den (Kunst-)Spaziergängen gibt es auch die Chancen von Vernetzung sowohl mit anderen (benachbarten) Stadtteilen als auch - z.T. selbst international mit Interessierten, Künstler*innen und Akteur*innen. Ein Mehr an "Lebendigkeit" sowohl für den und in dem Stadtteil als auch im gesellschaftlichen Kontext ist möglich: Bewusstes Spazieren gemeinsam als Gruppe kann als bewegte Demokratie par excellence gesehen werden.

Tafel 45: Magdeburger Volksstimme am 22.4.2016 über die Stadteilrundgänge

Spaziergänge gegen das schlechte Image

Stadtteilbüro Neu-Olvenstedt organisiert Rundgang und Diskussion über Neu-Olvenstedt

Von Marco Papritz Neu-Olvenstedt • Der Stadtteil diskutiert über die Wahl von Neu-Olvenstedt zum unbeliebtesten Stadtteil der Landeshauptstadt. Als dieser ist Neu-Olvenstedt in der stadtweiten Umfrage, dem Bürgerpanel, mit weitem Abstand genannt worden (wir berichteten). Stadtteilmanager Stefan Köder widerspricht dem Image und stellt Besonderheiten hervor: "Olvenstedt hat so viele schöne Plätze und nette Ecken, es lebt von ganz aktiven Vereinen, Gemeinwesenarbeitsgruppen und Initiativen und aktuell von guten ehrenamtlichen Integrationsbemühungen." Viele Bewohner würden sich bei diesen Initiativen über das Ehrenamt, die Nachbarschaft, das Gemeinwesen und auch praktischen Aktionen und Putzeinsätzen für den Stadtteil einbringen und engagieren, Köder: "Neu-Olvenstedt wächst und gedeiht, sei es durch Zuzug von vielen Studierenden, neu nach Deutschland gekommenen Familien als auch zugezogenen Familien in Eigenheimen und sogar neuen Gewerbetreiben-



Stadtteilmanager Stefan Köder (rechts) berichtete bereits in der Vergangenheit bei Stadtteilrundgängen von der Entwicklung von Neu-Olvenstedt Foto: M. Papritz

Anbindung an die Innenstadt, preisgünstige Mieten und flexible Einkaufsmöglichkeiten wissen.

den Stadtteil zu vermitteln, die noch nicht oft im Westen der Stadt unterwegs waren, bietet der Stadtteilmanager Spaziergänge unter Beteiligung von

den." Sie würden um die gute Bewohnern und Akteuren des Stadtteils an. Vorgestellt werden sollen dabei die schönsten Ecken, so der Plan. Zudem arbeit Neu-Olvenstedt in Träkönnte im Anschluss an den Um jenen einen Einblick in Rundgang eine Diskussionsrunde gestartet werden, um das Gesehene auszuwerten und miteinander ins Gespräch zu kommen, so Köder über die Initiative, die innerhalb der

nächsten vier Wochen gestartet werden soll.

Was gefällt? Was könnte verbessert werden? Welche Ideen zur Verbesserung des Images existieren? Wie können Besonderheiten wie beispielsweise die Kunst am Bau bekannter gemacht werden? Fragen wie diese können von den Teilnehmern aufgegriffen werden. Sollte Interesse an einer Fahrradtour durch Olvenstedt bestehen, wäre auch dieses Angebot möglich, merkt er an. Dazu sind Rückmeldungen nötig. Das Stadtteilbüro sammelt die Ideen und Wünsche und stimmt daraufhin Termine für Stadtteilspaziergänge und die Diskussionsrunde ab. Frühere Angebote zu den Rundgängen sind rege in Anspruch genommen worden.

Stadtteilmanager Stefan Köder ist im Büro für Stadtteilgerschaft des Internationalen Bundes im Scharnhorstring 38 zu erreichen. Telefonisch ist ein Kontakt unter 55 92 37 15 und per E-Mail an stefan. koeder@internationaler-bund. de möglich.

Also gehen, radeln, spazieren oder erforschen wir die Umwelt, um eine Nachbarschaft bzw. den gelebten Raum damit (anders) zu entdecken. In diesem Prozess können wir – sei es alleine oder in Gemeinschaft – gut zu einer Analyse, beabsichtigten Wirkung, situationistischen Intervention³ bzw. auch zu all diesen oben beschriebenen urbanen Möglichkeiten gelangen. Es geht zum einen um die Bewegung selbst – im Hier und Jetzt – und zum anderen um das reflektierende Erkennen, den Austausch und nicht zuletzt die Lust am Verändern. Denn es ist ein Anliegen unseres Gehens und Spazierens, "gleichzeitig mit der Wahrnehmung auch die Determiniertheit unser Wahrnehmungsformen aufzuzeigen, so daß neue und ungewohnte Beurteilungen altbekannter Situationen möglich werden" (Burckhardt 2006: 259).

Nimmt man den Stadtumbau und seine Auswirkungen, dann ist zweierlei festzuhalten: Einerseits ist die ursprüngliche Stadtsystematik fast zur Gänze aufgehoben – "entstanden ist ein perforierter Stadtraum. [...] Auf den freiwerdenden Flächen wachsen in die vorhandene Infrastruktur Einfamilienhausgebiete hinein". Andererseits sind neben der Straßenbahnlinie, den noch vorhandenen alten Wegesystemen und den großzügiger gewordenen Parkanlagen "die frei stehenden Brunnen und Skulpturen die einzige Konstante des städtebaulichen Raumes. Das macht sie zu bedeutenden Trägern der Stadtteilgeschichte und zu Orientierungspunkten für die Bewohner. Sie sind an einigen Positionen das einzig Vertraute und konstant Vorhandene". (Köder/Schmidt 2013: 35)

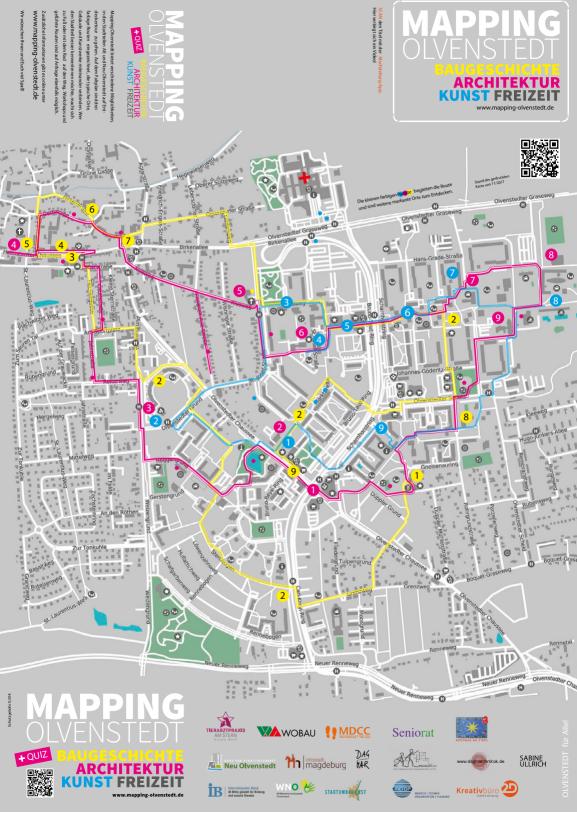
Neben Impulsen zur Mitgestaltung der Stadtteilarbeit besteht hier auch die Möglichkeit für Teilhabe, gemeinsamen Austausch und erste Schritte zur Veränderung (siehe auch das Thema "repräsentative Demokratie vs. partizipative Demokratie"). Ein solcher sehr niedrigschwelliger Prozess kann auf mehreren Ebenen spannend werden.

Zusätzlich zum Spazieren in einem sich derart grundsätzlich wandelnden Stadtteil geht es – neben der Sicherung der vorhandenen Kunst – auch um zeitgenössische künstlerische Interventionen. Nur neue Kunstwerke und in diesem Kontext auch künstlerische Prozesse vermögen neue Bilder von und in der aktuellen Situation im Stadtteil zu schaffen – und bieten sicherlich "auch spontane Gesprächsanlässe zwischen alt eingesessenen und neu angekommenen Neu Olvenstedtern. Das könnte der Beginn einer neuen gemeinsamen Identität der Bewohner mit ihrem Stadtteil Neu Olvenstedt" und der Menschen untereinander sein (Köder/Schmidt 2013: 35).

Into the Unknown ... – Erforschung einer Großwohnsiedlung und MAPPING OLVENSTEDT

Beispielhaft für den Stadtteil- und Gemeinschaftsprozess ist das aktuelle Projekt MAPPING OLVENSTEDT. Dessen Ziel besteht darin, im Stadtteil selbst sowie auch Besucher*innen von außerhalb auf eine Entdeckungsreise in diesen attraktiven Lebens-, Kunst- und Wohnort einzuladen. Das Projekt ist in dieser Dimension überregional das erste seiner Art.

³ siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Situationistische_Internationale (24.5.2019)



Tafel 46: Into the Unknown ... – Erforschung einer Großwohnsiedlung und MAPPING OLVENSTEDT

Mit verschiedenen Expert*innen wurden thematische Routen erarbeitet, auf denen Interessierte den Stadtteil erforschen und neu entdecken können. Ein Produkt ist eine "Kleine Faltkarte für die Hosentasche" – als die analoge Variante –, auf der neben verschiedenen POIs (*Points of Interest*) auch Baugeschichte, Architektur, Kunst und Freizeitaktivitäten präsentiert werden. Die MAPPING-OLVENSTEDT-Faltkarte bietet u. a. drei Routen zur Stadtraum-Entdeckung. Des Weiteren entstand – als digitale Variante – eine interaktive Website mit weiteren Informationen und Fotos für die Tour.⁴ Das Projekt wurde auch in Kooperation mit der App "Machdeburg" umgesetzt, alle Informationen und die interaktive Stadtteilkarte können digital und mobil aufgerufen werden.

Ein kurzer Imagefilm zu dem Projekt⁵ läuft als Vorfilm in Programmkinos, auf Medienplattformen und lokalen Sendern. Das Modellprojekt hat stadt- wie landesweit großes Interesse sowie einen Imagepush und positive Berichterstattung hervorgerufen. Auch gibt es Anfragen, dieses Projekt in andere Magdeburger Stadtteile oder andere Städte zu übertragen, dann selbstredend abgestimmt auf die jeweiligen lokalen Parameter und Besonderheiten.

So sind Weiterführung von MAPPING OLVENSTEDT und Übertragung auf andere Stadtteile durch das "Kulturhaupstadt-Bewerbungsbüro Magdeburg 2025" angedacht – als "Into the Unknown …"-Projekt für die Vorstellung und Weiterentwicklung spannender, aber z. T. marginalisierter Stadtteile. Es werden die spezielle – wie auch immer geartete – Kultur und Besonderheiten dieser Quartiere unter Beteiligung der Menschen vor Ort erschlossen. Damit können eine produktive Auseinandersetzung und in der Folge eine stärkere Identifizierung der Menschen mit ihrem Stadtteil hervorgerufen werden. Gleichzeitig motiviert dies alle Interessierten, im Kulturhauptstadtjahr (und darüber hinaus) auch die weniger naheliegenden Teile Magdeburgs und das Leben in Großwohnsiedlungen kennenzulernen.

Dies ist eine nachhaltige Projektarbeit zu Sozialem und Stadtumbau des "Büros für Stadtteilarbeit Neu Olvenstedt" (IB), das für Stadtteilmanagement und Stadtumbau zuständig ist. Hier werden Beratungen und Unterstützung zu den Themen Stadtumbau, Imageverbesserung, Beteiligung, Selbsthilfe im Stadtteil, Selbstversorgung, Angebote Kunst/Kultur sowie Möglichkeiten von Nachhaltigkeit und DIY-Ansatz (*Do It Yourself*) etc. angeboten. Ein Mehr an Inklusion, baulicher wie sozialer Barrierefreiheit, Empowerment, gelebter Demokratie und Selbstbestimmung ist das Ziel. Im Mittelpunkt stehen immer die Menschen und der Stadtteil nach dem Grundsatz: "Die wahren Expert*innen sind die Menschen und Akteur*innen vor Ort!".

Die Agora (wieder) in der Großwohnsiedlung?

Die Geschichte, die aktuelle Situation und die laufenden Initiativen dieses besonderen Experimentalwohnkomplexes, inzwischen geschrumpfte Großwohnsiedlung, sind nun bekannt. Wie geht es aber weiter und wie könnte eine bau-

⁴ siehe www.mapping-olvenstedt.de (24.5.2019)

⁵ siehe www.youtube.com/watch?v=wlzFbUABYzg (24.5.2019)

lich-gesellschaftliche Vision für Neu Olvenstedt aussehen? Als eine Diskussionsgrundlage hierfür kann das offizielle Leitbild der Stadt Magdeburg für "Neu Olvenstedt 2025" angeführt werden:

"Neu Olvenstedt soll ein stabiler, sozial durchmischter und integrierter Teil der Landeshauptstadt sein. [...] Die Lage zwischen zwei Parkanlagen, verbunden mit einem grünen, autofreien Rückgrat, ermöglicht wohnungsnahe Erholung und Mobilität auf sicheren Wegen. [...] Von zentraler Bedeutung ist die Frage, ob und wie es gelingt, mittelfristig auch Gebäudeeigentümer in den Stadtumbau zu integrieren, die nicht zur organisierten Wohnungswirtschaft zählen. Die Neuentwicklung der aktuell nicht zukunftsfähigen und bereits sehr rudimentären Quartiere hängt an der konsequenten Beräumung dieser Flächen. [Es] sollte eine Vermarktung von Teil- und Splitterflächen nur auf Basis eines langfristigen Zielkonzeptes mit Mindestgestaltungsvorschriften erfolgen, in dem auch eine neue verkehrliche Erschließung konzipiert werden muss. Dazu soll ein städtebaulicher Rahmenplan mit Verkehrsuntersuchungen zur perspektivischen Erschließung von Neu Olvenstedt erarbeitet werden. Die Gestaltung öffentlicher Plätze und Räume soll dabei mit der Schaffung und Aufstellung von Kunstwerken verknüpft werden." (Stadtplanungsamt Magdeburg 2015: 45)

Welche stadtplanerischen, sozialen und politischen Weichenstellungen können dazu beitragen bzw. sind einzufordern?

Neu Olvenstedt ist ein fast perfekt erschlossenes, grünes Viertel. Es gibt eigentlich alles, was tagsüber bzw. neben der Arbeit zum Leben gebraucht wird. Und hier ein Stopp – denn was kommt nach "tagsüber" und "neben"? Auch in diesem Zusammenhang ist es aufschlussreich, die anfangs zitierte Feststellung "Könnte lebendiger hier sein, oder?" heranzuziehen. Was fehlt?

Es fällt auf, was es hier nicht bzw. nur temporär oder rudimentär gibt: zum einen auf politisch-sozialer Ebene die oft nicht bedienten Bedürfnisse nach echter Beteiligung, denn natürlich gibt es den Wunsch nach einem guten Leben mit partizipativen Demokratiestrukturen, zum anderen mehr Möglichkeiten für soziale Kontakte, Kommunikationsorte, gute Arbeit, Bildung und Freizeit – jeweils für alle.

Um ganz pragmatisch auf ein konkretes und verbindendes Element zurückzukommen: Bemerkenswert ist, dass vor allem die Kunst, vor allem die Kunst am Bau Einrichtungen und Plätze immer physisch wie sozial verbindet – zumindest alle zu DDR-Zeiten geplanten und gebauten. So entstehen eigene Identität und Wiedererkennung. Das macht sich bemerkbar durch das Gesamtkonzept mit konkreten Kommunikationspunkten sowie wiedererkennbarer Gestaltung und Kunst am Bau. Diese Einheiten von Stadtteilleben und Kunst – dazu gehören u.a. die (bespielbare) Kunst am Bau, Freiraumgestaltung, Wohnhöfe, Infrastruktur und gebaute Einrichtungen – bieten Möglichkeiten für gerichtete wie ungerichtete Treffen der Menschen, Kommunikation und Austausch.

Eine zweite konkrete Perspektive ist, dass durch eine weitere Mischung, u.a. über den neuen Zuzug ganz unterschiedlicher Menschen, Gruppen und Generationen (Familien mit Eigenheim, Studierende und Geflüchtete auf der Suche nach günstigem Wohnraum, Menschen mit wenig bzw. ohne Einkommen), der

Stadtteil lebendiger und – hoffentlich mit der dann erfolgenden Aneigung durch die Menschen und vielfältigeren Lebensmodellen – auch basisdemokratischer werden kann.

Das könnte sich baulich wie sozial über die Vision eines neuen oder wiederbelebten Marktplatzes manifestieren. Die Herausforderung besteht in der Frage, wie ein funktionierendes urbanes Zentrum wieder etabliert werden kann – z.B. mit niedrigschwelliger Verbindung von Mehrgenerationen-Treffpunkt, (Stadtteil-)Theater, kommerziellen wie auch nicht kommerziellen Elementen, Einkauf und Café(s) sowie Gastronomie (auch bis in die Abendstunden) – und das für alle! Unter dem Hashtag #OlvenstedtFuerAlle gibt es inzwischen auch eine verbindende Kampagne ganz verschiedener Akteur*innen und Einzelinitiativen, die für spannende Debatten, Beteiligung, inklusive Projekte und schon umgesetzte Aktionen steht.

Nötig wäre dafür ein zentraler Treffpunkt bzw. Stadtteilplatz, mit einer Verbindung aus (Sozio-)Kultur, öffentlichem Raum, Kunst, Nahversorgung, Nachbarschaftszentrum und mit freiem WLAN etc. – ein Platz, an dem sich die Menschen zusammentun sowie Ideen und Visionen umsetzen können. Eine solche quasi zeitgemäße (Stadtteil-)Agora, eine Art lokaler Marktplatz dient als wirtschaftliches, gesellschaftliches und damit auch stadtteilpolitisches Zentrum des Quartiers und wird für einen Austausch sowohl von Waren/Gütern des täglichen Bedarfs als auch von Arbeit, Wissen, Erfahrungen und Ressourcen genutzt – offen und frei gebaut (analog) und per Open Source angelegt (digital).

Diese Stadtteil-Agora soll mehr Demokratie, Selbstentfaltung und Mitbestimmung der Menschen vor Ort ermöglichen – nicht nur in Neu Olvenstedt, aber eben gerade in diesem Stadtteil bzw. gerade auch in Großwohnsiedlungen. Derartiges wird nicht nur mit dem Hoffen auf die Kräfte des Markts oder freie/ehrenamtliche Energien passieren. Daher ist es nötig, dies mit den Menschen vor Ort umzusetzen, aber auch mit konkreter und einforderbarer Unterstützung durch Verwaltung, Politik und allen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen.

Die Agora muss physisch-sozial ein gestalteter urbaner Treffpunkt, Stadtteilplatz mit Markt und attraktiven Verweilmöglichkeiten sein. Auch für ein lebendiges und niedrigschwelliges Demokratie-(Er-)Leben, zu dem die Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten, Biografien und Alters einen Zugang haben, zum Diskutieren, Sehen und Gesehenwerden, Essen, auch (Theater-)Spielen, Tanzen und Feiern; ein Marktplatz mit Ständen bzw. Geschäften des täglichen Bedarfs, (sichtbarem!) Handwerk und sonstigem Gewerbe. Die Gestaltung solch eines Platzes bzw. temporären Markttreibens und Treffpunkts ist eine lohnende Herausforderung, um eine für alle passende Grundlage für akzeptierte Qualitätstandards und gleichzeitig nicht zu viel Vorgabe bzw. dennoch Gestaltungsfreiheit und Vielfalt zu ermöglichen.

Neben dem Thema "sichtbare Beschäftigung" bzw. "Arbeitsplätze vor Ort" ist das Thema "Kultur des Treffens und sozialer Marktplatz" von großer Bedeutung und sollte nachhaltig unterstützt werden:

"Jede Subkultur braucht für ihr öffentliches Leben ein Zentrum: einen Ort, wo man hingehen kann, um Leute zu sehen und selbst gesehen zu werden. [...] Leute gehen dort auf und ab, um Freunde zu treffen, Fremde zu bestaunen und sich von Fremden bestaunen zu lassen. [...] Diese Orte haben immer den Charakter eine Straßentheaters [...] umherzuschlendern, sich in Geschäften umzusehen und sich herumzutreiben." (Alexander/Ishikawa/Silverstein 2011: 181)





Ein Ausblick: Visionen für das Leben in unseren Großwohnsiedlungen?

Menschen, die im Eiscafé ein Arbeitstreffen haben, die auf der Parkbank oder im begrünten Innenhof "Freifunk"-Strukturen (selbstorganisierte Knotenpunkte für kostenfreien Internetzugang) nutzen, um sich Bildungs- und Beteiligungsformate anzueignen, oder die in der Nachbarschaft gärtnern, auf Kinder aufpassen und sich – auch zum Zuerwerb – Bienen halten und Ressourcen verwerten/recyclen: Können sie die Boten einer neuen Form von Beteiligungsformaten sowie lokal sichtbarer und erfahrbarer Arbeit in der Nachbarschaft sein? Können Sie den Stadtteil tagsüber wie in den Abendstunden beleben, z.B. – nicht nur nach Feierabend – für Kinder sichtbar anwesend und ansprechbar sein?

Solch ein urbanes Leben vor Ort bzw. auf dem (Stadtteil-)Marktplatz oder eine Art von sozial-geselliger Kultur – vor allem abends – findet wie oben beschrieben in Neu Olvenstedt bisher wenig statt. Doch liegt der Schlüssel dazu im Stadtteil eigentlich schon vor, weil die bauliche Variante der Kultur, nämlich die im Stadtteil häufig anzutreffende Kunst bzw. Kunst am Bau jedenfalls tagsüber erfahrbar ist. Dies kann aufgenommen und weitergeführt werden.

Können wir diese Themen bzw. Bereiche – u.a. die gebaute Kunst am Bau und die nicht gebaute soziale Welt – zusammenführen, damit gemeinsam durch den Stadtteil spazieren und neue Perspektiven eröffnen? Nicht nur zum Beschauen (und Fotografieren), sondern auch zum Nachdenken und Beteiligen, vielleicht sogar als Grundlage zum Visionieren, Einfordern und für ein "Empowerment-Leben"? Dass aus Kunst am Bau auch ein Mehr an Kunst im Leben bzw. Leben selbst wird?

Denn die Kunst kann Möglichkeiten für die Gesellschaft und Veränderung schaffen. Ist die Kunst eine noch nicht reglementierte und – auch für den und die Betrachtende so erkennbare – Möglichkeit für den Menschen, Freiheit zu erfahren? Die hier grundlegende Annahme lautet, dass unsere gesellschaftliche Situation und u.a. die Auswirkungen der Globalisierung etc. natürlich auch in Neu Olvenstedt präsent und lebensprägend sind. Unser Stadtteil ist (leider) keine Insel der "Soziale Stadt"- und "Stadtumbau"-Glückseligen im momentan eher entfremdenden Meer des Neoliberalismus.

Die Notwendigkeit wirklicher gesellschaftlicher Veränderung wird heutzutage – zwar immerhin, aber fast nur noch – in exemplarischen Formen auf der Bühne des Theaters ausprobiert. Wie können also solche Form der Bildung sowie Mut zur Veränderung erfolgen, wenn ein Stadtteil eben gerade weder Theater noch bespielten Marktplatz hat? Eine (Stadtteil-)Demokratie sollte gepflanzt, gehegt und beerntet werden. Aber wie wird diesem Prozess der benötigte Raum gegeben?

Daher gibt es neben der vorhandenen Kunst/Kunst am Bau, der neuen/alten Agora als Treffpunkt noch eine dritte Perspektive, die es sich lohnt weiterzuverfolgen: Zwar besteht in Olvenstedt kein multifunktionales Kulturzentrum mit Theater, aber tatsächlich existieren Nischen in diese Richtung, die idealerweise weitergeführt oder ausgebaut werden sollten: Zum Beispiel fand 2018 das tem-

poräre Theaterprojekt "Hurra, die Welt geht unter!" im Kinder- und Familienzentrum "Kümmelsburg" statt. Dieses fast immer ausverkaufte Stück, aufgeführt von der Magdeburger Theatergruppe "bühnenfrei", ermöglichte einen fruchtbaren Input und Diskurs und ganz nebenbei eine Belebung der Abendstunden, demokratisch-gesellschaftlichen Austausch sowie Kultur.

Also weiter so – auch aus der Geschichte und für die Zukunft dieses Experimentalkomplexes, denn Kunst, Kultur, gesellschaftliche Teilhabe, neue Formen der (Stadtteil-)Agora, lebendige Nachbarschaften⁶ und Treffpunkte sind existenziell für das Leben in unseren wichtigen Großwohnsiedlungen.

⁶ vgl. www.lebendige-nachbarschaften.de (15.6.2019)

MySpace im Plattenbau

Einrichtungs- und Wohnraumkonzept für junges Wohnen in Dessau

Uwe Gellert

Projektanbahnung

Im Frühjahr 2013 wandte sich die Dessauer Wohnungsbaugesellschaft (DWG) mit dem Vorschlag eines Kooperationsprojekts für junges Wohnen im Wohnhaus der Dessauer Antoinettenstraße 12–14 an den Fachbereich Design der Hochschule Anhalt. Das prominent gelegene Gebäude in typischer Plattenbauweise steht ohne Grünstreifen in kompletter Länge entlang des Gehwegs der Antoinettenstraße in Dessau; in der Flucht voraus, ist der Stadtpark bereits sichtbar. Vor der Neugestaltung der Fassade reihten sich die Fensterbänder im Wechsel von Waschbeton und Kachelelementen aus glasiertem Terracotta. Auf der Rückseite dominierte der Eingangsbereich mit dem dahinterliegenden Treppenhaus aus modularen Betongussteilen.

In den 199 Einraumwohnheiten residieren Studierende, Auszubildende und junge Berufstätige. Ein signifikanter Anteil sind internationale Studierende, die an der Hochschule studieren bzw. solche von einer ausländischen Partnerhochschule, die ein Gastsemester absolvieren. Im Zuge der haustechnischen Sanierung, wärmedämmender Maßnahmen und anschließender Neugestaltung der Fassade sollte auch das Interieur, die Ausstattung und Möblierung der Wohnräume, modernisiert werden. Dabei, so die Absicht, sollten die Ansprüche und Bedürfnisse der jungen Bewohner stärker berücksichtigt werden.

Die Hochschule Anhalt ist mit drei Standorten und etwa 8.000 Studierenden ein wichtiger Wissensvermittlungs- und Forschungsstandort in Sachsen-Anhalt. In Dessau sind die Fachbereiche für Architektur, Immobilienmanagement, Geoinformation und Design verortet. Mit der Nähe zum Welterbe Bauhaus sehen besonders die Lehrgebiete der Architektur und Design eine Herausforderung darin, die Haltung und Lehre der einst einflussreichen Schule in aktuellen Kontexten zukunftsorientiert zu interpretieren und weiterzuentwickeln. Der Fachbereich Design der Hochschule Anhalt ist bereits ein etablierter Ansprechpartner für eine Vielzahl Dessauer Stadtprojekte.

Vor allem zu nennen ist hier die Initiative, der Aufbau und mehrjährige Betrieb des VorOrt Ladens in der Ratsgasse. Nach dem Umzug in die vormalige Pestalozzischule in der Wolfgangstraße wird das Gebäude im Johannisviertel jetzt durch den Verein Vorort e.V. für ein weites Feld an Aktivitäten instandgesetzt und denkmalgerecht renoviert: Co-Working Spaces, kulturelle Plattform für Ausstellungen, Konzerte, Workshops, Lesungen und Urban Gardening. Weitere realisierte Kooperationsprojekte sind die Sitzbänke mit integriertem Fahrrad-

ständer auf der Zerbster Straße und in der Hobuschgasse. Im Sommer 2019 startete der Umbau der Bahnsteige des Hauptbahnhofs mit einem für Dessau exklusiv entwickelten Mobiliar.

Viele der an uns gerichteten Projektanfragen werden in Erwartung einer gestalterischen Lösung gestellt, die der Bauhausästhetik ähnelt. In diesem Zusammenhang galt beim Projekt Antoinettenstraße 12–14 der stille Fingerzeig selbstredend dem Vorbild der Studierendenwohnungen im Prellerhaus des Bauhauses. Die GWG-Anfrage wurde zum Anlass genommen, im Sommersemester 2013 ein entsprechendes Seminar anzubieten. Unter den zwölf Studierenden, die sich in den Kurs einschrieben, kamen einige aus unserer Partneruniversität in Shantou im Südosten Chinas; ein Student stammte aus Vietnam, und einige deutsche Studierende hatten während ihres Studiums bereits Auslandserfahrungen in USA, Thailand oder China sammeln können.

Projekteinstieg

Zum Einstieg in das Projekt besuchten wir das Gebäude unter der Führung des Hausbetreuers und der Projektleitung der DWG. Der Eingang mit dem Treppenhaus teilt das Gebäude symmetrisch in zwei Blöcke. Rechts und links des Treppenaufgangs trennen sich die Stockwerke in lange Gänge mit farblich unterschiedlich abgesetzten Ölsockeln. An den Wohnungstüren gibt es hier und da eine persönliche Note, ein paar Schuhe, Notizzettel für Nachrichten, ein noch nicht hinunter getragener Müllbeutel.

Eine ausgeräumte Wohnung ermöglichte den Studierenden die Grundrissaufnahme. Zuzüglich Bad und kleinem Vorraum ergaben sich etwa 23 Quadratmeter Nutzfläche. Dies entsprach in etwa 20 Quadratmeter für den Wohnraum bei einer Raumhöhe von 265 Zentimeter. Bereits entfernte Tapeten zeigten die Konstruktion der Betonplatten und ursprünglichen Elektroanschlüsse; die Sanitäranlagen waren mit dunklen Glaskacheln gefliest. Der kräftig gemusterte Bodenbelag ließ den Charme einer anderen Zeit nachfühlen. (Tafel 48) Wir besichtigten auch eine möblierte Wohnung. Deutlich wurde hier eine pragmatisch budgetorientierte Ausstattung, Hellholznachbildung mit der Intention "junges Wohnen", die uns an die Auswahl unserer Jugendzimmer durch unsere Eltern erinnerte und vom Angebot einschlägiger Großmöbelhäuser geprägt ist: ein





schmales Bett, Kleiderschrank, Stehtisch mit Barhockern in Küchenzeilennähe, Wandregal, Schreibtisch, Bürostuhl. In dieser Kategorie gibt es natürlich keine Objektqualität; so sind die Möbel einem recht hohen Verschleiß ausgesetzt und erfüllen kaum Nachhaltigkeitskriterien.

Recherchen

Die Studierenden haben nach Aufmaß und dem gewonnen Eindruck der Räume rasch Kontakt zu Studierenden im Haus aufgenommen. Befragungen zur Wohnund WG-Erfahrung mit Kommilitonen und Freunden in Dessau, Nürnberg, Mittweida und Jena wurden durchgeführt. Thematisiert wurden dabei Preisgestaltung, Ausstattung und Platzangebot. Fragen zu Freizeitbetätigungen oder den unterschiedlichen Studien- und Ausbildungsrichtungen gaben Auskunft über die Wohnbedürfnisse. Unsere ersten Seminarstunden wurden zudem unterstützt von Experten aus der Hochschule und dem in Dessau ansässigen Umweltbundesamt (UBA). Zu Gast waren Prof. Jens Nävy mit einem Vortrag zur Einführung ins Facility- und Immobilienmanagement und Lisa Kossolobow vom UBA zum Thema produktbezogener Umweltschutz, nachhaltige Konsumstrukturen und gestalterische Optimierung unter ökologischen Gesichtspunkten.

Im Anschluss der Recherchen wurden die Erkenntnisse im Seminar vorgestellt, gemeinsam ausgewertet und diskutiert:

- Die Mietdauer ist gemäß der studentischen Umfrage eher kurz und umfasst manchmal nur einige Semester. Befragte Auszubildende und junge Arbeitnehmer bewohnten das Gebäude im Schnitt etwas länger, etwa 1,5 bis drei Jahre.
- Kritiken betrafen oft die Hellhörigkeit, Geruchsbelästigung durch Kochaktivitäten in den Wohnungen, die mangelnde Möglichkeit, Gäste zu empfangen, und die Mietpreisgestaltung. Spezielle Nutzungsweisen, wie traditionelles Kochen oder einschlägige Wäscheroutinen von Bewohnern aus anderen Ländern, belasten die Räume zum Teil erheblich.
- Ein zusammenhängendes Gestaltungskonzept wird vermisst, der Einsatz von pflegeleichten Materialien entspricht nicht den ästhetischen Ansprüchen und wird als ungemütlich empfunden.
- Einige der jungen Bewohner äußerten weniger Interesse an sozialem Austausch. Dagegen bekräftigten die internationalen Bewohner den Wunsch nach mehr Interaktion innerhalb der Hausgemeinschaft.

Die Studierenden fassten die Erkenntnisse nach zwei Kategorien zusammen: Nutzer (Mieter) und Betreiber (DWG).

Nutzer:

- Der Raumbedarf der Wohneinheiten ist ausreichend für Studierende, Azubis und junge Berufstätige.
- Eine Wohngemeinschaft auf engerem Raum sei für einen kürzeren Zeitraum auch denkbar.

- International Studierende und Gaststudierende teilen sich gelegentlich ein Zimmer.
- Privatsphäre wird allerdings betont, so wird der direkte Blick auf Bett bei Eintrtitt in das Zimmer als unangenehm empfunden.
- Eine möblierte Ausstattung ist sinnvoll, da meist kein bis nur wenig eigenes Mobiliar mitgebracht wird. Der Wohnraum sollte allerdings flexibler und effektiver nutzbar sein.
- Die Möglichkeit der Umgestaltung mit einer persönlichen Note zur Identitätsstiftung ist wichtig.
- Die sozialen Bedürfnisse scheinen recht unterschiedlich zu sein; so würden besonders internationale Mieter gerne mehr Kontakt und Austausch mit Mitbewohnern und Gästen pflegen.

Betreiber:

- Da die Mietdauer eher kürzere Zeiträume umfasst, sollte der Renovierungsaufwand für eine Neuvermietung gering sein. Eine Renovierungsleistung durch die Mieter sollte nicht mehr vorgesehen sein.
- Die Raum- und Möbelmaterialien sollten von ökologischen Grundgedanken geprägt sein: schadstoffarm, ehrlich, langlebig, reparabel, modular. Einerseits kann im Falle einer Havarie ein kurzfristiger Austausch erfolgen. Darüber hinaus haben modulare Möbelkonzepte den Vorteil, eine Wohnumgebung nach Mieterwunsch zusammenzustellen. Die von den jungen Mietern erwartete Wohnraumausgestaltung entspricht eher nicht mehr den "klassischen" Einrichtungsgedanken; voluminöse Schränke, Regale im Standardmaß oder festgelegte Konstellationen sind nicht zeitgemäß.
- Die Plattenbaubetonwände erlauben kaum eine Wandgestaltung. Daher sollten Möglichkeiten für Stauraum und Individualisierung geschaffen werden, die ohne schwere Befestigungstechnik auskommen.
- Zur Küchenzeile gibt es unterschiedliche Einstellungen. Ist einigen Mietern die eigene Zubereitung warmer Speisen, auch mit Gästen und Partnern, wichtig, wird andererseits eine mietverteuernde Installation wenig geschätzt.

Die zusammengestellten Kriterien bildeten die Grundlage für nutzerorientierte Entwürfe.

Projektlösungen

Erste Skizzen wurden rasch in einfachen – bestenfalls – originalgroßen Volumenmodellen aus Pappkarton und Klebeband erstellt, um eine reelle Einschätzung des Nutzinhalts und Raumbedarfs zu gewinnen. Im weiteren Semesterverlauf wurden die so skizzierten Möbel und Systeme auf ökonomische und technische Machbarkeit geprüft, optimiert und detailliert sowie schließlich mit hochwertigen Modellen im Maßstab 1:5 zum Semesterende öffentlich vorgestellt. Im Folgenden wird eine Auswahl der Projektlösungen beschrieben, die sich in gemeinsamer Einschätzung mit der DWG als besonders geeignet erwiesen.

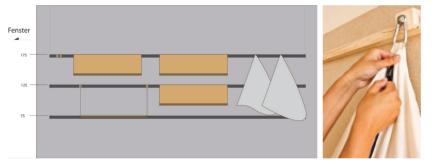
"die Wohninsel"¹

Um möglichst wenig voluminöse Objekte im Raum zu haben, liegt die Idee nahe, die Fläche des Betts zu nutzen, um darunter Stauraum zu schaffen. Die ersten Entwürfe überdeckten sogar einen Großteil des Wohnraumes. In dieser höher gelegenen Ebene war das Bett eingelassen, weitere Staufächer von oben oder von vorn zugänglich. Im Zuge der Realisierung sind die wesentlichen Aspekte dieses Entwurfs mit eingeflossen.

"Frieda"2

Entwickelt wurde ein ausgeklügeltes System an Wandprofilen, das praktisch alle Ausstattungs- und Aufbewahrungsvolumen aufnimmt. Je nach Ausstattungswunsch können Regale, Haken oder Raumtrenner hinzugemietet werden. Ein besonderes Merkmal sind die Wäschesäcke für die lässige Aufbewahrung frischer Socken und Unterwäsche oder getragener Kleidungsstücke für den nächsten Waschgang. Der Schreibtisch ist für mobile Arbeitsgeräte geschaffen, lässt sich in verschiedene Winkel einstellen und kann bei Bedarf flach an die Wand geklappt werden. (Tafel 49)

Tafel 49: Details der Projektlösung "Frieda"



"unterm Dach 'n Fach"3

Im kleinen Flur lassen sich eigentlich keine Möbel zu Aufbewahrungszwecken unterbringen. Allerdings ist die Höhe ausreichend hoch, um in dem knapp drei Quadratmeter großen Vorraum selten Gebrauchtes über Kopf zu lagern: Ein korbartiger Behälter kann mit Hilfe eines Seilzugsystems herabgelassen werden. (Tafel 50)

¹ entwickelt von den Studierenden Maren Pahle und Mathis Buchbinder

² entwickelt von der Studentin Vanessa Queck

³ entwickelt vom Studenten *Tim Böttger*

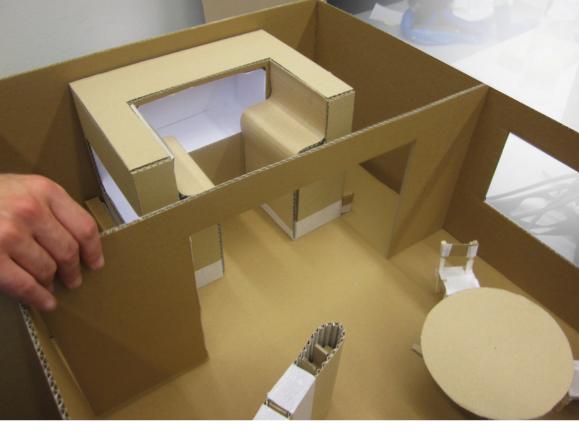


Tafel 50: Detail der Projektlösung "unterm Dach 'n Fach"

"3 in 2"4

Ausgangspunkt dieses strukturell konsequenten Konzepts war die Überlegung, budgetorientiertes Wohnen und gemeinsames Studieren zu initiieren. Hier werden nun zwei Wohneinheiten über einen Wanddurchbruch miteinander verbunden und von drei Bewohnern gemeinsam genutzt. Es gibt einen Ruhe- und Schlafbereich, der mit drei einzelnen Kabinen mit Einbaubett und Stauraum für Persönliches ausgestattet ist. Das Zimmer aus der zweiten Wohneinheit wird als Arbeits- und Wohnbereich gemeinsam genutzt. Ausgestattet ist dieser Co-working Space mit großem Arbeitstisch und einer Entspannungsecke sowie einer kleinen Kücheneinheit. Beide Bäder bleiben erhalten. Einer der Vorräume kann für den Stauraum und als Garderobe dienen. (Tafel 51)

⁴ entwickelt von den Studenten André Günther und Thomas Kores



Tafel 51: Modell Co-working Space, Projektlösung "3 in 2"

"Dessauer Gespräch"5

Nach intensiven Diskussionen zum Bedarf und der angemessenen Ausstattung eines Koch- bzw. Küchenbereichs gab es sehr unterschiedliche Positionen. Essen einige Bewohner zu Mittag in der Mensa oder Betriebskantine, so wollen andere ihre Zutaten selbst bevorraten und Mahlzeiten frisch zubereiten, gerne auch einmal mit Gästen. Die ambitionierten Jungköche erwarten natürlich einen höheren Standard. Sind Bewohner übers Wochenende gar nicht zu Hause und beinhalten die in den Wohnungen aufgestellten Kühlschränke dann nur eine halbvolle Packung Milch oder andere Kleinigkeiten, so verbrauchen die Geräte unnötig Strom. Die asiatische Küche mit intensiver Dampf- und Fettemission führt in den kleinen Räumlichkeiten ohne ordentliche Wrasenentlüftung zu Feuchtigkeitsproblemen und Geruchsbelästigung.

Die konsequente Lösung sah daher vor, die Kücheneinrichtung auf ein Minimum zu beschränken, ja selbst die Kühlaggregate auszulagern: ein Kochelement für die Zubereitung eines Heißgetränks, der kleine Handabwasch sollte durchführbar sein, intelligentes Lagern von Obst, Gemüse, z.B. in Tongefäßen und Brot-

⁵ entwickelt vom Studenten Robert Kurek

Tafel 52: Detail der Küchenausstattung in der Projektlösung "Dessauer Gespräch"



kasten. Alles andere befindet sich in der Nähe eines für alle zugänglichen Aufenthaltsraumes mit großzügiger (semi-)professioneller Küchenausstattung. Kühlakkus werden von effizienten Kühlschränken bereitgehalten, die in Kühlboxen in der Wohnung eingesetzt werden können. Die große Gemeinschaftsküche mit Speisebereich würde dann für kleinere und größere Gruppen zur Verfügung stehen – eine regelmäßig professionelle Reinigung wurde von der DWG als durchaus machbar eingeschätzt.

Sehr gut eignet sich diese Kleinkücheneinheit daher auch für das oben vorgestellte Wohnkonzept "3 in 2". (Tafel 52)

"... da muss man als Student einmal gewohnt haben"

Das Wohnen in der Antoinettenstraße, so lässt sich die abschließende Position des Projektseminars zusammenfassen, sollte ein ganzheitlich studentisches Erlebnisangebot werden. Die DWG war sich nach den Präsentationen mit dem Projektleiter einig, dass mehrere Entwürfe in einer Wohnung als Gesamtkonzept realisiert werden könnten.

Die teilnehmenden Studierenden hatten allerdings zwischenzeitlich ihr Studium abgeschlossen und standen dadurch für die Umsetzung nicht mehr zur Verfügung. So konnte manch notwendige Änderungen im Design in der Detaillierung bzw. durch technisch oder wirtschaftlich bedingte Anpassungen nicht mit ihnen abgestimmt werden. Wäre diese Phase eines Gestaltungsprojekts auch eine wichtige Erfahrung für junge Designer gewesen, so erfolgte gleichsam ersatzweise die finale Betreuung direkt mit dem Projektbetreuer und Autor.

Die ersten Entwürfe und Ideen der studentischen Gestaltungskonzepte sind realisiert worden – in sehr guter handwerklicher Qualität. Indirektes Licht und warme Farbtöne ergeben in Kombination mit den Holzmaterialien aus geölten, stabilen Multiplexplatten und dem Bodenbelag in unifarbenem Linoleum ein freundliches Ambiente. Die Einrichtung einer Musterwohnung mit "Wohninsel" und "Frida" ist inzwischen komplett. Da es sich hier um Einzelanfertigungen und Muster handelt, sind natürlich keine Kostenvergleiche für eine Serien- oder industrielle Fertigung möglich.

Für eine sinnvolle Umsetzung des Minimal-Küchenkonzepts zur Lagerung und zentralen Kühlung benötigt es mehr teilnehmender Wohneinheiten. So wurde in der ersten Umsetzung ein Entwurf der Küchenzeile mit handelsüblichen Systemelementen ergänzt. Die erwartete Funktionalität und Nutzerfreundlichkeit des Designs ist nun überprüfbar, und positive wie kritische Rückmeldungen von Nutzern geben dann wertvolle Hinweise zur weiteren Entwicklung der neuen Wohnwelten. Eine Umsetzung des Konzepts "3 in 2" als Prototyp für "shared living & co-working" wäre ein Angebot für mehr agiles und mobiles Wohnen in einem Lebensabschnitt des sich Findens und Ausprobierens.

Dessau war in seiner Geschichte mehrfach Nukleus für neues Denken. Die Stadt bietet Raum und Potential für mehr mutige Experimente. Die abschließenden Fotographien zeigen nun die Ausstattung mit allen realisierten Objekten. Tisch und Bank sind platzsparend ineinanderschiebbar und waren im ursprünglichen Entwurf für den – noch nicht realisierten – Küchen-, Aufenthalts- und Speiseraum vorgesehen.

Tafel 53: Umgesetzte Projektlösungen



Stendal-Stadtsee

Lackmustest der Demokratie in einer heterogenen Gesellschaft

Katrin Reimer-Gordinskaya

In Stendal-Stadtsee leben rund 11.000 Menschen, also ein gutes Viertel der Bevölkerung der Hansestadt und etwa jede*r elfte Einwohner*in des Landkreises Stendal. Den Stadtteil bewohnen Gutverdienende ebenso wie Erwerbslose und jene, die trotz Job(s) gerade so über die Runden kommen; von den wenigen Migrant*innen haben sich die meisten hier niedergelassen. Die unterschiedlichen Lebenswirklichkeiten und Perspektiven der Menschen in Stadtsee kommen in der regionalen und landesweiten Öffentlichkeit jedoch nicht angemessen zur Geltung, wie der Kontrast zwischen dem medial verstärkten Image als "Problemquartier" und gegenläufigen bzw. weitaus differenzierteren Innenansichten zeigt. Und weil viele Bewohner*innen entweder nicht wählen dürfen¹ oder von ihrem Wahlrecht keinen Gebrauch machen, hat ihre Stimme im politischen Raum kaum Gewicht.

Als veritables Problem einer parlamentarischen Demokratie wird diese Repräsentationslücke allerdings nur vereinzelt und wenn, dann eher in der Zivilgesellschaft wahrgenommen. Aktionen wie die von LAMSA² (in Halle, aber mit landesweiter Ausstrahlung) organisierte 'Politische Partizipation ohne Wahlzettel' zur Landtagswahl 2016 und die Belege für 'prekäre Wahlen' (Schäfer et al. 2013; vgl. auch Manfred Güllner 2013) in dem Sinne, dass eher die sozio-ökonomisch Benachteiligten nicht wählen, sorgen nur für kurze Zeit für Gesprächsstoff. Dass die AfD bei der Landtagswahl 2016 und der Bundestagswahl 2017 in Stadtsee sowie vergleichbaren Stadtteilen im Landesvergleich überdurchschnittlich abschnitt, ist hingegegen Gegenstand anhaltender Debatten um 'Rechtspopulismus'.

Was dieses Wahlverhalten bedeutet, wird meist gegensätzlich beantwortet: Den einen gilt es als Ausdruck rassistischer und anderweitig menschenfeindlicher Einstellungen, den anderen als fehlgeleitete Artikulation sozialpolitischer Forderungen. Für beide Sichtweisen lassen sich Anhaltspunkte in Programmatik und Strategie der AfD sowie Soziodemographie und Einstellungen der AfD-Wähler*innen finden, und allein deshalb greifen sie je für sich genommen zu kurz.

Vor diesem Hintergrund wollen wir³ prekarisierte Lebensverhältnisse, mangelnde politische Teilhabe und rechtspopulistische Artikulationen aus der Perspektive von Stadtsee-Bewohner*innen rekonstruieren, das Ringen um eine

¹ aufgrund von Alter, Beeinträchtigung oder nicht-deutscher Staatsangehörigkeit

² Landesnetzwerk der Migrantenorganisationen Sachsen-Anhalt e.V. (https://www.lamsa.de/)

³ ein Netzwerk aus Wissenschaftler*innen, Studierenden und zivilgesellschaftlichen Akteur*innen in Stendal

demokratische Alltagskultur sozialräumlich konkret ausleuchten und erweiterte Handlungsoptionen für ein solidarisches Miteinander entwickeln.

Unsere Gesprächspartner*innen – eine typische Mischung

Der Weg in den Stadtsee ist geographisch gesehen kurz, ein Katzensprung vom eigenen Wohnort oder Arbeitsplatz. Bekannt ist er uns in gewisser Weise auch, entweder weil, wenn auch von außerhalb, die meisten von uns dort oft unterwegs sind oder andernorts in ähnlichen Stadtteilen wohnen. Vertraut aber war niemand mit diesem Stadtteil, und so stellte sich uns die Frage, wie wir Menschen aus Stadtsee erreichen könnten, die Lust haben, uns in kürzeren oder längeren Gesprächen Einblick in ihren Lebensalltag zu geben. Dazu haben wir sowohl Schneeballsysteme genutzt als auch Wohnungstür- und Straßengespräche.

Insbesondere die letzteren sind ein gutes Mittel, um auch mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die bisher noch nicht am organisierten Leben (in Vereinen, Initiativen etc.) des Stadtteils teilnehmen. So klingelten wir an den Wohnungstüren, stellten uns und unser Anliegen kurz vor und fragten, ob die, die wir antrafen, Interesse an einem kurzen Gepräch hätten. In den Straßengesprächen sorgten Bodenzeitungen⁴ mit Statements zu kontroversen Themen für Aufmerksamkeit und einen Gesprächsanlass. Dabei ging es darum zu erfahren, was sie an Stadtsee mögen, was sie dort stört, was ihnen im Alltag wichtig ist und wie sie kontroverse Themen bewerten. Unter den so kontaktierten 31 Personen waren 17 Männer und 14 Frauen im höheren (14) und mittleren (11) Alter sowie junge Erwachsene (4)⁵, darunter Migrant*innen (5), Rentner*innen (7) und Hartz-IV-Bezieher*innen (4).⁶ Von ihnen waren neun bereit zu einem biographischen Interview, von denen bisher drei realisiert wurden.

Per Schneeballsystem⁷ konnten wir jeweils sechs Frauen und Männer, die erwerbslos oder in Rente sind, für ein Gruppengespräch gewinnen. Dabei ging es darum, den Teilnehmenden zu ermöglichen, eine Erzählung über den Stadtteil vor und nach der Wende, also in einer langfristigen biographischen Perspektive, zu entwickeln und dabei die Themen anzusprechen, die ihnen wichtig sind. Auch Raum für etwaige Kontroversen sollte gegeben sein. Außerdem hospitierte ein Projektmitglied an mehreren Wochenenden bei der Tafel und versuchte, diesen Ort aus der Sicht von Abholer*innen und Organisator*innen zu verstehen, indem eigene Wahrnehmungen festgehalten und kurze themenzentrierte Gespräche geführt wurden.

⁴ Großformatige, beschriftete Plakate, die – auf dem Boden liegend – einen Blickfang darstellen

⁵ Zu zwei Personen liegen keine Altersangaben vor.

⁶ Diese Kategorien können sich überschneiden.

 $^{^7}$ Uns kollegial verbundene Personen, die seit langer Zeit im Stadtteil aktiv sind, stellten den Kontakt zu diesen Gesprächspartner * innen her.

In der Tradition der Handlungsforschung geht es perspektivisch darum, mit daran interessierten interviewten Akteur*innen Handlungsproblematiken zu identifizieren und gemeinsam anzugehen. An dieser Stelle steht aber der verstehende Nachvollzug der Lebenswirklichkeit im Vordergrund. Welches Bild sich auf der Grundlage dieser für Stadtsee typischen Mischung unterschiedlicher Gesprächspartner*innen vom Stadtteil, von den Lebenswirklichkeiten und unterschiedlichen Deutungs- und Handlungsweisen seiner Bewohner*innen zeichnen lässt, wird im Folgenden skizziert.



Tafel 54: Stendal-Stadtsee 2016

Wie der Stadtsee zu dem Ort wurde, der er heute ist

Die älteren Gesprächspartner*innen berichten vom erlebten Wandel des Stadtteils und seinen Folgen für das Alltagsleben. Während die mit Bad und Zentralheizung ausgestatteten Wohnungen in den 1970er und 80er Jahren begehrt waren, und im Bezirk Menschen unterschiedlichster Berufe sowie aus verschiedenen Regionen der DDR und auch Ländern Osteuropas etc. gemeinsam lebten, habe mit der Wende ein schleichender Wandel eingesetzt. Wer auf der Suche nach Arbeit fort musste oder im Umland bauen konnte, verließ den Stadtteil, während in den 1990er Jahren und jüngst vor allem transnationale Migrant*innen zuzogen. Zudem blieben viele Menschen, die zeitweise oder dauerhaft aus

den Systemen der Erwerbsarbeit ausgeschlossen blieben oder trotz Erwerbsarbeit nur schwer über die Runden kommen. Durch fortgesetzte Fluktuation erodierten schließlich die familiären, Haus- und Nachbarschaftsgemeinschaften, die zu DDR-Zeiten neben Arbeitskontakten Quelle sozialer Beziehungen und Ressourcen zur Alltagsbewältigung im System, aber jenseits staatlicher Organisationen, darstellten. Zugleich bleiben die Menschen auf Sozialkontakte und Sorgearbeit (Unterstützung im Alter, bei Krankheit, Kinderbetreuung etc.) angewiesen und müssen diese soziale Reproduktion nun anderweitig sichern.

Der beschriebene soziale Wandel in Stadtsee lässt sich als sozialräumliche Verdichtung eines Prozesses in der 'regressiven Moderne' (Nachtwey 2017) begreifen, durch den die auf Erwerbsarbeit Angewiesenen fraktioniert werden und sozialräumlich auseinander driften; infolge dessen leben zahlreiche Menschen in Stadtsee in den 'Zonen' der Prekarität und Exklusion, nur wenige in der der Integration.⁸ Zugleich sorgte die Art und Weise Migration und 'Integration' zu organisieren dafür, dass die meisten Migrant*innen an diesem sozialen und geographischen Ort leben. Daher unterscheiden sich die Lebenswirklichkeiten der Menschen in Stadtsee vom Alltag der (sehr) Wohlhabenden u.a. in materieller Hinsicht sowie untereinander insofern, als sie je nach Staatsangehörigkeit und Aufenthaltsstatus unterschiedliche Rechte und Pflichten haben. So entstand in den letzten 30 Jahren die heterogene, eher prekarisierte Bevölkerungsstruktur in Stadtsee.

Mit diesem sozio-strukturellen Wandel ging auch das Image als attraktive Gegend mit einer angesehenen Bevölkerung verloren. Dabei teilen die einen Gesprächspartner*innen das negative Bild ('Ghetto') und grenzen sich von Stadsee und seiner Bevölkerung mit teils derben Worten entlang von klassistischen und rassistischen Linien ('Assis', 'Ausländer') ab. Andere problematisieren die Zuschreibungen und den Prozess, der zum Wandel des Stadtteils geführt hat und suchen nach Wegen eines solidarischen Miteinanders. Und viele heben die Infrastruktur (Lebensmittelversorgung, Bildungseinrichtungen, Ärzte, ÖPNV etc.), die Begrünung und Renovierung von Teilen des Bezirks als positiv hervor.

Angesichts dieser Gemengelage werden im Folgenden kollektiv geteilte Alltagsprobleme und diesbezügliche Deutungs- und Handlungsweisen beschrieben.

Individuelle und kollektive Erfahrungen und Alltagsprobleme

Bisher sind wir in keinem unserer Gespräche in Stadtsee auf Menschen getroffen, die in der heutigen Klassenstruktur in der Zone der Integration anzusiedeln wären.⁹ Aber es sind uns Menschen begegnet, die in der DDR-Berufs- und Sozialstruktur zu denen gehörten, die verantwortliche Tätigkeiten ausführten und Teil der anerkannten Bevölkerung waren. Frau Sommer* [Pseudonym], die zu einem längeren Gespräch mit uns bereit war, gehört zu ihnen.

142

⁸ Robert Castel (2008 [2000]) entwarf am Beispiel Frankreichs dieses Modell von ,Zonen der Lohnarbeit', deren Entstehung in Deutschland Brinkmann et al. (2006) nachzeichnen.

⁹ Ich selbst stelle die Ausnahme dar.

In den 1950er Jahren geboren, geht sie nach der Schule zur Universität. Trotz ihres Studienabbruchs arbeitet sie in der Folge im Bildungs- und Verwaltungsbereich in verantwortlichen Positionen, in denen sie Raum hat bzw. sich nimmt, um Projekte, wie wir heute sagen würden, eigenständig umzusetzen. Kurz nach der Wende wird sie, die zu der Zeit alleinerziehende Mutter ist, ,sozial entlassen', wie sie unter Verwendung eines damals gebräuchlichen Terminus sarkastisch anmerkt. Ihre Wissensbestände und Kompetenzen sind teilweise an ideelladministrative Systeme der DDR gebunden, eine statusgleiche Tätigkeit in der Zone der Integration findet sie nach der Wende nicht mehr. Aber sie "kämpft erfolgreich gegen die Arbeitslosenhilfe an', schafft eine Umschulung im Pflegebereich und ist in dem neuen Beruf mehrere Jahre tätig. Um die Jahrtausendwende wird sie entlassen, kann noch einmal für kurze Zeit eine Erwerbstätigkeit aufnehmen, bewegt sich seitdem aber in der Zone der Exklusion. Dabei arbeitet sie häufig, zuletzt in verschiedenen Funktionen in der Unterstützung von Geflüchteten - nur nicht in bezahlter Form. Auch als Rentnerin bleibt sie aktiv, etabliert einen möglichst regelmäßigen Tagesablauf und bringt sich ehrenamtlich in die Stadtgesellschaft ein. Von Hartz IV bzw. der Rente allein konnte und kann sie ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten, weshalb sie seit geraumer Zeit die Hilfe der Tafel in Anspruch nimmt.

So wie der strukturelle Wandel sich im Sozialraum "Stadtsee" verdichtet, sind biographische Erfahrungen und Alltagsprobleme von Frau Sommer* typisch für das Leben vieler Menschen in Stadtsee. Drei Bereiche, in denen sich dies zeigt, werden nun näher betrachtet.

Ausschluss aus Erwerbsarbeit: ,Man kann dran zugrunde gehen'

Da ist zunächst die Erfahrung des Ausschlusses aus Erwerbsarbeit und der Entwertung beruflicher Qualifikationen. Ersteres war undenkbar in der 'arbeiterlichen Gesellschaft' (Engler 2018), letzteres hing in Ostdeutschland nicht mit einer Grenzüberschreitung durch die Menschen, sondern einer Grenzverschiebung über sie hinweg zusammen. In deren Folge rauschte der für die westdeutsche Nachkriegsgesellschaft fast sprichwörtliche 'Fahrstuhl nach oben' (Beck 1986) im Ostdeutschland der frühen 1990er Jahre nach unten, mit zeitweise nur etwa einem Viertel in sicherer und auskömmlicher Erwerbsarbeit (vgl. Schultheis/ Schulz 2005: 165ff). Plötzlich erwerbslos zu sein, war eine breit geteilte Erfahrung, die Folge eine auf Dauer gestellte Bewährungsprobe, sofern man nicht auf den Inseln der Entfristung landete. 'Hast du Arbeit?' war die bange Frage bis in die 2000er Jahre, wenn man sich traf, so berichten unsere Gesprächspartner*innen im Gruppengespräch.

Ob sie einen ähnlichen Weg durch die Zonen der Erwerbsarbeit hinter sich haben wie Frau Sommer*, wissen wir nicht. Aber alle verfügen über einen (höher) qualifizierten Berufsabschluss und gehören ebenfalls zu jenen, deren Wissen und Fähigkeiten plötzlich oder sukzessive entwertet wurden. Was es für sie bedeutet, erwerbslos zu sein, zeigt eine Passage, in der mehrere Gesprächspartner*innen ineinandergreifend wie mit einer Stimme sprechen. Sie teilen die Erfahrung, nach und nach soziale Kontakte zu verlieren, nicht mehr eingeladen

zu werden, zu vereinsamen, es sich nicht einmal mehr leisten zu können, zum Frisör oder in den Tierpark zu gehen. Drastische Worte drücken aus, wie sehr der Ausschluss aus sozialen und Arbeitsbeziehungen sowie von kultureller Teilhabe die persönliche Integrität bedroht: "man wird nicht gewollt", "man ist nichts wert", und, in der Konsequenz: "man kann dran zugrunde gehen".

Sorgearbeit unter Druck – und unbezahlte Arbeit, um die Not zu wenden?

Die plötzliche 'Freisetzung' von bis zu drei Vierteln der Erwerbsbevölkerung aus dem ersten Arbeitsmarkt zu Beginn der 1990er Jahre bedeutete für diese Generation unserer Gesprächspartner*innen die Notwendigkeit, mitten im Leben neu anfangen zu müssen und sich dabei in einer neuen Gesellschaftsform zurecht zu finden, die ihrerseits eine grundlegende Transformation durchmachte. So wurde im Sinne der neoliberalen Agenda nicht nur der Arbeitsmarkt dereguliert und flexibilisiert, sondern auch die gesellschaftliche Organisation der Sorgearbeit in zweifacher Hinsicht privatisiert, nämlich einerseits in unbezahlte Tätigkeit überführt und andererseits als bezahlte der Profitmaximinierung überantwortet. (Fraser 2017a, 2017b; Madörin 2001)

Im bezahlten Sektor der Pflege fasste Frau Sommer* zunächst Fuß, wurde dann aber zu einer Zeit entlassen, in der dessen Profitabilität mittels Arbeitsverdichtung und Stellenabbau erhöht wurde. Als derart erwerbslos Gemachte übernahm sie wie viele andere gesellschaftlich notwendige Arbeit – Hausaufgabenhilfe für Kinder und Jugendliche, Einkaufen für Ältere oder die Versorgung von Menschen mit Lebensmitteln bei der Tafel, allerdings unbezahlt bzw. krass unterbezahlt.

Diese Art von Arbeit wird von unseren Gesprächspartner*innen kontrovers diskutiert. Für die einen stehen der subjektive Sinn und gesellschaftliche Nutzen im Vordergrund. Aus der Perspektive der Erwerbslosigkeit heraus gilt für sie, dass Gefühle der Wert- und Nutzlosigkeit durch sinnvolle Betätigung, soziale Isolation durch arbeitsbezogene Kontakte und materielle Not durch ein wenig Extrageld gelindert werden können. Die anderen kritisieren, ebenfalls aus der Perspektive von Erwerbslosen, die unbezahlte Form, in der sie erbracht wird.

So äußert eine Gesprächspartner*in am Beispiel der Arbeit mit Kindern und Jugendlichen: "Diese Arbeit hätte früher ein Erzieher oder Lehrer (...) gemacht. Der hätte dafür sein Geld gekriegt und davon leben können. Warum muss sowas alles auf Freiwilligenbasis passieren?" (G, 48) Eine andere ergänzt, dass es "Betreuungssachen" (ebd.) seien, für die das Geld nicht bereit gestellt werde, und verweist so auf die bereits angesprochene Krise der Reproduktion, die durch die Zerstörung des Sozialstaats und den Druck, auch Sorgearbeit profitabel zu machen, entstanden sind. Die vom Staat vernachlässigte Sorge um sich und um andere muss kompensiert werden.

Und während das ehrenamtlicher Arbeit zugrundeliegende Motiv Gutes zu tun unstrittig bleibt wird aufmerksam registriert, dass Mitmenschlichkeit und die Bereitschaft sich auch unbezahlt ins Gemeinwesen einzubringen gefordert und

instrumentalisiert werden. So verweist eine Gesprächspartnerin kritisch auf eine Äußerung eines Talkshowgasts aus dem Jahr 2018 zum Thema Pflegenotstand. Er habe gesagt: "Die Initiative, die Selbst-…, also dass die Leute sich gegenseitig helfen, das muss noch verstärkt werden" (S. 53).

Tafel und Jobcenter: ,Brot für eine Woche' und ,Was machen die mit uns!?'

Wie für Frau Sommer* gilt für andere auch, dass Hartz IV oder Rente zum Leben nicht reicht. Manche von ihnen gehen wie sie zur Tafel, was wie viele berichten, zunächst Überwindung gekostet hat. Nun aber gehen manche gern, weil sie so ein wenig vor die Tür kommen und der Kontakt mit den Mitarbeiter*innen ihnen gut tut. Manche schildern genauer, dass und warum die Tafel für sie eine notwendige materielle Hilfe darstellt: "Also ich habe heute auch wieder Käse, Wurst und Brot und Gemüse, und für mich reicht das eine ganze Woche, und das würde echt … was fehlen:" (A4, S. 3)

Dass die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse mit kleinen Renten und Hartz-IV nicht möglich ist, drückt ein anderer Abholer so aus: "Also ich würde mir die Sachen, die ich jetzt bekomme, im Laden nicht kaufen, und das kriege ich jetzt hier." (A5, S. 3) Und ein älteres Paar schildert, dass sie ohne die Hilfe der Tafel zu wenig Geld hätten, um – selten genug – Kinder und Enkel oder Bekannte zu besuchen, also enge soziale Beziehungen zu pflegen. Ohne Tafel müssten sie zwischen Nahrung und familiärem Miteinander "wählen".

Von den erwerbslosen Gesprächspartner*innen werden negative Erfahrungen mit dem Regime des Jobcenters geteilt. So wird von Maßnahmen berichtet, die keinerlei neue Qualifikation vermittelten oder nicht wirklich durchgeführt wurden (G, S. 48, 51f). Die Anwesenheit wurde jedoch kontrolliert, so dass die Zeit abgesessen werden musste. Hilfreich für die Betroffenen seien diese Maßnahmen also nicht. Vielmehr werden sie als demütigend empfunden. So berichtet eine Gesprächspartnerin davon, wie ihr die Tränen kamen, als die Leiterin einer Maßnahme sie nach ihrem Befinden fragte und ihr dann versuchte, Mut zu machen: ""Mensch, halten Sie bloß durch." (S. 49)

An der längeren Erzählpassage beteiligen sich wieder mehrere Gesprächspartner*innen, diesmal ergänzend. Sie weisen außerdem darauf hin, dass diese Erfahrungen keine Einzelfälle, sondern im Stadtteil verbreitet seien. Durch solche nutzlosen Maßnahmen werde Wut bei den Menschen entfacht: "Die Leute sagen: "Ich fühl mich hier verarscht" (S. 51). Dass die Statistik dadurch bereinigt werde, sei auch bekannt, denn "die Menschen sind ja nicht doof" und "sagen dann: "Was machen die mit uns? Wer sind wir denn jetzt hier?" (S. 52).

Inwiefern diese kollektiven Erfahrungen als Handlungsprobleme kommuniziert und Änderungen eingefordert werden, wird im folgenden betrachtet.

Artikulation von Interessen und politische Resonanz

Aus der Perspektive derjenigen, die Politik primär mit den Formen des parlamentarischen Systems identifizieren, mag ein nicht geringer Teil der Stadtsee-Bevölkerung als "unpolitisch" gelten, weil er nicht in Parteien organisiert ist und/oder nicht an Wahlen teilnimmt. Dass die parteiförmige Vermittlung und demokratische Aushandlung unterschiedlicher Interessen seit geraumer Zeit aus anderen Gründen nicht mehr hinreichend funktioniert, darauf geben unsere Gespräche verschiedene Hinweise.

So wurde im Gruppengespräch die Möglichkeit erörtert, der Verpflichtung zum Besuch von als unsinnig wahrgenommenen Maßnahmen Widerstand entgegen zu setzen. Manche hätten Betroffene ermutigt und gesagt: "Leute, geht hin und sagt das. Lasst euch das nicht mehr gefallen!" (S. 52) Aktiv wurde und wird aus Furcht vor Sanktionen und wegen der Abhängigkeit von guten Beziehungen zu den Mitarbeiter*innen kaum jemand. Nur eine Gesprächspartner*in beschwerte sich einmal, aus Angst allerdings erst nach Abschluss einer solchen Maßnahme. Geändert habe sich danach nichts.

Angesichts der skizzierten materiell und daher auch sozial beschränkten Teilhabemöglichkeiten ist ein wesentlicher Wunsch der nach Entprekarisierung, wie eine Gesprächspartnerin formuliert: "Wenn wir zum Beispiel mehr Hartz-IV kriegen würden, bräuchten wir nicht [zur Tafel, KRG] kommen" (A4, S. 4). Und eine andere antwortet auf die Frage, was sich ändern müsste: "Oh, da müssten die Rentner mehr Geld kriegen und die Arbeitslosen vielleicht auch ein bisschen" (A7, S. 3). Allerdings ist ihre Erfahrung auch, dass dieses offensichtlich Wichtige nicht getan wird, wie ihre Antwort auf die Frage, wer das umsetzen könne, zeigt: "Ja, nur die Regierung, und die machen es nicht" (ebd.).

Während es in der Öffentlichkeit heißt, dass 'Politik den Menschen besser erklärt werden' müsse, verhält es sich aus der Perspektive unserer Gesprächspartner*innen genau umgekehrt. Die Menschen sagen 'der Politik' etwas, das diese nicht hört oder ignoriert. Die Interessenartikulation von unten wird auf dem Weg nach oben blockiert, und an der Lebenswirklichkeit der Menschen ändert sich durch Wählen nichts Entscheidendes, wie ein Gesprächspartner so formuliert: "Sonst, auch egal, vom Prinzip, wenn wir zur Wahl gegangen sind, ob das jetzt SPD gewählt haben oder CDU, es hat sich doch *im Grunde* nichts verändert." (A2, S. 3) Dass solche Erkenntnis durch mehrere *trial-and-error*-Versuche gebildet wurde, zeigt der Wutausbruch eines Rentners, der seine Hoffnung lange in die SPD gesetzt hatte: "Man weiß nicht recht, was man wählen soll. Die SPD hat uns schon dreimal in den Dreck getreten. Dreimal schon, ja? Kann man auch nichts mit anfangen." (Z. 1887ff.)

Die fehlende Resonanz für artikulierte Interessen im öffentlich-politischen Raum wird auch durch ein wechselseitiges Delegationsprinzip stabilisiert. Sowohl unter Parteipolitiker*innen als auch bei unseren Gesprächspartner*innen ist die Vorstellung verbreitet, dass Politik für Menschen gemacht wird, nicht mit ihnen. Dass sie auch von den Menschen selbst gemacht werden kann (und muss), kommt den allermeisten unserer Gesprächspartner*innen nicht in den Sinn. Und als praktische Erfahrung kommt das Politikmachen von unten in un-

seren Gesprächen nur vereinzelt und als weit zurück liegende biographische Episode, nicht als lebendiger Alltag, vor. So wird von der Teilnahme an Demonstrationen bzw. Initiativen vor und nach der Wende sowie an Aktionen für bessere Löhne und gegen Hartz IV berichtet, letztere wiederum erfolglos.

Die fehlende Resonanz und der Gegensatz zwischen aktiven Politiker*innen und passiven Bürger*innen wird schließlich durch die Differenz der Lebenswirklichkeiten verstärkt. Während unsere Gesprächspartner*innen teils Not leiden ist ihnen klar, dass Diäten den Politiker*innen einen ganz anderen Lebenssstandard ermöglichen und, anders als ihre Renten oder ihr Arbeitslosengeld, erhöht wurden. Dass "die Politik" den Kontakt zu "den Menschen" verloren, von ihrem Leben keine Vorstellung mehr hat und zugleich über sie verfügt, macht eine Gesprächspartnerin in ihrer Antwort auf die Frage deutlich, wie man eine materielle Verbesserung erreichen könne: "Naja, dass die da oben (...) mal einen Tag so leben wie wir um das mal zu erleben wie wir leben müssen." (A4, S. 5)

Insgesamt wird in unseren Gesprächen ein sich über Dekaden erstreckender Prozess skizziert, in dem die Artikulation von sozialpolitischen Interessen, ihre Aufnahme in politisches Handeln und Vertretung gegenüber divergierenden Interessen blockiert wurde. Zum so entstandenen politischen Gegensatz zwischen einem Teil der Bürger*innen und Politiker*innen tritt der soziale hinzu, und die resultierende Entfremdung hat sich verfestigt. Insofern verwundert es auch nicht, wenn von 'denen da oben' oder gar 'der Obrigkeit' gesprochen wird. Dass gar eine Ähnlichkeit zwischen politischer Herrschaft in der DDR und der BRD empfunden wird ist bedenklich und gibt zu denken auf.

Im Blick zu behalten ist, dass all jene, deren politische Teilhaberechte eingeschränkt sind – Migrant*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, Menschen



Tafel 55: Stendal-Stadtsee 2016

mit Beeinträchtigung¹⁰ sowie Kinder und Jugendliche – ebenso von der virulenten Fraktionierung, Prekarisierung und Krise der sozialen Reproduktion betroffen sind, sich aber in den Formen der parlamentarischen Demokratie (noch) nicht artikulieren können. Umso wichtiger wird sein zu betrachten, ob und inwiefern diese Gruppen an alltagsnaher Mobilisierung teilhaben und in welchen Formen sie ihre Interessen artikulieren (können).

Im Folgenden wird betrachtet, wie die heterogene Bevölkerung Stadtsees angesichts ausbleibender Verbesserungen ihren Alltag unter weitgehend gleichbleibend schwierigen Bedingungen lebt.

Nebeneinander, Gegeneinander und Miteinander im Alltag

Komplementär zum strukturell bedingten Wandel des Stadtsees ist auch die Innenstadt der Hansestadt Stendal im Vergleich zur Vorwendezeit zu einem anderen sozialen Ort geworden. Hier leben wenige Migrant*innen, deren Kinder nur in Ausnahmen in einschlägigen Kitas, an den Gymnasien oder an der Hochschule zu finden sind. ¹¹ Dasselbe gilt für Kinder aus prekär oder von Hartz IV lebenden Familien. Die vorwiegend weiß-deutsche Mittel- und Oberschicht bleibt weitgehend unter sich. Als gelebte Alltagspraxis findet die Aushandlung des Mit- oder Gegeneinanders in einer heterogenen Gesellschaft also vorwiegend in Stendal-Stadtsee statt. Hier bewohnen die materiell weniger Begünstigten, ob schon lange hier heimisch oder vor längerer oder kürzerer Zeit zugezogen, dieselben Häuser. Ihre Wege kreuzen sich auf den Straßen und in den Supermärkten, sie begegnen sich bei den Ärzten und ihre Kinder besuchen dieselben Kindertageseinrichtungen, Schulen und Vereine.

Das Verhältnis zueinander wird deshalb auch oft (nicht immer) konkret-anschaulich und unter Bezug auf konkrete Erfahrungen ausgebildet. Wir betrachten im Folgenden, wie Heterogenität als Nebeneinander, Gegeneinander und Miteinander gelebt und gedeutet wird.

Aus der Mehrheitsperspektive antwortet eine Gesprächspartnerin auf die Frage nach dem Miteinander im Stadtteil: "Gut, eigentlich gut. Auch mit den Ausländern komme ich auch zusammen, (...) also ich meine, du hast solche und solche, das hast du auch bei den Deutschen" (A6, S. 3). Das sich hier andeutende Muster der primären Betonung von Differenz in Bezug auf Migration, der sekundären in Bezug auf Klasse und Status zieht sich durch viele Gespräche. Während in diesem Fall ein wirkliches Miteinander stattfindet und die Betonung von Unterschieden (statt Gemeinsamkeiten) neutral bleibt, scheint eine andere Gesprächspartner*in keine persönlichen Kontakte mit Migrant*innen zu pflegen. Sie wendet sich gegen pauschale Negativurteile, unterstützt aber schnelle Abschiebungen bei Fehlverhalten: "Aber was ich auch nicht mag ist, dass sie alle

148

-

¹⁰ Aktuell (Mai 2019) ist das Urteil des BverfG zur Zulassung von Menschen mit Beeinträchtigung zu den Europa- und Kommunalwahlen.

¹¹ Dass und warum geflüchteten Kindern und Jugendlichen auch jüngst nicht alle Bildungswege eröffnet wurden, haben wir exemplarisch aufgearbeitet in Reimer-Gordinskaya/Schulze (2017).

Ausländer immer über einen Kamm scheren, das hasse ich wie die Pest (...), denn wenn man die Schicksale manchmal so hört und liest (...)", aber "diese Bösewichte, die ja hier wirklich Schaden anrichten und böse sind, die sollten sie nehmen und kein großen blabla rein ins Flugzeug" (A1, 4).

Im Unterschied zu diesen Gesprächspartnerinnen bringen andere ein generell negatives Urteil über Migrant*innen zum Ausdruck, so etwa ein Gesprächspartner, der auf die Frage nach Dingen, die ihm im Stadtteil nicht gefallen, antwortet: "Ja, die Zusammenrottung von Ausländern, da wünsche ich mir viel mehr Polizeistreifen und ständige Kontrollen" (A2, 1). Ähnlich eine Gesprächspartnerin: "Das einzigste, was mich stört, die ganzen Ausländer (…), weil die können sich nicht benehmen, der Dreck liegt überall rum, jeden Morgen kommt eine Kehrmaschine, um den ganzen Dreck weg zu machen, und das bezahlen wir auch alle" (A5, S. 1).

Neben solchen pauschalen, abwertenden Abgrenzungen von Migrant*innen und vorurteilsförmigen Zuschreibungen entstehen Deutungen, die ein Gegeneinander betonen, auch im Kontext der Konkurrenz um knappe Güter. Beispielsweise werden frühere Auseinandersetzungen um die beste Ausgangsposition beim Zutritt zur Tafel angeführt, in der 'Ausländer' vor allem ältere Menschen verdrängt hätten, oder es wird vermutet, dass Geflüchtete mit der Grundausstattung auch Waschmaschinen bekommen hätten, während man selbst dafür langwierige Anträge habe stellen müssen.

Angesichts langfristig erfahrender materieller Not und administrativer Gängelung wird offenbar als ungerecht empfunden, dass für Geflüchtete materielle Ressourcen in einem Umfang mobilisiert wurden, von denen man selbst nur träumen kann. So formulierte eine Frau in einem Gespräch an der Wohnungstür: "Es ist ja eigentlich okay, dass die Flüchtlinge hier sind, wenn es nur nicht so ungerecht wäre."

Wenngleich in keinem Gespräch eine direkte pauschale Abgrenzung von Erwerbslosen zu hören war, scheinen sich Betroffene mit diesem Problem konfrontiert zu sehen. So verwahrt ein Gesprächspartner sich und seine Angehörige gegen pauschale Anschuldigungen: "Wenn man das von außen anguckt, dann werden wir alle in die Schublade "wir sind arbeitsfaul, arbeitsscheu und halten nur die Hand auf' geschoben (…), aber wir sind Fälle, die nicht mehr arbeiten können, aus Krankheitsgründen" (A4, S. 5). Während auf sie das Vorurteil also nicht zutreffe, scheint es für andere zu gelten.

Diese Andeutung führt eine andere Gesprächspartnerin aus: "Ich meine, bloß weil ich Hartz-IV-Empfängerin bin, muss ich mich doch nicht benehmen wie der letzte Assi, aber bei den meisten ist das [die Vorstellung, KRG] so. (...) Manche, die benehmen sich dann wirklich auch so, das ist aber das, was auch die Alg-II-Empfänger dann auch so in Verruf bringt. Ja, die stehen morgens auf, gleich die Bierpulle am Hals. Bei vielen ist es leider so, bei mir nicht, ich trinke keinen Alkohol." (A3, S. 3)

Differenzen entlang von Herkunft und Klassenzugehörigkeit bzw. Status sind in den skizzierten Lebenswirklichkeiten in den Zonen der Prekarität und Exklusion verankert, aber ihre Betonung als Differenz, ihre negative Aufladung und die daraus folgende Abgrenzungen von 'den Anderen' sind keine notwendigen Deutungs- und Umgangsweisen mit den Herausforderungen der Menschen an diesem sozialen Ort. So wird im Gruppengespräch etwa das Tragen des muslimischen Kopftuchs einerseits als Unterschied, andererseits mit Verweis auf bis in die 1980er Jahre kopftuchtragenden DDR-Frauen als Gemeinsamkeit thematisiert. Und es wird positiv auf die Selbstorganisation von Migrant*innen und auf gelingendes Miteinander am Beispiel der Interkulturellen Woche verwiesen. Problematisiert wird hingegen, dass staatlicherseits auf die jüngste Einwanderungsbewegung finanziell und organisatorisch nicht angmessen reagiert worden sei, so dass die Aufnahme weitgehend mit dem bestehenden Personal bzw. durch Ehrenamt geleistet werden musste und sich die ohnehin bestehende Ressourcenknappheit verschärfte.

Solidarität und Allianzen gegen Ungleichheit und Spaltung

Bevor sich die AfD ab 2013 als Partei konsolidierte, um 2016 und 2017 auch in Stadtsee zu reüssieren, hatten sich die langfristigen Entwicklungen – Prekarisierung, Erosion sozialer Beziehungen, Krise der Sorgearbeit und mangelnde politische Repräsentation und Teilhabe der Betroffenen – mitsamt den positiven wie negativen Deutungs- und Umgangsweisen auf individueller und kollektiver Ebene bereits verfestigt.

Die Strategie der AfD war mit Blick auf die Teilzielgruppe von Menschen aus benachteiligten Stadtteilen darauf ausgerichtet, die unsozial-neoliberale Ausrichtung ihrer sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Programmatik¹² in den Hintergrund zu rücken. So hat sie 2016 und 2017 in Stadtsee und vergleichbaren Stadtteilen nicht plakatiert, dass sie gegen die Erhöhung des Mindestlohns, für einen schlanken Staat auf Kosten der Sorgearbeit und Reproduktionsfähigkeit der Menschen, für ein höheres Renteneintrittsalter und Steuerentlastungen für Wohlhabende eintrat. Stattdessen setzte sie alles daran, die Differenz zwischen 'Deutschen' und 'Ausländern' zu vertiefen und Konkurrenz in dieser heterogenen Bevölkerung auf Kosten der letzteren zu schüren.¹³

Ihr rassistischer (und anderweitig menschenfeindlicher) Diskurs, in dem auch die soziale Frage ethnisiert wurde, fiel angesichts der vorhandenen Stimmungen im Stadtsee auf teils fruchtbaren Boden. Denn in den Deutungs- und Handlungsweisen der adressierten Mehrheitsbevölkerung koexistieren legitime sozialpolitische Forderungen mit unterschiedlich stark ausgeprägten rassistischen Vorstellungen in unterschiedlichen "Mischungsverhältnissen". Während sich die Ablehnung von Migrant*innen (und manchen "Deutschen") teils verfestigt hat und ideologisch begründet wird, ist das Verhältnis zu "den Anderen" an-

150

_

¹² Die national-neoliberale und -konservative Strömung dominierte seit Gründung lange Zeit (Friedrich/Linke 2018), und auch im Wahlprogramm zur Landtagswahl 2016 der LSA-AfD, in der der völkische Flügel von Anfang an sehr stark war, wurden neoliberale Dogmen nicht hinterfragt. Zum entsprechenden Auftreten im Landesparlament LSA nach der Wahl vgl. ebd.: 41ff.).

 $^{^{13}}$ Für die Bundestagswahl 2017 vgl. AfD (2017: 4 und 22ff.). Hier lässt sich nachvollziehen, dass die AfD nicht gegen Prekarisierung vorgehen, sondern Konkurrenz schüren möchte. Für die Landtagswahl 2016 war dies unserer Beobachtung nach nicht anders.

dernteils widersprüchlich und ideologisch nicht kohärent. Und bei manchen scheint es, als ob die Ablehnung von Migrant*innen stark aus der Wut über die eigene Abwertung gespeist wird, bei anderen kommt sie unabhängig von der Thematisierung der eigenen Misere zum Ausdruck.

Angesichts dessen greifen Analysen und Strategien zu kurz, die rechtspopulistische Orientierungen und/oder die Wahl der AfD *entweder* auf fehlgeleitete sozialpolitische Forderungen *oder* auf einen schlichten Ausdruck rassistischer und anderweitig menschenfeindlicher Einstellungen zurückführen. Beide Momente greifen im Alltag, im Denken und Handeln eines Teils der Menschen so ineinander, dass Spielraum für einen kritischen Dialog vorhanden ist. Und so müsste der Desartikulation der sozialen Frage und ihrer Reartikulation in Form des rassistischen und anderweitig menschenfeindlichen Kulturkampfs durch die AfD umfassend (und nicht einseitig) begegnet werden. Es gilt, Solidarisierung und das Ringen um Allianzen vor Ort an die Stelle gewollter oder fahrlässiger Produktion von Ungleichheiten und Spaltungen zu setzen. Dazu gehört es, das Neben- und Miteinander im Bezirk rassismuskritisch zu bewahren und auszubauen, und der Prekarisierung von Lohnarbeit und Krise der Sorgearbeit klassismuskritisch zu begegnen.

Fazit

Stadtsee als 'Problemquartier' wahrzunehmen, geht nicht nur an der Realität vorbei, sondern führt auch in eine Sackgasse, wenn es um die Frage geht, wo und wie sich die Zukunft des demokratischen Miteinanders entscheidet. Deshalb setzen wir dieser Wahrnehmung die Feststellung entgegen: Es ist die Bevölkerung Stadtsees, die im Alltag bereits lebt, was Leben in einer heterogenen Gesellschaft im 21. Jahrhundert bedeutet – im Guten wie im Schlechten.

In Stadtsee verdichten sich die plötzlichen und schleichenden Folgen des schockartigen Übergangs vom "real existierenden Sozialismus" in den zunehmend neoliberal (de)regulierten Kapitalismus: Erosion der sozialen Beziehungen in Nachbarschaften und Familien, prekäre Arbeit, diskontinuierliche Erwerbsbiographien und Erwerbslosigkeit, Erosion der Sorge um sich und andere und unbezahlte Arbeit als unmittelbare Lösung. Insoweit damit verbundene Alltagsprobleme artikuliert und grundlegende Verbesserungen eingefordert wurden, fanden sie im öffentlich-politischen Raum über Jahrzehnte keine (wirksame) Resonanz, so dass die Krise der Demokratie (Crouch 2008) sich auch hier in geringen Parteimitgliedschaften und sinkender Wahlbeteiligung der ohnehin Benachteiligten niederschlug - bis es der AfD 2016 und 2017 gelang, wieder mehr Wähler*innen zu mobilisieren und Stimmen auf sich zu ziehen. Die vorhandenen Spaltungen entlang von Klassenzugehörigkeit werden in deren Strategie desartikuliert, Differenzen entlang von Migrationserfahrung vertieft und in einen rassistischen und anderweitig menschenfeindlichen Kulturkampf gegossen.

Im Stadtsee leben zugleich Menschen, die im Alltag bereits jetzt eine Alternative zu der bewusst oder fahrlässig hervorgerufenen ökonomischen, sozialen und

rechtlichen Ungleichheit und Spaltung gestalten. Das gilt für Einzelne, die der zerstörerischen Kraft der Erwerbslosigkeit trotzen, ebenso wie für Gruppen, die in ehrenamtlicher Arbeit all die Arbeit tun, für die in der neoliberalen Welt keine öffentliche Verantwortung mehr übernommen wird: die Sorge um sich und um andere, die hier keine 'Anderen' sind, sondern Alte, Kinder und Jugendliche, die unterschiedlicher Unterstützung bedürfen, aber auch selbst Akteur*innen sind. Ansatzpunkte sind auch überall dort zu finden, wo aus dem Nebeneinander der heterogenen Bevölkerung ein Miteinander wird, in den Kindertageseinrichtungen, Schulen und Vereinen. Ansatzpunkte sind auch dort, wo materielle und soziale Not, fehlende Anerkennung und verwehrte Teilhabe in selbstorganisierten Formen wie etwa der Tafel gelindert werden. An all diesen haupt- und ehrenamtlich organisierten Orten kann Demokratie potentiell nicht nur als Theorie gelernt, sondern als Praxis geübt werden.

Dabei kommt es darauf an, Ähnlichkeiten der Erfahrungen u.a. mit Blick auf Klassenzugehörigkeit, Sorgearbeit und Grenzerfahrungen¹⁴ in den Vordergrund zu stellen ohne die Unterschiede zu negieren. Diese individuellen und kollektiven Ansätze eines solidarischen Umgangs miteinander sind der Humus einer demokratischen Gesellschaft, das Ausmaß ihrer Unterstützung in Politik und Zivilgesellschaft der Lackmustest unserer Demokratie.

_

¹⁴ Die Erfahrung der Entwertung und Aberkennung von Berufserfahrungen und -abschlüssen, die Notwendigkeit, in einer fremden Gesellschaft neu anfangen zu müssen, teilen Ostdeutsche und Migrant*innen.

Halle-Neustadt: Fünf Jahre nach dem 50-Jahres-Jubiläum

Peer Pasternack Steffen Zierold

2014 hatte sich die Grundsteinlegung Halle-Neustadts zum 50. Male gejährt. Zwar war das 50-Jahres-Jubiläum ein vornehmlich lokales Ereignis geblieben, obgleich das Entstehen der Plattenbaustadt für fast 100.000 Einwohner seinerzeit international beachtet und gelegentlich gar mit der Niemeyerschen Umgestaltung Brasilias (1957–1964, seit 1987 Weltkulturerbe) verglichen worden war. Doch immerhin brachte das Jubiläum 2014 eine deutliche kommunale Aufmerksamkeitssteigerung für die Probleme des Stadtteils – Schrumpfung, Segregation, SGB-II-Konzentration, Bildungsarmut und ein entsprechendes Image – mit sich.

Das Jubiläum wiederum jährt sich 2019 zum fünften Mal. Aus diesem Anlass kann man zwei Fragen stellen: Hat die 2014 erhöhte Aufmerksamkeit dazu geführt, dass eine größere Souveränität im Umgang mit den Problemen des größten Stadtteils Halles gewonnen werden konnte? Ließ sich seither für die zentralen Herausforderungen, vor denen die Neustadt stand und steht, ein produktiver Bearbeitungsmodus finden? Zunächst aber ist in Rechnung zu stellen, dass der 50. Gründungstag auch (noch einmal) einen intensiven Blick in die Stadt(teil)geschichte mit sich brachte (vgl. Schweitzer 2014 und Pasternack u.a. 2014) – nicht zuletzt, weil sich die Einwohnerschaft zu einem beträchtlichen Teil aus den Erstbezugsgenerationen zusammensetzt und dieser Teil der Einwohner eine biografisch DDR-geprägte Identifikation mit Halle-Neustadt aufweist.

Halle-Neustadt 1964–1989: Das Betriebssystem einer sozialistischen Stadt

Halle-Neustadt war in der DDR das größte Projekt der Errichtung einer eigenständigen Stadt gewesen. Berlin-Marzahn und Berlin-Hohenschönhausen waren zwar noch größer, aber 'nur' Stadtbezirke. Halle-Neustadt war die Rolle des modellbildenden Vorbilds zugedacht: "diese Stadt lässt nicht nur ahnen, sondern absehen, daß die Städteplaner unserer Republik bereits mit einem Bein im nächsten Jahrhundert stehen" (Heimlich 1967). Und: Wer in Halle-Neustadt lebte, durfte "in der Zukunft leben" (Vöckler/Denk 2009). Die einzige DDR-Neuplanung einer ganzen Großstadt gewesen zu sein, ihr Modellcharakter für den gesamten DDR-Wohnungsbau und die lange Bauzeit: Das begründet die Besonderheit Halle-Neustadts.

Der Aufbau der neuen Stadt wurde mit einer gleichsam zivilreligiösen Aufrüstung verbunden. Recht markante Vorstellungen, die in Bezug auf die Stadt –

d.h. für sie, in ihr, durch und über sie – produziert wurden, verdichteten sich in den DDR-Jahren zu einem städtischen Ideenhaushalt. Halle-Neustadt sollte vieles sein: sozialistische Stadt, Chemiearbeiterstadt, Modell für den Städtebau in der DDR, Großstadt, Stadt der Jugend. Also: sozialistische Chemiearbeiter-Modellgroßstadt der Jugend.

Die Rekonstruktion des Ideenhaushalts ergibt aber auch eine Kombination von kleinem Glück mit großen Ansprüchen. In den Absichten – nicht zwingend auch in der Umsetzung – und den Ideen, die das Realgeschehen überwölbten, verbanden sich:

Tafel 56: Ideenhaushalt Halle-Neustadts

 Funktionalismus, Rationalität, Typisierung soziale Gleichheit und Glücksund Planung, kurz: Modernität versprechen Funktionstrennung, Weite, Licht und grüne Gemeinschaftlichkeit. Nachbarschaft und Kollektivität Perfektion und Effizienz der Ressourcensozialistische Lebensweise mit der bewirtschaftung sowie optimale Organisation Übereinstimmung von gesellschaftfamiliären und kommunalen Lebens lichen und individuellen Interessen Chemie als Basis einer individuellen wie sowie (normgeleiteter) Bedürfnisbefriedigung gesellschaftlichen Wohlstandsverheißung Zeitersparnis und Freizeitgewinn Arbeitsethos und Bildungsoptimismus Freizeitwert und Aufenthaltsquali-• historische Einbettung in die Tradition der tät der Stadt kommunistischen Arbeiterbewegung und großstädtischer Charakter sozialistische Kulturrevolution Gegenentwurf zu Alt-Halle Sinnlichkeit und Steigerung architektonischer Aussagen durch Kunst, also ästhetisch Planbarkeit pulsierenden urbanen vermittelte Weltaneignung Lebens Familienorientierung und Frauenemanzipation ■ Modellhaftigkeit der Stadt Neuer Mensch bzw. allseitig entwickelte ■ Überlegenheit im Systemwettbesozialistische Persönlichkeit werb, Gewissheit des "unaufhaltsamen Sieges" des Sozialismus und (systemverträgliche) Partizipation der Zukunftsoptimismus Einwohner

Dieser Ideenhaushalt wurde im Zeitverlauf politisch und alltagsweltlich bewirtschaftet: beginnend bei den Bedeutungen, die Halle-Neustadt als einer zu verwirklichenden Idee von politischer Seite angesonnen worden waren, über die Penetration und Persistenz dieser ideologischen Maximalversorgung im damaligen Alltagsbewusstsein bis hin zu zum heutigen Gedächtnis der Alt-Einwohner.innen, d.h. der Erstbezugsgenerationen.

Das implizite Leitbild war die *eindeutige Stadt* gewesen, eine architektonisch wie kulturell gebändigte Stadt. Die zugrundeliegende Stadtkonstruktion zielte darauf, Deutungsoffenheiten, konkurrierende Deutungen, Normenkonflikte, alternative Optionen, Paradoxien, Dilemmata oder Zielkonflikte systematisch auszuschließen. Eine strikte Funktionalität erstreckte sich auf die stadträumliche Gestalt und die praktischen Lebensvollzüge der in ihr lebenden Menschen.

Der Erste Stellvertreter des Oberbürgermeisters hatte 1984 die Frage, ob die neuen Lebensbedingungen in der Stadt auch "neue Menschen" hervorbringen, mit den Worten beantwortet:

"Im Prinzip ja, doch es gibt da keinen Automatismus. Die Menschen hier arbeiten in der Regel gut, erfüllen gewissenhaft ihre staatsbürgerlichen Pflichten. Doch es gibt auch Faulenzer. Und wir haben auch schwierige Jugendliche." (Zit. in Krestjaninow 1984: 24)

Die Gründer Halle-Neustadts indes hatten eine Art 'kleine DDR' vor Augen gehabt. In der Überschaubarkeit einer Stadt sollte sich schon einmal verwirklichen, wie die DDR schließlich insgesamt werden sollte: "Mit dem Bau der Chemiearbeiterstadt werden wir demonstrieren, wie wir uns die Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen vorstellen", so hatte SED-Bezirkssekretär Horst Sindermann (1968: 5) zur Grundsteinlegung verkündet. Das schlug bis ins Privateste durch: Die sozialistische Familie stellte man sich als "freiwillige Vereinigung der Werktätigen" vor, "die sich durch freundschaftliche, kameradschaftliche, verwandtschaftliche oder intime Beziehungen verbinden" (Schmiedel 1967: 60).

Halle-Neustadt wurde aber auch tatsächlich im kleinen, was die DDR im großen war: ökonomisch, sozial und politisch entdifferenziert, zugleich funktionalstadtstrukturell den starken Bildungsoptimismus der DDR verkörpernd und qua getakteter Planung und Realisierung technisch modern, zumindest soweit die

Tafel 57: Stadtwappen Halle-Neustadt



Ressourcen dafür mobilisiert werden konnten. Das Stadtwappen bot Gelegenheit, die großen Ansprüche aufs Lokale hin symbolisch zu verdichten:

"Der in Gold gehaltene Schlüssel … verkörpert die zehntausendfache Schlüsselübergabe …, die den Weg freigab für Familienglück und frohes Kinderlachen, für gesellschaftliche Einrichtungen, die allen zugänglich sind. Um die Funktion Halle-Neustadts als Chemiearbeiterstadt zu verdeutlichen, wurde der Benzolring als ein grafisches Symbol in das Wappen eingesetzt. | Das Wappen symbolisiert die engen Beziehungen zwischen der Bezirksstadt Halle und Halle-Neustadt durch die … Einbeziehung eines sechsstrahlig gekanteten Sternes aus dem

Wappen der Stadt Halle. | Ein wesentliches Merkmal ist die Farbigkeit. Es ist bewußt roter Untergrund gewählt worden, um zu dokumentieren, daß es schon immer der Wunsch und der Kampf der Arbeiterklasse war, solche Wohnbedingungen zu schaffen, wie sie heute in Halle-Neustadt verwirklich sind." (Tafel 57)

¹ Halle-Information: Konzeption Stadtrundfahrt Teil Halle-Neustadt, März 1989, 13 S., in: Slg. Geschichtswerkstatt Halle-Neustadt 1989, S. 2f.; vgl. auch Möhrdel (1988)

Die Stadt ist ein exemplarisch gedachter Bestandteil eines Gesellschaftsprojekts gewesen, das sein Ziel kannte und das zur Zielerreichung gewillt war, jegliche Irritationen als irrelevant zu ignorieren oder ggf. aus dem Weg zu räumen – statt sie zu bearbeiten. Dazu wurde Halle-Neustadt als ein sich selbstregulierendes System geplant und gebaut, in dem funktionale Eindeutigkeiten das störungsfreie Voranschreiten zum sozialistischen Leben und Streben ermöglichen. Steuernde Interventionen politischer oder ideologischer Natur sollten gleichsam algorithmisch in Abläufe und Selbstbild der Stadt übersetzt werden. Eine Stadt-Mensch-Kopplung war angestrebt, in der durch die Stadtmorphologie und das Institutionengefüge verhaltenssteuernde Nachrichten an die Bewohner.innen übertragen werden, die sich dann in den determinierten Regelkreisen bewegen.

Verglich man es mit den allerorten sanierungsbedürftigen Altbauten, dann war die Wohnsituation in Halle-Neustadt tatsächlich exklusiv. Doch die normierten Wohnungen und die normierte Wohnumwelt transportierten auch politische Erwartungen der Normbefolgung. Die Stadt war eine Planstadt in jeder Hinsicht: architektonisch, städtebaulich, hinsichtlich der Alltagsabläufe und kulturell. Normabweichungen waren möglichst zu vermeiden.

Religion z.B. kam in der Stadt fast nicht vor – außer in der Friedhofsordnung: "Die Friedhofsverwaltung ist nicht berechtigt, Einschränkungen von Inschriften oder Symbolanwendungen vorzunehmen, die Ausdruck einer anerkannten Glaubensgemeinschaft sind" (Friedhofsordnung 1985: 11). Die evangelische Gemeinde Halle-Neustadt residierte jenseits der Neubauten im Restdorf Passendorf, die katholische Gemeinde auf der anderen Seite der Saale am Altstadtrand. Soweit sich Eigensinn der Bewohner.innen zeigte, zielte er auf die Steigerung des individuellen Glücks. Fernseher, Kleingarten oder die mühevolle Individualisierung der Plattenbauwohnungen – das vor allem bestimmte die Freizeit vieler Neustädter. Stadtordnungswidrig wurden insbesondere die Balkone aufwendigen Umarbeitungen unterzogen und Antennen für das Westfernsehen auf die Dächer montiert.

Das heikelste Unterlaufen politischer Ansprüche an die Stadt war gänzlich unpolitisch. Es bestand in einem vielfach erprobten Muster: Man nahm eine Arbeit in Leuna oder Buna auf, um die Wohnungszuweisung für Halle-Neustadt zu erlangen, und anschließend sah man sich nach einer Arbeit außerhalb der Chemiewerke um. Damit wurde tendenziell der Charakter Halle-Neustadts als Chemiearbeiterstadt infragegestellt. Es zeigte aber auch: Die planwirtschaftliche Ordnung im Beschäftigungssystem wurde individuell unterlaufen, und deren Mechanismen wurden so instrumentalisiert, dass sie den eigenen Präferenzen entsprachen.

Insofern lebten die Neustädter auch neben den Ansprüchen, mit denen die Stadt und ihre Einwohner politisch befrachtet wurden: Es handelte sich dabei in mancherlei Hinsicht schlicht um Überforderungen. Ein hybrides Menschenbild forderte von den Einzelnen einerseits abstrakteste Einsichten in historische Prozesse, deren vermeintliche Gesetzmäßigkeiten und entsprechende Folgerungen für den Alltag. Andererseits war den Einzelnen hinsichtlich der Details poli-

tischer Prozesse Unmündigkeit verordnet, da die Partei das Wissen um den Gang der Dinge monopolisiert hatte. Dem ließ sich individuell sinnvoll nur dadurch begegnen, dass man den politischen Ansprüchen gegenüber Routinen des Ins-Leere-laufen-Lassens entwickelte.

Zugleich war auch die Toleranz gering, wenn es um Abweichungen von gängigen Üblichkeiten ging. Ob lange Haare bei männlichen Jugendlichen, öffentlicher Unmut gegen die unübersehbare Umweltverschmutzung durch die Chemiewerke oder Wehrdienstverweigerung: So etwas war den meisten Neustädtern eher suspekt. Das bekamen vor allem die zahlreichen Jugendlichen zu spüren.

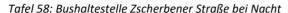
Halle-Neustadt war eine sehr junge Stadt. Es zogen insbesondere junge Familien in die Neubauwohnungen. Daher betrug 1972 der Altersdurchschnitt der Erwachsenen 24,4 Jahre, und ein Drittel der Bevölkerung waren Kinder (Hafner 2006: 131f.) Die Kinder wuchsen heran, gingen in die zahlreichen Kindergärten und Schulen, wurden Jugendliche und entwickelten eigene Vorstellungen. Für deren Entfaltung bot die Stadt kaum Freiräume. Individualismus wurde nur in den beengenden Grenzen des sozialistischen Systems geduldet, etwa als Erfindertum für die "Messe der Meister von morgen" (MMM) oder als "Junger Mathematiker" in der "Station Junger Techniker und Naturforscher". Die wenigen Jugendklubs betrieb die Freie Deutsche Jugend (FDJ). Die Schulen waren vergleichsweise gut ausgestattet und vermittelten erfolgreich Grundlagenbildung. Doch zugleich waren sie, wie überall in der DDR, politische Disziplinaranstalten. Renitenz wurde streng geahndet mit Sanktionen, Ausschluss aus der FDJ und Verweigerung weiterführender Bildung.

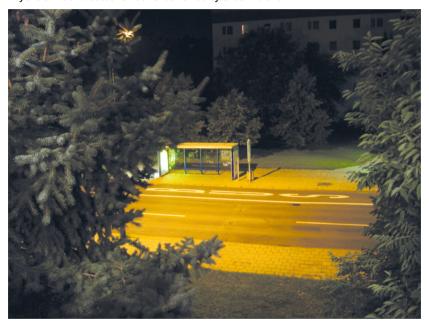
Halle-Neustadt hat in der DDR gewiss Beachtliches für Mehrheiten geleistet. Minderheiten allerdings und deren Ansprüche waren in der Stadtkonzeption nicht vorgesehen. Üblicherweise sind größere Städte dicht bewohnt von heterogenen Einwohnerschaften und bieten für einzelne und für Gruppen Sektoren der Autonomie: Sie ermöglichen Freiräume. Damit unterscheiden sie sich von der sozialen Enge dörflicher und kleinstädtischer Situationen. Das macht sie attraktiv für Menschen, die irgendeiner gesellschaftlichen Norm oder einem gesellschaftlichen Durchschnitt nicht entsprechen. Denn das "Dickicht der Städte" (Bertolt Brecht) sorgt dafür, dass Minderheiten sozialen Kontrollansinnen leichter ausweichen können. Daher finden diejenigen, die in irgendeiner Weise von der Mehrheitsbevölkerung abweichen, in größeren Städten Möglichkeiten der Nischenbildung.

Das war auch in den alten Städten der DDR zu beobachten. Ob Künstler oder Lebenskünstler, Zeugen Jehovas, Schwule und Lesben, innovative Spinner oder Anthroposophen, Punks oder Homöopathen, Christen oder politisch Oppositionelle: Sie und andere fanden dort Mittel und Wege, um ihre eigenen Räume bilden zu können. All das galt (in diktaturtypischen Grenzen) auch in der DDR. Aber: Es galt dort kaum für die Neubaustädte. Auch in Halle-Neustadt blieben Minderheiten nicht nur weitgehend unsichtbar, sondern bildeten auch kaum eigene Strukturen unterhalb der Sichtbarkeitsschwelle. Ein Teil der Erklärung dessen liegt darin, dass Alt-Halle dafür die besseren Bedingungen bot und man

dorthin ausweichen konnte. Ein anderer Teil wird darin gelegen haben, dass es der Neubaustadt an der Unübersichtlichkeit mangelte, die Nischenbildung erst möglich macht.

Wer von den Einschränkungen, die Halle-Neustadt auch produzierte, betroffen war, auf den wirkte die uniforme Erscheinung der Stadt eindeutig: als Teil einer Zurichtung auf eine uniforme Haltung. Dass Halle-Neustadt zum Beispiel seiner Jugend auch andere Möglichkeiten hätte bieten müssen, machte der Erfolg der Offenen [Jugend-]Arbeit in der evangelischen Gemeinde von 1977 bis zu ihrem erzwungenen Ende 1983 offenkundig (vgl. Bonk/Key/Pasternack 2013). Keine Mehrheit der Neustädter Jugendlichen sammelte sich dort, aber eine relevante Minderheit Unangepasster. Und Veränderungen gehen immer von Minderheiten aus. So war es dann auch 1989.





Auf eine einheitliche Bewertung lassen sich die Urteile über Halle-Neustadt als DDR-Stadtprojekt indes bis heute nicht bringen: Es polarisiert vielmehr, nicht erst seit 1989, sondern von Beginn an. Es war dauerhaft Idee und Experiment, Lebensort und Provokation. Der industrielle Plattenbau brach gründlich mit der Vorstellung von der gewachsenen Stadt. Neuankömmlinge in der Stadt, die lange Zeit zudem eine Großbaustelle war, waren hin und her gerissen zwischen dem seinerzeit ungewöhnlichen Wohnkomfort und der etwas spröden Anmutung der Betonhäuser. Auswärtige konnten sich meist nie recht vorstellen, dass man sich inmitten dieser Architektur heimisch fühlen könne. Die Architekten fochten Dauerkämpfe aus, um die Typenbauten durch sogenannte Sonder-

lösungen attraktiver zu machen. Die Bauleiter schlugen sich mit unzulänglichen Zulieferungen herum und suchten fortwährend, die Baustellenorganisation in den Griff zu bekommen. Das Stadtzentrum sollte der gestalterische Höhepunkt werden, blieb aber in seinem zentralen Teil bis weit in die 90er Jahre eine Brache. Da der geplante Kulturpalast nie gebaut wurde, hatte die Hochkultur dauerhaft keine Heimstatt in Halle-Neustadt.

Das soziale und politische Profil Halle-Neustadts seit den 90er Jahren und heute²

2014 war die Neustädter Einwohnerzahl im Vergleich zu 1990 unter die 50-Prozent-Marke gerutscht. Verlassen hatten die Stadt – seit Mai 1990 Stadtteil – aber mehr ihrer ursprünglichen Bewohner.innen, als es diese Zahl vordergründig nahelegt: Nach 1989 entschieden sich 70 Prozent der Neustädter zum Wegzug, z.T. freiwillig, etwa weil ein Häuschen im Grünen lockte, z.T. unfreiwillig, weil ein Arbeitsplatz nur andernorts zu finden war.

Dass die Bevölkerung trotz 70 Prozent Wegzugs nicht auf 30 Prozent reduziert wurde, lag an gleichzeitigen Neuzuzügen. Von den heutigen Einwohnern lebten etwa 55 Prozent bereits 1989 in der Stadt. Die Neuzugänge setzten Mitte der 90er Jahre ein, als in der halleschen Altstadt die Mieten zu steigen begannen und die seinerzeitigen russischen Kontingenteinwanderer Wohnungen suchten. Die Neu-Einwohner.innen, die mittlerweile fast die Hälfte der Teilstadtbevölkerung bilden, waren und sind in der Regel Menschen, die für ihren Wohnstandort aus wirtschaftlichen Gründen nur eingeschränkte Wahlfreiheit haben (Stadt Halle 2010: 13).

Seit 2015 nimmt die Bevölkerungszahl auch insgesamt wieder etwas zu. Sie stieg von 2014 bis 2018 um vier Prozent. Nun lebt ein Fünftel (19 %) der halleschen Bevölkerung in Halle-Neustadt. In dem Zuwachs der letzten Jahre bildet sich vor allem ab, dass seither größere Gruppen schutzsuchender Menschen vor allem aus internationalen Krisenregionen Wohnraum benötigten. Mit der sozialen Struktur der Neuzugänge seit den 90er Jahren war für Halle-Neustadt das westliche Modell der Großwohnsiedlung zum Zuge gekommen: Der ursprünglich im eigentlichen Sinne tatsächlich sozial gedachte Wohnungsbau wurde zum sozialen Brennpunkt, gemildert einstweilen durch die Einkommensverhältnisse und Alltagsroutinen der alternden Ersteinwohner, soweit diese in der Teilstadt verblieben.

werterweise *Katrin Harm* vom MLU-Institut für Soziologie und *Tobias Jaeck* vom Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) beratend zur Seite.

159

² Die Datenrecherchen für diesen Abschnitt wurden von *Paul Rieth* und *Norman Richter* unterstützt. Dafür konnten wir, neben öffentlich zugänglichen Quellen, einerseits auf die stadtteilspezifischen Daten des Fachbereichs Einwohnerwesen der Stadt Halle zurückgreifen. Hier standen dankenswerterweise *Birgit Seliger* von der Abteilung Statistik und Wahlen und *Michael Weigend*, Koordinator für Qualitätsmanagement und Projekte in der Abteilung, sowie *Johanna Ludwig* vom Quartiermanagement Halle-Neustadt beratend zur Seite. Andererseits konnten stadtteilspezifische Daten, die den veröffentlichten Ergebnissen der Bürgerumfragen Halle zugrundeliegen, verwendet werden. Bei dieser Auswertung der Datensätze standen dankens-

Die Quote der Sozialhilfeempfänger betrug 2001 12 Prozent (Gesamt-Halle: 7,5 %). 2010 lebte zirka ein Drittel aller halleschen Empfänger von Arbeitslosengeld II (ALG II) in Halle-Neustadt, das damals ein knappes Viertel der Stadtbevölkerung beherbergte. 66 Prozent der Neustädter Kinder wuchsen 2010 in ALG-II-Familien auf. (Stadt Halle 2010)

2014 betrug der Anteil der Leistungsberechtigten in Bedarfsgemeinschaften an der gesamten Bevölkerung in der Neustadt 26 Prozent (und in Gesamt-Halle knapp 15 %). Hinter diesen Zahlen stecken keine Verdopplungen gegenüber 2001, sondern die veränderte Systematik der Unterstützungsleistungen, d.h. die Zusammenlegung von Sozialhilfe und ALG II. Dass die Situation 2014 früheren Jahren im wesentlichen ähnlich war, zeigt sich am Anteil der Neustädter Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften lebten: 2014 waren dies 60 Prozent (und in Gesamt-Halle mit 32 % etwa halb so viele). Die Sonderstellung der Neustadt, die sich in gegensätzlichen Entwicklungen zur Gesamtstadt zeigt, setzte sich im weiteren fort. Bis 2018 stieg der Anteil von Leistungsberechtigten in Bedarfsgemeinschaften in der Neustadt auf 29 Prozent, während er in Gesamt-Halle auf knapp 14 Prozent sank.³

Mit den Bürgerumfragen Halle, seit 1993 durchgeführt vom Institut für Soziologie der MLU bzw. vom Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH), liegen seit 1993 Daten zur individuellen Bewertung der eigenen Lage vor. Mit diesen lassen sich Entwicklungen verdeutlichen. Exemplarisch soll dies hier für zwei Aspekte unternommen werden: die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Lebenszufriedenheit.

Allgemein lässt sich festhalten, dass die Hallenser.innen ihre wirtschaftliche Lage eher gut als schlecht bezeichnen. Bemerkenswert ist der Zeitraum zwischen 2003 und 2007: Hier bewerteten die Einwohner von Neustadt ihre wirtschaftliche Lage eher schlecht als gut. Das war damals so nur noch in der zweitgrößten halleschen Großwohnsiedlung Silberhöhe der Fall. Während sich die meisten Stadtteile recht gleichmäßig entwickeln, war in der Neustadt der Anteil der mit ihrer wirtschaftlichen Lage Unzufriedenen besonders bis 2005 überdurchschnittlich hoch (2005: 30 %). Bis 2017 ist diese Quote gesunken, doch blieb die Neustadt weiterhin ein Stadtteil mit hohem Anteil an Unzufriedenen. Bei den Zufriedenen beträgt der Abstand zwischen Gesamt-Halle und Neustadt 15 Prozentpunkte zu Ungunsten der Neustadt. (Tafel 59)

Tafel 59: Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage (in %)*

Raumeinheit Bewertung		1993	1999	2005	2009	2012	2017
Halle-Neustadt	Schlecht	19,3	23,2	29,8	24,2	22,7	15,7
	Gut	25,1	37,8	24,9	35,1	29,3	46,7
Halle-Gesamt	Schlecht	18,6	16,3	22,6	19,1	17,2	9,6
	Gut	27,2	46,0	36,7	45,5	42,1	61,6

³ Statistik der Bundesagentur für Arbeit, aufbereitet und zur Verfügung gestellt von der Stadtverwaltung Halle

* Referenzgröße zur Bestimmung der Prozentwerte sind jeweils die Gesamtgrößen pro Stadtteil. Die Angaben "schlecht" und "sehr schlecht", sowie "gut" und "sehr gut" aus den Bürgerumfragen wurden in "schlecht" bzw. "gut" zusammengefasst. Die Angabe 'teils teils' blieb unberücksichtigt. Die Berechnungen für Halle-Neustadt ergeben sich aus den Kumulierungen der Neustadt-Stadtteile.

Quellen: Bürgerumfragen MLU, Institut für Soziologie 1993-2009; Zentrum für Sozialforschung 2012-2017; eigene Darstellung

1994 hatten 46 Prozent die Neustadt-Bewohner.innen eine positive *Lebenszu-friedenheit* angegeben. Seither ist ein allgemeiner Anstieg zu verzeichnen, allerdings mit charakteristischen Unterschieden zwischen den Stadtteilen. Während sich der Wert für Gesamt-Halle bis 2017 um 24 Prozentpunkte erhöhte, stieg die Lebenszufriedenheit in Neustadt um 19,5. Gleichzeitig nahmen die explizit unzufriedenen Neustädter ab: Nach einem Höchststand von 23,5 Prozent im Jahre 2005 ist dieser Wert kontinuierlich gesunken auf 11,5 Prozent lebensunzufriedener Halle-Neustädter im Jahre 2017. (Tafel 60)

Tafel 60: Einschätzung der Lebenszufriedenheit (in %)*

Raumeinheit	Bewertung	1994 1999		2005	2005 2009		2017
Halle- Neustadt	Unzufrieden	14,8	15,4	15,4 23,5		13,2	11,5
	Zufrieden	46,2	57,6	42,5	55,9	58,1	65,6
Halle-Gesamt	Unzufrieden	12,5	12,2	18,3	11,3	11,2	9,3
	Zufrieden	48,8	60,9	54,0	65,9	67,2	73,1

^{*} Referenzgröße zur Bestimmung der Prozentwerte sind jeweils die Gesamtgrößen pro Stadtteil. Die Angaben "unzufrieden" und "sehr unzufrieden" sowie "zufrieden" und "sehr zufrieden" wurden in "unzufrieden" bzw. "zufrieden" zusammengefasst. Die Angabe "teils teils" blieb unberücksichtigt. Die Berechnungen für Halle-Neustadt ergeben sich aus den Kumulierungen der Neustadt-Quartiere.

Quellen: Bürgerumfragen MLU, Institut für Soziologie 1994-2009; Zentrum für Sozialforschung 2012-2017; eigene Darstellung

2014, im 50. Jahr Halle-Neustadts und 25 Jahre nach dem Ende des Sozialismus, fand in Halle eine Kommunalwahl statt. Stärkste Partei wurde in der Neustadt die Linke, mit großem Abstand folgten CDU und SPD, beide etwa gleich stark. Es gab einige auffällige Unterschiede zwischen Gesamt-Halle und Halle-Neustadt:

- Der Abstand der Linken betrug zwischen Gesamtstadt und Neustadt elf Prozentpunkte (25 zu 36 %).
- AfD und FDP blieben in Gesamt-Halle unter der Fünf-Prozent-Hürde (4,6 bzw. 4,2 %). Wäre allerdings Halle-Neustadt noch eine eigene Stadt gewesen, dann hätten AfD und FDP es dort mit 6,8 bzw. 6 Prozent ins Stadtparlament geschafft.
- Die Grünen erreichten in der Gesamtstadt zehn Prozent, in Neustadt sechs Prozentpunkte weniger, d.h. sie blieben in Halle-Neustadt unter der Fünf-Prozent-Hürde.⁴

* Einschränkung der Genauigkeit durch Briefwahlstimmen: Eine eindeutige Zuordnung ist hinsichtlich der Halle-Neustadt betreffenden Briefwahlbezirke nicht gänzlich möglich, da der Briefwahlbezirk 90001 sich nicht ausschließlich aus den Adressen der Wahlbezirke des Stadtteils Abgesehen von der AfD, die erstmals angetreten war, setzten diese Ergebnisse tendenziell fort, wie seit 1990 in Halle-Neustadt in Kommunalwahlen gewählt worden war. Bei der nächsten Kommunalwahl 2019 hatte sich das Bild deutlich gewandelt:

- Nun wurde die AfD in Halle-Neustadt stärkste Partei und holte über zehn Prozentpunkte mehr Stimmen als in Gesamt-Halle.
- Die Linke landete auf Platz 2 und schnitt um vier Prozentpunkte besser ab als in Gesamt-Halle.
- CDU, Grüne und FDP erreichten Ergebnisse, die zum Teil deutlich unter denen der Gesamtstadt lagen.
- Die SPD, insgesamt deklassiert, konnte sowohl in Halle-Neustadt als auch Gesamt-Halle nur ein sehr bescheidenes Ergebnis erreichen.
- Die FDP blieb in Halle-Gesamt über, in Halle-Neustadt unter der Fünf-Prozent-Hürde.⁵

Nimmt man an, dass die Wähler der Linken und der AfD mit ihren Wahlentscheidungen – wenn auch unterschiedlich begründete – Unzufriedenheiten mit den gegebenen Verhältnissen zum Ausdruck brachten, dann waren 2014 43 Prozent der Halle-Neustädter Wähler.innen mit der Kommunalpolitik eher unzufrieden als zufrieden, und 2019 traf dies für 46 Prozent zu.

Zwischen den beiden Kommunalwahlen lag das Jahr 2015 mit der beträchtlichen Zuwanderung Schutzsuchender aus Krisenregionen und den großen Auseinandersetzungen über die Einwanderungspolitik. 2016 fanden Landtagswahlen statt. Die Linke hatte seinerzeit eine realistische Machtperspektive auf Landesebene im Rahmen von Rot-Rot-Grün. Bei der vorangegangenen Landtagswahl 2011 war sie in Halle-Neustadt mit 33,8 Prozent stärkste Partei geworden, wurde nun aber von der AfD dramatisch verdrängt: Die Linke verlor gegenüber 2011 11,6 Prozentpunkte, während die AfD bei erstmaliger Landtagswahlbeteiligung mit 28,3 Prozent stärkste Partei in der Neustadt wurde.

Insgesamt wählten 38,5 Prozent der Neustädter.innen die beiden Parteien mit den deutlichsten Differenzen zum politischen System, also Linke und AfD. Im Falle der sachsen-anhaltischen Linken war bzw. ist das eine eher geschmeidige

Halle-Neustadt zusammensetzt, sondern auch aus Adressen der Wahlbezirke Nietlebens. Auch ist die Zuordnung der einzelnen Wahlbezirke der jeweiligen Stadtviertel (Nördliche Neustadt, Südliche Neustadt, Westliche Neustadt) nicht immer zu einem Briefwahlbezirk möglich. Einzelne Adressen der Briefwahlbezirke liegen in verschiedenen Stadtvierteln. Die Berechnungen für Halle-Neustadt ergeben sich aus den Kumulierungen der Neustadt-Stadtteile. Quellen: Stadt Halle: Kommunalwahl am 25. Mai 2014, http://www.halle.de/de/verwaltung/Wahlen/Wahl archiv/Kommunalwahl-2014/ (14.11.2018); Sonderauswertung Stadtverwaltung Halle (Saale).

⁵ Die hier angegebenen Ergebnisse beruhen auf einer Durchschnittsbildung aus den Stadtvierteln Nördliche Neustadt (11.755 Wahlberechtigte/4.341 Wähler.innen), Südliche Neustadt (9.420/2.936) und Westliche Neustadt (11.003/3.829). Quelle: Endgültige Ergebnisse Wahl des Stadtrates in der kreisfreien Stadt Halle (Saale) am 26. Mai 2019; URL http://halle.de/Wahl ergebnisse/gw2019stt_wbz.html (10.6.2019).

⁶ Stadt Halle: Landtagswahl vom 13. März 2016, http://www.halle.de/de/Verwaltung/Wah len/Wahlarchiv/Landtagswahl-2016/ (14.11.2018); Sonderauswertung Stadtverwaltung Halle (Saale)

Systemopposition, die, wie erwähnt, Aussicht auf Regierungsbeteiligung und, falls diese zustande gekommen wäre, auf den Ministerpräsidentenposten gehabt hatte. Im Falle der AfD fielen die Wählerentscheidungen zugunsten einer regressiven politischen Kraft. (Tafel 61)

Im Jahr darauf, 2017, fand die Bundestagswahl statt und bestätigte tendenziell die Landtagswahl-Ergebnisse des Vorjahres: Die AfD, in Halle insgesamt auf Platz 3, wurde in Halle-Neustadt erneut stärkste Partei mit 24,9 Prozent, die Linke zweitstärkste (22,4 %). Die CDU landete in der Neustadt, wie bei der Landtagswahl, auf Platz 3 (21,7 %). Die FDP übersprang dort deutlich die Fünf-Prozent-Hürde (6,5 %), und die Grünen blieben wie bisher deutlich schwächer als in Gesamt-Halle (3,0 %, Gesamt-Halle 7,6 %). Als Indikator der Unzufriedenheit mit dem politischen System wird man wiederum die Prozente der Linken und der AfD addieren können, was 47,3 Prozent ergibt. Erneut ist darauf hinzuweisen, dass die Unzufriedenheiten im Falle der Linken einen realpolitischen und im Falle der AfD einen regressiven Ausdruck fanden.

Betrachtet man, welche Parteien seit den 90er Jahren in Halle-Neustadt jeweils stärkste Partei waren, so ergibt sich eine deutliche Volatilität mit allerdings drei Hinweisen auf Trends:

- Die beiden prägenden Parteien des (west)deutschen Politiksystems CDU und SPD – haben zwischen 1994 und 2013 von zwölf stattgefundenen Wahlen (Kommune, Landtag, Bundestag) in Halle-Neustadt vier relativ gewonnen. Seither landen sie jeweils auf den hinteren Plätzen.
- Nimmt man die Zustimmung zu den Parteien, denen herkömmlich die wesentliche Trägerrolle für das politische System der Bundesrepublik zugeschrieben wird also CDU, SPD und FDP als Indikator für die Zustimmung zum politischen System der Bundesrepublik, dann ergibt sich: Diese Zustimmung lag in Halle-Neustadt von 1990 bis 2013 bei etwa zwei Drittel der Bevölkerung (soweit sie sich an Wahlen beteiligte). Seit 2014 bewegt sie sich unter der Fünfzig-Prozent-Marke.
- Unbeschadet ihres pragmatischen politischen Handelns vor allem in Stadtrat und Landtag galt und gilt vielen Wählern eine Wahlentscheidung für die Linke als wirksame Form der Unmutsbekundung. In den zwölf verschiedenen Wahlen von 1994 bis 2017 setzte sich fünfmal die PDS/Linke als stärkste Partei durch. Sie war also, über die Jahre hin betrachtet, in Halle-Neustadt häufiger stärkste politische Kraft als CDU und SPD zusammen.
- Die AfD hat drei von vier Wahlen, zu denen sie bisher angetreten ist, in Halle-Neustadt relativ gewonnen. Dabei handelte es sich um die letzten drei Wahlen, womit es zumindest denkbar erscheint, dass hier ein neues Wahlmuster etabliert ist. Dabei wird die AfD offenkundig entweder als Partei gewählt, die als Single-Issue-Partei wahrgenommen wird, nämlich aufgrund ih-

-

⁷ Die Berechnungen für Halle-Neustadt ergeben sich aus den Kumulierungen der Neustadt-Stadtteile. Die angegebenen Werte beziehen sich auf die Zweitstimmen. Quelle: Stadt Halle: Bundestagswahl vom 24. September 2017, http://www.halle.de/de/Verwaltung/Wahlen/Wahl archiv/Bundestagswahl-2017/ (14.11.2018); Sonderauswertung Stadtverwaltung Halle (Saale).

res Hauptthemas Flüchtlingspolitik, oder als Partei, mit deren Stärkung sich der etablierte Politikbetrieb am intensivsten ärgern lässt. (Tafel 61)

Jahr	1994		1998		1999	2011	2013	2014	2016	2017	2019	
Wahl	Stadt	Land	Bund	Land	Bund	Stadt	Land	Bund	Stadt	Land	Bund	Stadt
Stärkste Partei	PDS		CDU	SF	PD	PDS	Linke	CDU	Linke		AfD	
mit %	32,0	31,9	31,4	31,9	38,5	28,6	33,8	33,3	36,2	28,3	24,9	24,6

Tafel 61: Wahlen seit den 90er Jahren: stärkste Partei in Halle-Neustadt

Zusammenfassend lässt sich zum Sozialprofil Halle-Neustadts sagen: Die Arbeitslosigkeit geht zurück, der Transferleistungsbezug nimmt zu, die individuellen Einschätzungen der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Lebenszufriedenheit verbessern sich. Dabei sind alle Zahlen deutlich schlechter als im Durchschnitt Halles insgesamt.

Die Wahlentscheidungen korrespondieren nur gering mit den (Un-)Zufriedenheitswerten: Die individuelle wirtschaftliche Lage bewerten heute knapp 16 Prozent als schlecht, unzufrieden mit dem eigenen Leben sind 11,5 Prozent. Die AfD bindet in Wahlen mittlerweile stabil ein Viertel der (wählenden) Bevölkerung. Dagegen kann man sich dazu die Zustimmungswerte der Parteien ansehen, die als wesentliche Träger des 1990 übernommenen politischen Systems wahrgenommen werden, also CDU, SPD und FDP: In Halle-Neustadt kamen in den Wahlen 2014–2019 diese drei Parteien zusammengerechnet auf nur noch 30 und 46 Prozent.

Stimmungslage und Hintergründe

In den 90er Jahren hatten die Neustädter die Stadtteilentwicklung als tendenzielle Verschlechterung ihrer Lebensqualität erfahren: steigende Mieten bei zunächst gleichbleibendem Leistungsumfang, Verwahrlosung der Grünanlagen, unzureichende Pflege öffentlicher Plätze und Gebäude, deutliche Zunahme des Straßenverkehrs und der Parkplatzprobleme, Zerfall der kulturellen Infrastruktur, eine sich auf die Hallenser Altstadt konzentrierende Lokalpolitik, verlängerte Wege zu den Ämtern, Kapazitätsabbau der Kindereinrichtungen, Absterben der Stadtöffentlichkeit. "Lediglich die Erweiterung des Handelsangebotes wird als Gewinn erlebt", wurde seinerzeit konstatiert (Schmidt/Hagenau/Schindhelm 1993: 7).

Geprägt war das Jahrzehnt durch den Funktionsverlust als Chemiearbeiterstadt, den Wegzug von 70 Prozent der Einwohner des Jahres 1989, den Zuzug von Menschen, die "vom Amt" finanziert werden, eine symbolische Abwertung der bisher als privilegiert empfundenen Wohnsituation und die (damals berechtigte) Markierung als Neonazi-Hochburg (vgl. Details zum letzteren in Pasternack 2014b). Der ursprünglich tatsächlich sozial gedachte Wohnungsbau mutierte

nun zum sozialen Brennpunkt. Abgerundet wurde all dies durch administrative Ratlosigkeit, wie diesem Problemfall beizukommen sei.

Einzelne Lichtblicke gab es freilich auch: Eine erste Sanierungswelle hatte einen beträchtlichen Teil der Wohnungen erfasst. 1998 waren bereits 70 Prozent des Neustädter Wohnungsbestandes voll- oder teilsaniert (Bader o.J. [2006]: 52). Große Investitionen wie das Halle-Neustadt-Center (eröffnet 2000) und die Einbindung Neustadts ins Hallesche Straßenbahnnetz (stufenweise von 1999 bis 2003) gaben Anlässe zu der Hoffnung, dass der Stadtteil eine positive Zukunft haben könne.

Mit den Programmen "Stadtumbau Ost", "URBAN 21", "Soziale Stadt" und der IBA "Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010" setzte sich dann in den 2000er Jahren die auch schon bisherige Förderprogramm-Taktung der Stadtteilentwicklung fort. Zugleich befeuerte dies die Konkurrenz zwischen Alt- und Neustadt: Wechselseitige Vorwürfe der Bevorzugung ignorierten, dass bestimmte Förderprogrammgelder nur für Alt- oder Neustadt zu erlangen waren. Die Stadt beauftragte bei einem freien Träger ein Quartiersmanagement, das seither Aufgaben erledigt, die zum Teil wohl eher öffentliche wären.⁸ Gelegentlich wackelte selbst für diese heroische Arbeit – lange Zeit zu wenig Leute für zu viele Aufgaben – die Finanzierung.

Da aber vor der Problemfülle Halle-Neustadts auch weiterhin die administrativen Routinen versagten, wurde in den 2000er Jahren nahezu ungehemmt etwas zugelassen, das kommunale Administrationen üblicherweise nur in sehr eingehegten Varianten protegieren: Kreativität ohne Auflagen. Jede Idee war erlaubt, damit überhaupt Ideen zustande kommen. Vor allem junge Architekten, Künstler und Soziologen, typischerweise in gemischten Teams, wurden auf die Stadt angesetzt, um sie symbolisch zu rekonstruieren. Man erhoffte sich, dass daraus Anregungen für praktische Lösungen der scheinbar unlösbar gewordenen Teilstadt entstehen.

Manches gelang auch – etwa ein Skatepark, und dass es für diesen einer IBA bedurfte, kann durchaus zu denken geben. Anderes gelang nicht, insbesondere das Zentrum für Zeitgenössische Kunst (ZfZK) im alten Bahnhofsgebäude, das nicht dauerhaft gesichert werden konnte. Im übrigen aber gingen die kreativen Interventionen ganz überwiegend an den Resonanzpotenzialen der Einheimischen vorbei. Der Diskurs der Kreativen war von einer Ästhetisierung Halle-Neustadts getragen. Den Umstand, dass diese Kulisse auch noch bevölkert ist, nahmen sie als spannungssteigernden Umstand wahr. Recherchen in die Geschichte und Gegenwart des belebten Stadtkörpers wurden mit semi-ethnologischem Blick unternommen. (Vgl. Pasternack u.a. 2014: 474-496)

Zusammenführung personeller Ressourcen aus kommunaler Verwaltung, lokaler Gemeinwesenarbeit und Stadtplanung, Vernetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren, Verfügungsfonds), kommunikative Leistungen (aktivierende Beteiligung, Aufspüren von Beziehungsnetzen in der lokalen Zivilgesellschaft (Krüger 2017: 151). Damit muss einer Träger – zumal da in finanzieller Abbärgiskeit von der Kommunaltung und bestehen.

Kernelemente eines Quartiersmanagements sollten sein: planungsmethodische Leistungen (Erfassen von Benachteiligungsmechanismen im Quartier, Erarbeiten eines [städtebaulichen] Entwicklungsleitbildes, Projektentwicklung), koordinierende Leistungen (Anlaufstelle vor Ort,

Die Einwohnerschaft Halle-Neustadts verhielt sich gegenüber dieser freundlichen symbolischen Besetzung durch die jungen Kreativen weitgehend passiv. Nicht zuletzt musste den Bewohnern das Herangehen und der Jargon der Kreativen wohl fremd bleiben, wenn da "an den visionären Gestus der Neugründung" angeknüpft und "Halle-Neustadt als Ort für Wissensproduktion und Wissensvermittlung" eröffnet werden sollte, mit dem Ziel, "eine Wahrnehmungshaltung zu fördern, die es gestattet, Potenziale und Chancen von Halle-Neustadt in den gegenwärtigen urbanen Transformationsprozessen zu erkennen", wobei Schönheit "dabei als eine immer wieder neu zu begründende Wahrnehmungs- und Gestaltungshaltung begriffen" wird (ISS 2005: 1).

Das Jahrzehnt, in welches das 50. Gründungsjubiläum fiel und das nun zu Ende geht, hat kommunalpolitisch einen versachlichten Blick auf die Neustadt gebracht – vielleicht, kurz bevor es zu spät war. Wie erwähnt: Aus den letzten drei Wahlen ging die AfD in der Neustadt als stärkste Kraft hervor, jeweils mit deutlich besseren Ergebnissen als in der Gesamtstadt. Bei der Landtagswahl 2016 waren es 28 Prozent. Die zugrundeliegenden Motivationen dafür sind nicht durchgehend aus der Luft gegriffen. Recht anschaulich lässt sich das an den Vorgängen um den Neubau des Gimritzer Damms verdeutlichen.

Beim letzten großen Saalehochwasser im Juni 2013 hatte die Saale eine Pegelhöhe von 8,10 Meter erreicht. Es bestand die akute Gefahr eines Dammbruchs, womit ein Großteil der Neustadt überschwemmt worden wäre. Der Gimritzer Damm war zu diesem Zeitpunkt 125 Jahre alt. Zahlreiche freiwillige Helfer und professionelle Kräfte waren tage- und nächtelang im Einsatz, um ihn mühevoll zu stabilisieren. Einem weiteren Hochwasser wäre der Damm nicht gewachsen. Potenziell muss etwa zweimal im Jahr mit einem solchen Ereignis gerechnet werden. Es bestand also akute Gefahr. 2019 besteht diese immer noch. Dass der Damm seit dem letzten Saalehochwasser keinem Wasserdruck ausgesetzt war und somit Halle-Neustadt nicht überschwemmt worden ist, hat man einer gutmütigen Laune der Natur zu verdanken.

Angesichts der Langwierigkeit, welche die Vorbereitung des Damm-Neubaus kennzeichnen, mag man dem Vorgehen des Oberbürgermeisters im September 2013 im Nachhinein ein mindestens moralisches Gerechtfertigtsein attestieren: Dieser hatte "Gefahr im Verzug" konstatiert, damit die Zuständigkeit für sich reklamiert und den Beginn der Bauvorbereitung für den Damm-Neubau angeordnet. Es folgten Einsprüche des Landesverwaltungsamts und des Landesamts für Hochwasserschutz, Klagen der Stadt gegen die Einsprüche, mehrere Gerichtsentscheidungen gegen die Stadt, dann Beteiligungsverfahren und Uneinigkeit im Stadtrat. Insgesamt: über Jahre hinweg Auseinandersetzungen, die jedenfalls nicht zu einem Damm führten, der seine Aufgabe erfüllt, nämlich die Überflutung der Neustadt zu verhindern.

Die meisten Regeln, nach denen bei einem Investitionsvorhaben zu verfahren ist, sind gesetzt und vor Ort nicht veränderbar. Mitunter gibt es Spielräume bei der Striktheit ihrer Anwendung. In jedem Falle gibt es die Möglichkeit, durch gleichrichtetes Handeln der lokalen Akteure Landesämter und -ministerien zu beeindrucken und diese so zu schnellerem und zielführenden Handeln zu bewe-

gen. Stadtrat und Oberbürgermeister agierten in der Angelegenheit Gimritzer Damm allerdings meist gegeneinander.

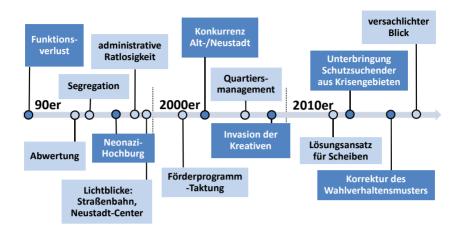
Allen Beteiligten auf kommunaler und Landesebene war eigen, dass sie verfahrensmäßige Korrektheit für ihr jeweiliges Handeln in Anspruch nahmen. Dann jedoch wird man nicht umhin kommen, eines festzuhalten: Administrative Verfahren, die einen Damm, welcher der Gefährdungslage nach seit 2014 dringlichst benötigt wird, 2019 noch nicht stehen lassen, sind offensichtlich nicht geeignet, Gefährdungslagen zu bewältigen (und ordnet man dies in den größeren Zusammenhang ein, wie Städte Klimawandelresilienz erlangen können, so wird man auch sagen können: mit solchen Regeln wird es kaum gelingen, Städte klimawandelfest zu gestalten).

Nun sind aber staatliche Verwaltungen und Stadtparlamente immer für zweierlei verantwortlich: erstens konkrete Sachzuständigkeiten angemessen wahrzunehmen und damit, zweitens, Legitimität fürs Ganze zu produzieren. Nimmt man, wofür einiges spricht, die hohen AfD-Zustimmungswerte in Halle-Neustadt als Ausdruck einer verbreiteten Institutionen- und Verfahrensskepsis, so ließe sich hier durchaus die Frage stellen: Wieviel Prozente AfD-Zustimmung unter den Neustädtern gehen wohl auf das Verfahren der Damm-Neubau-Vorbereitung zurück?

Auch wenn das so kaum monokausal zurechenbar sein mag – mit der Institutionen- und Verfahrensskepsis verschafft sich ein verbreitetes Gefühl Ausdruck: das, abgehängt zu sein, keinen wirklichen Platz in der neuen Gesellschaft gefunden zu haben, einer Politik und einem administrativen Handeln ausgeliefert zu sein, die konkrete Anliegen der Daseinsvorsorge nicht hinreichend ernst nehmen, kurz: das Gefühl, den Zusammenhang, in den das eigene Leben eingebettet ist, nicht im Griff zu haben. In diesem Gefühl mischen sich Transformationserfahrungen ("Im eigenen Leben nicht mehr mitspielen zu dürfen, ist hart", Apelt/Zierke 2019) mit aktuellen Wahrnehmungen des Ausgegrenztseins ("Integriert doch erst mal uns", Köpping 2019).

Ein verfestigtes Lebensgefühl dieser Art mündet auch andernorts häufig nicht in konstruktives Handeln, um die Umstände zu verändern. Typischer sind regressive Reaktionen, etwa die Zustimmung zu einer Partei, die allein aus taktischen Gründen erst seit 2016 den Mindestlohn befürwortet (vgl. AfD 2016: 71). Das kann man bedauern. Legt man eine historische Perspektive an, kann es aber nicht verwundern.

Dass sich in den letzten fünf Jahren aber auch ein kommunalpolitisch versachlichter Blick auf die Neustadt entwickelt hat, mag vor dem geschilderten Hintergrund ein wenig Hoffnung spenden. Ausdruck verschaffte sich dieser Blick insbesondere in der Beteiligung Halles am Wettbewerb "Zukunftsstadt", der 2015 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) ausgeschrieben worden war.



Zukunftsstadt "halle.neu.stadt 2050"

Die Stadt Halle bewarb sich für die erste Auswahlrunde des Zukunftsstadt-Wettbewerbs mit einer Skizze "Halle.Neu.Stadt 2050: klimaneutral – vernetzt – integriert". Die aus 168 Kommunen bestehende Konkurrenz wurde erfolgreich durchlaufen, so dass Halle damit eine von 52 Städten in der ersten Wettbewerbsphase war. Auch die zweite Phase konnte erreicht werden. Zusammen mit 22 weiteren Städten stand die Stadt im Wettbewerb um die Teilnahme an der dritten Phase (Science2public 2018, Stadt Halle 2018). Für diese wurden schließlich sieben Städte ausgewählt. Dabei konnte sich Halle nicht durchsetzen. Ein wenig Trost ließ sich aus der Tatsache beziehen, dass man immerhin zum reichlichen Zehntel der Spitzengruppe gehört hatte, gemessen an den 168 Ersteinreichungen. Die Wettbewerbsteilnahme sollte sich aber über den unmittelbaren (Nicht-)Erfolg hinaus als bedeutsam erweisen.

Die Ausgestaltung des Wettbewerbs zeichnet sich dadurch aus, dass neben Verwaltungs- und Planungsinstanzen auch Bürger, Vereine und die Wissenschaft mit gleich mehreren Einrichtungen eingebunden waren. ¹⁰ Initial wirkten für die Wissenschaftsbeteiligung zwei Umstände: Zum einen war neben der Neustadt

⁹ https://www.wettbewerb-zukunftsstadt.de/ (6.11.2018)

¹⁰ Projektbeteiligte Einrichtungen waren neben der Stadt selbst bzw. dem städtischen Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft das Fraunhofer Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (IMWS), Freiraumgalerie – Kollektiv für Raumentwicklung, die Leopoldina – Nationale Akademie, das Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung (isw), die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU), science2public – Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation e.V., das SPI Quartiersmanagement Halle-Neustadt, die Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle, die Univations GmbH – Institut für Wissens- und Technologietransfer sowie das Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH). (Science2public 2017)

der Weinberg Campus – ein großes Wissenschaftsquartier – zentraler Konzeptionsbestandteil, und beide sind unmittelbar benachbart (Tafel 63). Die Grundidee bestand darin, die *Neustadt als Wohn-, Arbeits- sowie Bildungs- und Forschungsstadtteil* zu etablieren. Dazu sollte die Neustadt stärker als bislang mit dem Weinberg Campus sowie dem Stadtteil Heide-Süd verknüpft werden. (science2public 2017) Dafür war, zum anderen, das auf dem Weinberg Campus an-

Tafel 63: Blick über die Neustädter Dächer zum Wissenschaftsquartier Heide-Süd/Weinbera Campus



gesiedelte Fraunhofer-Institut für Mikrostruktur von Werkstoffen und Systemen (IMWS) wesentlicher Impulsgeber. Dies mag inhaltlich nur auf den ersten Blick verwundern: Die Fraunhofer-Gesellschaft betreibt eine Initiative für die "Stadt von morgen", in der es darum geht, "die Zukunft der nachhaltigen, lebenswerten und wandlungsfähigen Stadt von morgen voraus zu denken und zu realisieren".¹¹

In der ersten Phase wurden verschiedene Beteiligungsformate gewählt, um Bürger.innen zu integrieren. Im Rahmen eines sog. Soziallabors wurden Schul-AGs durch MLU-Lehramtsstudierende des Faches Geographie organisiert. Das in Halle-Neustadt temporär eingerichtete Zukunftslabor diente einerseits als Arbeits- und Besprechungsort der Projektbeteiligten. Anderseits war es Veranstaltungsort, Anlauf- und Treffpunkt für den Austausch mit Anwohner.innen bzw. interessierten Bürgern. (Stadt Halle 2016: 6, 11f.)

-

¹¹ https://www.morgenstadt.de/ (1.11.2018)

Die Freiraumgalerie, eine Hallesche Kreativplattform, veranstaltete Beteiligungs- bzw. Zukunftswerkstätten, deren Ziel es war, die Bürger.innen bei der Ideen- und Visionsfindung einzubinden und für künftige Aktivitäten zu gewinnen. Erfragt wurden dazu etwa Lieblings- und Vermeidungsorte, Erfahrungen, Wünsche und Vorschläge. (DLF-Kultur 2017, Stadt Halle 2016: 6f.) Die Leopoldina lobte 2015 den Wettbewerb "Wie wollen Hallenser im Jahr 2040 gesund, mobil und klug in ihrer Stadt leben?" aus, dessen Einreichungen zur Langen Nacht der Wissenschaften 2015 vorgestellt wurden. Unter den eingereichten Konzepten fanden sich auch vergleichsweise provokative, wie jene, den Stadtteil Neustadt leerzuziehen und mit seinen Bewohnern den Leerstand in anderen Stadtteilen auszugleichen. Geschaffen werden könne so ein Themenpark Halle-Neustadt, der eine Mischung aus Denkmal zu industriellem Wohnungsbau und Naturpark bilden könne. (Zöller 2015)

Das Fraunhofer-Institut arbeitete im Rahmen des Zukunftsstadt-Projekts dazu, wie die energetische Gestaltung in Halle-Neustadt 2050 aussehen könnte. Dabei waren die Fragen nicht auf schlichte Energieeffizienz begrenzt. Vielmehr ging es darum, wie eine energieschonende, umweltgerechte und soziale Neustadt aussehen kann. Das IMWS koppelte die Themen Energie, Bauen und Mobilität im sog. Technologielabor – eines von vier Teillaboren. Nachgedacht wurde u.a. darüber, wie der Nahverkehr verbessert bzw. Anbindungen optimiert werden können. (Zöller 2016).





Diese und zahlreiche weitere Themen und Visionen wurden kooperativ entwickelt. Eine Online-Bürgerumfrage bot die Möglichkeit, über entwickelte Thesen abzustimmen, Schwerpunkte zu setzen und neue Ideen einzubringen. (Stadt Halle 2016: 36–38) 2016 lautete dann die angepasste Leitvision: "halle.neu. stadt 2050 vernetzt – integriert – transformiert" (Stadt Halle 2016a: 4). Die Ideen, Ziele und Aktivitäten der folgenden zweiten Wettbewerbsphase wurden in drei Aktionsfeldern verfolgt.

Im ersten Aktionsfeld "neu.stadt.campus – TeSD (Technologisch – Sozial – Digital) – Neustadt wird Bildungshochburg und Treffpunkt von Mensch-Wirtschaft-Wissenschaft" sollte es vordergründig um die Entwicklung des Schulkomplexes

Kastanienallee zum Quartierscampus gehen. Dafür sollte ein Pädagogisches Konzept für die Campus-Schulen (Grundschule, Gemeinschaftsschule, Christian-Wolff-Gymnasium) entwickelt werden. Angestrebt wurde die Förderung des Miteinanders von Kindern verschiedener Nationalitäten, Konfessionen und/oder sozialer Voraussetzungen incl. Öffnung der Schulen ins Quartier (Erwachsenenbildung, gesellschaftliches Engagement). Die Heranwachsenden sollten darin unterstützt werden, "ein toleranter, selbstbewusster, verantwortungsvoller Mensch zu werden" (Science2public 2018e: 1). Zu den Instrumenten zählen die vorschulische Bildung, unterstützende Berufsorientierung, Elternberatung, Sprachunterricht, gemeinsames Essen, Feste und Wettbewerbe, individualisierter Unterricht, Therapieangebote.

Das Konzept "Makerspace" sah eine offene (Bildungs-)Werkstatt vor, die den Austausch zwischen Schülern, Bürger.innen, Wissenschaft und Wirtschaft sowie Kompetenzen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich fördert. Neben einer Nutzung für den Schulunterricht solle die Werkstatt auch für Bürger.innen offenstehen, die sie individuell oder aber über Kursangebote nutzen können. Ziel war es, die Neustadt als Bildungshochburg der Stadt Halle zu etablieren. (Science2public 2018a; 2018d; 2018e) "Langfristig kann durch die Integration von schulischer Bildung, Maker-Kultur und wissenschaftlichen Partnern ein "kleines Wissenschaftscluster' entstehen." (Science2public 2018e: 2)

Überschrieben mit "frei.raum.mit.gestalten – Neustadt wird zum kreativen Quartier für partizipatives und engagiertes Leben" widmete sich das zweite Aktionsfeld neuartigen Beteiligungsformaten für die Bürger.innen. Im Fokus standen dabei der interkulturelle Dialog zwischen Deutschen und Ausländern einerseits sowie die soziale Integration eher beteiligungsferner Bevölkerungsteile (Migranten, einkommensschwache Familien und deren Kinder, Alleinerziehende, …) andererseits. Erarbeitet werden sollten Handlungsempfehlungen zur kreativen Stadtentwicklung in Großsiedlungen, die auch andernorts anwendbar sind. Die Beteiligungsformate wurden durch Befragungen von Bewohner.innen bzw. Schüler und Studierende ergänzt. Kreativ- und Kunstprojekte – etwa die Gestaltung von Fassaden, Durchgängen, Wohnhöfen, Sportstätten etc. – sollten den Rahmen für ein Kennenlernen und Miteinander jener Personen bieten, die bislang eher isoliert nebeneinander leben. (Science2public 2018b; 2018d)

Im Rahmen dieses Aktionsfeldes startete im September 2016 auch ha:neo. Die aus Halle-Ost bekannten Akteure der Freiraumgalerie gestalteten Häuserfassaden, wobei der Dialog mit den Bewohner.innen und Bürgern der Stadt eine große Rolle spielte (vgl. Kienast 2019).

Das dritte Aktionsfeld "Innovationsquartier – In Neustadt entsteht ein Inkubator für neues Wohnen und lokale Ökonomie" stellte darauf ab, die bislang weitgehend monostrukturellen Wohnquartiere in Halle-Neustadt funktional, architektonisch und sozial heterogener zu gestalten und damit die Lebensqualität zu steigern. Ziel des Aktionsfeldes war es weiter, neue Zielgruppen für das Wohnen in der Neustadt zu begeistern; nicht zuletzt müsse die Attraktivität für Studierende und Wissenschaftler.innen gesteigert werden. Dafür sollten gezielt Bedingungen und Möglichkeiten ausgelotet werden, um über Ansiedlungen von

Händlern und Dienstleistungsanbietern sowie Gründer und sonstige Geschäftspioniere zu einer funktionalen Heterogenisierung zu gelangen. Diesbezügliche Aktivitäten dockten auch an die Ideen des "Makerspace" an. Er sollte Teil des Bildungscampus Kastanienallee werden und als außerschulischer Lernort unter anderem mit Einbindung von science2public und Fraunhofer IMWS fungieren. (Science2public 2018c; 2018d)

Aktionsfeldübergreifend spielte eine stärkere Verzahnung zwischen der Neustadt und dem Weinberg Campus eine große Rolle im Zukunftsstadtprojekt. Fraunhofer-Direktor Ralf Wehrspon sieht diesbezüglich auch die künftig von Neustadt bis nach Leipzig verkehrende S-Bahn als einen wichtigen Faktor. Am IMWS pendele zirka ein Drittel der Beschäftigten zwischen Halle und Leipzig. Da stelle sich die Frage, wie der Neustädter Bahnhof genutzt werden könne. Vorstellbar wäre der (Test-)Betrieb eines autonom fahrenden Busses, der den Bahnhof Neustadt mit dem Weinberg Campus verbindet. (Skrzypczak 2017)

Das Zukunftsstadtthema traf sowohl in der Neustadt als auch der gesamten Stadt Halle auf breite Resonanz. Dies ließ sich auch daran erkennen, dass das Thema von Akteuren aufgegriffen wurde, die nicht unmittelbarer Bestandteil der Wettbewerbsaktivitäten waren. Dazu zählten etwa ein Science Hack Day 2016 unter dem Motto "halle.neu.stadt – Wege in die Zukunft", das Werkleitz-Festival 2017 "Nicht mehr, noch nicht" zu urbaner Stadtgestaltung und das Foresight Filmfestival, das mit dem Thema "Stadt, Land, Zwischenräume" Anknüpfungspunkte zur Zukunftsstadt bot. (Werkleitz 2017; Science2public 2018f: 2; Stadt Halle 2016: 30)

Die Ergebnispräsentation der zweiten Förderphase identifizierte Bildung als zentrales Querschnittsthema (Steinhart/Matheis o.J.). Als sogenanntes Ankerprojekt innerhalb des Antrags für die dritte Phase diente dann der Schulcampus Kastanienallee, der unter dem Namen "neu.stadt.campus" realisiert werden sollte. Dort war geplant, "unterschiedliche Werkstatt- und Forschungsbereiche, audiovisuelle Studios, offene Ateliers, eine Gründerschule und ein Quartiersraum miteinander" zu vereinen. "Es sollen neue Räume im Ganztag für die Schulen, vielfältige Beratungsangebote und Trainings, niedrigschwellige Begegnungen sowie Versammlungsorte für Quartiersfeste und schulische Höhepunkte für die gesamte Bevölkerung im Quartier entstehen." (science2public 2018g)

Mit "halle.neu.stadt 2050" ist die Aufmerksamkeit für den bevölkerungsreichsten Stadtteil Halles erstarkt. Dies trifft für die städtisch-administrativen Akteure, aber auch auf die Bürgerschaft, zivilgesellschaftliche Akteure, Wissenschaftseinrichtungen und Unternehmen zu. Unabhängig vom letztlichen Ausgang der Bewerbung konnte auf jeden Fall der Blick für Herausforderungen und Potenziale geschärft werden. Die Aktivitäten ermöglichten eine zeitlich ausgedehnte und inhaltlich breite Auseinandersetzung mit Halle-Neustadt. Das gewonnene Mobilisierungspotenzial soll nun genutzt und stabilisiert werden, indem für einige der Zukunftsstadtvorhaben alternative Finanzierungsoptionen gesucht werden, um sie auch nach dem Wettbewerbs-Ausscheiden Halles weiterverfolgen zu können.

Wie gelang es, die zahlreichen Akteure zur Mitwirkung zu gewinnen? Für die Stadt Halle als Akteur ist diese Frage schnell beantwortet. Für sie war und ist die Auseinandersetzung mit der Neustadt unabdingbar. Zahlreiche Themen zeigen dort im Vergleich zur Gesamtsstadt besonders deutlichen Bearbeitungsbedarf. Dazu zählen insbesondere die sozio-ökonomische Situation, Fragen der Teilhabe, Inklusion bzw. Integration von Menschen mit Migrations- bzw. Fluchthintergrund sowie die sozialräumliche Ankopplung der Neustadt an die Altstadt und den Weinberg Campus. Insofern bot der Wettbewerb die Chance, sich für das, was ohnehin zu erledigen ist, Unterstützung zu organisieren.

Auch für die in der Neustadt aktiven Verbände, Vereine, Initiativen etc. überwogen die Gründe zur Mitwirkung. Warum nicht für das, was man sowieso tut, Unterstützung erhalten? Förderlich wirkte zudem, dass die Beteiligung niedrigschwellig und unter Nutzung bestehender Kontakte realisierbar war.

Für die auffällig zahlreichen Wissenschaftsakteure bot die Beteiligung am Zukunftsstadtwettbewerb Partizipationsoptionen, die unmittelbar anschlussfähig zu den eigenen Tätigkeitsbereichen waren: Das Fraunhofer IMWS verfolgt Zukunftsthemen in den Bereichen Mobilität und Energie von morgen. Die Neustadt bot dafür einen geeigneten Erprobungsraum unmittelbar vor der Haustür. Experimentierräume sind in künstlerischen Bereichen stets gefragt; für die Burg Giebichtenstein waren die Themen und Aktionen entsprechend mit der eigenen Arbeit verknüpfbar. Für die MLU eröffneten die Zukunftsstadt-Aktivitäten u.a. Zugänge (Personen, Forschungsfragen), die unmittelbar in die Lehre integriert werden konnten. Schließlich waren mit einer Beteiligung vergleichsweise leicht Legitimationsgewinne (lokales Engagement am Sitzort) einzufahren.

Tafel 65: Blick über den Gräbsee auf Punkthochhäuser (links, 70er Jahre) und Neubauten der 90er Jahre (rechts)



Neben den niedrigschwelligen und interessenkompatiblen Bottom-up-Partizipationsmöglichkeiten regte die – wenn auch ungewisse – Aussicht auf nicht unerhebliche Finanzmittel, die in der dritten Phase gezahlt worden wären, die Beteiligungsbereitschaft an.

Resümee und Ausblick

Das Sanierungsgeschehen in Halle-Neustadt hat in den letzten Jahren noch einmal Dynamik gewonnen. Insbesondere bauen die Wohnungsgesellschaften und -genossenschaften Teile ihres Bestandes senioren- und familiengerecht um. Die Wohnbaugenossenschaft Ha-Neuer z.B. setzt mit dem Fraunhofer-Institut IMWS die Initiative "Zusammenleben 4.0" um. In dieser "werden die Menschen im Quartier an modernste Technik (sensorgestütze Untersuchungssysteme, Ambient Assisted Living, Robotik und Maschinelles Lernen) herangeführt". Wissenschaftlich begleitet, sollen so effektive Prozesse und Technologien identiziert werden, deren Einsatz die Kosten der Pflege- und Gesundheitsversorgung deutlich reduzieren und den Menschen bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben in der eigenen Häuslichkeit ermöglichen kann. "Gleichzeitig werden räumlich und organisatorisch Angebote im Quartier geschaffen, die die soziale Teilhabe fördern, die Identifikation mit dem Ort stärken und Einbeziehung informeller Unterstützung ermöglichen." (HaNeuer Wohnen/Center for Economics of Materials o.J.)

Die Generation der inzwischen hochbetagten Senioren aus dem Erstbezug hatte großteils Vorruhestandsregelungen an Anspruch nehmen können oder verfügt aufgrund ungebrochener Erwerbsbiografien über eine auskömmliche Rente. Das wirkt sich in den Quartieren noch stabilisierend aus. Doch inzwischen erreicht eine Generation das Rentenalter, die deutlich öfter von Arbeitslosigkeit und Transferleistungsbezug betroffen war und ist. Deren Rentenbezüge werden sehr viel geringer ausfallen. Die Menschen mit gebrochenen Erwerbsbiografien werden genau die preiswerten Wohnungen benötigen, die in Halle-Neustadt heute zur Verfügung stehen. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Altersarmut müssen daher Sanierungsmaßnahmen und Investitionen mit den entsprechenden Teuerungseffekten genau abgewogen werden.

Es wird auch wieder neu gebaut in Halle-Neustadt bzw. soll neu gebaut werden. Einzelne Rückbaubrachen wecken inzwischen das Interesse von Investoren, die zeitgemäßen Wohnungsbau realisieren wollen. Damit kann sich die Chance ergeben, das Wohnungsangebot zu erweitern, um ein breiteres Spektrum potenziell interessierter Mieter anzusprechen. Dies ist allerdings ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Bisher sind attraktive Wohnprojekte immer durch inner-neustädtischen Bezug belegt worden. Das heißt: Wer eine dieser Wohnungen bezog, verließ zugleich in der Neustadt eine andere. Sofern der Zuzug von neuen Mietern nach Halle-Neustadt ausbleibt, werden sich erneute Wohnungsleerstände ergeben.

Dabei ist Halle-Neustadt intern differenzierter, als dies von außen wahrgenommen wird. Die Leerstandsquoten sind in der östlichen und nördlichen Neustadt

gering. Auch die Sozialdaten unterscheiden sich deutlich. Insgesamt nimmt die Arbeitslosigkeit in Halle-Neustadt ab, ohne dass sich damit zwingend auskömmliche Familieneinkommen ergeben. Der Transferleistungsbezug nimmt zu. Die Einschätzungen der eigenen wirtschaftlichen Lage und der Lebenszufriedenheit verbessern sich. Dabei fallen aber sämtliche dieser Daten deutlich schlechter als im Durchschnitt Halles insgesamt aus. Besonders heikel ist der Umstand, dass 60 Prozent der Neustädter Kinder in Bedarfsgemeinschaften leben. Allerdings: Trotz der Differenzen zwischen den Neustädter Quartieren ergibt die nüchterne Auswertung der sozioökonomischen Daten, dass alle vier Quartiere in die Kategorie "Hoher Problemdruck" fallen (Bernt/Hausmann 2019: 11).

Die Wahlentscheidungen korrespondieren nur gering mit den (Un-)Zufriedenheitswerten: Die individuelle wirtschaftliche Lage bewerten knapp 16 Prozent als schlecht, unzufrieden mit dem eigenen Leben sind 11,5 Prozent. Die AfD bindet in Wahlen stabil ein Viertel der (wählenden) Neustädter Bevölkerung. CDU, SPD und FDP als die Parteien, die als wesentliche Träger des 1990 übernommenen politischen Systems wahrgenommen werden, erreichen in Halle-Neustadt 2014–2019 Zustimmungswerte zwischen 30 und 46 Prozent.

Die meisten Problembearbeitungen gestalten sich sehr langwierig, nicht zuletzt weil die jeweilige Vorgeschichte höchst komplex ist. Dazu gehören etwa die soziale Stabilisierung und Befriedung des Wohngebiets Am Südpark. Hier wird deutlich, wie sich eine rein auf Rendite und KdU-Vermietung ausgerichtete Bewirtschaftung des Wohnungsbestandes auswirkt: Sie fördert die räumliche Konzentration einkommensschwacher Haushalte. So weist das Wohngebiet eine weit fortgeschrittene Entwicklung zum Armutsgebiet auf, die als dramatisch zu bezeichnen ist. Zu der dortigen Konzentration von Armutshaushalten ist es nicht zufällig gekommen, und völlig singulär ist die Problemkonzentration auch nicht: Das Wohngebiet ist ein paradigmatisches Beispiel für die Verarmung von Teilen der ostdeutschen Großwohnsiedlungen, aber auch für das Geschäft, das damit gemacht wird (vgl. Bernt 2019). Die Bewohner artikulieren dies auch als Befürchtung einer Ghettoisierung, schreiben diese jedoch nicht den gesellschaftlichen Verhältnissen, sondern der Anwesenheit von zugewanderten Roma zu (vgl. Böhmer 2019).

Die Kontraste zwischen Alt- und Neustadt bleiben erhalten und verstärken sich zum Teil. Während für Halle (Saale) insgesamt in den letzten Jahren eine allgemein positive Stadtentwicklung zu konstatieren ist, nehmen die sozialräumlichen Unterschiede vor allem zwischen den innerstädtischen Quartieren und den Plattenbausiedlungen zu. Im gesamtstädtischen Vergleich gehören letztere heute zu den Wohngebieten mit hoher Arbeitslosigkeit und einem großen Anteil armer Haushalte. Die Ursachen sind (a) selektive Fort- und Zuzüge mit der Folge einer sukzessiven sozialen Entmischung, (b) die politisch kalkulierten Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU), für die sich Wohnungen zum größten Teil nur in den Großwohnsiedlungen finden lassen, und (c) rein renditeorientierten Strategien einiger privater Eigentümer, insbesondere Investmentfonds.

Das letzte Jahrfünft seit dem 50-Jahres-Jubiläum hat kommunalpolitisch einen versachlichten Blick auf die Neustadt gebracht – vielleicht, kurz bevor es zu spät

war, wenn man einen Blick auf die Neustädter AfD-Wahlergebnisse wirft. Der Bundeswettbewerb "Zukunftsstadt" ist genutzt worden, um Energien zu bündeln. Er bot die Chance, für das, was ohnehin zu erledigen ist, Unterstützung zu organisieren. Die Stadt will trotz des Ausscheidens aus dem Wettbewerb nach der zweiten Runde zentrale Vorhaben weiterbetreiben. Da die Saale zwischen Alt- und Neustadt bislang als "Bildungsäquator" gilt, erscheint dabei vor allem zweierlei als sehr sinnvoll: sich vor allem auf die bildungsbezogenen Projekte zu konzentrieren sowie eine Anbindung an Halles Charakter als Kultur- und Wissenschaftsstadt, von dem die Neustadt bislang nahezu völlig unberührt ist, zu organisieren.

Bildung ist die Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Dazu muss die Generation der heutigen Kinder und Jugendlichen für ein Leben jenseits der Prekarität ertüchtigt werden. Das Ziel lässt sich schlicht formulieren: Es soll dereinst kein biografischer Nachteil gewesen sein, seine Kindheit und Schullaufbahn in Halle-Neustadt verbracht bzw. absolviert zu haben. Dies muss ins Konkrete übersetzt werden, z.B. so: schrittweise Absenkung der Schulabbrecherquote pro Jahr um ein Prozent; schrittweise Herstellung der Ausbildungsfähigkeit aller, indem diese Qutoe jährlich um ein Prozent gesteigert wird; schrittweise Angleichung der Übergangsquote von der Grundschule zum Gymnasium an den Landesdurchschnitt, auch hier pro Jahr ein Prozent Steigerung als Zielmarke.

Um das zu erreichen, muss ein Ausgleich dafür organisiert werden, dass die Kinder in vielen Neustädter Familien in geringerem Maße Bildungsanregungen erhalten, als das im Durchschnitt der halleschen Altstadt der Fall ist. Die Neustädter Eltern sind mit dem Organisieren des prekären Alltags vollauf beschäftigt. Geld für Sportverein, Musikschule oder Ferienlager ist in den Familien nicht oder nur ausnahmsweise vorhanden. Museums- oder Theaterbesuche entfallen mangels Interesse oder Geld. Unter den heutigen Bedingungen schrumpfender Altersjahrgänge der Nachwachsenden aber ist es nicht nur wünschenswert, dass jeder Mensch größtmögliche (Bildungs-)Chancen erhält, aus seinem Leben etwas machen zu können. Vielmehr ist dies auch funktional notwendig: Den weniger vorhandenen Menschen müssen mehr bildungsinduzierte Teilhabechancen eröffnet werden, wenn die allgemeine Wohlfahrt gesichert werden soll.

Die Anwesenheit von Kultur und Wissenschaft – unter anderem auch durch Studierende als Einwohner – ist die Voraussetzung, um eine kulturelle Heterogenisierung zu erreichen. Diese wiederum ist die Voraussetzung dafür, dass die Neustadt eine Imagewandlung dahin vollziehen kann, als normale Option bei der Abwägung möglicher Wohnstandorte in Betracht gezogen zu werden. Die Versorgungsinfrastruktur immerhin ist in Halle-Neustadt heute bereits besser als in manchen altstädtischen Quartieren Halles.

"Eher Aperitifs als Kunstwerke"

Josep Renaus Wandbilder in den Plattenbausiedlungen von Halle-Neustadt und Erfurt-Nord: zur Kunst im postsozialistischen öffentlichen Raum

Oliver Sukrow

Plattenbausiedlungen, Bauhaus, Moderne - und "Malerei"?

"365 Tage Bauhaus" verspricht der Veranstaltungskalender des Verbunds "100 jahre bauhaus", der Zusammenschluss der drei wichtigsten Bauhaus-Institutionen in Deutschland: Bauhaus-Archiv/Museum für Gestaltung in Berlin, Stiftung Bauhaus Dessau und Klassik Stiftung Weimar. Neben den obligatorischen Programmpunkten wie den Eröffnungen der neuen Bauhaus-Museen in Weimar (April 2019) und Dessau (September 2019), Konferenzen und Ausstellungen zum internationalen Kontext des Bauhauses (u.a. "bauhaus imaginista", Haus der Kulturen der Welt, Berlin) tritt das ambitionierte und kulturpolitisch forcierte Programm mit dem Anspruch auf eine regionale und globale Verortung des Bauhauses auf: "Das Fest der Moderne findet in ganz Deutschland statt, aber auch an vielen Orten weltweit: von Hamburg bis Stuttgart, von Tel Aviv bis São Paulo." (Geschäftsstelle Bauhaus Verbund 2019, 2018: o.S.)

Eine begleitende und vertiefende "Grand Tour der Moderne", vermarktet als "große Entdeckungsreise zur Architektur in Deutschland" und als "ein komplettes Jahrhundert Architekturgeschichte", soll zudem für das interessierte Publikum die "besten Bauten in ganz Deutschland" räumlich zusammenführen und als Bauhaus-Erbe erlebbar machen (art Kompakt Bauhaus 2019: o.S.). Dem umfassenden Veranstaltungsmarathon eigen ist – neben anderen Leerstellen – die Abstinenz der architekturgeschichtlichen Entwicklung der "Moderne" in Ostdeutschland. Mit Ausnahme von drei Wohnhäusern und einem Restaurantbau der "Architektur der nationalen Traditionen" aus den 1950er Jahren in Eisenhüttenstadt und dem Kino International (1961–1963) von Josef Kaiser und Heinz Aust an der Berliner Karl-Marx-Allee fehlen ostdeutsche Bauten aus der Zeit 1945-1990 völlig.

Dieses offizielle Bild der "Moderne" des 20. Jahrhunderts in Deutschland, an das anlässlich der Bauhaus-Gründung 1919 in Weimar gedacht wird, spart demzufolge 50 Prozent der deutsch-deutschen Architekturgeschichte der Zeit von 1945–1990 aus. So wird ein Bild von moderner Architektur und Gestaltung manifestiert, dass sich auf eine Vorstellung von herausragenden Leitbauten in den großen Städten einengt: So haben es nicht nur "alternative" Moderne-Visionen schwer, sondern auch das breite Feld der Alltagsarchitektur, allen voran des Massenwohnungsbaus. Diesen gab es ja auch nach der Schließung des Bauhauses 1933 und dieser wurde nach 1945 in beiden deutschen Teilstaaten fortgeführt. Jedenfalls scheint der Wohnbau der ostdeutschen Moderne, zumindest

im Jahr des Bauhauses, nicht als "Erinnerungsort" (vgl. Sabrow 2009) zu gebrauchen zu sein.

Verwunderlich ist die Position nicht nur, weil sie verknappte Vorstellung der Geschichte der modernen Architektur reproduziert, sondern auch, weil ja gerade das (Dessauer) Bauhaus mit dem Anspruch auf einen Beitrag zur Lösung der Wohnungsfrage in der Weimarer Republik auftrat. Wie unlängst in einer großen Ausstellung im Münchner Architekturmuseum präsentiert (vgl. Andres Lepik/ Strobl 2019), ist festzuhalten, dass sowohl in der BRD als auch in der DDR die Lösung der Wohnungsfrage als wichtiges – mitunter gar zentrales – Politikfeld galt, in welches große Investitionen und Erwarten gelegt wurden.

Je nach politischem, sozialem und kulturellem Kontext wurden in West- und Ostdeutschland verschiedene Vorschläge entwickelt und realisiert, teilweise unter ganz ähnlichen typologischen und technologischen Vorzeichen. Während jedoch die Massenwohneinheiten in der alten Bundesrepublik (insbesondere) nach 1990 nur noch selten in den Blickpunkt kamen, sah dies für die vor allem ab den 1970er Jahren in Ostdeutschland hochgezogenen Plattenbausiedlungen anders aus. Sie erhielten viel mehr negative Aufmerksamkeit, gerade als soziale Brennpunkte oder als Symbole für den wirtschaftlichen und demografischen Niedergang der ostdeutschen Städte nach der Wiedervereinigung. ¹

Zuletzt kam jedoch von einer jüngeren Generation an ForscherInnen und ArchitektInnen vor dem Hintergrund der Debatten um bezahlbaren städtischen Wohnraum wieder ein gesteigertes Interesse an den sozialen und architekturgeschichtlichen Dimensionen der "Platte" auf.² Dies hat sicherlich seinen Ursprung auch in der verstärkten denkmalpflegerischen Forschung zur ostdeutschen Architektur (vgl. u.a. Escherich 2012; 2016).

Noch weniger Beachtung als die Plattenbausiedlung als soziales wie ästhetisches Phänomen der Moderne fand das Feld der bildkünstlerischen Ausstattung der ostdeutschen Neubaustädte. Bis zuletzt gab es kaum Überblicksliteratur über die einst reiche und heute nur noch rudimentär nachvollziehbare Kunst am und um den Bau (vgl. Guth 1995; Maleschka 2019). Ab und zu regte sich aber dann doch die Diskussion, wenn mal wieder ein Wandbild oder eine Skulptur aus dem öffentlichen Raum verschwinden oder transloziert werden sollte. Dass aber mittlerweile – im Gegensatz zu den 1990er Jahren – die Debatten um die Bewahrung und Erforschung architekturbezogener Kunst aus der DDR öffentlich geführt werden (z.B. in Erfurt, Suhl oder Plauen), macht deutlich, dass sich auch hier eine tektonische Verschiebung der historischen Wertschätzung dieser Relikte ankündigt.

Mitunter lassen sich sogar nunmehr Bewegungen "von unten" feststellen: AnwohnerInnen, Zeitzeuglnnen und ExpertInnen setzten sich seit 2008 (erfolgreich) für die Unterschutzstellung eines Wandbilds von Josep Renau am ehemaligen Kulturzentrum "Stadt Moskau" in Erfurt-Nord ein, dem das Thüringische

¹ vgl. u.a. Haller (2000); Liebscher (2011); Grunze (2017)

 $^{^2}$ vgl. u.a. Angermann/Hilse (2013); Engler (2014); Hasche/Kiepke/Scheffler (2016); Richter/Scheffler/Sieben (2017)

Landesdenkmalamt stattgab und so die Rettung und Wiederaufstellung, die durch die Wüstenrot Stiftung unterstützt wurde, erst ermöglichten. Auch das bürgerschaftliche Engagement für ein lange verborgenes Wandbild von Karl-Heinz Adler im Plauener Rathaus trug Früchte: Der Stadtrat entschied sich im Juni 2019, die originale Fassadengestaltung des 1978 neu errichteten Rathauseingangs vollständig zu erhalten und mit Hilfe der Wüstenrot Stiftung zu rekonstruieren.

Offensichtlich treffen im derzeitigen Umgang mit den übrig gebliebenen Wandbildern aus der DDR das Interesse der Öffentlichkeit, von Teilen der Fachwissenschaft (Denkmalpflege und Kunstgeschichte) und der kommunalen und Landeskulturpolitik aufeinander. Man kann daher durchaus davon sprechen, dass die Werke der architekturbezogenen Kunst heute die Rolle von Erinnerungsorten einnehmen, die individuelle Erinnerungen mit kollektiven Erfahrungen verbinden und daher identitätsstiftend für Wohngebiete, Städte und ganze Regionen wirken können.

Aber was zeichnet die architekturbezogene Kunst der Zeit 1945-1990 kulturgeschichtlich eigentlich aus?³ Diese Frage lässt sich erst in Ansätzen beantworten, zwei Facetten ragen jedoch deutlich heraus. Zum einen spricht der Umstand, dass die Ausstattung mit Werken der Malerei und Plastik in der DDR gesetzlich vorgeschrieben war und eine bestimmte Prozentzahl der Investitionssumme in Kunstwerke umgesetzt werden musste, für die weiter zu verfolgende Auseinandersetzung zum Komplex Architektur und Kunst im öffentlichen Raum.

Zum anderen ist es der Fakt, dass die entstandenen Kunstwerke in der Regel die Funktion von doppelten Bedeutungsträgern aufwiesen. Sie sollten auf übergeordnete politische, soziale, historische oder ideologische Themen hinweisen und diese erläutern. Zugleich sollten die Bildwerke aber auch den "Mangel" an differenzierten architektonischen Ausdrucksmöglichkeiten und etablierten Würdemotiven (wie Säulen, Giebel, Erker, Gebälke, Portale, etc.) bei den Plattenbauten "ausgleichen", hatten also ornamentale und schmückende Funktion. Während in früheren Epochen, etwa im Barock, die architekturbezogene Kunst die "Aussage" der Architektur verstärken sollte, so war durch den Verzicht auf Säulen, Ornamente und andere Dekorationselemente in der modernen Architektur des 20. Jahrhunderts eine gewisse gestalterische Lücke entstanden. Diese wollte man zum Beispiel bei den Plattenbausiedlungen mit einer Fülle an Bildern und Skulpturen im öffentlichen Raum "füllen".

In dieser doppelten Funktion als Bedeutungsträger liegt die grundlegende Relevanz der architekturbezogenen Kunst in der DDR.

Gerade die mehrheitlich auf der "grünen Wiese" errichteten Planstädte in der DDR wie Eisenhüttenstadt, Schwedt oder Halle-Neustadt mit ihren Wohnkomplexen, Freizeiteinrichtungen und bildkünstlerisch-gestalteten Freiflächen sollten neben funktionalen und ökonomischen Aspekten (Wohnen, Versorgung, Bildung, Transport, Freizeit etc.) auch die Utopie der "sozialistischen Menschengemeinschaft" manifestieren und diese Ideen städtebaulich repräsentieren (vgl.

_

³ vgl. hierzu Flierl (1984)

von Beyme 2012). Im öffentlichen Stadtraum dienten die bildenden Künste als Medien der Kommunikation und der Vermittlung. Skulpturen feierten die ArbeiterInnen als ErbauerInnen und BewohnerInnen der Städte, ehrten wichtige Persönlichkeiten oder historische Ereignisse; funktionales "Stadtmobiliar" und Gebrauchsgrafik wurden für Spielplätze, Werbung und den ÖPNV eingesetzt; Betonsteinelemente strukturierten Fassaden und Freiflächen und die Wandmalerei vermittelte komplexere Aussagen zur Wohngegend und zu den Funktionsbereichen der Stadt.

Dieser Beitrag greift daher die vom Bauhaus-Verbund formulierten Leitfragen: "Wie wollen wir leben? Wie wollen wir wohnen?" anhand zweier konkreter Beispiele für architekturbezogene Kunst in ostdeutschen Plattenbauvierteln auf. Da deren Geschichte bereits umfassend behandelt wurde, soll die Fokussierung auf den Aspekt der Kunst im öffentlichen (nunmehr postsozialistischen) Stadt-Raum das Thema erweitern (vgl. u.a. Bartetzky/Dietz/Haspel 2014).

Anhand der künstlerisch gestalteten Wohnumwelten in den Neubausiedlungen von Halle-Neustadt und Erfurt-Nord wird die Brücke geschlagen von den architekturbezogenen Kunstwerken des Malers Josep Renau (1907–1982) zum sozialräumlichen Umfeld und zu den Bemühungen um Erhaltung und Erforschung dieser Werke nach 1990. Renaus Bilder sind deswegen so exemplarisch für die Diskussion um die Kunst der Plattenbausiedlungen, weil sie in ihrer Entstehungszeit bereits sehr eigenständige Lösungen darstellten und sich vom Mainstream der anderen abhoben. Wurde die kulturelle Bedeutung aber zunächst in den 1990er Jahren noch nicht gewürdigt, stießen die Werke jedoch in den letzten Jahren auf verstärktes Interesse der Öffentlichkeit, der kommunalen Kulturpolitik, der Denkmalpflege und der Kunstgeschichte. Zudem zeigt das Beispiel des Wandbilds von Renau am Moskauer Platz in Erfurt-Nord, wie eine zeitgenössische Beschäftigung mit dem Erbe der Moderne aussehen könnte, die lokale und überregionale Akteure in einen Dialog bringt.

Josep Renau: Leben zwischen Spanien, Mexiko und der DDR

Der Schöpfer der Kunstwerke in Halle-Neustadt und Erfurt-Moskauer Platz ist der 1907 im spanischen Valencia geborene Maler, Grafiker und Fotograf Josep Renau (vgl. u.a. Forment 2004; Sukrow 2018). Er lebte seit Ende der 1950er Jahre in der DDR, wo er auch 1982 verstarb.

Zunächst hatte sich Renau linken spanischen Gruppen angeschlossen und ähnlich wie sein großes Vorbild John Heartfield eine dezidiert linke Kunst in Form von Fotomontagen, Plakaten und Buchillustrationen geschaffen. In den 1930er Jahren war Renau in verschiedenen Funktionen für die Regierung der spanischen Republik tätig. Mit Ausbruch des Bürgerkrieges profilierte sich Renau als Organisator des Transports der Kunstwerke aus dem Prado in Madrid nach Valencia und andere Orte, um diese Meisterwerke vor der Bombardierung durch Francos Truppen zu bewahren. Nach der Niederlage der Republik floh Renau zusammen mit hunderttausend anderen nach Südfrankreich. Von dort konnte er nach Mexiko ausreisen. In Mittelamerika knüpfte Renau an seine Kontakte

aus der Zwischenkriegszeit zu dem bekannten Maler David Alfaro Siqueiros an. Mit Siqueiros und anderen Künstlern realisierte Renau das Wandbild "Das Antlitz der Bourgeoise" in Mexiko-Stadt (1939), das als eines der wichtigsten Wandbilder der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zählt (Jolly 2008). Besonders revolutionär war die Beobachtung von Siqueiros und Renau, dass sich die BetrachterInnen des Bildes im Raum bewegen und daher das Wandbild aus ganz verschiedenen Positionen wahrnehmen. Folglich hatte sich eine moderne Wandbildkunst an den dynamischen BetrachterInnen zu orientieren. Diese Neuerung wurde von Renau immer weiterentwickelt und kam insbesondere bei seinen späteren Wandbildprojekten in der DDR zum Zug (vgl. Sukrow 2012).

Nach zwei Jahrzehnten verließ Renau Mexiko in Richtung DDR. Er hoffte, hier Aufträge für große Wandbilder im öffentlichen Raum zu erhalten, was sich nur teilweise erfüllen sollte. Renau lebte in Ost-Berlin und war – obwohl er durchgehend mit "Prof. Renau" angesprochen wurde – an keiner Kunsthochschule angestellt, sondern Freiberufler. Nicht nur dieser Umstand war für die DDR außergewöhnlich: Seine bewegte Lebensgeschichte, seine reiche Erfahrung als Künstler und Kulturpolitiker, sein großes internationales Netzwerk an Kontakten (u.a. zu Siqueiros, Picasso und Miró) und seine eigenständige Arbeitsweise im Berliner Wohn- und Atelierhaus machen Renau zu einer Ausnahmeerscheinung.

Für seine Wandbildprojekte arbeitete Renau mit unterschiedlichen Leuten zusammen: SchülerInnen, KunststudentInnen, Handwerker und KunstwissenschaftlerInnen bildeten für die Wandbildprojekte Kollektive (vgl. Renau/Flierl/Balaguer 2014). Die meisten Ideen für Wandbilder, wie zum Beispiel für Berlin-Adlershof, Schwedt/Oder und Meißen blieben nur Entwürfe. Andere, wie für Halle-Neustadt (Ende 1960er Jahre) und Erfurt-Moskauer Platz (Ende 1970er Jahre) konnten Renau und sein Kollektiv jedoch umsetzen. Renau bot seinen Kollektiven nicht nur einen Einblick in seine Arbeitsweise, sondern auch in seinen Bildungskosmos, der nicht zuletzt wegen seiner großen Bibliothek mit Büchern aus Spanien, Mexiko, den USA, Russland und Frankreich, seiner Fotosammlung und seinem Werdegang ein außergewöhnlicher war.

Renau ging bei seinen Wandbildrojekten immer von der städtebaulichen Situation aus, in die das Kunstwerk eingepasst werden sollte. Aufgrund der Auftragsund Vergaberichtlinien in der DDR war zwar auf dem Papier eine enge Zusammenarbeit von ArchitektInnen und bildenden KünstlerInnen vorgesehen (Brandler/Werner/Meuche 1974), doch sah die Realität oft so aus, dass die KünstlerInnen erst dann herangezogen worden sind, als die architektonische Planung sehr weit fortgeschritten war. De facto bedeutete dies, dass die KünstlerInnen mit denen ihnen zugewiesenen Standorten für die Kunstwerke zurechtkommen mussten, da Planänderungen oder gar Modifikationen bei laufender Projektierung und Errichtung nicht möglich waren. Nicht immer wirkte sich das zum Vorteil der Kunstwerke aus, die dann mitunter als Kaschierung unzulänglicher Architektur oder als willkürliche Applikation an einer eben noch 'freien' Fassade wahrgenommen wurden. Auch Renau hatte sich in der DDR mit diesen Vorgaben zu arrangieren. Immerhin gelang es ihm aber, wie das Beispiel in Erfurt zeigt, einen Kompromiss von architektonischer Planung und künstlerischer Ge-

staltung zu erzielen und mitunter nachträgliche Planungsänderungen in der Architektur durchzusetzen.

Zu Beginn eines jeden Wandbilds von Renau stand, wie gesagt, zunächst die "optische Analyse" (Renau). In dieser fertigte Renau Fotografien des Bauplatzes aus unterschiedlichen Blickwinkeln und Perspektiven an. Er versuchte anhand von Grundrissen und Stadtplänen eine Vorstellung davon zu bekommen, wo die Hauptverkehrswege der FußgängerInnen sein würden. Diese benötigte er dann für die künstlerische Gestaltung der Wandbilder, die sowohl aus der Distanz als auch aus der Nähe erkennbar sein sollten. Im Unterschied zu anderen KünstlerInnen in der DDR, wie zum Beispiel Walter Womackas Wandbild am Haus des Lehrers in Berlin (1964) oder Gerhard Bondzins Wandbild am Dresdner Kulturpalast (1969) ging Renau auf Grundlage seiner mexikanischen Erfahrungen von dynamischen Betrachtern aus. Nicht ein Blickpunkt, von welchem die Wandbilder in Berlin und Dresden exakt erkennbar sind, sondern mehrere Blickpunkte strebte Renau an, um so der Bewegungsrichtungen der FußgängerInnen im Wohnviertel mit seiner Kunst entgegenzukommen.

Die Wandbilder in Halle-Neustadt

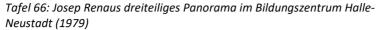
Der Soziologe Peer Pasternack hat Halle-Neustadt als "Kunststadt in einem doppelten Sinne" beschrieben.⁴ In der Künstlichkeit ihrer Planung und Struktur sei die Ausstattung des öffentlichen Raumes mit Kunst in der "größten Freiluftgalerie der DDR" als "symbolische Identifikationsangebote" an die Bevölkerung zu lesen. Die Bewohner sollten sich damit in ihrer neuen Umgebung zurechtfinden und ein Heimatgefühl entwickeln. Renaus Wandbilder am ehemaligen Bildungszentrum von Halle-Neustadt – bestehend aus einer Schwimmhalle, einer Mensa, Berufsschulen, Sporthallen, Universitätsgebäuden und einem Wohnheim, wobei das Mosaik an der Schwimmhalle (nicht mehr erhalten) nicht von Renau stammt – würden in der doppelten Kunststadt Halle-Neustadt "propagandistische Aussagen […] mit einer gewissen Raffinesse transportieren". Sie seien – trotz oder gerade deswegen – die "künstlerisch eindrucksvollsten Werke, die für Halle-Neustadt entstanden sind".

Renaus Konzeption der Hallenser Wandbilder begann im Oktober 1967 und fußte von Anfang auf der Vorstellung, dass die städtebauliche Lage des Bildungszentrums und der ideologische Anspruch an die Architektur für die Wandbilder eine "funktionelle und ästhetische Bedeutung erster Ordnung" darstellen würden.⁵ Dem Künstler schwebte vor, die starke optische Ausrichtung des Komplexes in die Breite entlang einer Stichstraße von der im Süden befindlichen Hauptmagistrale der Stadt zu nutzen, um nicht separate Bildflächen mit Einzel-

⁴ hier und im Folgenden zitiert aus Pasternack (2012)

⁵ Institut Valencia d'Art Modern, Nachlass Josep Renau, Protocolo y correspondencia Mural Halle-Neustadt, 20-07-1968/29-12-1970, cod: 2.2.2.2, sig: 7/1: Josep Renau, Helmut Diehl, Nuria Quevedo, Doris Kahane, Allgemeine Problematik und erste Vorschläge, Berlin, 8.10.67, 2 Seiten, hier S. 1

themen, sondern ein horizontales Band von Bildern zu schaffen. Dieses Konzept nannte er "Panorama" (Tafel 66).





Renaus Ziel war es, mit seinem Panorama das Bildungszentrum ästhetisch aufzuwerten und zugleich zur herausgehobenen Wahrnehmung des Stadtbildes aus größerer Distanz beizutragen. Er besorgte sich deswegen zusätzlich zu Fotografien der städtebaulich-räumlichen Situation auch Grundrisse, Bebauungspläne und Karten von Halle-Neustadt. Damit wollte er sich in der Fläche und im Raum Vorstellungen von den Bedingungen für seine Wandbilder machen.

Basierend auf der optischen und städtebaulichen Analyse der 1967 vorgefundenen Situation des Bildungszentrums entwickelten Renau und sein aus Helmut Diehl, Nuria Quevedo, Doris Kahane und zeitweise aus René Graetz, Herbert Sandberg und Karl Rix bestehendes Kollektiv im Frühjahr 1968 eine Bild- und städtebauliche Lösung für das "Panorama" von Halle-Neustadt. Die zwei Wandbilder am Wohnheim sollten – von rechts nach links gelesen – die "Kräfte der Natur" sowie die "Beherrschung der Natur durch den Menschen" präsentieren, die Mensa den "Marsch der Jugend in die Zukunft" und die Schwimmhalle "Die Geometrie des Menschen und der Natur" zeigen.

Sowohl in ihrer Gesamtheit als auch einzeln sollten die Bilder aus der Ferne und der Nähe "lesbar" sein und das Bildungszentrum explizit aus seinem städtebaulichen Umfeld herausheben: Immerhin befand sich in südöstlicher Richtung das Stadtzentrum von Halle-Neustadt mit den wichtigsten gesellschaftlichen und öffentlichen Einrichtungen, was ein hohes Besucheraufkommen bedeutete. Die städtebauliche Ausrichtung des Bildungszentrums zum Stadtzentrum hin war

Tafel 67: Josep Renau: Die Einheit der Arbeiterklasse und Gründung der DDR (1974), Keramik: Lothar Scholz



auch der Grund dafür, warum Renau die Leserichtung der Gesamtkomposition entgegen der europäischen Tradition nicht von links nach rechts, sondern von rechts nach links entwickelt hatte. So sollte die Abfolge der Bilder optisch wie inhaltlich vom Rand der Stadt zu dessen ideellem und baulichem Zentrum führen und nicht davon weg.

Von diesen ambitionierten Planungen eines monumentalen Wandbildpanoramas – die in der permanenten Mangelwirtschaft der DDR auch aufgrund ihres

schieren Umfangs schon utopische Züge gehabt haben müssen – konnte Renau nur drei Wandbilder an Wohnheim und Mensa ausführen, wobei das rechte Wandbild des Wohnheims im Verlauf der Werkentstehungsgeschichte durch einen neuen Entwurf, "Die Einheit der Arbeiterklasse und die Gründung der DDR", ersetzt wurde (Tafel 67). Dies hatte die Kulturpolitik der lokalen SED-Führung so gewünscht und durchgesetzt. Die Botschaft des Mensa-Wandbildes vom Fortschritt der sozialistischen Jugend im Zeichen von Sport, Bildung und Technik erschloss sich dem aktiven Betrachter, wenn dieser sich vom Wohnheim in Richtung Magistrale an der Mensawand vorbeibewegte. Dann vollzog er in seiner Bewegung im Stadtraum die Entwicklung der Personen im Bild vom Demonstrationszug der FDJ rechts bis hin zum abstrahierten "Neuen Menschen" ganz links mit.

Heute ist diese Notwendigkeit durch städtebauliche und architektonische Veränderungen nicht mehr nachvollziehbar. Renaus Konzept eines Panoramas war jedoch schon in der DDR durch die Abgabe des Schwimmbad-Mosaiks an das Kollektiv um Sandberg obsolet gewesen. Renaus utopische Bilder bedienten sich nicht einer einfachen Bildrhetorik oder plakativer Botschaften, sondern versuchten in erster Linie, zum Reflektieren anzuregen und über das Auge Intellekt und Gefühl anzusprechen. So sollte das Bild positiv auf die Gemeinschaft einwirken und Veränderungen herbeiführen.

Das Wandbild in Erfurt

Im Norden der Erfurter Altstadt und Gründerzeitviertel entstanden ab den 1970er Jahren Großsiedlungen auf der grünen Wiese. Damit wurde das Interesse weg von innerstädtischen Solitärbauten hin zum industriellen Massenwohnungsbau gelenkt (vgl. Rat des Bezirks Erfurt 1984). Erfurt-Nord untergliederte sich in die Stadtteile Berliner Platz, Moskauer Platz, Rieth und Roter Berg. Die Viertel waren städtebaulich aufeinander bezogen und infrastrukturell umfassend erschlossen. Die architektonischen Höhepunkte bildeten die Wohnkomplex- oder Stadtteilzentren, die vielfältige Funktionen hatten. Neben der medizinischen und Nahversorgung, waren die Zentren auch für kulturelle, politische und sportliche Aktivitäten ausgelegt.

Die Baugesetzgebung der DDR sah vor, dass ein bestimmter Anteil der Bausumme für architekturbezogene Kunst und Freiflächengestaltungen aufgebracht werden musste. Wie andere auf dem Reißbrett entstandene Neubauviertel war auch Erfurt-Nord von einer Vielzahl unterschiedlicher künstlerischer Interventionen im öffentlichen Raum charakterisiert, die maßgeblich zur Lebensqualität beitrugen (Helmboldt/Weinrich 1974). Mit Kunstwerken wurden funktional oder städtebaulich wichtige Gebäude gestalterisch hervorgehoben. Josep Renau war zur Zeit der Auftragsvergabe in Erfurt bereits erfahren im Umgang mit vergleichbaren Großprojekten (siehe oben Halle-Neustadt).

Renau wurde als freiberuflicher Künstler auf Honorarbasis vom Rat des Bezirks Erfurt angestellt und orientierte sich an den Vorgaben der federführenden Architekten des Wohngebiets. Gleichwohl hatte er sich zusätzlich noch mit dem Künstlerverband des Bezirkes und dem Rat für architekturbezogene Kunst Erfurt abzusprechen. Diese Gremien kontrollierten auch die Auszahlung der Honorare für Renau und seine MitarbeiterInnen. Innerhalb dieses zentralistisch strukturierten Auftrags- und Vergabewesens gelang es Renau und seinen SchülerInnen, im Erfurter Wandbild individuelle ästhetische wie inhaltliche Vorstellungen zu realisieren.

Der gestalterische und technische Rahmen für Renaus Bild war die bildkünstlerische Konzeption des Büros für architekturbezogene Kunst für das Wohngebiet Erfurt-Nord, die der Rat der Stadt 1975 beschlossen hatte und Verteilung, Inhalt und Stil der architekturbezogenen Kunstwerke schon lange vor der Errichtung der Gebäude vorgab. Ursprünglich war Renau für mehrere Wandbilder am Wohnkomplexzentrum vorgesehen, die alle um das Thema "Gartenbau und Ernte" kreisen sollten. Damit sollte auf das Image Erfurts als Garten- und Blumenstadt angespielt werden. Renau entwarf zudem ein freistehendes "Raum-Zeit-Monument" für einen Hof der Zentrumsbebauung. Die geplante thematische Ausrichtung auf Moskauer Themen in der künstlerischen Ausstattung des Stadtteilzentrums wurde jedoch nicht realisiert. Im Laufe des Auftrags wurde Renaus Ursprungskonzept reduziert, sodass er letztlich nur ein Wandbild an der nordwestlichen Ecke des Komplexes ausführte.

Tafel 68: Josep Renau: Der Mensch in Beziehung zu Natur und Technik (1982–84); Wandbild am ursprünglichen Gebäude (2008)



Wie für seine früheren Wandbilder in Halle, entfaltete Renau auch für das Erfurter ein aufwändiges Entwurfskonzept, was perspektivische Überlegungen und Standortfaktoren einbezog. Vor allem setzte Renau die Kamera ein, um die stadträumliche Orientierung und die Hauptblickpunkte zu erfassen. Immer wie-

der wechselte er bei seinem Entwurfsprozess zwischen Fotografien, Modellen und Zeichnungen, um seine Arbeitsphasen und Überlegungen anschaulich zu dokumentieren. In den Verhandlungen mit dem Auftraggeber kamen ebenfalls großformatige Entwürfe zum Einsatz. In mehreren Schritten entstanden schließlich im Atelier mithilfe des Kunstkollektivs die Wandbildentwürfe.

Ungewöhnlich für das Erfurter Bild ist der Einsatz eines Architekturmodells und von Figurinen, die der "optischen Analyse" des Entwurfs dienten. Anhand solcher Simulationen konnte der Künstler eine realistische Kontrolle der Wirkung seiner Bilder im zukünftigen Stadtraum überprüfen und gegebenenfalls korrigieren. Die Grundkonzeption für die bildkünstlerische Ausstattung von 1974/75 sah ein Wandbild über dem Haupteingang zum Kulturzentrum vor. Auf dieses wären die BesucherInnen von der westlich gelegenen Straßenbahnhaltestelle axial zugelaufen. Durch die Verschiebung der Haltestelle ergab sich aber die Notwendigkeit einer Neupositionierung des Wandbilds. Erneut fertigte das Kollektiv Blickpunktanalysen und Raumstudien an. Renau schlug 1977/78 unter diesen veränderten städtebaulichen Bedingungen vor, das Bild nunmehr um die Gebäudekante herumzuführen, um so perspektivisch interessantere Ansichten zu schaffen und die Gebäudekante optisch abzumildern.

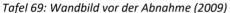
Für das Erfurter Wandbild hatte Renau um sich ein Kollektiv von sechs MitarbeiterInnen (Anette Becker, Clemens Becker, Peter Gültzow, Marta Hofmann, Manfred Naumann und Peggy Tippmann) versammelt, die mit ihm nach Erfurt reisten und sich nicht zuletzt um administrative Angelegenheiten kümmerten. Vor allem aber begleiteten sie die aufwändigen Entwurfsschritte des Wandbilds und setzten diese in die Praxis um. Im Atelier Renaus bekamen sie die Gelegenheit, ein umfangreiches Projekt vom Konzept zur Fertigstellung nicht nur zu begleiten, sondern auch eigene Beiträge zu leisten. Renau hielt die konzentrierte Arbeitsweise in Fotografien fest, die an Stillleben erinnern. Die meisten MitarbeiterInnen waren auch in Renaus privatem Kunstzirkel aktiv, der sich jeden Samstag in der Kastanienallee versammelte und eine inoffizielle Alternative zur staatlich-akademischen Ausbildung bot.

Von der Zerstörung zur Wiederherstellung

Renau starb am 11. November 1982, noch bevor mit der bauseitigen Ausführung des Wandbilds begonnen wurde. Bereits seit 1976 hatte er sich regelmäßig wieder in Spanien aufgehalten, wohin er nach dem Tode des Diktators Franco und der Demokratisierung und kulturellen Öffnung von Berlin aus pendelte. Während seiner Abwesenheit erledigte das Kollektiv die anfallenden administrativen Aufgaben zur Realisierung des Wandbilds, kommunizierte mit dem Auftraggeber und klärte offene Fragen mit den Architekten und den Fliesenproduzenten. Renaus frühzeitige Einbeziehung seiner MitarbeiterInnen nicht nur in die vorbereitenden Arbeitsschritte, sondern auch die Übertragung von Verantwortlichkeiten in seinem Kollektiv waren die Gründe dafür, warum das Wandbild dennoch bis 1984 wie geplant am Freizeit- und Kulturzentrum realisiert werden konnte und nicht mit seinem Tod endete.

Es ist, wie das Wandbild in Mexico-City, als ein wirkliches Gemeinschaftswerk zu bezeichnen und entsprach damit Renaus Vorstellung eines "sozialistischen" Kunstwerks, an dem nicht nur viele teilhaben konnten, sondern das auch von vielen geschaffen wurde.

Nach 1989/90 begann der kontinuierliche Niedergang des Kultur- und Freizeitzentrums. Der Leerstand von Geschäften, die fehlenden MieterInnen und das verringerte Freizeitangebot – all das führte schließlich dazu, dass bis 2013 das Gebäude komplett abgerissen wurde. Des ruinösen Daueranblicks leid, ließ man sich von Investorenrenderings einer besseren Zukunft des Wohnviertels versichern. Bald jedoch zeigte sich eine räumliche, besonders aber eine symbolische Leerstelle am Moskauer Platz. Auch wenn das neue Nahversorgungszentrum teilweise an die alten Funktionen des Zentrums anknüpft, war doch die identitätsstiftende Wirkung eines Supermarkts nicht so ausgeprägt wie jene des alten Wohnkomplexzentrums. Weniger dessen Architektur als vielmehr sein Nutzen und seine Ausstattung waren positiv in das kollektive Gedächtnis des Viertels eingegangen.

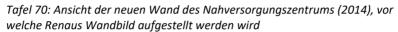




Erstaunlicherweise verband sich diese rückblickend positive Konnotation des Wohnkomplexzentrums auch mit "dem Renau", also dem 1984 fertiggestellten Wandbild "Der Mensch in Beziehung zu Natur und Technik", das ja gar nicht "benutzbar" und "funktional" war, aber gleichwohl zur Ausstattung des öffentlichen Raums und der Nachbarschaft gehörte. Renaus Wandbild prägte das Selbstverständnis des Moskauer Platzes so sehr, dass dessen Abnahme im Herbst 2009 als Rettungstat verstanden, aber die folgende jahrelange Einlagerung in zwei Container auf dem städtischen Bauhof von vielen Anwohner als tragisch empfunden wurde. Obwohl das Wandbild gemeinsam mit dem Kultur-

und Freizeitzentrum seit den frühen 1990er Jahren im ständigen Niedergang begriffen war, besaß es noch immer so viel Aura, dass es als zugehörig und identitätsstiftend wahrgenommen wurde.

Der Demontage und Einlagerung des Wandbilds durch die kommunale und landesbehördliche Denkmalpflege in Thüringen war 2008 die Eintragung in das Denkmalregister vorausgegangen, was wiederum im Wesentlichen dem bürgerschaftlichen Engagement von ehemaligen SchülerInnen und Wegbegleitern Renaus sowie Nachbarn zu verdanken ist, die sich um den Zustand des stark gefährdeten Wandbilds sorgten und die Initiative ergriffen. Das große Engagement und die fachliche Kompetenz des Kollektivs um Renau waren wichtige Voraussetzungen dafür, dass das Kunstwerk überhaupt unter Denkmalschutz gestellt, abgenommen, eingelagert und voraussichtlich bis Herbst 2019 wiederhergestellt werden konnte.⁶





An den in der DDR entstandenen Plattenbausiedlungen, die Vorbildcharakter in Architektur, Städtebau und künstlerischer Ausstattung hatten, lässt sich die angestrebte Synthese von Kunst und Architektur besonders eindringlich historisch wie räumlich studieren. Sie sind als bedeutendes Erbe der modernen Architektur und des modernen Städtebaus des 20. Jahrhunderts in der Nachfolge des 1919 gegründeten Bauhauses und des dort formulierten Anspruchs nach der Vereinigung von Kunst und Architektur zu sehen. Beides, Plattenbausiedlungen

189

 $^{^6}$ Zu Geschichte und Wiederherstellung des Wandbilds von Renau in Erfurt erscheint im Herbst 2019 ein vom Autor für die Wüstenrot Stiftung herausgegebener Band.

und Kunstwerke im öffentlichen Raum, gehören zusammen und sind Teil des Erbes der Moderne in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Verzeichnis der Tafeln

Tafel 1:	100-Jahre-Bauhaus-Website "Grandtour der Moderne"	19
Tafel 2:	Los Christianos, Teneriffa, Spanien, Bauzeit 70er Jahre	20
Tafel 3:	Ihme-Zentrum Hannover, erbaut in den 70er Jahren	21
Tafel 4:	Ludwig Hilberseimer, 1929: Ideen für einen industrialisierten Wohnungsbau	21
Tofal F.	_	
Tafel 5:	Ludwig Hilberseimer 1929: Kleinstwohnungen	
Tafel 6:	Plattenbausiedlungen in Sachsen-Anhalt	
Tafel 7:	EPF-Workshop im IWH Halle, Juli 2019	
Tafel 8:	Neustrelitz-Kiefernheide	
Tafel 9:	Bergen (Rügen) Rotensen: Teilrückbau und Gebäude im Orginalzustand	40
Tafel 10:	Brandenburg-Hohenstücken, im Vordergrund eine Rückbaufläche, hinten ein unsaniertes Wohngebäude	42
Tafel 11:	Königs Wusterhausen Goethestraße, sanierte Wohngebäude und hergerichtetes Wohnumfeld	42
Tafel 12:	Typen ostdeutscher Großwohnsiedlungen	43
Tafel 13:	Die ostdeutschen Großwohnsiedlungen, unterschieden nach Typen	44
Tafel 14:	Reichenbach-West (Vogtland)	47
Tafel 15:	Neubrandenburg-Datzeberg: saniert und unsaniert in enger Nachbarschaft	47
Tafel 16:	Greiz-Pohlitz: Rückbaufläche und Wohnbebauung	48
Tafel 17:	Soziale Segregation (Segregationsindex SGB-II-Empfänger) in zehn ostdeutschen Städten im Vergleich zum deutschen Durchschnitt 2014	50
Tafel 18:	Durchschnittlicher jährlicher Anstieg der sozialen Segregation (Segregationsindex SGB-II-Empfänger) in zehn ostdeutschen Städten im Vergleich zum deutschen Durchschnitt 2005–2014 (in Prozentpunkten)	51
Tafel 19:	Zerstörungsgrad zehn ostdeutscher Städte durch den Bombenkrieg im Zweiten Weltkrieg	52
Tafel 20:	Anteil des sozialen Segregationsindex (SGB-II-Empfänger) für Plattenbaugebiete, Vororte und Innenstadtlagen am sozialen Segregationsindex (SGB-II-Empfänger) für alle IRB-Stadtteile (in Prozent)	
Tafel 21:	SGB-II-Quoten, Veränderung der SGB-II-Quoten und Bevölkerungsanteil in Plattenbaugebieten, Vororten und Innenstadtlagen in zehn ostdeutschen Städten 2005–2014	63
Tafel 22:	Entwicklung der SGB-II-Quoten in verschiedenen städtebaulichen Typen zehn ostdeutscher Städte 2005–2014 (in Prozent)	64
Tafel 23:	Entwicklung der SGB-II-Quoten von Kindern in verschiedenen städtebaulichen Typen zehn ostdeutscher Städte 2005–2014 (in Prozent)	65
Tafel 24:	Entwicklung des Anteils ab 65-Jähriger in verschiedenen städtebaulichen Typen zehn ostdeutscher Städte 2005–2014 (in Prozent)	66
Tafel 25:	Ausgewählte Daten zum Teilrückbau und zur Aufwertung in Dresden-Gorbitz	73
Tafel 26:	Plattenbau in Dresden-Gorbitz: links vor dem Umbau, rechts nach dem Umbau (2. Bauabschnitt)	73
Tafel 27:	Dresden-Gorbitz, Kräutersiedlung – naturverbundene	
	Wohnumfeldgestaltung	74

Tafel 28:	Umgebaute Kindertagesstätte zur behindertengerechten Wohnstätte, Cottbus	74
Tafel 29:	Teilrück- und umgebautes Verwaltungsgebäude zu Reihenhäusern, Hohenmölsen	
Tafel 30:	Überblick zu Nachnutzungsmöglichkeiten gebrauchter Betonelemente	
	Überblick zu umgesetzten (Wieder-)Neubaumaßnahmen an	
	ausgewählten Fallbeispielen	77
Tafel 32:	Spielende Kinder, späteres Wohngebietszentrum Wilhelm-Pieck-Allee (heute Stuttgarter Allee) 1987	87
Tafel 33:	Bevölkerungsentwicklung Leipzig und Grünau im Vergleich 1979–2015	89
Tafel 34:	Luftbild: Grünau mit seinen ausgedehnten Grünflächen	90
Tafel 35:	Junge Familien prägen das Stadtbild (1986) – Alte Menschen prägen das Stadtbild (2012)	91
Tafel 36:	$Ein wohner befragungen: \ Die \ Gute-Freund-Frage \ im \ Zeit verlauf \ 1979-2015:$	
	"Würden Sie einem guten Freund raten, nach Grünau zu ziehen?"	92
	Einwohnerbefragungen: Einschätzung der zukünftigen Entwicklung Grünaus 1992–2015	
	Zingster Straße 25, Neu-Hohenschönhausen	
	Panorama Zingster Straße	
	Montagearbeiten in den 80er Jahren	
Tafel 41:	Blick über den Sternsee auf das Wohngebiet	112
	Straßenbahnen fahren seit April 1984 durch das Wohngebiet	
Tafel 43:	Neu Olvenstedt Bestand 2000 (oben) und 2018 (unten)	115
Tafel 44:	Beim Abriss gerettete Hauszeichen-Mosaiken an der Wilhelm-Weitling-Schule nach der Translokation im Jahr 2019	119
Tafel 45:	Magdeburger Volksstimme am 22.4.2016 über die Stadteilrundgänge	120
Tafel 46:	Into the Unknown – Erforschung einer Großwohnsiedlung und MAPPING OLVENSTEDT	122
Tafel 47:	Postkarte "Kunst Neu Olvenstedt"	126
Tafel 48:	Zustand einer ausgeräumten Wohnung bei der Erstbegehung	130
Tafel 49:	Details der Projektlösung "Frieda"	133
Tafel 50:	Detail der Projektlösung "unterm Dach 'n Fach"	134
Tafel 51:	Modell Co-working Space, Projektlösung "3 in 2"	135
Tafel 52:	Detail der Küchenausstattung in der Projektlösung "Dessauer Gespräch"	136
Tafel 53:	Umgesetzte Projektlösungen	138
Tafel 54:	Stendal-Stadtsee 2016	141
Tafel 55:	Stendal-Stadtsee 2016	147
Tafel 56:	Ideenhaushalt Halle-Neustadts	154
Tafel 57:	Stadtwappen Halle-Neustadt	155
Tafel 58:	Bushaltestelle Zscherbener Straße bei Nacht	158
Tafel 59:	Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage (in %)	160
Tafel 60:	Einschätzung der Lebenszufriedenheit (in %)	161
Tafel 61:	Wahlen seit den 90er Jahren: stärkste Partei in Halle-Neustadt	164
Tafel 62:	1990–2019: 30 Jahre in Stichworten	168
Tafel 63:	Blick über die Neustädter Dächer zum Wissenschaftsquartier Heide-Süd/	
	Weinberg Campus	169

Tafel 64:	Visualisierte Zukunftsstadtvision aus dem Fraunhofer IMWS	170
Tafel 65:	Blick über den Gräbsee auf Punkthochhäuser (links, 70er Jahre) und Neubauten der 90er Jahre (rechts)	173
Tafel 66:	Josep Renaus dreiteiliges Panorama im Bildungszentrum Halle-Neustadt (1979)	183
Tafel 67:	Josep Renau: Die Einheit der Arbeiterklasse und Gründung der DDR (1974), Keramik: Lothar Scholz	184
Tafel 68:	Josep Renau: Der Mensch in Beziehung zu Natur und Technik (1982–84); Wandbild am ursprünglichen Gebäude (2008)	186
Tafel 69:	Wandbild vor der Abnahme (2009)	188
Tafel 70:	Ansicht der neuen Wand des Nahversorgungszentrums (2014), vor welche Renaus Wandbild aufgestellt werden wird	189

Literaturverzeichnis

- AfD, Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland, Berlin; URL https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Druck_Online_190118.pdf (12.7.2019).
- AfD, Alternative für Deutschland (2017): AfD-Manifest. Die Strategie der AfD für das Wahljahr 2017.
- Alexander, Christopher/Sara Ishikawa/Murray Silverstein (2011): Eine Muster-Sprache. Städte, Gebäude, Konstruktion, hrsg. von Hermann Czec, Wien.
- Angermann, Kirsten/Tabea Hilse (2013): Altstadtplatten. "Komplexe Rekonstruktion" in den Innenstädten von Erfurt und Halle, Weimar.
- Apelt, Maja/Irene Zierke (2019): "Im eigenen Leben nicht mehr mitspielen zu dürfen, ist hart." Wirkungen der Umgestaltung an einer ostdeutschen Hochschule", in: Deutschland Archiv, 29.5.2019, URL www.bpb.de/292891 (2.6.2019).
- art Kompakt Bauhaus (2019): 100 jahre bauhaus Grand Tour der Moderne: Die große Entdeckungsreise zur Architektur in Deutschland", Beilage zu art Spezial, 100 Jahre Bauhaus, Hamburg.
- Bader, Markus/Daniel Herrmann (Hg.) (o.J. [2006]): Halle-Neustadt-Führer, Halle (Saale).
- Bartetzky, Arnold/Christian Dietz/Jörg Haspel (Hg.) (2014): Von der Ablehnung zur Aneignung? Das architektonische Erbe des Sozialismus in Mittel- und Osteuropa, Köln-Weimar-Wien.
- Beer, Ingeborg (2019): Kleine Blaupause. Soziale Auswirkungen des Massenwohnungsbaus, in: der architekt. typ und serie 2/2019, S. 34–37.
- Bernt, Matthias (2019): Sonderfall Südpark?, in: Peer Pasternack (Hg.), Kein Streitfall mehr? Halle-Neustadt fünf Jahre nach dem Jubiläum, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale), S. 81–92
- Bernt, Matthias/Patrick Hausmann (2019): Studie zur kleinräumlichen Untersuchung sozialstruktureller Veränderungen in Halle (Saale). Ergebnisse der Auswertung von Daten der kommunalen Statistik, Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung IRS, Erkner; online unter https://leibniz-irs.tubcloud.tu-berlin.de/s/jNkbreKFzoMHJH3/down load (22.8.2019).
- Beyme, Klaus von (1987): Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten, Piper, München.
- Beyme, Klaus von (2012): Der Frühsozialismus und die Stadtplanung, in: Winfried Nerdinger (Hg.), L'architecture engagée. Manifeste zur Veränderung der Gesellschaft, München, S. 64–87.
- Bisky, Jens (2002): Vom Ende der Ossi-Versteher, in: Süddeutsche Zeitung, 19.4.2002, S. 13.
- BMRBS, Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1994): Großsiedlungsbericht 1994, Bundestags-Drucksache 12/8406, Bonn.
- Böhmer, Felix (2019): "Raus aus dem Block". Die Proteste im Südpark 2016 aus diskursanalytischer Sicht, in: Peer Pasternack (Hg.), Kein Streitfall mehr? Halle-Neustadt fünf Jahre nach dem Jubiläum, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale), S. 93–106.
- Böltken, Ferdinand/Hans-Peter Gatzweiler/Katrin Meyer (2007): Das Kooperationsprojekt "Innerstädtische Raumbeobachtung": Rückblick, Ausblick, Ergebnisse. Informationsgrundlagen für Stadtforschung und Stadtentwicklungspolitik, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hg.), Innerstädtische Raumbeobachtung: Methoden und Analysen, Bonn, S. 7-22.
- Bonk, Sebastian/Florian Key/Peer Pasternack (Hg.) (2013): Rebellion im Plattenbau. Die Offene Arbeit in Halle-Neustadt 1977–1983. Katalog zur Ausstellung, Halle-Wittenberg, 48 S.; auch unter http://oa-halle-neustadt.de/wp-content/uploads/Brosch%C3%BCre_OA-Ha Neu.pdf (12.5.2019).
- Brandler, Gotthard/Klaus Werner/Hermann Meuche (1974): Architektur und bildende Kunst. Probleme ihrer Synthese, Berlin.
- Brinkmann, Ulrich/Klaus Dörre/Silke Röbenack/Klaus Kraemer/Frederic Speidel (2006): Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer

- Beschäftigungsverhältnisse, Wirtschafts- und Sozialpolitischen Forschungs- und Beratungszentrum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Burckhardt, Lucius (2006): Warum ist Landschaft schön? Die Spaziergangswissenschaft, Berlin.
- Castel, Robert (2000): Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Suhrkamp, Berlin.
- Deutsche Bundesbank (2012): Zeitreihe BBK01.SU0112: Diskontsatz der Deutschen Bundesbank/Stand am Monatsende; URL https://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken /Zeitreihen_Datenbanken/Makrooekonomische_Zeitreihen/its_details_properties_node. html?https=1&listId=www_s11b_mb02&tsId=BBK01.SU0112#comments (3.5.2018).
- DLF Kultur, Deutschlandfunk Kultur (2017): Aus Halle-Neustadt wird Ha:Neo, Beitrag von Jasmin Galonski vom 9.10.2017; URL https://www.deutschlandfunkkultur.de/projekt-zukunftsstadt-aus-halle-neustadt-wird-ha-neo.976.de.html?dram:article_id=397797 (21.8. 2018).
- Duncan, Otis Dudley/Beverly Duncan (1955): A Methodological Analysis of Segregation Indexes, in: American Sociological Review 20, S. 210-217.
- Eichhorn, Georg (1997): Planung und Realisierung des Neubauwohngebietes Leipzig-Grünau Rückblick und Ausschau, in: Evelyn Müller (Hg.), Großwohnsiedlungen in europäischen Städten, in: Beiträge zur Regionalen Geographie H. 45, 17-22.
- Engler, Harald (2014): Wilfried Stallknecht und das industrielle Bauen. Ein Architektenleben in der DDR, Berlin.
- Engler, Wolfgang (2019): Die Ostdeutschen. Kunde von einem verlorenen Land, erw. Ausg., Aufbau Verlag, Berlin.
- Escherich, Mark (Hg.) (2012): Denkmal Ost-Moderne. Aneignung und Erhaltung des baulichen Erbes der Nachkriegsmoderne, Berlin.
- Escherich, Mark (Hg.) (2016): Denkmal Ost-Moderne II. Denkmalpflegerische Praxis der Nachkriegsmoderne, Berlin.
- Farwick, Andreas (2001): Segregierte Armut in der Stadt. Ursachen und soziale Folgen der räumlichen Konzentration von Sozialhilfeempfängern, Leske + Budrich, Opladen.
- Flierl, Bruno (1984): Architektur und Kunst. Texte 1964-1983, Dresden.
- Forment, Albert (2004): Josep Renau. Catalogo Razonado, Valencia.
- Fraser, Nancy (2017a): Who Cares? Die Ausbeutung der Sorgearbeit und ihre Krise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2017, S. 105-114
- Fraser, Nancy (2017b): Who Cares? Teil II. Die Ausbeutung der Sorgearbeit im neoliberalen Kapitalismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/2017, S. 91-100
- Friedhofsordnung für den kommunalen Friedhof der Stadt Halle-Neustadt, o.O. o.J. [Halle-Neustadt 1985].
- Friedrich, Sebastian/Bernd Linke (2018): Reaktionär, rassistisch, rechts. Die Entwicklung der Alternative für Deutschland (AFD) in Sachsen-Anhalt und Stendal. Studie im Auftrag der Rosa Luxemburg Stiftung, Berlin; auch unter https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Studien/Studien_1-18_Reaktionaer_web.pdf (12.7.2019).
- Geschäftsstelle Bauhaus Verbund 2019 (2018) (Hg.): 100 jahre bauhaus 365 Tage Bauhaus. Jubiläumskalender 2019, Weimar.
- Grummich, Lars (2012): Der sozialistische Städtebau und sein Erbe. Eine Untersuchung am Beispiel der Planstadt Halle-Neustadt, Diplomica, Hamburg.
- Grunze, Nico (2017): Ostdeutsche Großwohnsiedlungen. Entwicklung und Perspektiven, Springer VS, Wiesbaden.
- Güllner, Manfred (2013): Nichtwähler in Deutschland. Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, hrsg. von Dietmar Molthagen. Bonn.
- Guth, Peter (1995): Wände der Verheißung. Zur Geschichte der architekturbezogenen Kunst in der DDR, Leipzig.
- Hafner, Thomas (2006): Halle-Neustadt. Die sozialistische Modellstadt einst und heute, in: Hans-Rudolf Meier (Hg.), Denkmale der Stadt die Stadt als Denkmal. Probleme und Chancen für den Stadtumbau, Dresden, S. 127–134.

- Halle, Danilo (Hg.) (2015): Stadt als Leinwand, Freiraumgalerie Publishing, Halle (Saale).
- Haller, Christoph (2000): Wohnungsleerstand in Plattenbausiedlungen der neuen Bundesländer. Ausmaß Ursachen Gegenstrategien, Berlin.
- HaNeuer Wohnen/Center for Economics of Materials (o.J.): projektbeschreibung zusammenleben 4.0; URL https://www.haneuer.de/files/16711D3B60C/FLYER_A4_02.pdf (2.7.2019).
- Hannemann, Christine (1996): Entdifferenzierung als Hypothek Differenzierung als Aufgabe: Zur Entwicklung der ostdeutschen Großsiedlungen, in: Hartmut Häußermann/Rainer Neef (Hg.), Stadtentwicklung in Ostdeutschland. Soziale und räumliche Tendenzen, Westdeutscher Verlag, Opladen, S. 87-106.
- Hannemann, Christine (2005): Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR, Verlag Hans Schiler, Berlin.
- Harth, Annette/Ulfert Herlyn/Gitta Scheller (1998): Segregation in ostdeutschen Städten. Eine empirische Studie, Leske + Budrich, Opladen.
- Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus. Rotpunktverlag, Zürich.
- Hasche, Katja/Torben Kiepke/Tanja Scheffler (Hg.) (2016): Big Heritage Halle-Neustadt?, Halle (Saale).
- Häußermann, Hartmut/Walter Siebel (2000): Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens. 2., korrigierte Auflage, Weinheim, München.
- Häußermann, Hartmut/Walter Siebel (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung, Campus, Frankfurt a. M./New York.
- Heimlich, Dieter (1967): Die Türme wandern, in: Der Sonntag 44/1967, S. 4.
- Helbig, Marcel/Stefanie Jähnen (2018): Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Berlin.
- Helmboldt, Rüdiger/Kurt Weinrich (1974): Städtebau Architektur bildende Kunst. Aus der Arbeit des Hauptauftraggebers architekturbezogene Kunst im Bezirk Erfurt, in: Architektur der DDR September 1974, S. 559-561.
- Henke, Klaus-Dietmar (2009): Ein Unterkapitel deutscher Geschichte. Erinnerungsorte der DDR gesucht, aber nur Erinnerungsstückchen gefunden, in: F.A.Z., 2.11.2009, S. 10.
- Hermann-Henselmann-Stiftung (Hg.) (2018): Bauhaus 100 Vorschau (=Henselmann Beiträge zur Stadtpolitik 1/2018), Berlin.
- Hermann-Henselmann-Stiftung (Hg.) (2019): Bauhaus 100 Ausblick (=Henselmann Beiträge zur Stadtpolitik 1/2019), Berlin; URL https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst publikationen/HENSELMANN 2-Bauhaus.pdf (10.9.2019).
- hilberseimer, ludwig (1929): kleinstwohnungen. größe, grundriss und städtebauliche anordnung, in: bauhaus zeitschrift für gestaltung 2/1929, S. 1-4.
- Hoefner & Sachs: Honey Neustadt, in: Skulpturenpark Berlin_Zentrum KUNSTrePUBLIK e.V. (Hg.), Projekte im Skulpturenpark Berlin_Zentrum, Berlin 2009, S. 3; URL http://www.skulpturenpark.org/download/09-01projects_sm.pdf (8.1.2010).
- Hohn, Uta (1991): Die Zerstörung deutscher Städte im Zweiten Weltkrieg. Regionale Unterschiede in der Bilanz der Wohnungstotalschäden und Folgen des Luftkrieges unter bevölkerungsgeographischem Aspekt, Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur, Dortmund.
- IFH, Institut für Handelsforschung Köln (2016): Vitale Innenstädte 2016. Ergebnisse der bundesweiten Befragung von knapp 60.000 Innenstadtbesuchern, Köln.
- ISS, Internationale Sommerschule Halle, Organisationsbüro (2005): Internationale Sommerschule Halle, Halle (Saale) 2005; URL http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Politik_und_Verwaltung/Bibliothek_MBV/Broschueren/2005/Broschuere.pdf (11.8.2008).
- Jäger, Wolfram/Angelika Mettke/Hassan Youssef/Stephanie Schmidt (2019): Entwicklung und Anwendung von komplett demontablen Wohneinheiten aus ressourcenschonendem Beton, Dresden.
- Jolly, Jennifer (2008): Art of the collective. David Alfaro Siqueiros, Josep Renau and their collaboration at the Mexican Electricians' Syndicate, in: The Oxford Art Journal 1/2008, S. 129-151.

- Kabisch, Sigrun/Annegret Kindler/Hannah Kirschner/Max Söding (2018): Leipzigs kleinere Großwohnsiedlungen im Blick, Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, Leipzig.
- Kabisch, Sigrun/Maximilian Ueberham/Max Söding (2016): Grünau 2015. Ergebnisse der Einwohnerbefragung im Rahmen der Intervallstudie "Wohnen und Leben in Leipzig-Grünau", Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, Leipzig.
- Kahl, Alice (1995): Soziales Porträt des Neubaugebiets Grünau 1995. Bericht, unveröff.
- Kahl, Alice (2003): Erlebnis Plattenbau. Eine Langzeitstudie, Leske + Budrich, Opladen.
- Keller, Carsten (2005): Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung, Campus, Frankfurt a.M./New York.
- Kil, Wolfgang (2008): Das Wunder von Leinefelde. Eine Stadt erfindet sich neu, Sandstein Verlag, Dresden.
- Kienast, Phillipp (2019): Ha:neo. Freiraumgalerie in Halle-Neustadt, in: Peer Pasternack (Hg.), Kein Streitfall mehr? Halle-Neustadt fünf Jahre nach dem Jubiläum, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale), S. 151–168.
- Köder, Stefan/Dagmar Schmidt (2013): Kunst als Teil der komplexen Umweltgestaltung Vom Umgang mit der baugebundenen Kunst im Stadtumbau Ost am Beispiel Magdeburg-Neu Olvenstedt, in: RaumPlanung Nr. 171/6, S. 31-35.
- Köder, Stefan/Stephan Westermann (2015): Lokaler Aktionsplan Magdeburg Neu Olvenstedt, RE-Block REviving high-rise Blocks for cohesive and green neighborhoods. Ein Projekt im Rahmen des europäischen URBACT-II-Programms, Magdeburg.
- Kommission "Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Ländern" (2000): Bericht im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin.
- Kompetenzzentrum Großsiedlungen (Hg.) (2015): Perspektiven großer Wohnsiedlungen, Berlin.
- Koordinierungsrat DDR/UdSSR (Hg.) (1987): Neue Wohnkomplexe in der DDR und der UDSSR, Berlin [DDR].
- Köpping, Petra (2019): Integriert doch erst mal uns! Eine Streitschrift für den Osten, Berlin.
- Kress, Siegfried/Werner Rietdorf (1973): Wohnen in Städten. Planung und Gestaltung der Wohngebiete, Berlin.
- Krestjaninow, Roman (1984): Wie lebt man in einer neuer Stadt?, in: Neue Zeit (Moskau) 11/1984, S. 23–24.
- Krüger, Arvid (2017): Überall Quartiersmanagement? Der ambivalente Siegeszug des Quartiersmanagement als Methode des Vor-Ort-Intermediärs in der Stadterneuerung, in: Uwe Altrock/Detlef Kurth/Ronald Kunze/Gisela Schmitt/Holger Schmidt (Hg.), Stadterneuerung im vereinten Deutschland. Rück- und Ausblicke (=Jahrbuch Stadterneuerung 2017), Wiesbaden, S. 147-165.
- Kuhlmann, Thomas (2004): Die Plattenbautypen in der DDR, Bauhaus-Universität Weimar, Fakultät Architektur, Weimar; URL http://www.plattenblatt.wg.am/Plattenbautyper_der_ DDR.pdf (10.9.2019).
- Kunze, Ronald (2013): Kunst im Stadtraum, in: RaumPlanung Nr. 171/6, S. 6-7.
- Lammert, Ule (1979): Städtebau Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte, Berlin [DDR].
- Lepik, Andres/Hilde Strobl (Hg.) (2019): Die Neue Heimat 1950-1982. Eine sozialdemokratische Utopie und ihre Bauten, München.
- Liebmann, Heike (2004): Vom sozialistischen Wohnkomplex zum Problemgebiet? Strategien und Steuerungsinstrumente für Großwohnsiedlungen im Stadtumbauprozess in Ostdeutschland, Institut für Raumplanung, Universität Dortmund, Dortmund.
- Liebmann, Irina (1982): Berliner Mietshaus, Mitteldeutscher Verlag, Halle/Leipzig.
- Liebscher, Robert (2011): Wohnen für alle. Eine Kulturgeschichte des Plattenbaus, Berlin.
- Luce, Martin (2003): Die Idee vom vertikalen, seriellen Scheitern, in: Axel Watzke/Christian Lagé/Steffen Schuhmann (Hg.), Dostoprimečatjel'nosti, Junius Verlag, Hamburg.
- Madörin, Mascha (2001): Care Economy ein blinder Fleck der Wirtschaftstheorie, in: Widerspruch 1/2001, S. 41–45
- Maleschka, Martin (2019): Baubezogene Kunst DDR. Kunst im öffentlichen Raum 1950 bis 1990. Berlin.

- Martens, Bernd (2010): Wirtschaftlicher Zusammenbruch und Neuanfang nach 1990; Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn; http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-ein heit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47133/zusammenbruch?p=all (3.6.2019).
- Mettke, Angelika (1995): Wiederverwendung von Bauelementen des Fertigteilbaus, Eberhard Blottner Verlag, Taunusstein.
- Mettke, Angelika (Hg.) (2003): Plattenumbauten, Wieder-und Weiterverwendungen, Anwendungskatalog I und II, Cottbus.
- Mettke, Angelika (Hg.) (2004): Rahmentechnologie für Rückbau- resp. Demontagevorhaben Typenserie P2, Cottbus.
- Mettke, Angelika (Hg.) (2008): Alte Platte Neues Design. Teil 2: Die Platte wrapped verpackt, Fachtagung/Expertenforum am 01./02.03.2007, Cottbus, S. 125–130.
- Mettke, Angelika (2010): Material- und Produktrecycling am Beispiel von Plattenbauten. Habilitationsschrift. BTU Cottbus.
- Mettke, Angelika et al. (2008): Rückbau industrieller Bausubstanz Großformatige Betonelemente im ökologischen Kreislauf, Berlin. Teil 0: Angelika Mettke/Sören Heyn, Zielstellung und Zusammenfassung der wissenschaftlichen Ergebnisse des Forschungsvorhabens, Cottbus, 31.1.2008; Teil 1: Angelika Mettke/Sören Heyn/Stefan Asmus/Cynthia Thomas, Krangeführter Rückbau, Cottbus, 31.1. 2008; Teil 2: Angelika Mettke/Sören Heyn/Cynthia Thomas, Wieder- und Weiterverwendung großformatiger Betonbauteile, Cottbus, 31.1.2008; Teil 3: Hardy Schleinitz, Sozialwissenschaftliche Begleitung im Stadtumbau, Cottbus, 31.1.2008.
- Mettke, Angelika/Stefan Asmus/Thomas Lehmann (2014): Wissenschaftliche Begleitung am Bau des Vereinshauses in Kolkwitz unter Verwendung rückgebauter Plattenbauteile, Teil C, Bericht DBU-Projekt "Ökonomische und ökologische Bilanzierung des Transportes von Betonplattenbauteilen aus dem Rückbau von Wohnbauten in Deutschland in Länder Osteuropas und dortige Wiederverwendung beim Neubau von Wohngebäuden", Cottbus, 26.3.2014
- Mettke, Angelika/Sören Heyn/Stefan Asmus/Evgeny Ivanov (2008): Wissenschaftliche Vorbereitung und Planung des Rückbaus von Plattenbauten und der Widerverwendung geeigneter Plattenbauteile in Tschechien, Cottbus, 30.5.2008.
- Mettke, Angelika/Sören Heyn/Stefan Asmus/Evgeny Ivanov (2011): Ökonomische und ökologische Bilanzierung des Transportes von Betonplattenbauteilen aus dem Rückbau von Wohnbauten in Deutschland in Länder Osteuropas und dortige Wiederverwendung beim Neubau von Wohngebäuden, Wiederverwendung von Plattenbauteilen in einem Vorort von Sankt Petersburg, Cottbus, 31.3.2011.
- Mettke, Angelika/Sören Heyn/Viktoriya Arnold/Joachim Faßmann/Stephanie Schmidt (2018): Untersuchungen zur ressourceneffizienten Kreislaufwirtschaft Das selektierbare Bauwerk Der selektive Rückbau Voraussetzung für eine ressourceneffiziente Kreislaufwirtschaft, Cottbus, 30.4.2018.
- Möhrdel, Heinz (Interview) (o.J. [1988]): Ein Wappen für die Stadt. Gespräch mit seinem Gestalter Heinz Möhrdel, in: Halle-Neustadt-Information (Hg.), Horizonte, Halle-Neustadt, S. 4f.
- Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne (7. Auflage), suhrkamp, Berlin.
- Nagel, Tobias (2016): machmaplazda; URL www.machmaplazda.com (13.7.2016).
- Nagel, Tobias (2018): Großwohnsiedlungen in Sachsen-Anhalt, o.O.; URL http://www.machmaplazda.com/listen/GWSD_ST.pdf und http://www.machmaplazda.com/listen/GWSD_Quellen.pdf (25.3.2019).
- Pasternack, Peer (2012): Künstlerische Stadtraumaufwertung als pädagogische Politik. Die künstlerische Bewirtschaftung des Ideenhaushalts Halle-Neustadts, in: Deutschland Archiv 11–12/2012, S. 655-665.
- Pasternack, Peer (2014): Im Takt der Bund-Länder-Programme, in: ders. u.a., 50 Jahre Streitfall Halle-Neustadt. Idee und Experiment. Lebensort und Provokation, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale), S. 215-219.

- Pasternack, Peer (2014a): Auf und ab und auf. Neubau und Rückbau nach 1990, in: ders. u.a., 50 Jahre Streitfall Halle-Neustadt. Idee und Experiment. Lebensort und Provokation, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale), S. 227-232.
- Pasternack, Peer (2014b): Die Neonazi-Stadt, in: ders. u.a., 50 Jahre Streitfall Halle-Neustadt. Idee und Experiment. Lebensort und Provokation, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale), S. 394-396.
- Pasternack, Peer u.a. (2014): 50 Jahre Streitfall Halle-Neustadt. Idee und Experiment. Lebensort und Provokation, Mitteldeutscher Verlag, Halle (Saale); auch unter https://www.hof.uni-halle.de/web/dateien/pdf/Pasternack-Halle-Neustadt.pdf (12.5.2019).
- Rat der Stadt Magdeburg, Büro des Stadtarchitekten (Hg.) (1987): Magdeburg-Olvenstedt: Ein neues Wohngebiet, Magdeburg.
- Rat des Bezirks Erfurt/Bezirksbauamt (Hg.) (1984): Bauen im Bezirk Erfurt, Erfurt.
- Reimer-Gordinskaya, Katrin/Romy Schulze (2017): Das Recht auf Bildung in Sachsen-Anhalt umsetzen. Gangbare Wege, Sackgassen und Baustellen, Kinderschutzbund Stendal e.V./ KinderStärken e.V., Stendal.
- Renau, Josep/Petra Flierl/Doro Balaguer/Galerie Kunstgießerei Flierl Berlin (2014): "Mit den Augen messen". Samstags bei Renau, 1970-1978. Erinnerungen: Untersuchungen, Zeichnungen, Bilder, Fotos, Fotomontagen, Plastik, Berlin Initiative Renau, Berlin.
- Richter, Juliane/Tanja Scheffler/Hannah Sieben (Hg.) (2017): Raster Beton. Vom Leben in Großwohnsiedlungen zwischen Kunst und Platte: Leipzig-Grünau im internationalen Vergleich, Weimar.
- Richter, Peter (2006): Der Plattenbau als Krisengebiet. Die architektonische und politische Transformation industriell errichteter Wohngebäude aus der DDR am Beispiel der Stadt Leinefelde. Dissertation, Universität Hamburg, Hamburg; URL http://ediss.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2006/3041/ (27.6.2019).
- Rietdorf, Werner (1991): Weiterentwicklung von Neubaugebieten im Land Sachsen-Anhalt. Ausgangspunkte, Bestandsaufnahme und Handlungsrahmen, Institut für Städtebau und Architektur. Berlin.
- Rittershaus, Lutz (2014): Die kleinräumige Gliederung. Grundlage eines Raumbeobachtungssystems für ein strategisches Controlling in der Landeshauptstadt Potsdam, in: Zeitschrift für amtliche Statistik Berlin Brandenburg, S. 34-41.
- Sabrow, Martin (Hg.) (2009): Erinnerungsorte der DDR, München.
- Sack, Manfred (1999): Deutschland im Bau. Architektur und Städtebau nach 1945. Stalinallee, Plattenbau, Postmoderne, in: Die Zeit 46/11.11.1999, S. 49-58.
- Saldern, Adelheid von (2009): Die Platte, in: Martin Sabrow (Hg.), Erinnerungsorte in der DDR, Verlag C.H. Beck, München, S. 301-311.
- Schäfer, Armin/Robert Vehrkamp/Jeremie Felix Gagne (2013): Prekäre Wahlen. Milieus und soziale Selektivität bei der Bundestagswahl 2013, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.
- Schlesier, Karlheinz (Autorenkollektivleiter) (1972): Halle-Neustadt. Plan und Bau der Chemiearbeiterstadt, hrsg. vom Büro für Städtebau und Architektur des Bezirkes Halle, Verlag für Bauwesen, Berlin [DDR].
- Schmidt, Holger/Carsten Hagenau/Birgit Schindhelm (1993): Stadterneuerung als demokratischer und kultureller Prozess, in: Magistrat der Stadt Halle/Projektgesellschaft Dessau (Hg.), Stadterneuerung als Prozess demokratischer und kultureller Weiterentwicklung. Perspektiven für Halle-Neustadt, Dessau 1993, S. 6-13.
- Schmidt, Holger/Uta Schäfer/Birgit Schindhelm (1993): Die Heimat im Beton. Halle-Neustadt im Urteil seiner Bewohner. Ergebnisse der Sozialstudie 1992, in: Magistrat der Stadt Halle/Projektgesellschaft Dessau (Hg.), Stadterneuerung als Prozess demokratischer und kultureller Weiterentwicklung. Perspektiven für Halle-Neustadt, Dessau, S. 41-68.
- Schmiedel, Hans-Peter (1967): Wohnhochhäuser. Bd. 1: Punkthäuser, Berlin [DDR].
- Schönberger, Sonya (2017): Zingster Straße 25 (Berliner Hefte zu Geschichte und Gegenwart der Stadt), Berlin.
- Schultheis, Franz/Kristina Schulz (2005): Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag, UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz.

- Schweitzer, Daniel K. (Hg.) (2014): Heimat Neustadt. Ein Bildband, Projekte Verlag, Halle (Saale).
- Science2public Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation e.V. (2017): halle.neu.stadt-2050. Unsere Vision; URL https://halle.neu.stadt-2050.de/unsere-vision/index.html (25.10.2018).
- Science2public Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation e.V. (2018): halle.neu.stadt-2050. Projekt; URL https://halle.neu.stadt-2050.de/phase2/#projekt (25.10. 2018).
- Science2public Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation e.V. (2018a): Aktionsfeld 1: neu.stadt.campus TeSD (Technologisch Sozial Digital), URL https://halle.neu. stadt-2050.de/phase2/aktionen/aktionsfeld-1 (25.10.2018).
- Science2public Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation e.V. (2018b): Aktionsfeld 2: frei.raum.mit.gestalten Neustadt wird zum kreativen Quartier für partizipatives und engagiertes Leben, URL https://halle.neu.stadt-2050.de/phase2/aktionen/aktions feld-2 (25.10.2018).
- Science2public Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation e.V. (2018c): Aktionsfeld 3: Innovationsquartier In Neustadt entsteht ein Inkubator für neues Wohnen und lokale Ökonomie, URL https://halle.neu.stadt-2050.de/phase2/aktionen/aktionsfeld-3 (25.10. 2018).
- Science2public Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation e.V. (2018d): Informationen der Aktionsfelder, URL https://halle.neu.stadt-2050.de/phase2/wp-content/uploads/2016/12/Aktionsfelder-Information halle.neu .stadt-2050.pdf (30.10.2018).
- Science2public Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation e.V. (2018e): Ergebnispräsentation Phase 2_Aktionsfeld 1, URL https://halle.neu.stadt-2050.de/phase2/wp-content/uploads/2018/05/Ergebnispr%C3%A4sentation-Phase-2_Aktionsfeld-1.pdf (30.10.2018).
- Science2public Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation e.V. (2018f): Ergebnispräsentation Phase 2_Aktionsfeld 2, URL https://halle.neu.stadt-2050.de/phase2/wp-content/up loads/2018/05/Ergebnispr%C3%A4sentation-Phase-2 Aktionsfeld-2.pdf (30.10.2018).
- Science2public Gesellschaft für Wissenschaftskommunikation e.V. (2018g): Bildung als Brücke. Bewerbung für Phase 3 im Wettbewerb Zukunftsstadt, URL https://halle.neu.stadt-2050.de/phase2/aktuelles/bildung-als-bruecke-bewerbung-fuer-phase-3-im-wettbewerb-zukunftsstadt (30.10.2018).
- Sindermann, Horst (1968): Aus der Rede zur Grundsteinlegung am 15. Juli 1964, in: Manfred Müller/Frieder Schlör/Rolf Bachmann (Red.), Halle-Neustadt. Vom Werden unserer Stadt. Jahrgang 1968, Halle (Saale) 1968, S. 5-7.
- Skrzypczak, Dirk (2017): Vermehrte Einbrüche. Einwohner in Heide-Süd hoffen auf mehr Polizei, in: Mitteldeutsche Zeitung, 13.9.2017; URL https://www.mz-web.de/halle-saale/vermehrte-einbrueche-einwohner-in-heide-sued-hoffen-auf-mehr-polizei-28403924 (21.8. 2018).
- Stadt Halle (2016a): Entwurf der Bewerbungsskizze zur 2. Phase des Zukunftsstadtwettbewerbs vom 8.6.2016, unveröff.
- Stadt Halle (2018): Wettbewerb "Zukunftsstadt", URL http://www.halle.de/de/Wissenschaft/ Wettbewerbe/Wettbewerb-Zukunftsstadt (25.10.2018).
- Stadt Halle (Saale), Dezernat Planen und Umwelt (Hg.) (2010): Bilanz! Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt 2010 in Halle an der Saale. Balanceakt Doppelstadt Kommunikation und Prozesse, Halle (Saale).
- Stadt Halle (Saale), Dienstleistungszentrum Wirtschaft und Wissenschaft und Fachbereich Planen (Hg.) (o.J. [2016?]): halle.neu.stadt 2050. Dokumentation der ersten Projektphase zum Zukunftsstadt-Projekt der Stadt Halle im BMBF-Wettbewerb, o.O., 52 S.; URL https://halle.neu.stadt-2050.de/wp-content/uploads/2016/09/halle-neu-Stadt-2050_Dokumenta tion_WEB.pdf (30.9.2017).
- Stadt Leipzig (2007): Entwicklungsstrategie Grünau 2020, Leipzig.
- Stadt Leipzig (2018): Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Leipzig-Grünau 2030 (STEK), Leipzig.
- Stadtplanungsamt Magdeburg (2015): Integriertes Stadtentwicklungskonzept/Stadtteile. ISEK Magdeburg 2025, Magdeburg; auch unter https://www.magdeburg.de/loadDocument.phtml?ObjSvrID=37&ObjID=27299&ObjLa=1&Ext=PDF (24.4.2019).

- Steinhart, Anita/Jacqueline Matheis (Red.) (o.J.): Stadt Halle (Saale). Wettbewerb Zukunftsstadt – 2. Phase. halle.neu.stadt 2050 – vernetzt – integriert – transformiert. Zusammenfassung zentraler Aktivitäten und Ergebnisse, isw Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsforschung gGmbH, unveröff.
- Sukrow, Oliver (2012): Ein Rivera der DDR? Josep Renaus Bedeutung als Importeur des mexikanischen "Muralismo" in die DDR, in: Karl-Siegberg Rehberg/Wolfgang Holler/Paul Kaiser (Hg.), Abschied von Ikarus. Bildwelten in der DDR neu gesehen, Köln, S. 217-227.
- Sukrow, Oliver (2018): Arbeit. Wohnen. Computer: Zur Utopie in der bildenden Kunst und Architektur der DDR in den 1960er Jahren, Heidelberg.
- Szelenyi, Ivan (1996): Cities and Socialism and After, in: Andrusz, Gregory/Michael Harloe/ Ivan Szelenyi (Hg.), Cities After Socialism. Urban and Regional Change and Conflict in Post-Socialist Societies, Blackwell, Oxford, S. 286-317.
- Thöner, Wolfgang/Peter Müller (Hg.) (2006): Bauhaus-Tradition und DDR-Moderne. Der Architekt Richard Paulick, Deutscher Kunstverlag, München.
- Ulbricht, Walter (1959): Die Aufgaben des Bauwesens im großen Siebenjahrplan der DDR. Referat auf der 3. Baukonferenz am 6. und 7. Mai 1959, Berlin [DDR].
- Vöckler, Kai/Andreas Denk (Hg.) (o.J. [2009]): In der Zukunft leben! Die Prägung der Stadt durch den Nachkriegsstädtebau, hrsg. im Auftrag des Bundes Deutscher Architekten/Deutsches Architektur Zentrum, Berlin.
- Weisshaar, Bertram (Hg.) (2013): Spaziergangswissenschaft in Praxis. Formate in Fortbewegung, Berlin.
- Werkleitz Journal 2017: nicht mehr, noch nicht; URL http://journal2017.werkleitz.de/# grenzen-und-brueche (23.4.2019).
- Wiest, Karin (2006): Soziale Grenzen in Städten. Repräsentationen von Wohngebieten in den neuen Ländern, in: Europa Regional 1/2006, S. 33-40.
- Zöller, Silvia (2015): Idee gegen Leerstand in Halle Neustadt als Denkmal ohne Menschen?, in: Mitteldeutsche Zeitung, 27.6.2015; URL https://www.mz-web.de/halle-saale/idee-gegen-leerstand-in-halle-neustadt-als-denkmal-ohne-menschen-1052088 (26.10. 2018).
- Zöller, Silvia (2016): Online-Umfrage zur Zukunftsstadt. Neustadt will mehr Farbe, in: Mitteldeutsche Zeitung, 19.3.2016; URL https://www.mz-web.de/halle-saale/online-umfrage-zur-zukunftsstadt-neustadt-will-mehr-farbe-23749696 (24.4.2019).

Autorinnen und Autoren

Uwe Gellert, Prof., lehrt Industrial Design und ist Studiengangsleiter des internationalen Master of Integrated Design (MAID) an der Hochschule Anhalt, Fachbereich Design.

eMail uwe.gellert@hsa-anhalt.de

Nico Grunze, Dr., studierte Geographie und Soziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin. Im Rahmen einer Promotion beschäftigte er sich mit den Perspektiven ostdeutscher Großwohnsiedlungen. Nach Stationen in der Lehre und Wissenschaft ist er in der Verbandsarbeit tätig.

Marcel Helbig, Prof. Dr., Studium der Sozialwissenschaften an der Universität Erfurt und Humboldt-Universität zu Berlin. Professor für Bildung und soziale Ungleichheit an der Universität Erfurt und Forscher am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

eMail: marcel.helbig@wzb.eu

Stefanie Jähnen, M. A. in Sozialwissenschaften, Studium an den Universitäten Leipzig, Granada (Spanien) und der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 2011 am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), aktuell als Gastwissenschaftlerin mit einem Promotionsstipendium.

eMail: stefanie.jaehnen@wzb.eu

Sigrun Kabisch, Prof. Dr. habil., leitet am Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung-UFZ das Department Stadt- und Umweltsoziologie. Darüber hinaus lehrt sie an der Universität Leipzig sozialwissenschaftliche Stadtgeographie. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören: Urbane Transformationen und nachhaltige Stadtentwicklung; Raumwirkungen des demographischen Wandels; Zukunftschancen von Großwohnsiedlungen. Sie ist Vorsitzende des Wissenschaftlichen Beirats der Joint Programming Initiative (JPI) Urban Europe.

eMail: sigrun.kabisch@ufz.de

Stefan Köder, Dipl. Ing. Arch., hat Soziologie, Pädagogik und Psychologie an der Universität Augsburg sowie Architektur, Stadtplanung und Landschaftsplanung (ASL) an der Universität Kassel studiert. 2012–2015 in Magdeburg Knowledge Ambassador und Communication Manager für das ReBlock-Projekt im Rahmen des URBACT II-EU-Programms. Seit 2011 Leiter des "Büros für Stadtteilarbeit Neu Olvenstedt (IB)". Arbeitsschwerpunkte: Stadtteilmanagement, Stadtumbau/Soziale Stadt sowie Empowerment- und Inklusionsprojektarbeit.

eMail: stefan.koeder@internationaler-bund.de

Angelika Mettke, Prof. Dr.-Ing. habil., Studium Technologie der Bauproduktion an der Ingenieurhochschule bzw. Hochschule für Bauwesen in Cottbus und seit 1977 an der heutigen Brandenburgischen Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU C-S) tätig. Seit 2001 Leiterin der Fachgruppe Bauliches Recycling bzw. Leiterin des Arbeitsgebietes Bauliches Recycling am Institut für Umwelt- und Verfahrenstechnik.

Arbeitsschwerpunkte: Lebenszyklus von Immobilien, Flächenrecycling und URBAN MINING.

e-Mail: mettke@b-tu.de

Peer Pasternack, Prof. Dr., Sozialwissenschaftler und Zeithistoriker. Seit 2004 Forschungsdirektor bzw. Direktor des Instituts für Hochschulforschung (HoF) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (MLU), Lehrveranstaltungen am Institut für Soziologie der MLU, Herausgeber der Zeitschrift "die hochschule. journal für wissenschaft und bildung", Sprecher der Expertenplattform "Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt". Arbeitsschwerpunkte: Hochschulpolitikanalyse, Hochschulorganisation, Bildung und Wissenschaft in demografisch herausgeforderten Regionen, Wissenschaftszeitgeschichte.

eMail: peer.pasternack@hof.uni-halle.de, Netz: www.peer-pasternack.de

Katrin Reimer-Gordinskaya, Prof. Dipl.-Psych. Dr. phil., lehrt kindliche Entwicklung, Bildung und Sozialisation an der Hochschule Magdeburg-Stendal.

Sonya Schönberger verbindet in ihrer künstlerischen Praxis Studien der Ethnologie und der Experimentellen Mediengestaltung. Ihre künstlerischen Arbeiten betreffen immer das Persönliche und laden den Betrachter ein, einen Raum zu betreten, der eigene Reflexionen möglich macht und das Individuum mit sich selbst konfrontiert. Sie bedient sich je nach Projekt unterschiedlicher Medien wie Fotografie, Theater, Video, Installation oder Audioformaten und zeigt ihre Arbeiten im In- und Ausland. Netz: www.sonyaschoenberger.de

Oliver Sukrow, Dr. phil., Kunsthistoriker, studierte 2005–2011 Baltistik (B.A.) und Kunstgeschichte (M.A.) an den Universitäten Greifswald, Salzburg und Colchester. Promotion 2016 an der Universität Heidelberg am Forschungsbereich Kunstgeschichte mit einer Arbeit zum Thema "Utopie in der bildenden Kunst und Architektur der DDR der 1960er Jahre". Seit 2016 Universitätsassistent an der Abteilung Kunstgeschichte der TU Wien.

eMail: oliver.sukrow@gmail.com

Steffen Zierold, Dipl.-Soz., Studium der Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Seit 2011 wissenschaftlicher Mitarbeiter bzw. Forschungsreferent am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF). Arbeitsschwerpunkte: Kopplung von Hochschul- und Regionalentwicklung in demografisch herausgeforderten Regionen, kultur-und kreativwirtschaftliche Entwicklungen im Kontext der Stadtentwicklung, Hochschulorganisation.

eMail: steffen.zierold@hof.uni-halle.de

Bildnachweise

Pjotr Bronikowski: Coverbild, S. 20, 21, 141, 147, 158, 169, 173, 184

Ulrich Dießner: S. 105

Nico Grunze: S. 40, 42, 47, 48

ludwig hilberseimer: kleinstwohnungen. größe, grundriss und städtebauliche anord-

nung, in: bauhaus - zeitschrift für gestaltung 2/1929: S. 21

Hochschule Anhalt (Uwe Gellert, Maren Pahle, Mathis Buchbinder, Vanessa Queck, Tim Böttger,

André Günther, Thomas Kores, Robert Kurek): S. 130, 133, 134, 135, 136, 138

IWH: Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH): S. 32

Sigrun Kabisch: S. 90

Harald Kirschner: S. 87, 91 (links)

Norman Klüber/Fraunhofer IMWS: S. 170 Angelika Mettke: S. 73, 74, 75, 77–79

Mareike Ortmeier (Grafik): S. 122

Uwe Pohlitz, Erfurt: S. 186, 188, 189

Harri Schäfer, Volksstimme Magdeburg: S. 110, 112, 113

Dagmar Schmidt (Gestaltung): S. 126 Stadtplanungsamt Magdeburg: S. 115

Antje Stumpe: S. 91 (rechts)
Juliana Thiemer: S. 119

Christof Zwiener 2017/Ulrich Dießner 1987: S. 99

Die Expertenplattform "Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt"

Die Expertenplattform "Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt" (EPF) arbeitet seit 2009, ist organisatorisch am Interdisziplinären Zentrum Altern Halle (IZAH) der Martin-Luther-Universität angesiedelt und wird inhaltlich am Institut für Hochschulforschung Halle-Wittenberg (HoF) betreut. Die EPF bemüht sich, einen bestehende institutionelle Lücke auszugleichen: Sachsen-Anhalt ist zwar – neben Mecklenburg-Vorpommern – das am stärksten vom demographischen Wandel betroffene Bundesland, doch verfügt es – anders als etwa Mecklenburg-Vorpommern – über kein für das Thema einschlägiges Forschungsinstitut.

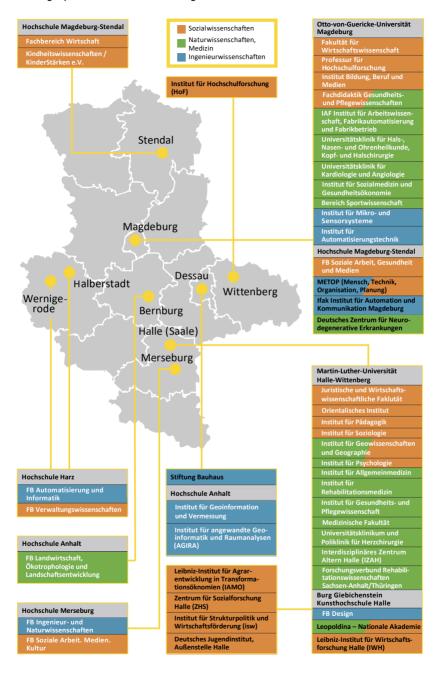
Die Expertenplattform setzt sich aus 85 Vertreter.innen aller Fächergruppen zusammen: Sozial- und Geisteswissenschaften, Natur- und Ingenieurwissenschaften sowie Medizin. Ihr Hauptziel ist, den Austausch zwischen den Expert.innen selbst sowie zwischen diesen und Wissensnachfragern aus der Praxis zu unterstützen. Die Wissenschaft des Landes klärt die Grundlagen der ablaufenden Prozesse auf, etwa indem letztere in internationale und überregionale Entwicklungen einordnet werden, und sie erbringt auf dieser Basis Beratungsleistungen.

Nahezu jedes Thema, das im Zuge des demographischen Wandels relevant ist, wird an mindestens einer Hochschule oder Forschungseinrichtung des Landes wissenschaftlich bearbeitet, häufig auch an mehreren, nicht selten in institutsübergreifenden Verbünden. In bislang neun Transferworkshops hat die EPF in den letzten Jahren Wissenschaft und Praxis zusammengeführt, um drängende Probleme des Landes zu verhandeln:

- Raumwirksame Folgen des demografischen Wandels in Ostdeutschland (8.12.2009)
- Transferworkshop (27.10.2011) und Statusseminar (6.5.2011)
- EU-Workshop (18.10.2012)
- Die Zukunft der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum: Entwicklungsoptionen für Kinderbetreuung, Schule und Kultur (14./15.2.2013)
- EPF-Jahrestreffen (3.11.2015)
- Zuwanderung nach Sachsen-Anhalt wie geht Integration? (10.5.2017)
- Abgehängte Regionen Probleme und Gegenstrategien (28.6.2018)
- Das andere Bauhaus-Erbe: Leben in den Plattenbausiedlungen Sachsen-Anhalts heute (1.7.2019)

► EPF-Homepage: https://expertenplattform-dw.de/

Wissenschaftliche Einrichtungen in Sachsen-Anhalt mit demographierelevanten Forschungsaktivitäten



Ausgewählte Publikationen der Expertenplattform



Uwe Grelak / Peer Pasternack (Red.): Zukunftsgestaltung im demographischen Umbruch. Impulse und Handlungsoptionen aus Sicht der WZW-Expertenplattform "Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt", WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 68 S. ISBN 978-3-943027-01-3. Online unter http://www.hof.unihalle.de/dateien/pdf/WZW Reihe Nr7.pdf

Präsentiert werden Arbeitsergebnisse von 14 Projekten, die seinerzeit an sachsen-anhaltischen Wissenschaftseinrichtungen bearbeitet wurden. Das Spektrum der Themen reicht von der "Anpassung regional wirksamer Steuerungsinstrumente" und "Daseinsvorsorge in peripheren Räumen" über "Mobilität in der Fläche" und "Die Bedeutung des demographischen Wandels für kleine und mittelständische Unternehmen" bis hin zu "Demographischer Wandel in ländlichen Regionen" und mehreren bildungsbezogenen Themen: "Das Bildungs-

system in schrumpfenden Regionen", "Die Bildungs-IBA", "Bestand und ökonomische Bedeutung kognitiver und nicht-kognitiver Fähigkeiten", "Ingenieurwissenschaftliche Sensibilisierung an allgemein- und berufsbildenden Schulen", "Neue Aufgaben für Hochschulen und Museen".

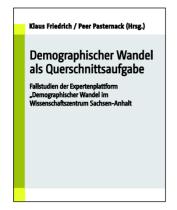


Peer Pasternack / Thomas Erdmenger: Hochschulen, demografischer Wandel und Regionalentwicklung. Der Fall Sachsen-Anhalt, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2011, 134 S. Online unter http://www.hof.unihalle.de/dateien/pdf/WZW_Arbeitsberichte_2_2011.pdf

Der demografische Wandel fällt regional unterschiedlich aus. Um ihm angemessen zu begegnen, sind vornehmlich endogene Entwicklungspotenziale zu erschließen. Zu diesen zählen in besonderem Maße die Hochschulen. Als zentrale Schaltstellen der Regionalentwicklung gehören Hochschulen zu diesen Potenzialen. Zugleich sind Hochschulen die Orte, an denen weitere endogene Potenziale erzeugt werden. Um dort bestehende Leistungsreserven zu mobilisieren, erscheint zweierlei vordringlich: zum einen Organisations- und Personalent-

wicklungsanstrengungen zu unternehmen; zum anderen vorhandene Kooperationspotenziale mit den im Lande ansässigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen verstärkt zu nutzen. Daneben dürfte die Third Mission für Sachsen-Anhalts Hochschulen zu einem zentralen Thema ihrer Ressourcensicherung werden. Die Studie stellt die Probleme dar und präsentiert Handlungsoptionen, wie ihnen begegnet werden kann.

Klaus Friedrich / Peer Pasternack (Hg.): Demographischer Wandel als Querschnittsaufgabe. Fallstudien der Expertenplattform "Demographischer Wandel" beim Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Universitätsverlag Halle, Halle (Saale) 2012, 312 S. Auch unter https://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/Demographischer_ Wandel als Quer schnittsaufgabe.pdf



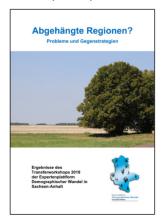
Themen der versammelten Studien sind gleichwertige Lebensbedingungen und zentralörtliches Gliederungsprinzip, Zukunftsperspektiven im suburbanen und ländlichen Sachsen-Anhalt, kommunale Leistungen in Sachsen-Anhalt, demographiefeste Schulstandortplanung und -zuwegung im ÖPNV, altersgerechte und sichere Mobilität in der Fläche, altersdiverse Belegschaften, Altersstruktur der SV-Beschäftigten in Sachsen-Anhalt, regionale Bildungssysteme, Bildung in schrumpfenden Städten, Grundschulschließungen, Fachkräftesicherung, Wissensregion Sachsen-Anhalt sowie Hochschulen und Museen.



Peer Pasternack / Isabell Maue (Hg.): Lebensqualität entwickeln in schrumpfenden Regionen. Die Demographie-Expertisen der Wissenschaft in Sachsen-Anhalt, WZW Wissenschaftszentrum Sachsen-Anhalt, Wittenberg 2013, 166 S. ISBN 978-3-943027-10-5. Auch unter http://www.hof.uni-halle.de/dateien/pdf/ WZW_Reihe _Nr11.pdf

Die Ergebnisse von 40 einschlägigen Projekten werden niedrigschwellig präsentiert: In kurz gefassten und übersichtlich aufgebauten Artikeln finden sich Ergebnisse sowie Handlungsoptionen formuliert. Es wird deutlich: Nahezu jedes Thema, das im Zuge des demografischen Wandels Relevanz gewinnt, wird an mindestens einer Hochschule oder außeruniversitären Forschungseinrichtung Sachsen-Anhalts wissenschaftlich bearbeitet. Welche Expertise damit vor Ort abrufbar ist, lässt sich hier im Überblick eruieren.

Carsten Köppl / Peer Pasternack / Steffen Zierold: Abgehängte Regionen? Probleme und Gegenstrategien. Ergebnisse des Transferworkshops 2018 der Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2018, 24 S. Auch unter https://expertenplattform-dw.de/files/2018/10/Broschuere-zum-Transfer workshop-2018.pdf



Sind die ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts abgehängt? Eine Studie im Auftrag der Bundesregierung kam 2017 zu diesem Ergebnis und sorgte für Furore. Der hier dokumentierte Wissenschaft-Praxis-Workshop widmete sich dem Thema. Er zeigte die Tiefe und Multidimensionalität der Entwicklung in ländlichen und schrumpfenden Regionen. Der Begriff "abgehängte Regionen" wird dieser Heterogenität nicht gerecht. Er wirkt in seiner Wortbedeutung final, eine Umkehr sei kaum möglich. Zudem sendet er eine demotivierende Botschaft an alle aus, die sich in den Regionen den Herausforderungen stellen, zumal hat sich in der Vergangenheit schön häufiger gezeigt hat, dass einstige Problemregionen prognosewidrig eine positive Entwicklung genommen haben. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die thematisierten Regionen eine deutschlandweit einzigartige Problemverdichtung aufweisen.



Gerhard Wünscher: Demographischer Wandel. Expertise aus Wissenschaft und Praxis, unt. Mitarb. v. Alexandra Katzmarski, Peer Pasternack und Steffen Zierold, Lenkungsgruppe der Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, Halle-Wittenberg 2019, 215 S. URL https://expertenplattform-dw.de/expertise-demografischer-wandel.pdf

Systematisch wurde für diese Wissenslandkarte die einschlägige regionale und überregionale Expertise recherchiert und wird in drei Kapiteln präsentiert: Expertise zu einzelnen Themen, Expertise in Organisationen und Expert.innen. Der Großteil der verfügbar gemachten Informationen sind Angebote aus wissenschaftlichen Einrichtungen. Ein erweiterter Begriff von Expertise hat aber auch die Praxis einzubeziehen. Deshalb sind auch Akteure aus Politik und Verwaltung mit ihren Nachfrageprofilen,

Erfahrungen und ihrem praxisinduzierten Wissen erfasst.



Alexandra Katzmarski / Peer Pasternack / Gerhard Wünscher / Steffen Zierold: Sachsen-Anhalt-Forschungslandkarte Demographie, Expertenplattform Demographischer Wandel in Sachsen-Anhalt, Halle (Saale) 2019, 95 S.; auch unter https://expertenplattform-dw.de/Landkarte-Demographie.pdf

Gegliedert nach Themen- und Handlungsfeldern – "Gesellschaft und Bevölkerung", "Gesundheit und Alter", "Bildung", "Wirtschaft und Beschäftigung", "Stadtentwicklung, "Daseinsvorsorge, ländliche und suburbane Räume" – stellt die Forschungslandkarte die einschlägigen Aktivitäten an sachsen-anhaltischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungsinstituten vor. Es zeigt sich dabei, dass ebenso Geistes-und Sozialwissenschaften wie Natur-, Ingenieurwissenschaften und Medizin zahlreiche gewichtige Beiträge zur Lösung gesellschaftlicher Probleme leisten. Ebenso zeigt sich, dass die Hochschulen für Ange-

wandte Wissenschaften in ihren Regionen sehr aktiv sind.